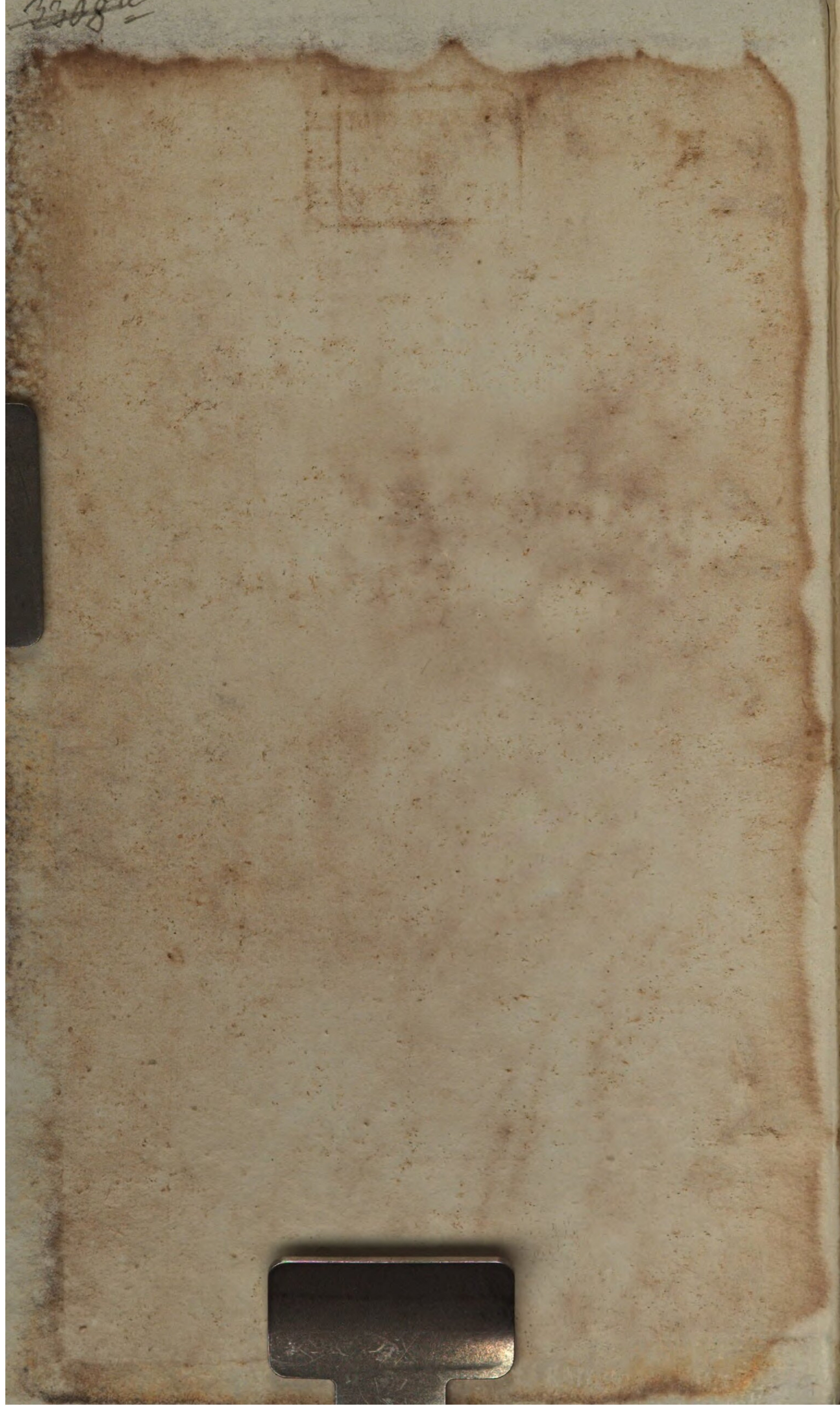




<36630066560013

S

<36630066560013

Bayer. Staatsbibliothek

J. publ. G. 428 fc

Leonhardy

Verzeich

einer Entwicklung

Kriegs-Verfassung

Deutsches Bundes

Ein Verzeichnis

der in den Deutschen Regierungen

in der Zeit der Revolution

Frankfurt am Main

1848

Verlag von F. A. Schöningh

Versuch
einer Entwicklung
der
Kriegsverfassung

des
Deutschen Bundes.

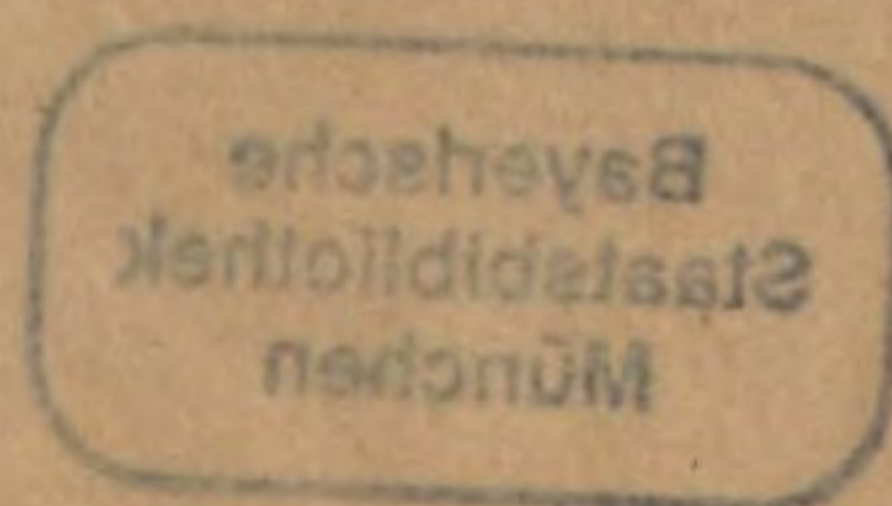
Als Manuscript
für die Hohen Deutschen Regierungen,

von
W. Fr. Ph. Freiherrn v. Leonhardy,
beider Rechte Doctor.

Frankfurt am Main,

Juli 1835.

Gedruckt mit Andreäischen Schriften.



Verzeichniss

einer Entwicklung

Kriegsverfassung

Deutschen Bundes.

Als Manuscript

für die hohen Deutschen Regierungen

W. Fr. Fr. Freiherrn v. Leonhardy.

früher Rechte Doctor

Frankfurt am Main,

Juli 1855.

Gedruckt mit Andreäischen Schriften

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Seiner Durchlaucht

dem

Fürsten Clemens Wenzel Lothar

von Metternich-Winneburg,

Herzog von Portella, Graf von Königswarth; Herr der Herrschaften Plass, Kraschow, Kazerow, Biela, Amons- und Markusgrün, Miltigau, Johannesberg, Brzesowitz, Kowalowitz, etc. etc.; Grand von Spanien erster Klasse, Ritter des gold. Vliesses, Grossk. des kön. ung. St. Stephans-Ordens (in Brillanten), des gold. Civil-Verdienstzeich. und des Ordens des heil. Johannes von Jerusalem; Ritter der russ. kais. Orden des heil. Andreas, des heil. Alexander-Newsky und der heil. Anna 1ter Classe, der Orden, des heil. Geistes und der übrigen kön. französ. Orden, des kön. sardin. Ordens der Anunciade, des kön. dän. Elephanten-, des kön. preuss. schwarzen und des rothen Adler- dann des kön. schwed. Seraphinen-Ordens; Grosskreuz des kön. spanisch. Ordens Carl III., des kön. portug. Christus und des kais. brasilian. Ordens vom südlichen Kreuze, Ritter des kön. sicilian. St. Januarius- und Grosskreuz des kön. sicilian. St. Ferdinand- und Verdienst-Ordens, Ritter des kön. bayer. St. Hubert- und Grosskreuz des grossherz. toscan. St. Joseph-Ordens, Ritter des kön. württemberg. Krone und des sächsisch. Ordens der Rautenkrone, Grosskreuz des kön. hannöv. Guelphen- des kön. niederländ. Löwen- des churfürstl. hess. Löwen- und des grossherz. hessisch. Ludwig-Ord., Ritter des grossherz. baadensch. Ordens der Treue, Grosskr. des grossherz. sächsisch. Falken- und des constantin. St. Georg-Ordens von Parma; Sr. österreichischen kaiserlichen Majestät wirklichem geheimen Rath, Kämmerer, Haus-, Hof- und Staats-Kanzler, Staats- und Conferenz-Minister, Kanzler des milit. Marie-Theresien-Ordens, Curator der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien, Conservator der Universität zu Cracau, und Mitglied der k. k. Landwirthschafts-Gesellschaft in Wien,

in tiefer Ehrfurcht gewidmet

von dem

Verfasser.

Fürsten Clemens Wenzel Lothar

von Altleinburg

Herrzog von Portofino, Graf von Königswald; Herr der Herrschaften Plass, Krasshow, Kasern, Biele, Amoss- und Markgrafen, Wiltgen, Johannsbere, Brzezowitz, Ko- walski, etc. etc.; Grand von Spanien erster Klasse, Ritter des gold. Vlieses, Grossk. des Kön. ung. St. Stephan-Ordens (in Brillanten), des gold. Civil-Verdienstordens und des Ordens des heil. Johannes von Jerusalem; Ritter der russ. kais. Orden des heil. Andrej, des heil. Alexander-Newsky und der heil. Anna 1ter Classe, der Orden, des heil. Geistes und der übrigen kön. russ. Orden, des kön. sardin. Or- dens der Annunziata, des kön. dän. Elephanten, des kön. preuss. schwarzen und des roten Adler - dann des kön. schwed. Seraphinen-Ordens; Grosskreuz des kön. spanisch. Ordens Carl III., des kön. portug. Christus und des kais. brasilian. Ordens vom südlichen Kreuz, Ritter des kön. sardin. St. Januar - und Grosskreuz des kön. sardin. St. Ferdinand - und Verdienst-Ordens, Ritter des kön. bayerr. St. Hubert- und Grosskreuz des grossherz. toscan. St. Joseph-Ordens, Ritter des kön. württem- berg. Kreuz und des sächsisch. Ordens der Hanckrone, Grosskreuz des kön. han- nów. Guelphen - des kön. niederländ. Löwen - des churhess. beer. Löwen - und des grossherz. bairisch. Ludwig-Ord., Ritter des grossherz. badenisch. Ordens der Tugend, Grossk. des grossherz. sächs. Falken - und des constant. St. Georg-Ordens von Parma; St. österreichischen kaiserlichen Majestät reichlichen gebliebenen Kämmerer, Haus-, Hof- und Staats-Kanzler, Staats- und Konferenz-Minister, Kaiser des milit. Marie-Theresien-Ordens, Senator der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien, Conservator der Universität zu Göttingen, und Mitglied der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Wien.

in tiefer Ehrfurcht gewidmet

von dem

Verfasser.

V o r w o r t

Ἐν εἰρήνῃ μελετᾷ τὰ πολεμικά.

(ΛΟΥΚΙΑΝΟΣ. ΑΜΟΒ., XLV, p. 307.)

Die Kriege, in welche Europa zu Ende des vorigen und Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts während einer Reihe von Jahren verwickelt war, haben auf Kriegskunst und Kriegsverfassung einen überaus mächtigen Einfluss geäussert. Fast alle Staaten der gebildeten Welt, die Nothwendigkeit einer, die Fortschritte in der Kriegskunst benutzenden Reorganisation erkennend, haben demnach verfahren; so auch der Deutsche Bund, dessen Bundesakte im zehnten Artikel die militärischen Verhältnisse, unter die ersten Gegenstände zählt,

VI

womit sich die Bundesversammlung zu beschäftigen habe.

Um nun unsere Kriegsverfassung zu würdigen, um zu erkennen, welche Verdienste die hohe Bundesversammlung in dieser Hinsicht sich erworben, welche Gründe vorliegen, der neuen Verfassung die Feuerprobe eines dereinstigen Krieges zu sichern, schien nöthig die jetzigen Einrichtungen mit den frühern zu vergleichen, oder vielmehr die allmähliche Entwicklung der Kriegsverfassung zu zeigen. Eine solche Darstellung möchte vorzüglich dazu dienen, damit wir uns selbst Rechenschaft geben, auf welchem Standpunkte wir einst standen, auf welchem wir jetzt stehen und in welchen Verhältnissen wir, — die wir den Staat als sittlichen Organismus betrachten, — uns zu denen befinden, die im ewigen Umschwunge bloß materieller Kräfte, wodurch sich das Anorganische ihrer Staatsverfassung beweist, ihr Heil suchen. — Ein Rückblick auf unsere Geschichte scheint besonders geeignet, in einer Zeit, wo die Umänderung so vieler alten Institutionen verlangt wird, wo ein grosser Theil der Meinungen, nur auf das momentane Be-

dürfniss Rücksicht nehmend, auch dieses allein nur zu befriedigen wünscht, und den in der Natur begründeten Gang der Dinge, als rein theoretisch unbeachtet lassen will. Endlich hat auch der Verfasser diesen Weg eingeschlagen, weil er sich überhaupt zu der Zahl derer bekennt, welche glauben, dass die historische Basis bei Beurtheilung aller Staatsverhältnisse als Grundlage und Richtschnur angenommen werden müsse und welche sich durch den oben angedeuteten höheren Gesichtspunkt gehoben und belebt fühlen; desshalb schien es ihm auch nicht thunlich, seinem Quellenstudium eigene Reflexionen beizufügen.

Die Zusammenstellung (und Anführung der Citate) geschah mit jener diplomatischen Genauigkeit, welche die Wichtigkeit des Stoffes verlangte, allein eben diese Genauigkeit forderte auch zuweilen Aufopferung der Consequenz in der Schreibart, um möglichst jede Undeutlichkeit, namentlich in der zweiten Abtheilung, zu entfernen. Hiermit ist nun zugleich angedeutet, wornach diese Blätter zu beurtheilen sind und der Verfasser übergiebt sie der Presse nicht ohne einige Hoffnung, dass sie

mindestens Denjenigen, die in den Bundesangelegenheiten arbeiten, als ein nicht unbrauchbares Hilfsmittel und als eine nicht unwillkommene Erleichterung, bei der sich stets mehrenden Zahl der Protokolle, erscheinen dürften.

Frankfurt a. M., den 1. Juli 1835.

Der Verfasser.

Inhalt.

Erste Abtheilung.

Kurze geschichtliche Darstellung der Kriegsverfassung Deutschlands von den ältesten Zeiten bis zur Errichtung des Deutschen Bundes.

§. 1 — 7. Seite 1 — 51.

Allgemeine Literatur zur ersten Abtheilung

§. 1. Einleitung	3 — 5
Besondere Literatur zur ersten Periode	5
§. 2. Erste Periode. — Die ältesten auf uns gekommenen Nachrichten über die Kriegsverfassung bis zu dem Lehnwesen	5 — 8
Besondere Literatur zur zweiten Periode	8
§. 3. Zweite Periode. Die Kriegsverfassung, als Lehnwesen	8 — 14
Besondere Literatur zur dritten Periode	14
§. 4. Dritte Periode. Die Kriegsverfassung als Söldnerwesen	14 — 24
Besondere Literatur zur vierten Periode	24
§. 5. Vierte Periode. Ständige Truppen und stehende Heere; Verfassung der Reichsarmee bis zur Niederlegung der Deutschen Kaiser-Krone	24 — 42
Besondere Literatur zur fünften Periode	42
§. 6. Fünfte Periode. Die Kriegsverfassung des Rheinbundes	42 — 51

Zweite Abtheilung.

Entwicklung der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes, von den dessfalls 1815 in Wien gemachten Vorschlägen an, bis zu Ende Juni 1835. §. 7. — 21. S. 51 — 511.

Allgemeine Literatur zur zweiten Abtheilung	53 — 54
§. 7. — Einleitung	54 — 56

	Seite.
Besondere Literatur für die zweite Abtheilung . . .	56 — 58
§. 8. Verhandlungen auf dem Wiener Congresse . . .	58 — 60
§. 9. Verhandlungen am Bundestage vom Jahre 1816 bis 1819	60 — 70
und zwar	
1) über die Matrikel	61 — 65
(Fortsetzung siehe §. 12. S. 88.)	
2) über die Kriegsverfassung	65 — 70
(Fortsetzung siehe §. 13. S. 99.)	
§. 10. Anordnung einer Bundestags-Commission (Bun- destags-Ausschuss in Militärangelegenheiten) und einer militärisch-technischen Behörde (Comité, Mi- litärcommission) — erste Grundzüge einer Militär- verfassung — Corpseintheilung — Militärcommission — 1818. 1819	70 — 87
§. 11. Die Wiener Schlussakte	87 — 88
§. 12. Verhandlungen am Bundestage vom Jahre 1819 bis Mai 1835	88 — 99
1) über die Matrikel (Forts. v. §. 9)	88 — 99
Die Matrikel	89
§. 13. 2) über die Kriegsverfassung (Forts. v. §. 9)	99 — 200
α) Allgemeine Grundrisse und wesentliche Bestimmungen der Kriegsverfassung	102 — 106
β) Grundzüge oder nähere Bestimmungen derselben	111 — 144
γ) Bemerkungen der Bundestags-Gesandt- schaften zu den Grundzügen	144 — 200
§. 14. Erleichterung der minder mächtigen Staaten im Allgemeinen	200 — 207
§. 15. Verhandlungen in den drei gemischten, näm- lich dem VIII., IX. und X. Corps	207 — 220
VIII. Armeecorps	207 — 210
IX. »	210 — 218
X. »	218 — 220
§. 16. Fernere Verhandlungen über die Erleichterun- gen. — Errichtung einer Reserve-Infanterie-Division. — Inspection	220 — 275
α) Uebersicht der streitbaren Mannschaft der drei gemischten Armeecorps und der Reserve-Infan- terie-Division	262 — 263
β) Zweite Uebersicht	266 — 267
γ) Inspectionsinstruction	271 — 275

	Seite.
§. 17. Verhandlungen über den Grossherzogl. Badischen Antrag auf Verminderung der Cavalerie, zugleich Interpretation der §§. 31 und 33 der Kriegsverfassung	275 — 279
§. 18. Antrag und Beschluss hinsichtlich des Fürstlich-Liechtensteinischen Contingents, Scharfschützen-Stellung betreffend	279 — 280
§. 19. Verhandlungen über das Cartell	280 — 291
α) Das Cartell	281 — 288
β) Erläuternde Bestimmungen	288 — 291
§. 20. Aufstellung von Truppencorps auf Veranlassung der Bundesversammlung	291 — 310
I. Executionsverfahren gegen Braunschweig	291 — 293
II. Mobile Colonne	293 — 296
III. Executionscorps gegen Luxemburg	296 — 302
Verstärkungen der Garnisonen in den Bundesfestungen	302 — 307
IV. Aufstellung eines Corps in Frankfurt a. M. und dessen Umgegend	307 — 310
§. 21. Unerledigte Gegenstände	310 — 311

A n h a n g.

I. Militär-Conferenzen in Berlin	311
II. Zusammenstellung der jetzigen Eintheilung des Bundesheeres	312 — 313



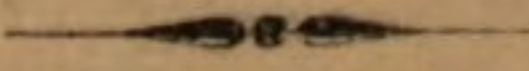
Seite

17. Verhandlungen über den Grossherzog. Badischer Antrag auf Verminderung der Garnison, an gleich Interpretation der §§ 31 und 33 der Kriegsverfassung.	275 — 279
18. Antrag und Beschluss hinsichtlich des Fürstlich-Liechtensteinischen Contingents, Scharschützen-Steuerung betreffend.	279 — 280
19. Verhandlungen über das Cartell.	280 — 291
a) Das Cartell.	281 — 288
b) Erläuternde Bestimmungen.	288 — 291
20. Aufstellung von Truppcorps und Veranlassung der Bundesversammlung.	291 — 310
I. Executionsverfahren gegen Bannschweig.	291 — 293
II. Mobile Colonne.	293 — 296
III. Executionscorps gegen Luxemburg.	296 — 302
Verstärkungen der Garnisonen in den Bundesfestungen.	302 — 307
IV. Aufstellung eines Corps in Frankfurt a. M. und dessen Umgebung.	307 — 310
21. Unterlegte Gegenstände.	310 — 311

A n h a n g

I. Militär-Conferenzen in Berlin.	311
II. Zusammenstellung der jetzigen Einteilung des Bundesheers.	312 — 313

Erste Abtheilung.



Kurze geschichtliche Darstellung

der

Kriegsverfassung Deutschlands,

von den ältesten Zeiten

bis

zur Errichtung des Deutschen Bundes.



Erste Föhrbildung

Kurze geschichtliche Darstellung

Kriegsverfassung Deutschlands

Die Kriegsverfassung Deutschlands ist eine der wichtigsten Grundlagen der deutschen Verfassung. Sie regelt die Organisation und die Befugnisse der Streitkräfte des Reiches. Die Verfassung ist in drei Teile gegliedert: I. Allgemeine Bestimmungen, II. Organisation der Streitkräfte, III. Befugnisse der Streitkräfte. Die allgemeine Bestimmungen regeln die Grundzüge der Kriegsverfassung, die Organisation regelt die Einrichtung und die Befugnisse der verschiedenen Teile der Streitkräfte, die Befugnisse regeln die Befugnisse der verschiedenen Teile der Streitkräfte.

Einleitung

Die deutsche Verfassung ist eine der wichtigsten Grundlagen der deutschen Verfassung. Sie regelt die Organisation und die Befugnisse der Streitkräfte des Reiches. Die Verfassung ist in drei Teile gegliedert: I. Allgemeine Bestimmungen, II. Organisation der Streitkräfte, III. Befugnisse der Streitkräfte. Die allgemeine Bestimmungen regeln die Grundzüge der Kriegsverfassung, die Organisation regelt die Einrichtung und die Befugnisse der verschiedenen Teile der Streitkräfte, die Befugnisse regeln die Befugnisse der verschiedenen Teile der Streitkräfte.

Allgemeine Literatur zur ersten Abtheilung.

SCHAEFFER, W., genannt DILICH, Kriegsbuch, Cassel 1608. — Status militiae germ. princip. et access. veteris et medii aevi, von BERNHARD CLEMENS METTINGH, Altona 1742. — STRUVE, Biblioth. script. rer. germ., Jena 1753. — J. GOTTLIEB LAURENTIUS, Beiträge zur Historie des Deutschen Kriegswesens, Gotha 1758. — J. A. HOFMANN, Abhandl. v. d. vormaligen u. heutigen Kriegsstaate etc. Lemgo 1769. — PÜTTER, historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung. — HAEBERLIN, Reichs-Geschichte. — HEINRICH, Reichs-Geschichte u. A. m. — v. GAGERN, Nationalgeschichte der Deutschen etc. — EICHORN, Staats- und Rechts-Geschichte. — von LOEW, Geschichte der Deutschen Reichs- und Territorial-Verfassung. — STENZEL, Versuch einer Geschichte der Kriegsverfassung Deutschlands. — HÜLLMANN, Geschichte der Stände. — REHM, Handbuch der Geschichte des Mittelalters. — W. MENZEL, Geschichte der Deutschen. — J. v. MÜLLER, sämtliche Werke.

§. 1.

Einleitung.

Der einzige Standpunkt, von dem wir hier ausgehen können, ist die Geschichte, «sie bestätigt die Wahrheit der «vorhergegangenen Grundsätze durch Darstellung des Erfolgs «ihrer Beobachtung oder ihrer Unterlassung, und lehrt durch «Beispiele die zweckmässigste Art ihrer Anwendung.» —

So weit wir nur immer mit Gewissheit diese grosse Lehrerin der Völker, wie des einzelnen Menschen verfolgen können, finden wir Krieg; ja selbst aus der grauen Vorzeit ist uns in Mythen, Sagen und Tradition beinahe nur von Krieg und Waffenthaten Einiges rein erhalten.

Von dem Zustande des rohen Zeitalters abgesehen, wo meistens nur Raubsucht oder Streit über Mein und Dein als die Triebfeder zum Kriege betrachtet werden dürfte, waren wohl unbezweifelt die Ursachen zu den später geführten Kriegen, mit wenigen Ausnahmen von edlerer Natur; man focht für ein streitiges Recht, — sei es auch selbst nur ein bloß vermeintliches — für National-Unabhängigkeit, oder zur Sühne einer erlittenen Schmach. So entstanden Eroberungs-, Freiheits-, Religions- und Bürger-Kriege.

Niemand, wer einen tiefern Blick in den deutschen Nationalcharacter gethan, wird indess in Abrede stellen, dass auch bei unsern Vorfahren die Begierde zu herrschen, sowie die Kampfthust, sie mitunter zum Kriege bewogen, und das untergeordnete Interesse des Besitzes, erst späterhin die Oberhand gewann.

Wir wollen versuchen, in diesen Blättern darzuthun, wie unsere Alvordern ihre Kriege geführt, ihre Heere organisirt waren, und ihre Kriegsverfassung sich nach und nach zu dem Standpunkte entwickelt hat, wie sie jetzt in dem Deutschen Bunde besteht.

Einführung.

Der einzige Standpunkt, von dem wir hier ausgehen können, ist die Geschichte, wie bestätigt die Wahrheit der vorübergegangenen Grundsätze durch Darstellung des Erfolgs ihrer Beobachtung oder ihrer Unterlassung, und lehrt durch Beispiele die zweckmässigste Art ihrer Anwendung.

Literatur zur ersten Periode.

TACITUS GERMAN. — J. CAESAR, de bello gallico. — Die Capitularien unter den Fränkischen Königen. — VON SAVIGNY, Gesch. d. R. Rechts. — ROESSIG, Alterthümer der Deutschen. — NICOLAUS VOGT, die Deutsche Nation und ihre Schicksale. — MONTAG, Geschichte der Deutschen. — PHILIPPS, Deutsche Geschichte.

§. 2.

Erste Periode.

Die ältesten auf uns gekommenen Nachrichten über die Kriegsverfassung bis zu dem Lehnwesen.

Die ältesten, leider spärlichen Nachrichten, welche zu uns aus der Zeit vor und während der fränkischen Monarchie gelangten, deuten auf eine enge Verbindung der Kriegsverfassung mit den bürgerlichen Einrichtungen hin ^{a)}. Schon vor den Merowingern finden sich Spuren der Eintheilung in Gauen ¹⁾, diesen waren Grafen ²⁾ ^{b)} (Grau, Grave, Gravio,

1) Gau, wahrscheinlich von γη, der Landstrich; s. GRIMM, Rechtsalterthümer, p. 496; doch kommt dieser Ausdruck schon sehr frühe vor.

2) Althochdeutsch *ge-refa*, verwandt mit dem englischen *reeve*, altfranzösisch *graffo*, dem heutigen *greffier*, wird von *rof* (Wohnung) abgeleitet, bedeutet so viel wie Gesell, mit dem es dieselbe Begriffsentwicklung gemein hat; (*gi-sello* von *sal*, Wohnung) bezeichnet ursprünglich einer aus dem Gefolge, *comes*. — Weitere Ethymologie siehe in Schmitthenner, Wörterbuch 1834.

a) Cap. III. a. 823. §. 6. — Marcellinus L., 31. v. Savigny, Gesch. d. R. R. I. p. 157, 223. b) L. Salica, Tit. 47, 52. Fredegarius, Cap. 37.

Graphio, Graf, Aldermann, Siniste, Höfdinge) vorgesetzt; mehrere derselben an der Grenze gelegen — standen unter einem Mark-, Grenz-Grafen^{c)}; wiederum eine grössere Anzahl führte ein Herzog an, vorzüglich im Kriege^{d)} (Heertog, oder Fürst, *the first, de Voorst*); alle diese Beamte wurden bis zu Carl dem Grossen grösstentheils durch die Wahl des Volks, seltener von den Königen eingesetzt, und häufig nur auf eine gewisse Zeit^{e)}. Deutlich kann man die Landwehr von der Heerfahrt unterscheiden; jene war zur innern Landesvertheidigung, diese zur Eroberung, zum Angriffskriege bestimmt, und erhielt sich bis das Lehnwesen die Oberhand gewann. Sollte ein Heereszug unternommen werden, so wurden von dem Könige Sendboten, Herzöge ausgesandt, welchen später auch die Musterungen (Heerschau, Waffenschau) anvertraut wurden. Diese versammelten die Völkerschaften gewöhnlich im März oder Mai an einem hierzu bestimmten Orte, wo man sich sodann im Allgemeinen auch über den Krieg berieth^{f)}.

Im Kampfe selbst fochten die einzelnen Völkerschaften zusammen, welche in sich nach dem einfachen Decimalsystem eingetheilt waren, wie sich aus der Benennung ihrer Anführer und Eintheilungen ergibt, z. B. Zentgra, Hundrede, Tienheodof (Zehnhaupt), Friborges, Heodof etc. etc.^{g)}.

Ihre Hauptstärke bestand im Fussvolke; Reiterei seltener und dann ohne Sattel reitend.

c) Cap. IV. a. incerti §. 8; Cap. de villis cap. 16. d) Tacit. Ann. 11, 62. Tacit. hist. IV, 15. Fredegarius, Cap. 77. Beda, hist. eccles. V. 11. v. Savigny, Gesch. d. R. R. I. p. 159. Moeser, Osnabrückische Gesch. I. Abs. 4. §. 6. e) Cap. II. a. 805. §. 12. Cap. III. eod. §. 14. Cap. I. a. 809. §. 22. Cap. II. §. 11. von Savigny, Gesch. d. R. R. I. 232. Bibl. patr. Lugd. XIV. 283. f) Ann. Petaviani a. 755. Cap. L. a. 812, §. 12. g) von Savigny, Gesch. d. R. R. I. 235 bis 250. Canciani, vol. 4. p. 340. — L. 32. Procop. de bello Vandalo 1, 5. J. Ehrenfried Zschackwitz, Heraldica etc. — eine Nachricht v. d. alten Kriegswesen etc. Leipzig 1735. p. 358.

Wenn auch die römische Taktik durch die häufigen Kriege mit den Germanen Einfluss auf sie ausübte, so ist doch die keilförmige Gefechts- oder Schlachtordnung des Fussvolks, wobei es zuweilen von der truppweise aufgestellten Reiterei unterstützt wurde, rein deutsch zu nennen^{h)} 3).

Ihre Waffen bestanden in einem Schwerte, Streitmesser, Spiesse, Lanze, Wurfspiesse, Streitaxt, Bogen, Pfeilen und Missilien⁴⁾; zu ihrer Deckung brauchten sie Schilde. Selten bediente man sich der Harnische und Helme, da die Sitte erforderte, in blossen Haaren⁵⁾ zu kämpfen.

Die Ausrüstung war Jedem selbst überlassen; die Unterhaltung geschah auf des Feindes Unkosten. — Zweikämpfe waren gesetzlich erlaubt, wurden sogar als Entscheidung (später Gottesurtheil) ganzer Kriege angesehen.

3) Die Aufstellung einer keilförmigen Gefechts- oder Schlachtordnung des Fussvolks wird nur von historischen, nicht militärischen Schriftstellern früherer Zeit erwähnt; jedoch will E. v. Rodt in seiner Geschichte des Bernerschen Kriegswesens, Thl. 1, S. 186, diese Stellung als von den Schweizern herkommend, betrachten.

4) Item missilia sunt arma, quae jaciuntur, ut hastae, sagittae, saxa, ἡ μάρα, ἰοί. Siehe Lexicon. Forcellini (1823.) S. 86. S. V. Missilis, e.

5) Der praktische Nutzen, welchen diese Haare gegen den Hieb gewährten, möchte sowohl im Mittelalter den Rittern als in neuerer Zeit den Reitern die erste Idee zu den Helmbüschchen gegeben haben.

h) J. Ehrenfr. Zschackwitz, Heraldica etc. — eine Nachricht v. d. alten Kriegswesen etc. Leipzig 1735. S. 359 etc.

Literatur zur zweiten Periode. Wenn die hängenden Kriege mit dem Germanen Einfluss auf sie ausübt, so ist doch die künftige Gefechts- oder Schlachtornung des

Die Capitularien unter den Carolingern. — Schwäbisches und Sächsisches Lehnrecht. — J. EHRENFRIED ZSCHACKWITZ, Heraldica etc. S. 441—489. — PERTZ, Lehnrecht. — RÖSSIG, Alterthümer der Deutschen.

§. 3.

Zweite Periode.

Die Kriegsverfassung, als Lehnwesen.

Schon die Merovingischen Herrscher hielten eine Anzahl Krieger, Reiter sowohl als Fussvolk, zur Beschützung ihrer Person und Vollstreckung ihrer Befehle, welche sie, um sie desto anhänglicher zu machen, vorzüglich begünstigten; vielleicht möchten hierin die ersten Keime des Lehnwesens zu suchen sein.

Während noch diese so eben beschriebenen Einrichtungen bestanden, entwickelte sich gleichzeitig das Lehnwesen (von den Burgundern zu den Franken übergegangen) und die Kriegsdienstpflichtigkeit. Schon König Clodewig gab Grundstücke (*beneficia*), wobei das *homagium* und *vassallagium* geleistet, so wie die *fidelitas* versprochen wurde, vorzüglich bei neuen Eroberungen ^{a)}. Diese Lehen waren jedoch wiederufflich ^{b)}.

^{a)} Hincmar. Rh. ep. de ord. palat. — Grupens, Abhandl. v. d. Worte Feod in dessen Alterthümer 18. ^{b)} Dip. Theod. reg. d. a. 660 a. p. Mabillon de re dipl. L. VI, 471.

Die steigende Macht der Hausmeier vergrösserte die Anzahl der Lehen, da jene die Grossen des Reichs nur auf diese Weise an sich ketten konnten ^e). Schon Carl Martel verband mit der Verleihung den Heeresdienst, woraus sich bald Erbfolge und Afterverleihung bildeten ^d). Unter den Merowingern wurden sie als Belohnung für Dienste an wirkliche Staatsämter geknüpft, unter den Karolingern mit Verpflichtung zum Dienst geleistet, unter welchen überhaupt beinahe alle früheren Einrichtungen in dem Lehnwesen verschwinden. Der Heeresdienst gründete sich nun auf den Besitz ^e). Die wesentlichen Unterschiede zwischen Kriegsdienstleuten und Vasallen ^f) sind folgende:

Das Verhältniss des Dienstmannes beruhte ausser dem Vertrag auf einer gesetzlichen Vorschrift, das des Vasallen nur auf dem Vertrage. Ersterer war schon durch Geburt und als Bürger an den Staat (Herrn) gekettet, musste ausser den Kriegsdiensten auch Hofdienste leisten, konnte sich nicht ablösen, seine Kinder waren *eo ipso* dienstpflichtig und er diente unbedingt gegen Jedermann. Der Vasall hingegen war nur durch einen Vertrag an den Lehnherrn gebunden, musste nur Kriegsdienste thun, konnte sich ablösen und leistete selbst nur unter gewissen Bedingungen diese Kriegsdienste; andere Unterschiede minderer Bedeutung übergehen wir hier.

Erst durch Karl des Grossen kräftige Verordnungen sind uns sichere Nachrichten über die damalige Kriegsverfassung zugekommen. Er verbesserte die Eintheilung in Gauen und Markgrafschaften, von welchen er mehrere im Kriege

c) Form. Marculf I., 13. Peters, über den Ursprung des Lehnverbandes, Berlin 1831. d) Cap. Calvi Tit. 58. Cap. 9 und 10. Reginonis Chronicon ad a. 949, p. 440. e) Cap. V. a. 806. §. 7 u. 8; Cap. a. 807. Cap. I. Cap. II. a. 812. Cap. 7. Cap. III. a. 812. Cap. 5. f) Kaiserrecht III. 8. Kindlinger, Münsterische Beiträge II. 149. Dipl. Otton. III. a. 976. ap. Guden I., 349.

unter einen Herzog stellte ^g). War ein Krieg beschlossen, so wurden die Vasallen mit ihren Untergebenen in 6 Wochen und 3 Tagen (Sächsische Frist) beim Heeresbanne zu erscheinen aufgefordert, binnen welcher Zeit sie unter ihrem Banner auf drei Monate ausgerüstet, sich stellen mussten, und zwar bei Strafe des Verlustes ihres Lehns und Zahlung von 60 Solidi. Dasselbe betraf denjenigen, welcher andere von ihrer Dienstpflicht zurückhielt; ja sogar die Geistlichkeit war bis zum 11ten und 12ten Jahrhundert bei dem Aufgebote von persönlicher Dienstleistung nicht frei. — Persönlich Dispen- sirte mussten Dienstleute senden, so wie mehrere Unvermö- gende einen ausrüsten ^h). Die Dienstzeit war durch die Kriegsdauer bestimmt, späterhin jedoch 6 Wochen auf des Vasallen und 6 Wochen auf des Lehnherren Unkosten fest- gesetzt worden. Schadenersatz, vorzüglich bei Kriegsdiensten ausserhalb der Grenzen, war nach Sächsischem Lehnrechte nichts Seltnes ⁱ).

Die zunehmende Macht der Karolinger brachte das Land- wehrsystem ganz in Verfall und bewirkte das Wachsen des Lehnwesens; durch die Nothwendigkeit der Selbsthülfe wurde das Faustrecht erzeugt, und so entwickelte sich nach und nach die Ritterwürde, da schon seit dem 10. Jahrhundert die kostspielig geharnischten Reiter im Heeresbanne die Kern- truppen ausmachten.

^g) Vitriar. illustr. II. 586 bis 592. ^h) Cap. a. 807. Cap. 1. 2. 6; Cap. a. 812. Cap. 2. 5. 9; Cap. a. 811, III. Vetus auctor de benef. §. 9. Mannert, Gesch. d. alten Deutschen 522 bis 532. Cap. II. a. 812. Cap. 1. 5. 8. 9; Cap. II. a. 813. Cap. 9. Kindlinger, Münsterische Beiträge II. 95. Montag, Gesch. d. Deutschen staats- bürgerlichen Freiheit I. 17 bis 30, 157 etc. 314 etc. Hüllmann, Untersuchung über d. Naturaldienst d. Guts-Untertanen, 33 bis 74; Dessen Deutsche Finanzgeschichte, 88 bis 114. Cap. Car. Magn. a. 807. in Georgisch. Corp. jur. germ. 733. ⁱ) Strubens, Nebenstun- den III. Abhandl. 28.

Die Kriege, welche Heinrich I. mit den benachbarten Reitervölkern führte, beförderten das Ritterwesen, was unter ihm eine Zunftgestalt erhielt^k). Er bestimmte den ältesten Sohn einer jeden Familie zum Kriegerstande, und erklärte gemachte Bente für herrschaftliches Eigenthum.

Das Turnierwesen und die Kreuzzüge begünstigten die Ritterwürde immer mehr, zu deren Erlangung mehrere Grade führten^l). Schon im 12. Jahrhunderte erkannte man deutlich folgende vier Genossenschaften, nämlich in Schwaben, Franken, Bayern und am Rheine mit vielerlei Unterabtheilungen; um dieselbe Zeit wurden auch die drei geistlichen Ritterorden gestiftet^m). Ihr Einfluss wirkte um so bedeutender

^k) Das Ritterwesen des Mittelalters etc. aus dem Französischen des Herrn de la Curne de St. Palaye, mit einer Vorrede von Klüber, 1786; kurzer Abriss der Gesch. des Ritterwesens und des deutschen Adels von F. W. Halle, 1793. ^l) Ploenies, de ministerialibus. Marb. 1719. Glasfey, de indole minist. Lips. 1724. Estor de minist. Argent. 1727; Scheidt, Nachrichten von dem hohen und niedern Adel in Deutschland, 1754. Büsching, Ritterzeit und Ritterwesen, Leipz. 1828. ^m) Statuta ord. Joh. in Lunig. cod. Ital. dipl. II. p. 1756. Vertot, hist. des chevaliers hospitaliers de St. Jean-de-Jérusalem. V. Hen. Pantaleonis hist. ord. Joh. Rhod. et Melitens. Basil. 1572 (81). Seb. Paolo, cod. dipl. del Sacro ord. Hierosolimitano, Lucca 1733. Geschichte d. Maltheser-Ordens nach Vertot v. Niethamm. 1792 II. 8. Statuten der Tempelherren nach einer alten franz. Handschrift von Dr. Münther, 1794 (95). Lucas, De St. Catharina cathologo dos Mestres da ordem de Templo Portuguezes em outras da Espanna, Lisboa 1722. D. Pedro Rodriguez, Campomanes dissert. historicas del Orden y laballeria de los Templarios, Madrid 1747 (beide Werke sehr selten). Mémoires hist. sur les Templiers par M. Grouvelle à Paris 1805. S. Du-puy, histoire de la condamnation des Templiers à Paris 1650, à Bruxelles 1751. W. Ferd. Wilke, Geschichte des Tempelherrn-Ordens nach den vorhandenen und mehreren bisher ungedruckten Quellen, Leipzig 1826 (27). Statuta ord. Teut. S. Lünig, spicilegium eccl. I. 1. S. 50. — Raymund Duellii, hist. ord. equit. Teut. Vindob. 1727. Recherches sur l'ancienne constitution de l'ordre teut. par de Wal. (Mergentheim 1819). C. Gryphii, kurzer Entwurf der geistlichen und weltlichen Ritterorden, 1709.

der, da die Kriegsführung gänzlich in ihren Händen lag und der Gebrauch des Fussvolks immer mehr verschwand, welches sich allmählig erst in der bewaffneten Bürgerschaft wieder entwickelte.

Schon seit Heinrich I. gegen die von allen Seiten eindringende Feinde Burgen anlegte, kann man den Ursprung bewaffneter Bürgerscharen annehmen, und mit dem Wachsen der Burgen zu Städten, bildeten sie sich nach und nach dergestalt aus, dass sie im 13. Jahrhundert dem Ritterwesen vollkommen die Wagschale hielten.

Die Ausrüstung in den Städten selbst geschah nach dem Vermögen der einzelnen Bürger; jede Zunft, jede Genossenschaft stellte ihre Anzahl Streiter unter Hauptleute, welche gewöhnlich wieder von Schultheissen (Sculdais, Sculdascii, Scultetus, Sculdheizo)¹⁾ angeführt wurden. Den einzelnen Abtheilungen gab man Schützen (gleichsam als Geschütze) hinzu. Ihre Bewaffnung bestand aus Bein- und Armschienen, Sturmhauben, Schilden, Lanzen, kurzen zweischneidigen Schwertern, Armbrüsten, Bogen und Pfeilen und späterhin dem in Italien kennen gelernten Dolche; die Macht zur Heerfahrt aufzubieten, lag in der Landeshoheit. Wollte nun der Kaiser einen Reichskrieg führen, so konnte dies nur mit Zustimmung der Reichsstände auf einem Reichstag geschehen, worauf das Aufgeboth (im Oestreichischen, wenn es gegen Raubgesindel ging, Greinen, in Mecklenburg, bei der Landwehr, Jodute, im Sachsenspiegel Gerochte genannt) erlassen wurde, dem binnen 4 Jahr, 6 Wochen, 3 Tagen gewillfahrt werden musste; doch findet sich diese Zeitbestimmung auch länger vor; kürzer nur bei der Reichslandwehr.

Die Anwesenheit des Kaisers beim Heere bezeichnete das Entfalten des Reichsbanners, worauf alle übrige Fahnen, aus-

1) *Sculd.* (Schuld) *heizo* (heischen) ursprünglich, einer, welcher heischt was andere schuldig sind zu thun. — Richter, — Vogt, — Hauptmann. —

ser denen, welchen besondere Privilegien zuerkannt waren, verschwinden mussten. Verschieden von diesem Reichsbanner war die Reichssturmflagge, die nur für die Reiterei bestimmt, erst später ihr Entstehen hat, sowie die St. Georgen-Flagge der Schwäbischen Ritterschaft ⁿ⁾).

Das Heer war nach den verschiedenen Ständen in sieben sogenannte Heerschilde eingetheilt, nämlich 1) König, 2) geistliche Fürsten, 3) weltliche Fürsten, 4) Grafen und Freiherrn, 5) Bannerherren, 6) Gemeine Ritterschaft, 7) Freie, von nicht ritterlicher Geburt ^{o)}).

Näheres über die damalige Art eines Heereszugs und die Kriegszucht finden wir in den Verordnungen Kaiser Friedrich I. auf seinem Zug nach Italien im Jahre 1158^{p)}. Spätere Nachrichten geben als die gewöhnlichste Ordnung folgende an: zuerst die Vorhuth, um der übrigen Marschsäule die Bahn zu öffnen und zu sichern, dann folgte der Gewalthaufe, der aus der Hauptmacht des Heeres bestand, wobei sich das Hauptbanner, öfters selbst noch alle andere Zeichen befanden, die dritte Masse war als Nachhuth bestimmt, ersterem den Rücken, und zugleich den zwischen beiden Abtheilungen ziehenden Trosszug zu decken.

Die immer wiederkehrenden Römerzüge liessen die grossen Mängel der Lehnkriegsverfassung recht deutlich hervortreten; dies und die durch ihr Fussvolk hauptsächlich wachsende Macht der Städte sind wohl mit die Hauptveranlassungen, welche, noch vor Erfindung des Pulvers, auf Soldheere führten.

ⁿ⁾ v. Savigny, Geschichte d. R. R. I. p. 242 — 246. Moeser, Osnabrückische Geschichte I, Urkunde Nro. 1. Otfried Lib III, C. 3. Lib. IV. C. 34 in Schilter thesaur. I, 160, 308. — J. Ehrenfried Zschackwitz, Heraldica — eine Nachricht v. d. alten Kriegswesen etc. 1735. Leipzig. p. 280 etc. Ebendaselbst p. 406 etc. Limnaeus in jure publ. II, 7, 48. — Act. publ. v. Hartleder I, L. 3. Cap. 1. ^{o)} Sachsenspiegel ad L. I. a. 3. ^{p)} Radevicus d. r. g. I. a. 1158. J. G. Hoyer, Gesch. d. Kriegskunst, 1. Thl. 1. Heft. 24 etc. ^{q)} E. v. Rodt, Gesch. des Bernischen Kriegswesens etc. Thl. I. p. 191.

Literatur zur dritten Periode.

Kriegskunst zu Fuss, von J. JAC. V. WALLHAUSEN, Oppenheim 1615. — Kriegskunst zu Pferde, von demselben. Frankf. a.M. 1616. — Archiley, Kriegskunst von demselben, Hannov. 1617. — DILICHs Kriegsbuch, darin die alte und neue Militär aller oerter vermehret und beschrieben wird, 2 Thle. Erkf. 1689. — GEORG VON FRUNSBURG, Kriegsbuch. — GEORG VON FRUNSBURG oder das Deutsche Kriegshandwerk zur Zeit der Reformation von Dr. F. W. BARTOLD. — Die Kriegskunst in 7 Büchern nebst den kleinen militärischen Schriften d. NICCOLO MACHIAVELLI, a. d. Italienischen übers. v. JOH. ZIEGLER, Karlsruhe 1835. — LÜNIG, corp. jur. militare. — J. J. MOSER, von der Deutschen Kriegsverfassung. — Neuste Sammlung der Reichstags-Abschiede. — HOYER, Kriegs-Geschichte. — SCHMIDT, Deutsche Geschichte. — SCHMIDT-PHYSSELDECK, Repert. zu Häberlins Reichsgeschichte. — Herzog Georg von Braunschweig und Lüneburg, von Frhrn. v. D. DEECKEN.

§. 4

Dritte Periode.

Die Kriegsverfassung als Söldnerwesen.

Die Liebe zum Kriegshandwerke war von jeher ein hervorstechender Zug der Deutschen. Schon in der Römischen Kaiserperiode finden wir häufig deutsche Söldlinge als des römischen Thrones mächtigste Stütze, oder Zertrümmerer, ebenso in der Merowingischen Zeit. Dass deutsche Völkerschaften Auswärtige in Sold genommen, ist nur als Ausnahme zu betrachten, während in der Regel unsere Landsleute als Streiter im Auslande erscheinen. Häufig finden wir im 12.,

13. und 14. Jahrhunderte Beispiele, dass der Adel, verarmt durch das Wachsen der Städte, angezogen durch das beutereiche Italien, sich in Sold begab. Schon unter den Hohenstaufen kommen Verträge mit solchen Kriegsscharen (Brabanzonen, Rotten) die ihre Anführer wählen durften, vor ^{a)}, hierunter dienten die ärmeren Adelichen als Knappen (*Sarianten*) ^{b)}.

Im 14. Jahrhunderte verlor der Adel das Vorrecht des Kriegshandwerks, in dem die häufig geführten Kriege in und mit den Nachbarländern eine grössere Anzahl Krieger nothwendig machte. Der Gebrauch der Feuerwaffe beraubte ihn des Vorrechts ausschliesslich als Reiter (Ritter) zu kämpfen, indem der Harnisch den gehörigen Schutz nicht mehr darbot ^{c)}.

Von nun an kann man erst mit Sicherheit die allgemeine Verbreitung der Söldner (*Solidarii*, Soldat) annehmen, worunter man gewöhnlich, wiewohl mit Unrecht, nur die gefürchteten Lanzknechte versteht ^{d)}.

Ob die Ethymologie dieses Worts von ihrer Bewaffnung «Lanze» oder von dem Worte «Land» (Landeskinder) abzuleiten sei, will ich unentschieden lassen ^{e)}.

Die Reichsfürsten nahmen öfters solche gemischte Haufen in Sold, welche theils nach ihrem Vaterlande «Schweizer», oder wegen ihrem kurzen Anzuge «Gaussbauer» genannt wurden ^{f)}.

1) In dem Celtischen findet sich eine Wurzel *lanca* (werfen) vor; vielleicht wäre es davon am richtigsten abzuleiten.

a) Hist. brev. epor. Viridumens bei d'Achery, II. 251. Magn. Chron. Belg. a. 1195. Otto Fries, d. r. g. I. 32. Milites qui solidarii dicuntur Radevicus I. 32. Robertus de monte a. 1182. Arnold Luba, chr. Slaw. II. 25. Godef. Colon, a. 1236. b) Litterae Henrici VI., apud, Cod. Colon ad a. 1195. c) Siehe die in Häberlins Reichsgeschichte Thl. VIII. S. 614 etc. angezeigten Schriftsteller. d) Häberlin, Auszug I. 340. e) Gassari, ann. Augsb. a. 1490. Unrestus in Chr. Austr. ap. Hahn I. 754. Joh. Fabri orat. funeb. in Max I. ap. Freher II. 413. f) Aventin, ann. Baj.

Im Allgemeinen bestand ihre Bekleidung im 14. Jahrhunderte in einem eisernen Hute, Bekelhaube, Leibrock von Wild- oder Büffelhaut mit 25- bis 30facher Leinwand gefüttert, oder Baumwolle durchnäht, hierüber einen Blechharnisch oder Panzer von Drath. Ihre Waffen waren Bogen und Pfeile, stählerne Armbrüste, Seitengewehre von verschiedener Länge, Lanzen, Spiesse, Streitäxte, *Rontartschen*, oder kleine runde Schilde. (Letztere wurden jedoch schon 1386 in der Schlacht bei Sempach von den Schweizern zuerst weggeworfen.)

Die Reiterei war noch aus dem Adel (*homines armati*), zusammengesetzt, theils aus Land-Adel, theils aus Stadt-Adel (Patrizier) und wurde Gleve (*Gleve*, Lanze, Lanzenreiter) genannt; sie behauptete jedoch immer den Vorzug vor dem Fussvolke. Zum mindesten gehörten zwei Gewappnete und zwei Pferde zu einer Gleve, wovon 6 der Gewappneten auf einem Wagen ritten ^g).

Was ihre Kriegswerkzeuge anbelangt, so finden wir bis zum Geschütz-Gebrauch als die üblichsten den Priapus und Krebs als Mauerbrecher, die Katze als Sturmdach. Der Kriegsbaumeister war Chef der Geschütze und des Maschinenwesens; nach dem Emporkommen der Feuerwaffe hiess er Feldzeugmeister und wurde von dem Kriegsbaumeister getrennt.

Ein Reichskrieg konnte nur, wie früher, mit Einwilligung der Stände geführt werden, die aber auch zur Vollführung verpflichtet waren. Das Lehnssystem existirte, der Benennung nach, noch lange fort, allein schon bei der Errichtung der sogenannten Reichsmatrikel, wo die Abfindung mit Geld dem Söldnerwesen sich günstig zeigte, hatte es seine eigentliche Bedeutung verloren.

L. IV. 216. (ed. d. a. 1647.) Broderi Boisen, Chron. Slesiri ap. Menken I. 609. Pirkheimer bei Freher s. r. G. III. 65. g) Girken, Cod. dipl. Brandenburg I. 75. 89. 273.

Der Kaiser ernannte den Reichsfeldherrn durch Ueber-
sendung des Reichsbanners ²⁾. In dem Kampfe selbst wurde
völkerschaftsweise gekämpft, wo den Schwaben der Vortrab
gestattet war ^{h)} ³⁾.

Die eigene Kriegsführung der Husitten (später auch die
beständigen Kriege mit der Türkei und Frankreich), deren
Hauptstärke in dem Fussvolke und ihre Vertheidigung in der
Wagenburg ⁱ⁾ bestand, veranlasste Kaiser Sigismund 1422
auf dem Reichstage zu Nürnberg zur Feststellung einer Reichs-
matrikel ⁴⁾, in welcher die Reichsstände des Herrenstandes,
die Reichsstädte und die zum Reichsdienst verpflichteten
Städte, bald zu einer gewissen Anzahl Gleven und Schützen,
bald nur zu einer gewissen Anzahl von Mannschaft angeschla-
gen wurden, ohne die Waffen genauer zu bestimmen.

Einem jeden Reichsstande war es überlassen, wie er sein
Aufgeboth aufbringen wollte. Die ungleiche Vertheilung der
Kriegslasten bewirkte, dass auf dem Reichstage zu Frankfurt
a. M. 1427 eine allgemeine Reichssteuer (gemeiner Pfenning)

2) Ja Heinrich VII. ernannte sogar König Friedrich von
Sicilien zum Reichsadmiral über die vereinigte, zur Eroberung von
Neapel bestimmte, Kaiserliche und Sicilianische Flotte.

3) Zu bemerken ist es; dass Schwaben und die Stadt und Burg
Grüningen das Reichsfähnrichs-Amt zu versehen und die Reichs-
sturmfahne zu tragen hatten. König Ludwig IV. gab Beides 1322
dem Grafen Conrad von Schlüsseburg zum Lehn, der es mit
Ratification des Kaisers 1336 dem Grafen Ulrich von Württemberg
verkaufte. (SCHMIDT-PHYSELDECK, repertorium 3. Abthl. 4. Abs. p. 44.)

4) Für die älteste hält man die von 1417. Siehe Auszug aus
der allgemeinen Gesch. von HÄBERLIN Band VIII, S. 325; ferner
unter Sigismund von 1422, 1427, 1431; unter Friedrich III.
von 1467, 1471, 1474, 1480, 1486, 1487, 1489, 1491, u. s. w.

h) Häberlin, Auszug I. 340 bis 343. i) Lenfants Gesch.
des Hussitenkriegs II. 393. die Deutsche Uebersetzung. Balbini, epi-
tome Rer. Bohem. 456. Joh. Cochlaei, hist. hussit. L. V. 216.

beschlossen wurde, und zwar jede geistliche Person sollte vom Hundert 3, jeder Christ über 15 Jahre einen Strassburger Plapphart, oder 6 Strassburger Pfennige zahlen; wer 200 bis 1000 fl. besass, ein halb Gulden, wer 1000 und mehr hatte, 2 fl., die Grafen 25 fl., die Freien 15 fl., die Ritter 6 fl., die Knechte 3 fl., und ein jeder Jude 1 fl. Von nun an ward es immer gebräuchlicher, statt Mannschaft, Geld zu geben, und Söldner zu werben. Häufig wurde die Reichsmatrikel verändert ⁵⁾).

Wie diese Geldanschläge geschahen, kann man ungefähr aus folgendem Beispiele ersehen:

Nach dem Reichsanschlage von 1486 gaben die 6 Churfürsten (ohne Böhmen) 93,600 fl., 21 Erz- und Bischöfe 64,300 fl., die beiden Meister des Deutschen und Johannitter-Ordens, nebst 16 Aebten, 22,300 fl., 58 Reichsstädte 156,900 fl. und 11 weltliche Fürsten 85,200 fl. Die ganze Summe betrug also 327,900 fl. damaliger Münze, und wurde zu 34,000 Mann Truppen angeschlagen. Jedoch auch dieses erhielt 1492 wieder eine Aenderung. Einen ungefähren Maasstab des verhältnissmässig sehr hohen Soldes der Truppen können wir aus Folgendem entnehmen. Augsburg gab seinen Söldnern (1422), die aus 60 Reitern und 200 Mann Fussvolk bestanden, als sie während 3 Monaten die Burg Hohenzollern belagerten, jedem täglich 4 Groschen, so dass es 18,000 Goldgulden damaliger Münze betrug ⁶⁾. Dies möchte wohl hinlänglich sein, um ein Bild des Kriegswesens im 14. und 15. Jahrhundert zu entwerfen, bis mit Kaiser Max ein ganz neuer Abschnitt beginnt. Grundursache dieser Veränderung war

5) Sämmtliche von 1422 inclus. angezeigte Reichsmatricular-Anschläge sind auch in der neuesten Sammlung der Reichstags-Abschiede (gedruckt 1747 in Frankfurt a. M. bei Ernst Aug. Koch) enthalten.

6) Gassari, ann. Augsb. a. 1422.

der ewige Landfriede 1495 und die Kreiseintheilung, zuerst in 6 (im Jahr 1500)⁶⁾, dann in 10 Kreise (im Jahr 1512)⁷⁾ ¹⁾. Durch ersteren wurde dem Fehdewesen, jenem unregelmässigen Kriegszustande, für alle Zeiten ein Damm entgegengesetzt; durch das zweite der Grund zu einer allgemeinen Reichskriegsordnung gelegt.

Die erste allgemeine Reichskriegsordnung wurde im Jahr 1500 auf dem Reichstage zu Augsburg gegeben, woselbst zehn Jahr später man eine allgemeine Reichskriegsverfassung für immer festzusetzen suchte. Kaiser Max I. errichtete zuerst Regimenter von Lanzknechten^{m)}, theilte sie in Compagnien (Fähnlein) zu 400 Mann, Rotten zu 10 Spiessen und Corporalschaften ein, auch finden wir beinahe alle Benennungen unserer jetzigen Officiersgrade dabei. Ihm ist die Vervollkommnung des Geschützwesens der Karthaunen (Karren-Tonnen), Feuermörser, Feldschlangen, Stümpfe zu verdanken, so wie er auch ein neues Kriegsrecht publiciren liess⁸⁾ ⁿ⁾. Auch Kaiser Karl V.⁹⁾ wirkte bedeu-

6) Diese wurden nach Ziffern gezählt.

7) Sie waren die sechs alten, 1) der Fränkische, 2) der Schwäbische, 3) der Baierische, 4) der Rheinische, 5) der Sächsische und 6) der Westphälische Kreis; die vier hinzugekommenen sind 7) der Oestreichische, 8) der Burgundische, 9) der Kurrheinische, 10) der Obersächsische Kreis.

8) Noch ist es vielleicht nicht uninteressant, dass Nürnberg zuerst seine Lanzknechte in gleichförmige rothe Wämser kleidete, welche Truppe Kaiser Max am Bregenzer See musterte. (BILIBALDUS PIRKHEIMER, † 1530, historia belli helvet. p. 64.)

Sonst möchte wohl die erste Gleichheit der militärischen Bekleidung in den Feldzeichen und Schärpen zu suchen sein.

Mehrere Beispiele von gleicher Kleidung (bunten Röcken) in dieser Zeit. Siehe J. A. HOFMANN, Abhandl. vom vormaligen und heutigen Kriegsstaate, S. 560.

9) Er sorgte zuerst im Schmalkaldischen Kriege 1546 durch Anlegung von Magazinen in Regensburg für die Verpflegung der Truppen.

1) Reichstags-Abschied von 1512. m) Martin, Crus. ann. suev. III. zum Jahre 1487. p. 478 etc. n) Häberlin, Auszug I. 156. Gesch. d. Bernerischen Kriegswesens etc. v. E. v. Rodt, Bern 1831. 1. Thl. p. 90.

tend auf das Reichskriegswesen, vorzüglich durch die Reichsmatrikel von 1521 und die Executionsordnung von 1555, wo er die Kreismannschaft unter Kreisoberste und Kreishauptleute stellte, wodurch das Ganze eine festere Gestaltung bekam ¹⁰⁾).

Nächst ihm war es Kaiser Max II., der durch seine Reiterbestallung in 224 Artikeln vom Jahr 1570, so wie durch seine Fussknechtsordnung kräftig wirkte. Da dies näher auszuführen dem Zwecke dieser Abhandlung entgegen sein würde, wollen wir es versuchen mit wenigen Umrissen, ein, wo möglich deutliches Bild des Kriegswesens im 16. Jahrhunderte bis zum dreissigjährigen Kriege zu geben. Was zunächst die Stärke der Regimenter bei dem Fussvolke anbelangt, so schwankt sie zwischen 2000 und 3000 Mann; jedes derselben bestand aus 10 bis 16 Compagnien (Fähnlein) und war nach folgendem Maasstabe aus verschiedenen Waffengattungen zusammengesetzt. Von 400 Mann waren 100 in vollem Harnische mit Piken, 200 Schützen mit Feuer-
gewehren, 50 mit Hellebarden und Schlachtschwertern und 50 mit Piken ohne Harnisch. Ein Reiterregiment belief sich selten über mehrere 100 Mann, da der Kaiser den Adel in

10) Da die Reichsexecution in Bezug auf die Bundesverhältnisse wichtig ist, so führen wir deren Entstehen hiermit an:

«Durch die von Markgraf Albrecht von Brandenburg-Kulmbach erregten Unruhen fanden sich der Kurrheinische, Fränkische, Schwäbische und Oberrheinische Kreis bewogen, mit August 1454 den Entwurf einer innern Verbindung zu machen; dieselbe ward im November desselben Jahrs von allen zehn Kreisen genehmigt und so erwuchs die Reichsexecutions-Ordnung, die dem Reichstags-Abschied von 1555 einverleibt wurde, zufolge derselben war jeder Reichsstand angewiesen, bereit zu sein, bei entstandenen Unruhen oder Widersetzlichkeiten gegen kammergerichtliche Erkenntnisse mit den übrigen Mitständen unter Anführung des Kreis-Obersten zu sammentreten zu können. Bei nicht hinreichender Macht sollten die andern Kreise Unterstützung leisten.» (HOYER, T. I., p. 202.)

diesem Vorrechte unterstützte. Jedem Reiter war ein berittener, mit Feurgewehr versehener Diener zugegeben.

Was den Sold anbelangt, so war zwar durch die Matrikel von 1521 für einen Fussgänger monatlich 4, und für einen Reiter 10 Gulden rheinisch festgesetzt, allein dies ist keineswegs ein zuverlässiger Maassstab, da alle ganz Geharnischte doppelten Sold (Doppelsöldner) erhielten, und häufig die vom Adel noch mehr. Die Befehlshaber empfingen verhältnissmässig mehrfache Monatsolde, so der Oberste Reichsfeldhauptmann (im J. 1500) monatlich 1500 Gulden; bei Carl V. ein Oberst monatlich 400 Gulden, und für Canzlei und Dienerschaft 200 Gulden; Hauptleute 10fachen Monatsold u. s. w.; Beute und Lösegeld liess man den Söldnern.

Die Schlachtordnung war tief, gewöhnlich viereckig; die Glieder standen 20 bis 25 Mann breit; die sogenannten Pikeniere wurden in die Mitte jener grossen viereckigen Haufen aus 20 bis 26 Compagnien bestehend, gestellt; die Arkebusiere standen dagegen auswärts auf den Ecken ¹¹⁾. Die Reiterei näherte sich gewöhnlich auf Schussweite, um ihre Salve zu geben und schwenkte dann ab ^{o)}. Im Anfange jener

11) Im George von Frundsberg, von BARTOLD, S. 58, finden wir den Schlachtgang der Lanzknechte folgendermassen beschrieben: Voran ging der verlorne Haufe (Läufer), dann der helle Haufe, ein geschlossenes Viereck bildend, im Sturmschritt. Die Hackenschützen waren sowohl einzeln, als in kleinen Abtheilungen, angehängt. Drei Glieder, mit langen Spiessen bewaffnet, bildeten als äusserste Linie den Igel, diesem folgte ein Blatt mit Schwertern oder Hellebarden, in dessen Reihen die vordersten drei Fähnlein flatterten; das Centrum, aus langen Spiessen bestehend, war mit kurzen Wehren umgeben, dann folgten lange, wiederum kurze Wehren mit den hintern drei Fähnlein und zuletzt die wohl bewährtesten Leute.

o) Siehe die in Schmidt-Physeldeck Repert. Thl. III Abth. 5. S. 180 angeführten Stellen.

Zeitperiode focht sie in einem Gliede, später aber in Keilform und hierauf in Vierecken, wo 13 Pferde liefen.

Da beständig von Zeit zu Zeit an der Reichsmatrikel geändert wurde, so ist es fast unmöglich, den genauen Bestand der Reichsarmee anzugeben, der gewöhnlich nach dem jedesmaligen Bedürfnisse bestimmt wurde. Erst, nachdem wir einen Blick auf den dreissigjährigen Krieg geworfen haben werden, und die stehenden Heere allgemeiner geworden, lässt sich mit Bestimmtheit hierüber Näheres sagen.

Dieser dreissigjährige Krieg, als ein Religionskrieg, wo also nicht das Reich als Reich, sondern Parthei gegen Parthei kämpfte, kann uns weniger ein Bild der Reichskriegsverfassung geben, und hat hier nur in so fern Interesse, als die Kriegskunst bedeutend in ihm fortschritt. Das Werbsystem ging innerhalb dieses Kriegs nicht von den Regierungen unmittelbar, sondern von den Feldherrn (Befehlshabern) aus, mit welchen man Verträge abschloss. Diese Anwerbungen geschahen theils durch bedeutende Versprechungen (Wallenstein gab jedem Infanteristen 25 Thaler), theils durch Zwang. Schon 1613 finden wir mittelst Aushebung eine Landmiliz in Sachsen, Defensoren genannt. 1623 wurde sie förmlich von Gustav Adolph in Deutschland eingeführt, der die Miliz jährlich zu recrutiren befahl ¹²⁾ p).

Höchst bedeutend war der Einfluss der schwedischen Kriegskunst auf die deutschen Truppen. Man vertauschte die grossen und unbehüflichen Massen gegen kleinere Hau-

12) In Bayern war sie schon unter dem Namen Landfahne während der Regierung Kurfürst Maximilian des Ersten ziemlich organisirt, was auf einen früheren Ursprung hindeutet. — MANNERT, Geschichte Baierns, — auch in der Pfalz. — E. v. ROTH, Gesch. des Bernerischen Kriegswesens, 2. Thl. S. 92.

p) Histoire des dernières campagnes et négociations de G. Adolph en Allemagne, 4, 249. Schildknechts Festungsbau, III. 197.

fen, die im Kampfe leichter zu bewegen waren ¹³⁾; *Bataglia*, *Bataillone* genannt ¹⁴⁾. Die Lanzknechte, nun Spiesser benannt, schmolzen bei jeder Compagnie bis zur Hälfte herab, und kamen späterhin nach Vervollkommenung und Veränderung der Feurgewehre (Bajonett) gänzlich ausser Gebrauch. Auch das bei den Schweden geringere Caliber des Feld- und Belagerungsgeschützes (8-, 12- und 24pfündige eiserne Kanonen) fand bei den Deutschen bald Eingang.

Was die Auszahlung des Soldes anbelangt, so verfuhr man nicht immer mit Schwedischer Pünktlichkeit, ja es ging so weit, dass der Kurfürst von Brandenburg den Landleuten befehlen musste, jedem bettelnden Soldaten einen Heller zu schenken ^{q)}.

Der Deutsche Adel zog jetzt vor, anstatt Lehndienste zu thun, als Officiere bei der Infanterie zu dienen, oder als Volontaire bei dem Generalstabe angestellt zu sein, wodurch dieser sehr vermehrt wurde. Auch ist es vielleicht nicht unbemerkenswerth, dass schon damals anerkannt war: die Bergländer, Tyrol, Schwaben und Westphalen lieferten das beste Fussvolk, und die ebeneren Gegenden, Niedersachsen, Cleve, und ein Theil von Franken die beste Reiterei.

Gegenseitig erschöpft, sah man nach Beendigung dieses dreissigjährigen Kampfes ein, dass ein solcher Zustand Jedem

13) Im J. 1631 bei Leipzig betrug ein Regiment Fussvolk 1500 Mann, 1632 nur 900 Mann, die Tillysche Reiterei, denen man die Lanzen genommen, bildete zu 800 Mann mit 8 Schwadronen ein Regiment. Bei den Schweden bestand die Reiterei aus $\frac{2}{3}$, bei den Kaiserlichen aus $\frac{1}{2}$ der Armee; unter Gustav Adolph focht das Fussvolk in sechs, dagegen die Reiterei gewöhnlich in vier Gliedern.

14) Bataillon, Diminut. v. Bataille bedeutet kleine Schlacht- (ordnung.)

q) Mauvillons, Gesch. d. Preuss. Soldatenwesens übersetzt von dem Hauptmann von Blankenburg, Leipzig 1796, p. 80 der Einleitung.

nur Verderben bringen würde. Das Bedürfniss nach Ruhe, nach fester Ordnung, wurde allgemein gefühlt, und welche Einwirkung dies auf die Kriegsverhältnisse gehabt, wollen wir in der nächsten Periode untersuchen.

Literatur zur vierten Periode.

Geschichte des Feldzugs vom J. 1799 (v. e. Erlauchten Verfasser). — *Grundsätze der Strategie, von Ebendemselben.* — *Die Wahlcapitulationen.* — *Neueste Sammlung der Reichstags-Abschiede.* — *Neueste sämtliche Reichsschlüsse, von PACHNER VON EGGENSTORF.* — *MOSER, FR., von den Deutschen Reichstags-Geschäften.* — *MOSER, von der Deutschen Kriegsverfassung.* — *SCHMAUS, corp. jur.* — *HOYERS Kriegsgeschichte.* — *Besondere und geheime Kriegsnachrichten, worin die Anfangsgründe der Kriegskunst beschrieben sind, von RAYMUND Fürst MONTECUCULI.* 4. Strassburg 1736. — *Der vollkommene Teutsche Soldat, beschrieben von HANS FRIEDRICH VON FLEMING.* Leipz. 1726. — *COSANDERS, Frhr. v. GÖTHE, wohlunterwiesener deutscher Soldat.* Erkfirt 1738. — *Betrachtungen über die Kriegskunst, über ihre Fortschritte, ihre Widersprüche und ihre Zuverlässigkeit, 1797.*

§. 5.

Vierte Periode.

Ständige Truppen und stehende Heere; Verfassung der Reichs-Armee bis zur Niederlegung der Deutschen Kaiser-Krone.

Den Uebergang einer Periode in die andere genau zu verfolgen, gehört wohl mit zu den schwierigsten Aufgaben

bei jeder historischen Darstellung, und es ist Pflicht, mit möglicher Genauigkeit da zu verweilen, wo der Stoff sich wie hier, so schön darbietet. Den Uebergang von dem Söldnerwesen zu den stehenden Heeren, finden wir in der ständigen Truppe. Letzterer ältester Ursprung möchte wohl vorzüglich (obgleich es oft und vielfach angefochten worden) in den fast bei allen Völkern sich vorfindenden Leibwachen der regierenden Könige und Fürsten zu finden sein; diese Truppen waren gleichsam als der Stamm, der Kern für das Volksheer zu betrachten ^{a)}). Eine andere Ursache, warum wir die ständigen Truppen nach dem dreissigjährigen Kriege immer häufiger finden, obgleich sie eigentlich schon unter Max I. vorkommen, möchte in den damals häufig umherstreifenden Rotten zu suchen sein, welche man, indem man sie dem heilosen Strassenräuber - Handwerke entzog, zum Staatszwecke nützlich zu verwenden suchte. Ohne Zweifel wurden diese ständigen Truppen anfangs grösstentheils durch freiwilligen Eintritt ergänzt, bis nach und nach, zuerst die niederen Stände («die für das Gewerbe Entbehrliche») später durch das Conscriptionsgesetz Jeder, wenn auch nur temporär, sich den Waffen widmen musste. Aus diesen ständigen Truppen entstanden nun zu Ende des 17. und mit Beginn des 18. Jahrhunderts die stehenden Heere ¹⁾). Auch hier möchte zunächst ein Grund in der grössern Sicherheit, der grösstentheils aus Landeskindern bestehenden stehenden Heere vor dem jedem Käufer feilen Soldhaufen zu suchen sein, welcher Vorzug besonders fühlbar wurde, als in den

1) Dass die stehenden Heere gleichzeitig mit den stehenden Gesandtschaften entstanden sind, gehört wohl zu den wichtigsten politischen Erscheinungen in dem Europäischen Staatensystem. — (S. K. H. L. PÖLITZ, staatswissenschaftliche Vorlesungen für die gebildeten Stände etc. Leipzig 1833. 3. Thl. p. 247.)

a) J. Ehrenfried Zschackwitz, Heraldica etc. p. 367 etc. Herzog Georg von Braunschweig von Frhrn. v. d. Deeken, p. 69.

letzten drei Jahrzehnten die Eroberungssucht Ludwig XIV. Deutschland in einem fortwährenden Kriegsstande erhielt. Folgende Beispiele einzelner deutschen Staaten mögen hinreichen, den schnellen Uebergang der ersten ständigen Truppen in stehende Heere darzuthun.

(a) Der grosse Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg fand (1640) 3600 Mann Infanterie und 2500 Mann Reiterei vorhanden; er hinterliess (im Jahr 1688) ein stehendes Kriegsheer von 38,000 Mann; Friedrich Wilhelm I. verstärkte die Armee auf mehr als 80,000 Mann. Derselbe dehnte auch im Jahr 1753 (was 1704 schon ziemlich geregelt war) das System des unfreiwilligen Kriegsdienstes so weit aus, dass jedem Regiment die dienstfähige Mannschaft eines Distrikts (mit Ausnahme der höhern Stände) zur Ergänzung angewiesen wurde, aus welchem die Befehlshaber die Hälfte der ganzen Armee auswählen durften. Friedrich II. hielt selbst in Friedenszeiten mehr als 200,000 Mann ^{b)}).

Die stehende Kriegsmacht des Hauses Oestreich wurde im Jahr 1673 auf 60,000 Mann angegeben; bei Leopold I. Tode (im J. 1705) bestand sie aus 132,244 Mann, worunter 35,000 Mann zu Pferde; unter Joseph II. (im J. 1780) 352,624 M., worunter 49,624 Mann zu Pferde ²⁾. Pfalz-Baiern hatte im J. 1792 35,000 Mann; Kursachsen 35,000 M.; Kurbraunschweig 36,000 M. ^{c)}. Gegen Ende des 18.

2) Die Verpflegungskosten betrugen damals jährlich gegen 20,000,000 fl.

^{b)} Ribbentrop, Verfassung des Preussischen Cantonswesens, Minden, 1798. Mylius, Corp. jur. Brand, 195. Eichhorn, IV. 619. von Loew, 386. B. 273. Kurzgefasste Rang- und Stammliste der Preussischen Armee v. J. 1790. ^{c)} Kreisslers Reisen II., 1001. Stuck, Leben Leopolds 253. Häberlins Staats-Archiv Hft. XL. p. 368 etc. Ueber Sachsen, siehe S. Weisse, Sächsische Gesch. V. 177; über Hessen A. Hoffmann, Abhdl. von dem vormaligen und heutigen Kriegsstaate I. 397.

Jahrhunderts unterhielten die deutschen Reichsfürsten mit ihren ausserhalb des Reichs gelegenen Ländern in Friedenszeiten gegen 700,000 M. stehender Truppen^{*)}. Sehen wir nun, wie es sich damit in dem deutschen Reiche verhielt, so kann man nicht füglich von einer stehenden Reichsarmee von Kaiser und Reichswegen³⁾, wohl aber von stehenden Kreis-Contingenten reden, wie wir gleich näher untersuchen wollen^{d)}. Das Bedürfniss nach einer kräftigen Reform in der ganzen Reichsverfassung trat, nach dem dreissigjährigen Kriege, durch welchen viele frühere Verhältnisse ganz unpraktisch, andere neue nothwendig geworden, recht deutlich hervor, und so kam es vorzüglich aus polizeilicher Rücksicht, zur Aufrechthaltung innerer Ordnung und äusserer Sicherheit im J. 1669 zu einer neuen Bestimmung über das Kriegswesen, wonach auf die 10 Kreise 20,000 M. zu Fuss und 10,000 M. zu Pferde vertheilt wurden. Jeder Kreis erbot sich freiwillig, sein Quantum zu stellen, jedoch nur auf 6 Jahre.

Die wenig festen Bestimmungen dieses Reichsschlusses führten schon von selbst auf eine Reorganisation und endlich erschienen, unter dem 30. Aug. im J. 1681 auf dem Reichstage zu Regensburg, neue Grundgesetze über die Reichskriegsverfassung. Seit der Reichsmatrikel vom J. 1521, wo nur 24,000 Mann auf die 10 Kreise veranschlagt wurden, hatte man keine wesentliche Veränderung vorgenommen, daher eine zweckmässige Reichsmatrikel um so nothwendiger erschien, weil die Fehler der früheren Eintheilung leider nur als zu wahr sich erwiesen hatten.

*) HEINRICH, Teutsche Reichsgeschichte (1805) IX. 389.

3) In dem Reichsgutachten vom 17. November 1702 wurde zwar beschlossen, im Kriege 120,000 Mann, in Friedenszeiten 80,000 Mann zu halten, jedoch ist Letzteres in dem Ratifications-Decrete des Kaisers vom 4. Dezember 1702 nicht berührt. (Siehe die Sammlung der Reichsschlüsse von PACHNER VON EGGENSTORF.)

d) J. P. O. Art. VIII. §. 2. Wahlcapitulation Art. IV. §. 2.

Der wesentlichste Unterschied des Anschlags v. J. 1621 und v. J. 1681 bestand darin, dass in ersterem auf den Rang der Reichsstände Rücksicht genommen worden, nun aber die Contingente nach der geographischen Lage kreisweise gestellt werden sollten, die Subrepartition jedoch den einzelnen Kreisen selbst überlassen wurde; ja es war sogar erlaubt, dass ein Kreisstand gegen Vergütung die Verpflichtung des Andern übernahm.

Der Anschlag war zu 40,000 Mann gemacht, und zwar 28,000 Mann zu Fuss, 2000 Mann Dragoner und 10,000 Mann zu Pferde.

Reichsmatrikel von 1681.

Dictatum Ratisbonae 30/20^{ten} August 1681.

Der Römisch-Kayserlichen Majestät, unsers Allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Tag bevollmächtigten Höchstansehnlichen Herrn Principal-Commissario, dem Hochwürdigsten Fürsten und Herrn Herrn Marquard, Bischöffen, und des Heiligen Römischen Reichs Fürsten zu Aichstädt etc. bleibt im Nahmen Churfürsten, Fürsten und Stände allhier anwesender Räthe, Botschaften und Gesandten hiermit gebührend unverhalten, wie dass man, zu Folge des am 23. Maji nächsthin, in *puncto Securitatis publicae*, allergehorsamst erstatteten, und darauf am 28sten Junii von Kayserlicher Majestät Allergnädigst *approbirten* Reichs-Gutachtens, nicht unterlassen, die *Determination* des Particular-Anschlags der zu der vorhabenden allgemeinen Reichs-Verfassung auf 40,000 verglichenen Mannschaft in allen dreyen Reichs-Räthen in gehörige *Deliberation* zu stellen, solchemnach dafür gehalten und geschlossen, dass sothane *Circular-Repartition* nach eines jeden Creysses jetztmahliger Erträglichkeit, besag beyliegender Austheilung (*ut sub Lit. A.*) einzurichten, und Allerhöchstgedacht Ihrer Kayserl. Maj. (wie hiermit beschiehet) mit dem

allergehorsamsten Ersuchen zu hinterbringen seye, nunmehr Allergnädigst zu geruhen, und denen Herren Creyss-ausschreibenden Fürsten hiervon fördersamste Nachricht zu geben, mit der Allergnädigsten Erinnerung, dass die Creyss-Convente derentwegen zeitlich veranlasst, das zugelegte Quantum unter denen Creyss-Ständen *particulariter* eingetheilet, und vorerwehnte Anzahl der 40,000 Mann ehstens wirklich aufgebracht werden möge. Und gleich wie man bey sothaner Austheilung in absonderliche *Consideration* gezogen, dass von beyden Chur- und Ober-Rheinischen Creysen verschiedene Stände, ihre *Quotam* zu stellen, jetziger Zeit nicht vermögen; also hat man deren in vorgemeldter *Repartition* denen übrigen acht Creysen bereits zugetheilten Abgang in dem Universal-*Quanto* für diesesmal gutwillig übernommen, jedoch mit der ausdrücklichen Verwahrung, alldieweilen diese Uebertragung der unvermöglichen Stände, wie auch die *Acceptation* und Annehmung obberührten jetztmahligen *Repartition*, einzig und allein *amore Boni publici* beschiehet, dass weder ein noch anderes jetzo, noch ins künfftige, für einen Matricular-Anschlag gehalten, vielweniger in einige Consequentz, *quoad similes aut alios casus*, denen Creysen, noch Ständen auf ein noch andere Weise zu *Praejuditz* angezogen werden solle.

Schliesslichen wird man, die noch übrige im Kayserlichen *Decreto* begriffene Punkten, und anderes in unverlängte Berathschlagung zu ziehen, und sich darüber eines Gewissen ebenfalls zu vergleichen, unvergessen seyn. Womit Höchstbesagten Kaiserlichen Herrn Principal-*Commissarii* Hochfürstlichen Gnaden Churfürsten, Fürsten und Stände, Räte und Bottschafften und Gesandte sich bestens Fleisses und geziemend empfehlen.»

Signatum Regensburg den 30. Augusti 1681.

(L. S.) Churfürstlich-Mayntzische Cantzlei.

Beylag sub Lit. A.**Repartition der 40,000 Mann zur Reichs-Verfassung.**

	zu Pferd	zu Fuss
Chur-Rheinischer Creiss . . .	600.	2707.
Ober-Sächsischer . . .	1322.	2707.
Oestreichischer . . .	2522.	5507.
Burgundischer . . .	1321.	2708.
Fränkischer . . .	930.	1902.
Bayerischer . . .	800.	1494.
Schwäbischer . . .	1521.	2707.
Ober-Rheinischer . . .	491.	2853.
Westphälischer . . .	1321.	2708.
Nieder-Sächsischer . . .	1522.	2707.
Summa . . .	12,000.	28,000.

Unter welcher Mannschafft zu Pferd 2000 Dragoner zu verstehen etc. »

Im Nothfalle war dieser Anschlag bis auf das Fünffache zu erhöhen. Jedes vollständige Kreis-Contingent sollte wieder in Regimenter und Compagnien eingetheilt, gleich uniformirt, armirt und gleichmässig einexercirt werden. Der einzelne Kreis haftete für die Stellung und Verpflegung der Contingente von den Kreisständen, und ernannte eine gemeinschaftliche Kreisgeneralität.

Der gesammten Reichsarmee wurde durch ein jedesmaliges Reichsgutachten eine Reichsgeneralität vorgesetzt, bestehend aus:

- 1) einem Reichsgeneral-Feldmarschalle (er hatte den Rang vor allen andern, die eben diese Würde von fremden Mächten bekleideten),
- 2) dem Generalfeldzeugmeister,
- 3) dem Generale der Cavalerie,
- 4) dem Generalfeldmarschall-Lieutenant.

Gewöhnlich wurden zwei, zuweilen mehr Personen zu jeder dieser Stellen gewählt, und zwar mit Berücksichtigung der Religionsgleichheit seit dem Westphälischen Frieden ⁴⁾; war der Kaiser im Felde, so führte er den Oberbefehl.

Der Reichsgeneralität, die dem Kaiser und Reiche vereidet wurde, waren sämtliche Kreis-Contingente in allen militärischen Rücksichten untergeordnet, und nur mit Bewilligung derselben, wenn das eigene Land in Gefahr war, durfte ein Reichsstand sein Contingent zurückziehen ⁵⁾.

Was die Unterhaltung der Armee anbelangte, so war in jedem Kreise eine Kreisoperations-Casse für das Kreis-Contingent, namentlich mussten hieraus Munition, Lazarethe, Magazine nebst Artilleriebedürfnisse besorgt werden; späterhin auch die Geschütze, welche man früher von den Reichsstädten gegen Schadenersatz geliehen hatte. Ausgaben, welche für die Reichsarmee im Allgemeinen gemacht wurden, bestritt eine Reichsoperations-Casse. Ihre Einkünfte bezog die-

4) Einsichtlich des Kriegs, welchen das deutsche Reich mit Frankreich im J. 1674 führte, kam 1672 folgender Fall vor:

«Es sollten vier Generalmajors-Stellen von Reichswegen besetzt werden. Man wählte den Herzog von Weimar und den Markgrafen von Baireuth (beide fürstlicher Abstammung evangelischen Glaubensbekenntnisses) zu Generalwachtmeistern zu Pferde und die Herren v. Leyen und von Stauff (beide adelicher Geburt und katholischer Confession) zu Generalmajors zu Fusse. Die katholischen Stände hielten sich hierdurch beeinträchtigt, versammelten im Jahre 1672. den 10. April, desshalb einen Fürstenrath und man verglich sich diesmal noch, den katholischen Herrn von Andrimont als Generalwachtmeister zu Pferde, den evangelischen Herrn von Kielmannsegge, als Generalmajor zu Fusse, hinzuzufügen.» (PÜTTER, historische Entwicklungen, 2. Thl. S. 285. — PACHNER v. EGGENSTORF, Reichstagsschlüsse von 1672.)

c) Reichsgutachten von dem 14. April 1734. S. in Schmauss, corp. jur. S. 1413.

selbe aus den jedesmal besonders auf dem Reichstage bewilligten sogenannten Römermonaten ⁵⁾, von welchen Beiträgen jedoch die Reichsstädte späterhin befreit wurden. Zu Legstädten für die Reichsoperations-Casse waren Nürnberg, Breslau, Erfurt und Salzburg (mit Pfennigmeistern) bestimmt.

Im siebenjährigen Kriege ernannte man die Stadtkämmerer der Reichsstadt Regensburg zu diesem Geschäfte; im französischen Revolutionskriege die Reichsstadt Frankfurt am Main.

Sollte ein Reichskrieg geführt werden, so konnte er nur auf dem Reichstage von Kaiser und Ständen beschlossen, und nur mit beider Einwilligung durfte eine Reichsarmee ausserhalb der Grenze des deutschen Reichs geführt, oder zu einem andern, als dem bestimmten, Zwecke verwendet werden.

Angriffe gegen einzelne Reichsglieder wurden als Beleidigungen gegen das gesammte Reich angesehen, und demnach verfahren ^{f)}.

Dies sind die Hauptgegenstände, welche uns der Reichsschluss von 1681 und andere in Bezug auf die Reichskriegsverfassung mittheilen, und wenige Aenderungen ausgenommen, ist es auch dabei bis zur Auflösung des deutschen Reichs geblieben. Bevor wir diese in chronologischer Ordnung aufführen, wollen wir mit wenigen Worten erwähnen, worin die hauptsächlichen Mängel der Reichskriegsverfassung bestanden, und warum fast alle Reichskriege nur nachtheilige Resultate lieferten.

5) Römermonate, genannt von den häufigen früheren Zügen der Kaiser nach Italien, wozu die Stände gewisse Beiträge bewilligten.

f) Wahlcapitulation L. II. Art. 4. §. 8.

Das Haupthemmniss lag in der unbeschränkten Landes-
hoheit der einzelnen Stände ^g). Aus Furcht, dem Kaiser zu
viel Macht in die Hände zu legen, beraubte man ihn fast
jeglicher Gewalt, uneingedenk, dass doch im Kriege Nichts
von grösserer Wichtigkeit ist, als von Seiten des Obercom-
mando's Einheit des Willens, Energie, verbunden mit der
Möglichkeit, jeden Augenblick ungehindert handeln, auftreten
zu können.

Nächst dem trugen die verschiedenen Regierungsformen
(denn wir hatten deren beinahe alle Arten im deutschen
Reiche) und die sehr verschiedene Grösse der Territorien,
wo in jedem die Kriegsverfassung auf einem andern Stand-
punkte sich befand, viel dazu bei, so wie überhaupt die ganze
damalige Gestaltung der Verhältnisse, welche abzuändern wohl
nicht in der Macht der Einzelnen stand. Selten, fast nie,
fanden sich die Contingente alle und zur gehörigen Zeit auf
dem Kriegsschauplatze ein, sondern jeder suchte sich vielmehr
unter irgend einem Vorwande, davon zu befreien. Die Ver-
schiedenheit der Uniformen (oft bei einem und dem näm-
lichen Regimente) des Exercitiums, des Commando's und be-
sonders, dass jeder Reichsstand seine Truppen im Felde zu
verpflegen hatte, wodurch also die Commandirenden in Allem
sehr gehemmt waren, musste im Ganzen höchst nachthei-
lig auf die Kriegsunternehmungen einwirken. Schon im J.
1681 waren die Kreise einzeln in Bündnisse getreten ^h). Im
folgenden Jahre 1682 erklärte der bayerische Kreis zu hoch
angesetzt zu sein, und anstatt als *Triplum* 2400 Mann zu
Pferde und 4482 Mann zu Fuss zu stellen, gab er *de facto*
nie mehr als 3473 Mann Fussvolk. Im Jahr 1697 kam eine
Association der sogenannten vordern Kreise (des Kür-, Ober-
Rheinischen, Schwäbischen, Fränkischen und Westphälischen

^g) Deutsche Reichskriegs-Canzlei vom J. 1758. I. 121 bis 125.

^h) Moser, von der Deutschen Kriegsverfassung 490.

Kreises) als *Defensiv*-Bündniss gegen Frankreich zu Stande, durch welche diese sich verpflichteten, auch in Friedenszeiten stehende Truppen zu unterhalten; späterhin dauerte dieselbe Association als Einrichtung zur Beibehaltung eines stehenden Kreis-Militairs fortⁱ⁾).

Im Jahr 1702 wurde der Plan zu einer stehenden Reichsarmee entworfen, erhielt aber, wie schon erwähnt, die kaiserliche Ratification nicht. Im J. 1703 den 16. Juli wurde ein Reichsschluss erlassen, über gehörige Verpflegung der Truppen, und das Artillerie-Reglement v. J. 1674 wiederholt, worin es heisst, zu 120,000 Mann (dem Triplum) sind an groben Geschützen erforderlich:

«benanntlich 13 Drey Viertel Carthaunen,
 30 Viertels-Carthaunen,
 15 Feuer-Mörser, deren jeder 20 bis 30 π
 «werffen soll, zeitlich beizuschaffen, und von jeglichen zwey
 «Creysen, als nemlich (hier folgen die Namen) Drey-Vier-
 «tels-Carthaunen, von jedem Creys *in particulari* aber drey
 «halbe Carthaunen, Drey Viertels-Carthaunen und drey Mör-
 «ser, sammt 4 Constabler und 8 Handlangern, auf jedes schwere
 «Stück mitzugeben, welches Alles *in hoc Puncto* jedoch da-
 «hin zu verstehen, wofern der von denen *Locis Operationum*
 «entlegener Creys sich mit denen näheren hierüber keines
 «andern mit Vorbewust und Gutbefinden der Hohen Genera-
 «lität vergleichen, im übrigen aber das leichtere Geschütz,
 «oder Feld-Artillerie anreichend, ist man der schlüsslichen
 «weiteren Meinung, dass solches ein jeder Creys absonderlich
 «nach Proportion des hergebenden Volks, und zwar jeder
 «Creys zwey Falconen, dann bei jedem Regiment zwei Feld-
 «Stücklein und übrigen tauglichen guten Gewehr (wobey, so
 «viel möglich, die Gleichheit des Calibers zu beobachten) sammt
 «aller benöthigten genugsamen Zugehör an Ammunition, Pulver-

i) A. Kopp, Abhdl. v. der Association derer vordern Reichskreise, Frankfurt a. M. 1739.

« Stück- und Musqueten, Kugel herzustellen, und mitzugeben
« schuldig seyn solle. »

Im J. 1727 erhielt der Fürst von Oettingen während des Friedens eine Stelle bei der Reichs-Generalität und seitdem wurde sie auch im Frieden besetzt, jedoch war damit kein Gehalt verbunden, der nur in Kriegszeiten aus der Reichs-Operationskasse gezahlt wurde.

Die Wahlcapitulation von 1742 bestimmt, dass während eines Reichskriegs ein aus beiden Religionstheilen zusammengesetzter Reichskriegsrath gewählt werden sollte. Dies geschah jedoch nie, sondern der für die kaiserlichen Erblande bestehende, besorgte allein diese Geschäfte^{k)}.

Im Jahr 1757 zeigte sich die Reichs-Executions-Armee in ihrer ganzen Schwäche⁶⁾.

Das immer grössere Wachsen einzelner Reichsstände machte die Bande, die das deutsche Reich zusammengehalten, nur lockerer, was sich recht deutlich an dem damaligen Kriegswesen und dem beinahe gänzlichen Mangel an Einheit, namentlich bei der Ausführung von Kriegszwecken, erkennen lässt.

Die stets vermehrten Einschränkungen, welche die Kaiser jedesmal durch die Wahlcapitulation erlitten, benahmen ihnen beinahe alle Möglichkeit, kräftig zu wirken, und sie wandten immer mehr und mehr ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Erblande. Es bedurfte daher nur eines heftigen Stosses, um dem Ehrwürdigen Heiligen Römischen Reiche Deutscher Nation, welches sein tausendjähriges Jubiläum feiern konnte,

6) Um nur etwas minder Bekanntes zu erwähnen, sei hier bemerkt, dass von 100 Gewehren nur 20 losgingen.

k) Wahlcapitulation von 1742, Art. 4. §. 3.

den Untergang zu bereiten und diesen Stoss erhielt es in der That durch die, auf die ganze Welt so grossen Einfluss äussernde, Umwälzung in Frankreich.

Bevor wir jedoch das damalige deutsche Reich vor seiner Auflösung betrachten, wollen wir Einiges über die Stärke und Besoldung der Truppen in den beiden letzten Jahrhunderten hier erwähnen. Was zunächst die Stärke der Regimenter anbelangt, so lässt sich wohl nichts ganz Bestimmtes darüber sagen, da namentlich die grösseren Reichsstände sehr von einander abwichen; doch betrug selten ein Infanterie-Regiment (bei welchem an die Stelle der Pikeniere nun die Grenadiere gekommen waren) mehr als 1500 bis 1600 Mann. So finden wir z. B. schon im J. 1689 ein brandenburgisches Infanterie-Regiment, welches in zwei Bataillone zu 10 Compagnien eingetheilt war, 1450 Mann stark; ebenso ein sächsisches 1500 Mann stark. Noch schwankender finden wir die Stärke der Cavalerie; am gewöhnlichsten war jedoch ein Reiter-Regiment in 4 Divisionen mit 12 Compagnien vertheilt, und hatte selten weniger als 1100, nie mehr als 1800 Mann¹⁾. Ueber die Artillerie lässt sich im Allgemeinen nur sagen, dass man die französische Eintheilung in Regimenter, Bataillone und Compagnien nachzuahmen pflegte. So z. B. hatte Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg 1627 ein Artilleriecorps von 41 Mann, im J. 1697 war die preussische Artillerie 9 Compagnien stark; König August II., Kurfürst von Sachsen, hatte 6 Compagnien. In gar keinem Maasstabe stand die unverhältnissmässig grosse Anzahl der Officiere, was wohl noch als Ueberbleibsel des deutschen Ritterwesens anzusehen ist. Auch für die Ausbildung tüchtiger Officiere errichtete man besondere Anstalten, so im J. 1692 eine Cadetten-Compagnie in Sachsen, im J. 1716 ein Cadettenhaus in Berlin.

1) Khevenhüller, Exercitium zu Pferde, 1814, S. 11.

Die Schlachtordnung damaliger Zeit bestand in der Regel aus 2 oder 3 Treffen und einer Reserve. Die Idee der letztern kann jedoch nur als in ihrem Entstehen betrachtet werden; sie ist seitdem bekanntlich allmählig immer mehr ausgebildet worden.

Die einzelnen Treffen standen nach Umständen 300 bis 600 Schritte von einander entfernt; die Infanterie gewöhnlich in der Mitte, die Cavalerie auf den Flügeln, die Artillerie auf der ganzen Linie vertheilt. Das Charakteristische des Kampfes jener Periode bestand darin, dass die ganze Schlachtlinie gleichzeitig gegen den Feind anrückte, und das Gefecht dadurch auf allen Punkten zugleich eröffnete. Erst Friedrich II. ⁷⁾ brachte (den Epaminondas nachahmend) die schiefe Schlachtordnung in Anwendung, oder den Angriff durch einen der beiden Flügel (mittelst Echelons) den entgegengesetzten Flügel zurückhaltend (Köllin). In der Ausführung missglückte jedoch diese Disposition. Nur selten trifft man auf Beispiele, dass einzelne Theile der Schlachtlinie zurückgehalten oder auf andere Weise verwendet worden wären.

Wenn gleich für die Manövrirfähigkeit der Truppen jener Zeit bereits viel geschehen war, so befand sie sich dennoch auf einer niedrigen Stufe, wesshalb man auch gewöhnlich ebene Gegenden zu Schlachtfeldern wählte; jedoch wurde allmählig die Stellungsweise dem Terrain immer mehr angepasst. Für die Kriegszucht mangelte es zwar nicht an strengen Kriegsgesetzen ⁸⁾, doch wurde die Handhabung der-

7) Er führte auch unter anderem die eisernen Ladestöcke ein, eine äusserst wichtige Verbesserung der Gewehre, — s. Betrachtungen über die Kriegskunst etc. 1797. p. 117.

8) Das Spiesslaufen bei den Lanzknechten, wo der Delinquent, durch ein Spalier laufend, in dem am Ende aufgestellten Rechen sich selbst tödten musste, war schon in das neuere Spiessruthenlaufen übergegangen.

selben durch die ungleiche Auszahlung des Soldes sehr erschwert; vorzüglich streng waren die damaligen Duellgesetze. Harte Behandlung der Kriegsgefangenen kam selten vor, und man suchte in dem Wehrlosen keinen Feind mehr. Was nun endlich die Besoldung anbelangt, so ist im Allgemeinen anzunehmen, dass die Cavalerie einen höheren Sold erhielt, als die minder kostspielige Infanterie. Im Frieden bezog der Gemeine gewöhnlich Service, der Officier hingegen Sold. Nach den älteren Angaben betrug der monatliche Gehalt des Reichs-Generalfeldmarschalls im Kriege . . . 1500 fl.

der eines Obersten monatlich	70	Thl.
» » Obristlieutenants	35	»
» » Majors	25	»
» » Hauptmanns mit Compagnie	32	»
» » Lieutenants	16	»
» » Fähndrichs	12	»
» » Sergeanten	6	»
» » gefreiten Corporals	5	»
» » Corporals	4 $\frac{1}{2}$	»
» » Gemeinen	2	»
» » Regiments-Quartiermeisters	18	»
» » Auditeurs, so wie des Feldpredigers	16	»
» » Adjudanten	10	»

Dies nach dem zeitigen Geldwerthe beurtheilt, ist sehr viel. — Noch glaube ich, bevor ich die Verhältnisse der Kriegsverfassung während der französischen Revolution an-gebe, hinzufügen zu müssen, dass von Einquartierungen der Reichsarmee ausgenommen waren:

- 1) Die Residenzen und Festungen der Kurfürsten und Stände, und der ausschreibenden Reichsstadt;
- 2) Von der Naturalquartierlast gegen Ersatz, diejenige Reichsstadt, wo sich das Kaiserliche Reichskammergericht befand;

3) Die Fürstlichen und Adelichen Häuser, die nur im Nothfalle verwendet werden durften ^{m)}).

Der Krieg zwischen Oestreich und Frankreich war schon längere Zeit geführt, bevor das deutsche Reich durch das Reichsgutachten vom 23. Nov. 1792 daran Theil zu nehmen sich entschloss, und das Triplum des Anschlags von 1681 zu stellen befahl.

Das traurige Resultat ist weltbekannt, und das lockere Band der Reichsverfassung beurkundete sich auch dadurch, dass einzelne Reichsstände (1793) für sich Separat-Frieden, andere (1796) Neutralitäts-Verträge abschlossen und Oestreich den 17. October 1797 den Frieden zu *Campo formio* unterzeichnete.

Die ferneren Anmaassungen Frankreichs nöthigten Kaiser Franz II. jedoch bald darauf, den Antrag bei dem Reichstag zu machen, das *Quinduplum* der Reichsarmee unter den Reichsfeldmarschall Erzherzogen Carl zu stellen. Dies wurde am 16. September 1799 bewilligt, und zwar mit 100 Römermonaten.

Es darf hier auch nicht übergangen werden, dass bei der Abstimmung sich das nördliche Deutschland streng von dem südlichen schied. Jenes hatte die Minorität, ja viele Reichsstände stimmten gar nicht.

Dass alle diese Maasregeln jedoch nicht hinreichend wären, dem revolutionären Fanatismus einen unübersteiglichen Damm entgegenzustellen, entging dem Scharfblicke des Erzherzogs Carl keineswegs, und er war der erste, der die Idee einer Volksbewaffnung von neuem zu verwirklichen suchte.

m) Reichs-Abschied von 1641. §. 28.

Schon 1796 und 1797 hatte man im Oestreichischen (Breisgau) hiermit Versuche gemacht, und 1799 bewährte sich dieses System in Tyrol wider Massena's Vordringen aus der Schweiz, vortrefflich. Erzherzog Carl sandte Officiere zur Errichtung des allgemeinen Landsturms, bei dessen Aufstellung das alte Decimalsystem zu Grunde gelegt werden sollte. Leider aber hemmten auch hier die verschiedenen Interessen die Ausführung, und nur einige Staaten, worunter vorzüglich Kurmainz (besonders auf Anregung des Staatsministers von Albini) betrieben die Sache mit Eifer. Aus den nämlichen Ursachen scheiterte auch der andere Plan des Erzherzogs wegen Errichtung einer Landmiliz. Im ganzen zeigte sich nur der bedrohte südliche Theil von Deutschland ⁹⁾, eifrig für diese doch so allgemeine Sache.

Das immermehr überhand nehmende Eingreifen Frankreichs, erzeugte die Nothwendigkeit, auf andere Weise neue Truppenmassen in das Feld zu stellen; Truppen, die eigentlich weder Kreis-Contingente, noch Freicorps genannt werden können, und dies geschah durch die Subsidien-Verträge mit England. So nämlich verband sich Pfalz-Bayern 12,000 Mann, der Herzog von Würtemberg 7,000 Mann, Kurmainz 4,000 Mann, der Schwäbische Kreis ohne Würtemberg 10,800 Mann und mehrere kleinere Kreisstände, minder grosse Contingente zu stellen. Jedoch vergeblich waren diese Maassregeln, es fehlte überall an Einheit; der Egoismus und die immer vorherrschende Absicht, das eigene Interesse zu wahren, haben den Lünewiller Frieden 1801 am 9. Febr. hervorgerufen, der zugleich mit für das Reich abgeschlossen ward ⁿ⁾. Zwei Jahre später 1803 den 25. Februar bekam Deutschland

9) Der Oestreichische, Bayerische, Schwäbische und einige Theile des Fränkischen, Ober-, Kur-Rheinischen und Westphälischen Kreises.

n) G. v. Meyer, Staatsacten §. 1 u. flgde.

durch den Reichsdeputations - Hauptrecess noch ein letztes Grundgesetz, in welchem sich für die Kriegsverfassung folgende Verordnungen finden:

- 1) Durch die Abtretung des Burgundischen Kreises, zählte Deutschland nur noch deren neun. —
- 2) Die noch übrig gebliebenen sechs Reichsstädte: Augsburg, Nürnberg, Frankfurt a. M., Bremen, Lübeck, Hamburg so wie Regensburg und Wetzlar erhielten bei einem neuen Reichskriege vollkommene Neutralität. Erstere sechs, so wie die unmittelbare Reichsritterschaft, wurden von der Stellung eines Contingents befreit.

In dem erneuerten Kriege im Jahr 1805 stritten schon mehrere Reichsstände für Frankreich, und als den 12. Juli 1806, sechzehn deutsche Fürsten unter dem Protectorate Napoleons den Rheinbund schlossen, gab es kein deutsches Reich, keine deutsche Reichskriegsverfassung mehr, was auch der allgeliebte Kaiser Franz durch die Niederlegung der deutschen Reichskrone im Jahr 1806 den 6. August bezeugte.

Der Kriegsverfassung dieses Rheinbundes, gleichsam als dem Uebergange, wodurch die französische neuere Kriegsführung auf die Kriegskunst im Allgemeinen und namentlich auf die Heerverfassung Deutschlands einwirkte, wollen wir kürzlich in dem nächsten Paragraphen erwähnen.

Literatur zur fünften Periode.

Die Rheinische Conföderationsacte von WINCORP. — Der Rheinische Bund von demselben. — Staatsrecht des Rheinbundes von KLÜBER. — Der Rheinbund von PÖLITZ. — Statistik des Rheinbundes von DEMIAN. — Ursprung des Rheinbundes von LUCCHESINI.

§. 6.

Fünfte Periode.

Die Kriegsverfassung des Rheinbundes.

Die Unmöglichkeit, etwas Ausführliches auf historische Basis Gegründetes über den Rheinbund mitzutheilen, liegt schon in der kurzen Dauer desselben und in der mangelhaften Gestaltung dieses Bundes; in Bezug auf gegenwärtige Abhandlung aber, liegt solches ausser ihrem Zwecke. Meine Absicht ist sowohl, des gesammten Deutschlands Bewaffnungszustand, als auch die Kriegsverfassung des deutschen Staatskörpers im Reiche, wie im Bunde darzustellen, nicht aber seine durch den Drang der Zeitumstände gebotene partielle auswärtige Kriegsverhältnisse, und es würde daher verfehlt sein, des Rheinbundes hier anders zu erwähnen, als eines Uebergangs von dem deutschen Reiche zu der heutigen Bundesverfassung; nämlich den Einfluss der neueren französischen Kriegsführung, auf deutsche Kriegsverfassung und Formation in allgemeinen Umrissen anzudeuten; so wie dar-

zustellen, welche Truppenmassen damals einzelne Länder zu geben sich nicht weigerten.

In der *Législation française* Art. 1. 2. 3. 15 *de la loi du 19. fructidor an. 6.* finden wir die Einführung der Conscription ^{a)} ¹⁾ oder mit andern Worten, eine Leibeigenschaft unter dem Militär-Despotismus. Napoleon's ²⁾ rastloser kriegerischer Sinn machte es zu einer traurigen Nothwendigkeit für Deutschland, und dessen eigenes Verhältniss, in das er mit vielen deutschen Fürsten durch den Rheinbund trat, erzwang gleichsam der Conscription das Bürgerrecht. Nach und nach befolgten es alle deutschen Fürsten ³⁾. Durch die am 12. July 1806 zu Paris abgeschlossene Rheinbunds-Acte, hatte es Napoleon erreicht, die deutsche Reichsverfassung umzustürzen, Englands Handelssysteme eine empfindliche Wunde beizubringen, und seine Armee mit tüchtigen Truppen-Contingenten zu verstärken.

Der 38. Artikel der Rheinbundes-Acte bestimmte hierüber Folgendes:

« es stellt als Contingent:

1) Bayern 50,000 Mann
und zwar jeder Waffengattung.

1) Dieses Institut selbst ist uralt, die Wiedereinführung verdanken wir aber nur der Volksregierung in Frankreich.

2) Auf die Gefahr hin, dass man diese Stelle als unpassend citirt ansehen möge, wage ich es hier auf einige in J. J. Rousseau's *Contrat social* (Edit. 1775 chez Samuel Fauché à Neuchâtel) weisenden Worte aufmerksam zu machen. Er sagt p. 226, nachdem er von dem Corsischen Charakter gesprochen: *J'ai quelque pressentiment qu'un jour cette petite Isle étonnera l'Europe.*

3) Sachsen behielt noch lange das Werbsystem bei. Demian, *Statistik des Rheinbundes*, I. 268.

a) *Répertoire universel et raisonné de jurisprudence* par Merlin VI. 42.

- 2) **Württemberg** **12,000 Mann**
 3) **Grossherzogthum Baden** **8,000 »**
 4) **Grossherzogthum Berg** **5,000 »**
 5) **Grossherzogthum Hessen** **4,000 »**
 6) **Das Herzogthum Nassau mit den übrigen Fürsten, denen untereinander die Repartition überlassen war** **4,000 »**

Man vereinigte sich dessfalls folgendermaassen:

- a) **Fürst Primas 968 Mann, b) das Nassauische Haus 1680 Mann, c) der Herzog von Aremberg 379 Mann, d) das Haus Salm 323 Mann, e) der Fürst v. Isenburg 291 Mann, f) der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen 193 Mann, g) der Fürst von Hohenzollern-Hechingen 97 Mann, h) der Fürst von Liechtenstein 40 Mann, i) der Fürst v. d. Leyen 29 Mann.**

Der Rheinbund lieferte also bei seiner Errichtung **63,000 Mann**; wie viel an Cavalerie und Infanterie, war jedoch nicht bestimmt.

- 7) **Das Grossherzogthum Würzburg vermöge Art. 6. des Vertrags vom 25. Septbr. 1806 ebenfalls unbestimmt in Ansehung der Waffengattungen 2,000 Mann**
 8) **Das Königreich Sachsen vermöge Art. 3. des Posener Vertrags vom 11. Dec. 1806 von allen Waffengattungen 20,000 »^{b)}**
 9) **Die Sächsischen Herzogthümer vermöge Art. 5. des Posener Vertrags vom 15. December 1806 an Infanterie zusammen 2,800 »**
 und zwar:

^{b)} **Moniteur universel a. 1807. Nro. 49.**

a) Sachsen-Weimar 800 Mann, b) Gotha 1100 Mann,
c) Meiningen 300 Mann, d) Hildburghausen 200 Mann,
e) Coburg 400 Mann.

10) Die Anhaltischen Herzogthümer vermöge Art. 5.
des Warschauer Vertrags vom 18. April 1807 an
Infanterie zusammen 800 Mann

und zwar:

a) Anhalt-Dessau 550 »
b) Bernburg 240 »
c) Cöthen 210 »

11) Die Fürstenthümer Lippe zusammen 650 »
und zwar:

a) Lippe 500 »
b) Schaumburg-Lippe 150 »

12) Die Fürstenthümer Reuss zusammen nach der Po-
pulation 450 Mann

13) Die Fürstenthümer Schwarzburg
zur Hälfte auf jede Linie 650 »

14) Das Fürstenthum Waldeck 400 »

15) Die beiden Mecklenburg 2,500 »

und zwar:

a) M. - Strelitz 400 Mann Infanterie,

b) M.-Schwerin 1900 » »

16) Holstein-Oldenburg 800 Mann Infanterie.

17) Vermöge Tit. 2. Art. 5. der Constitution, das König-
reich Westphalen 25,000 Mann.

und zwar: an Infanterie 20,000 Mann, an Cavalerie
3500 Mann und Artillerie 1500 Mann.

Die Summe der gesammten Contingente betrug demnach
118,850 Mann, wozu Frankreich sich (vermöge Art. 38. der
Conföderations - Acte) verpflichtet hatte 200,000 Mann zu

stellen. Die Summe der Rheinbundes-Armee betrug also 318,850 Mann^c).

In Hinsicht der Ergänzungs-Mannschaft und den oft das Contingent übersteigenden Nachforderungen können wir keine bestimmte Zahlen angeben⁴).

Jeder Continental-Krieg, welcher einen der contrahirenden Theile treffen konnte, war für alle gemeinschaftlich Art. 35. Rüstungen der Nachbarstaaten berechtigten die Conöderirten durch ihre Minister auf dem Bundestage (der aber nie ins Leben trat) zu Frankfurt a. M., Aufforderung zur Bewaffnung zu machen, welche jedoch wirklich erst auf Einladung des Kaisers, der sich das Obercommando vorbehielt, statt haben sollte. Dieser Rheinbund, als Bund betrachtet, hatte keine Truppen. Jeder Bundesfürst stellte sein Contingent, welches in vier Viertel getheilt war, und die Bundesversammlung sollte bestimmen, wie viel Viertel mobil gemacht werden sollten. Art. 36. Dies sind die hauptsächlichsten Punkte, welche sich in Bezug auf die Rheinbundes-Armee, theils in der Rheinbundes-Akte, theils in den einzelnen Beitritts-Verträgen vorfinden, und der Erfolg hat bewiesen, dass man leistete, was von französischer Seite verlangt wurde. Ungeachtet dessen besaßen die Fürsten dem Namen nach vollkommene Gewalt in ihren Militär-Angelegenheiten, denn

4) Folgende mir von einem Augenzeugen erzählte Anekdote wird hinreichen, das Verhältniss der Rheinbundesfürsten zu Napoleon zu characterisiren. Auf seinem Zuge nach Russland nahm derselbe, als er durch Würzburg kam, auf dem Schlosse bei dem Grossherzoge ein Frühstück ein. In dem dazu bereiteten Saale befand sich Napoleons Portrait, der mit dem Commandostabe auf die Rheinbundesacte deutete. Auf die Frage des Kaisers, warum der Grossherzog gerade dieses gewählt, antwortete S. K. H.; Sire, damit ich nie vergesse, wie viel Mann Truppen ich zu stellen habe.

c) Staatsacten G. von Meyer, ed. 2. I. 127.

sie hatten das Recht der Werbung, der Conscription, des Aufgebots der Vasallen, wo es nach Lehnrecht noch zulässig, der Heeresfolge, alle Art von Miliz und militärische Befehlshaber anzustellen, Artillerie und Zeughäuser anzuschaffen, so wie Waffenplätze und Festungen anzulegen, ferner das Einquartirungs-Recht, Revüen abzuhalten etc.

Was den Einfluss des Französischen Militärsystems anbelangt, so haben wir schon oben bemerkt, dass das Conscriptionssystem wohl hier zuerst genannt werden muss. Folgendes möge zur Erläuterung dienen:

In Frankreich wurden alle vom 20. bis zum 23. Jahre conscribirt. —

Nimmt man die Gesammtheit derjenigen Fürsten, welche zusammen 4000 Mann stellen sollten, und ist die Angabe des Frhrn. von Hertwich richtig ⁵⁾, so betrug deren Gesammtbevölkerung 620,000 Menschen, und auf 133 Seelen kam ein Mann. Bei den übrigen Staaten verhielt es sich so:

Im Königreiche Bayern auf 110 Seelen ein Mann, Württemberg 100 Seelen ein Mann, Baden 100 Seelen ein Mann, Berg 116 Seelen ein Mann, Würzburg 130 Seelen ein Mann, Herzogthümer Sachsen und später Königreich Sachsen 110 Seelen ein Mann.

Das französische Exercitium, vorzüglich das der Infanterie und Artillerie, die innere Formation der Truppen d. h. die Bildung von Divisionen aus allen Waffengattungen bestehend, die Bildung von Armee corps, die Uniformirung der Truppen, wurden mehr oder minder von den deutschen Rheinbundesfürsten nachgeahmt. Vor Allem aber mag das in dieser Zeitperiode sich entwickelte sogenannte Tirailleur- und

5) Staatsrechtl. Abhdl. für den Mai 1807.

Massensystem der neu-fränkischen Heere, woraus auch eine bisher nicht gekannte Verbindung der Marsch- mit den Gefechts-Colonnen entstand, welches in so vielen Schlachten mit entschiedenem Erfolge angewendet wurde⁶⁾ und welches zuletzt auch, wenn gleich erst nach vielen bitteren schmerzlichen Erfahrungen, ihre Gegner nöthigte, sich diese Fechtart anzueignen, als ein wesentlicher Fortschritt der neuern Kriegskunst betrachtet werden. Ein Seitenstück hierzu ist ferner noch die Bildung stehender Generalstäbe, dann die Art der Verpflegung, das sogenannte Requisitionssystem der französischen Heere, ja überhaupt der damals beinahe durchgängig angenommene Grundsatz: dass jedes Mittel, ohne Ausnahme, geheiligt sei, sobald es nur zum Siege führe. —

Es liegt nicht in dem Zwecke gegenwärtiger Abhandlung, die ganz verschiedenartigen, nicht immer preisswerthen Motive zu jenen eingeführten Veränderungen der neueren Kriegsführung, einer Beurtheilung zu unterziehen, und es durfte hier genügen, den Einfluss, welchen die französische Revolution auf die Kriegsführung neuester Art äusserte, angedeutet zu haben.

Was die Stärke der Regimenter anbelangt, so war ein Französisches Infanterie-Regiment eingetheilt, in 4 Feldbataillons zu 6 und einem Dépôt-Bataillon zu 4, zusammen 28 Compagnien.

Die Compagnie hatte 140 Köpfe, das Regiment hatte also ohne Stab, 3920 Mann⁷⁾.

Obgleich nur wenige Bundesstaaten Cavalerie stellten, so ist doch zu bemerken, dass im französischen Heere die An-

6) Wellington zwar behielt immer das Liniensystem bei und hat doch gesiegt.

7) Diese Eintheilung kann man jedoch nicht als eine feststehende angeben.

zahl der Escadronen mit denen der Bataillone correspondirte, indem nämlich jede Escadron aus zwei Compagnien bestand; bei den Deutschen hingegen waren die Escadronen hinsichtlich ihrer Anzahl und Stärke mehr den Compagnien der Infanterie gleich zu achten. Hiernach wurde auch die Eintheilung der Officiere nach ihren Dienstgraden bestimmt.

Die Stärke und Eintheilung bei den deutschen Conföderirten war Beispielsweise:

A. In Bayern:

- 1) ein Infanterie-Regiment bestand aus 2 Feldbataillons, jedes zu 6 Compagnien, und aus einem Reserve-Bataillon zu 4 Compagnien.

36 Personen bildeten den Regimentsstab. Das ganze Regiment enthielt 2400 Mann, worunter 2,048 Gemeine.

- 2) ein leichtes Infanterie-Bataillon bestand aus 6 Feld- und 2 Reserve-Compagnien; 1200 Mann mit 24 Mann Stab;

- 3) ein Cheval-légers-Regiment bestand aus 6 Feld- und 1 Reserve-Escadron; an Stab 18 Mann.

Das ganze Regiment betrug 1030 Mann mit 875 Pferden.

- 4) Das Artillerie-Regiment enthielt 4 Bataillone^{d)} und 20 Compagnien. Es betrug 2000 Mann und 53 Mann Stab.

B. In Sachsen:

- 1) ein Linien-Infanterie-Regiment betrug 2075 Mann;
- 2) ein leichtes Infanterie-Regiment 1632 Mann;

d) Demian, Statistik der Rheinbundes-Staaten, I. 97.

- 3) ein Cürasier-Regiment 786 Mann mit 718 Pferden;
- 4) ein Cheveau-légers-Regiment, ebenso, 786 Mann mit 718 Pferden;
- 5) Das Husaren-Regiment 1065 Mann mit 1002 Pferden;
- 6) Das Regiment Fuss-Artillerie betrug 1848 Mann.

C. In Westphalen:

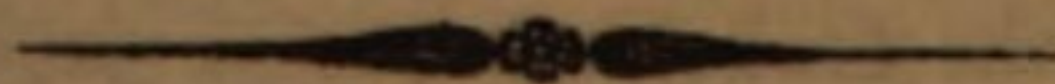
- 1) Ein Linien-Infanterie-Regiment betrug 2598 Mann;
- 2) ein Bataillon leichter Infanterie 850 Mann;
- 3) ein Cürasier-Regiment 1658 Mann;
- 4) ein Cheveau-légers-Regiment 829 Mann;
- 5) ein Husaren-Regiment 1658 Mann und endlich
- 6) ein Regiment Fuss-Artillerie 675 Mann.

Dass auf Westphalen der französische Einfluss am bedeutendsten einwirkte, liegt in der Natur der Sache, und hat nur insofern für uns Bemerkenswerthes, als hier Alles zuerst versucht wurde.

Etwas Bestimmtes über den Sold zu sagen, ist rein unmöglich, und es muss daher auf die einzelnen Militär-Verordnungen der damaligen Zeit hingewiesen werden. Für Westphalen befinden sich bestimmte Zahlen in Winkopp Rheinischer Bund, Hft. 46, p. 185.

Ein Mehreres über den Rheinbund, müssen wir dem überlassen, welcher denselben aus einem andern Standpunkte betrachtet.

Jedermann ist das schnelle Zusammenstürzen dieses in Eile aufgethürmten Gebäudes bekannt. — Seit der Schlacht bei Leipzig gab es keinen Rheinbund mehr!



Zweite Abtheilung.

Entwicklung der Kriegsverfassung

des

Deutschen Bundes

von den dessfalls in Wien 1815 gemachten Vorschlägen an,
bis zu Ende Juni 1853.

1. Die Rheinische Provinz 225 Mann mit 713 Pferden;
 2. Die Westfälische Provinz 225 Mann mit 713 Pferden;
 3. Die Provinz Preußen 225 Mann mit 713 Pferden;
 4. Die Provinz Bayern 225 Mann mit 713 Pferden;
 5. Die Provinz Sachsen 225 Mann mit 713 Pferden;
 6. Die Provinz Hannover 225 Mann mit 713 Pferden;
 7. Die Provinz Schlesien 225 Mann mit 713 Pferden;
 8. Die Provinz Pommern 225 Mann mit 713 Pferden;
 9. Die Provinz Brandenburg 225 Mann mit 713 Pferden;
 10. Die Provinz Mecklenburg 225 Mann mit 713 Pferden.

Zweite Abtheilung

1. Die Rheinische Provinz 225 Mann mit 713 Pferden;
 2. Die Westfälische Provinz 225 Mann mit 713 Pferden;
 3. Die Provinz Preußen 225 Mann mit 713 Pferden;
 4. Die Provinz Bayern 225 Mann mit 713 Pferden;
 5. Die Provinz Sachsen 225 Mann mit 713 Pferden;
 6. Die Provinz Hannover 225 Mann mit 713 Pferden;
 7. Die Provinz Schlesien 225 Mann mit 713 Pferden;
 8. Die Provinz Pommern 225 Mann mit 713 Pferden;
 9. Die Provinz Brandenburg 225 Mann mit 713 Pferden;
 10. Die Provinz Mecklenburg 225 Mann mit 713 Pferden.

Entwickelung der Kriegsverfassung

1. Die Rheinische Provinz 225 Mann mit 713 Pferden;
 2. Die Westfälische Provinz 225 Mann mit 713 Pferden;
 3. Die Provinz Preußen 225 Mann mit 713 Pferden;
 4. Die Provinz Bayern 225 Mann mit 713 Pferden;
 5. Die Provinz Sachsen 225 Mann mit 713 Pferden;
 6. Die Provinz Hannover 225 Mann mit 713 Pferden;
 7. Die Provinz Schlesien 225 Mann mit 713 Pferden;
 8. Die Provinz Pommern 225 Mann mit 713 Pferden;
 9. Die Provinz Brandenburg 225 Mann mit 713 Pferden;
 10. Die Provinz Mecklenburg 225 Mann mit 713 Pferden.

Deutsches Bundes

von den deutschen Fürsten in Wien 1814 beschlossen und
 am 8. Juni 1815 in Frankfurt am Main unterzeichnet.
 Das deutsche Bundesgesetz ist vom 1. Juni 1815 datirt.

Der deutsche Bund ist ein un-
 aufgelöstes, und es steht jeder der deutschen Fürsten-Ver-
 treterinnen der deutschen Nation gegenüber. Für
 Wiedervereinigung der deutschen Nation in einem
 Staat, der die deutsche Nation in sich schließt.

Der deutsche Bund ist ein un-
 aufgelöstes, und es steht jeder der deutschen Fürsten-Ver-
 treterinnen der deutschen Nation gegenüber. Für
 Wiedervereinigung der deutschen Nation in einem
 Staat, der die deutsche Nation in sich schließt.

Der deutsche Bund ist ein un-
 aufgelöstes, und es steht jeder der deutschen Fürsten-Ver-
 treterinnen der deutschen Nation gegenüber. Für
 Wiedervereinigung der deutschen Nation in einem
 Staat, der die deutsche Nation in sich schließt.

Allgemeine Literatur zur zweiten Abtheilung.

Staats-Acten für Geschichte und öffentliches Recht des Deutschen Bundes von GUIDO VON MEYER, 1833. (*Corpus Juris Conf. Germ. 2 Aufl.*) — Die beiden Hauptgrundverträge des Deutschen Bundes etc., nebst einigen der wichtigsten, denselben beizuzählenden u. s. w. ergänzenden Bestimmungen, 1834. Stuttgart. — Repertorium zu d. Verhandlungen der deutschen Bundesversammlung etc., von GUIDO VON MEYER, 1822. — Öffentliches Recht des Teutschen Bundes und der Bundesstaaten, von KLÜBER. 3. Aufl. 1831. — L. v. DRESCH, Beiträge zu dem öffentlichen Recht des deutschen Bundes. 1822. — Das Deutsche Kriegswesen, ein Blick auf dessen Verhältnisse in älterer und neuester Zeit. Frankfurt a. M., Andreae. (Ohne Jahreszahl. — Uebersichtliche Darstellung der Militär-Verhältnisse d. Deutschen Bundes etc. Mainz, 1833. — R. J. V. HEUNISCH, Entwurf der Bildung d. d. Bundesheeres, nach den in den Grundzügen der Militärverfassung ausgesprochenen Bestimmungen; Carlsr. 1820. — Uebersicht der deutschen Truppen, hinsichtlich ihrer Eintheilung, Formation, Uniform, Bewaffnung, von F. v. FRIDERICI, 1833. — v. CANCRIN, über die Militär-Oeconomie im Frieden und Krieg, B. 1 — 3. gr. 4. St. Petersburg, 1820 — 24. GRÄF. — Handbuch der Militärgeographie v. Europa, von C. A. Frhrn. v. MALCHUS, 1832. — Militär-Literatur-Zeitung, redig. v. C. v. DECKER und L. BLESSON, v. Jahrgang 1820. Berlin, MITTLER. — Versuch einer vollständigen Militärbibliothek, oder classificirtes Verzeichniss aller bekannten Militärbücher in allen Sprachen. Dresden. — Zeitschrift, neue militärische, für Kriegswissenschaft, herausgeg. v. einer Gesellschaft süddeutscher Officiere, 1 — 3. Jahrgang zu 4 Heften. Stuttgart, 1820 — 22. — Dieselbe, redigirt von F. v. KAUSLER, 1 — 3. Heft.

Stuttgart, 1823 — 24. — Kriegsschriften, herausgeg. von Baierischen Officieren, 1820 u. 21; auch unter dem Titel: Beiträge zu Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Kriegs. München, 1822. — Militärische Mittheilungen, herausgeg. von v. XYLANDER und KRETSCHMER. München, 1828, 1829, 1830, 1831. (Im 2. Heft des 1. Bandes vom J. 1828, s. d. Aufsatz von v. XYLANDER «Rahmen und Reserven.» — Der Militäretat des Königreichs Hannover in politischer und finanzieller Hinsicht, zur Berücksichtigung d. öffentlichen Meinung, von C. JACOBI, Major im Königl. Hannöverschen General-Stabe. Hannover, 1831. — Neue militärische Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Kriegs, redig. von C. v. DECKER, F. v. CIRIACY und L. BLESSON, Jahrg. 1824. 6 Heft. Berlin. — J. v. XYLANDER, Untersuchungen über das Heerwesen unserer Zeit. München, 1831. — Militärconversationslexicon, bearbeitet von mehreren Deutschen Officieren, redigirt u. herausgegeben v. HANS v. D. LÜHE. Leipzig, 1833. — *Les armées des États constitutionnels depuis Juillet 1830. Francfort s. M.* ist nur erst dem Titel nach und durch Auszüge in dem *Journal de Francfort* vom 22. Februar 1834, No. 53. 54. 55. 56. bekannt. — Schreib- u. Geschäfts-Kalender für die Deutsche Bundes-Canzlei, 1835. Frankfurt a. M., in der Bundes-Präsidial-Druckerei. — Neue Bewaffnung, neues Frankreich, neues Teutschland von Oken, Jena 1814 (v. Curiosum).

§. 7.

Einleitung.

Dem Plane getreu, wurde gesucht, die deutsche Kriegsverfassung von der fränkischen Monarchie, dem Ursprunge der alten Reichsverbinding, bis auf die Errichtung der Bundes-Akte mit historischen Belegen durchzuführen.

Wir haben gesehen, wie sich aus der Gauverfassung durch den Grundbesitz die Lehnfolge entwickelte, wie viele, im 13. und 14. Jahrhunderte geführte, äussere und innere Kriege, und namentlich jene berühmte Römerzüge mit

Hauptursachen wurden, dass unsere kriegerischen Vorfahren sich in Sold begaben; wie sich aus diesen Söldnern ständige Truppen und zuletzt stehende Heere entwickelten. Das Wachsen derselben in einzelnen Reichsländern haben wir gleichwie die Reichs-Armee nicht unberücksichtigt gelassen, bis zu der Zeit, wo Kaiser Franz II. die deutsche Kaiserkrone niederlegte, und die Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation erfolgte. Den Rheinbund, als eine erzwungene Coalition deutscher Fürsten, als ein fremdartiges Institut, haben wir nur insofern beachtet, als es der bedeutende Einfluss der neueren französischen Kriegführung auf unsere Heerverfassung verlangte, und als solches zum Vergleiche dienlich schien, wenn man die damaligen Anstrengungen, die Reichsverhältnisse und die jetzt geforderten Leistungen zusammen ins Auge fassen will; auch endlich, insofern durch dessen Nichterwähnung eine Lücke entstanden wäre, welche auszufüllen als Uebergang nothwendig schien.

In dem hehren Augenblicke, wo die drei Monarchen, Kaiser Franz, Kaiser Alexander und König Wilhelm, auf dem Schlachtfelde bei Leipzig, als Sieger ihr Dankgebeth zum Himmel sandten, gab es keinen Rheinbund, kein getheiltes Deutschland mehr.

Das französische Joch war gebrochen, und in jener denkwürdigen, von der Vorsehung geheiligten Stunde, wurde der Grundstein zu dem deutschen Bunde, und damit zu unserer jetzigen Kriegsverfassung gelegt.

Unsere Aufgabe ist es, die Entwicklung derselben, von den in Wien zuerst gemachten Vorschlägen, bis auf die jüngste Zeit, urkundlich darzustellen. Man suche daher in diesen Blättern weder Raisonnement, noch neue Vorschläge.

Dass jeder Europäische Staat bei den dermaligen Verhältnissen ein stehendes Heer haben muss, wird Jedermann zugeben, wer sich ernstlich mit der Politik unserer Zeit be-

schäftigt; wie jedoch diese stehende Heere zu organisiren seien, ob durch Aushebung oder Werbung, ob kurze oder lange Dienstzeit vortheilhafter sei, ob die Regierungen wohl thun würden, den Soldat als Stand an sich zu ketten, oder durch eine geregelte Volksbewaffnung in der Anhänglichkeit der Unterthanen die beste Stütze fänden? vermag ich ebensowenig zu entscheiden, als ich es wagen würde, mir ein Urtheil anzumassen, ob den finanziellen Rücksichten oder den militärischen Fortschritten mehr aufzuopfern sei, ob die Landwehr, (Landmiliz, Landsturm, Nationalgarde), als eine Corporation, als eine bewaffnete Corporation, oder die Linientruppe als ein Staat im Staate, deren Interessen jedoch enge mit einander verbunden sind, den Vorzug verdienen. Dies sind unendlich schwierig zu beantwortende Fragen, die sachkundigerem Urtheile überlassen bleiben; hier sollen nur die hierüber erschienenen Schriften, verschiedener Meinung, im Allgemeinen angeführt werden.

Besondere Literatur für die zweite Abtheilung.

KLÜBER, über das europäische Staats-Militär-System und die militärische Wichtigkeit deutscher Landesherren; in den Europäischen Annalen, 1805. Heft V. — RUSSWURM, über stehende Heere und Landesbewaffnungen in ARCHENHOLZ Minerva v. 1807. Sep. p. 385 etc. — Ebenderselbe, Vorschlag zu einem unüberwindlichen Heer, ebendas. 1808. Jan. No. 3. — Wünsche und Gründe für Reduction der stehenden Heere in BAUER's, BEHR's und SCHOTT's allg. Staats-Correspondenz, Thl. I. 1814. No. 11. 15. — Der Soldat und der Landwehrmann in den Beherzigungen vor dem wiener Congress 1814. p. 47 — 59. — Die deutsche Volksbewaffnung. In einer Sammlung der darüber in sämmtlichen deutschen Staaten ergangenen Verordnungen; von RÜHLE v. LILIENSTERN. Berlin, 1815. 8. — C. v. ROT-

RECK, über stehende Heere und National-Miliz. Freib., 1816. 8. — D. TEUTWART SCHMITSON, die Wehr- und Schirm-Anstalt. Leipzig, 1816. Fol. — Ebenderselbe, Grundriss einer Wehranstalt des deutschen Bundes. Leipzig, 1817. Fol. — L. A. F. v. LIEBENSTEIN, über stehende Heere und Landwehr. Carlsr., 1817. 8. — Betrachtungen über die verschiedenen Formen der bewaffneten Macht. Leipzig, 1817. 8. — Chronologische Uebersicht der Geschichte des Preussischen Heeres etc., von F. v. CIRIACY. 1820. p. 465 — 478. — Untersuchung über das Heerwesen unserer Zeit, von J. S. v. XYLANDER. München, 1831. p. 189 — 229. — Aphorismen aus der Theorie und Praxis des Kriegswesens, von einem Veteran der Preussischen Armee. Leipzig, 1830. p. 41 — 75. — TITTMANN, über stehende Heere in PÖLITZ Jahrbücher. 1831. März. — Archiv für den deutschen Landsturm. Heft I. — Die Militär-Verfassung des Deutschen Bundes zunächst in ihrer Anwendung aufs Königreich Hannover. Hannover, 1831. — Preussens Militär-Verfassung, aus dem Französischen des General v. CARAMAN, mit Berichtigungen und Zusätzen. Illmenau, 1832. p. 1 — 46. — Allgemeine Militärzeitung, Decemberheft 1832. No. 101; Juniheft 1833. p. 406 — 408. p. 414 — 416; Augustheft 1833. p. 491 — 496; Novemberheft 1833. p. 699 — 704. p. 709 — 719 etc. — Die rechte Wehrverfassung, ein Versuch der auf die neueste für Deutschland entworfene Kriegs-Verfassung Rücksicht nimmt, von dem Verfasser der Legion in Deutschland. Stuttgart, 1818. — Die rechte Wehranstalt, von General v. THEOBALD. 1817. — Die Legion in Deutschland, von Ebendemselben. 1820. — K. SALOMO ZACHARIAE's, 40 Bücher vom Staate. 2. B. p. 343 etc. — Frhr. v. STEIGENTESCH, in seinem Aufsätze über stehende Heere u. Landesbewaffnung. S. Minerva, 1837 Sept. S. 385 etc. — Vorzügliche Gegner der stehenden Heere finden wir in dem Englischen Parlamente namentlich in einer Rede TIERNEY's (13. Febr. 1816) s. Allg. Zeitung 1816, No. 62; ferner Lord GRENVILLE vergl. No. 67; ebenso Lord FOLKSTONE, Allg. Zeitung No. 78 u. A. m. — W. I. LEISING, systematische Darstellung zu einer neuen Kriegslehre nach dem jetzigen Zeitgeiste und aus dem wirklichen Kriege gefolgert. Berlin. 8. — Die hierin enthaltenen Ansichten werden geprüft und widerlegt von KRUG in dem Aufsätze: Militärische Politik in s. politischen Kreuz- u. Querzügen. — General K. v. GERSDORF's, Bemerkungen, veranlasst durch v. LINDENAU's Aufsatz in dem Oppositionsblatte: Ist eine Bundesarmee nothwendig? Dresden, 1819. 8. — *Constitution militaire des peuples civilisés par M. de Montigny*. Paris, 1819. 8. — Der Feldherr etc. (v. General Graf BISMARCK), Karlsr. 1820. — System der Reuterei v. Ebendems., Berlin u. Posen 1822.

§. 8.

Verhandlungen auf dem Wiener Congresse.

Schon im ersten Pariser Frieden 1814 wurde der Grund zum deutschen Staatenbunde gelegt.

Auf dem Wiener Congresse 1814 beschäftigte sich das Comité der fünf deutschen Mächte (Oestreich, Preussen, Bayern, Hannover und Würtemberg), in seiner 3., 4. und 13. Sess. — im October und November — mit dem Plane zu Errichtung eines Militär-Ausschusses, um die künftigen Militär-Verhältnisse Deutschlands zu erörtern. Es kam aber nicht zur Ausführung. Fürst Wrede hatte unter andern folgende Gegenstände als Deliberations-Punkte für den Militär-Ausschuss vorgeschlagen:

- 1) wie soll sich die künftige Bundesarmee bilden?
- 2) in welchen Waffengattungen sollen die Armeecorps jedes Kreises auf dem Sammelplatze erscheinen?
- 3) Wie soll jedes Armeecorps rücksichtlich seines Generalstabs organisirt sein, um zur Verfügung des obersten Befehlshabers beiwürken zu können?
- 4) Wer soll der oberste Feldherr sein?
- 5) Wie weit dehnt sich dessen Gewalt über die gesammten Bundestruppen aus?
- 6) Welche Statthalter und Commandanten von Festungen müssen von dem Tage, wo der Bundesrath eine Kriegserklärung angenommen oder gegeben hat, die unmittelbaren Befehle des obersten Befehlshabers der Armee befolgen?
- 7) Wer remplacirt den obersten Befehlshaber, wenn dieser schnell stirbt, bis der Bundesrath, oder die

solchen bildenden Souverains, über die Wahl eines neuen obersten Befehlshabers übereingekommen sind?¹⁾

Die unerwartete Rückkehr Napoleon's nach Frankreich (1. März 1815) beschleunigte jedoch die Arbeiten des Congresses; eine Declaration von den acht Mächten, welche den Pariser Frieden unterzeichnet hatten, ward gegen Napoleon am 13. März erlassen; auch das Bündniss von Chaumont vom 1. März 1814 erneuert, und die deutsche Bundes-Akte am 8. Juni, sowie die Congress-Acte am 9. Juni 1815 unterzeichnet. Folgende Bestimmungen der deutschen Bundes-Akte gehören hierher:

Art. II. Der Zweck desselben (des Bundes) ist Erhaltung der äusseren und innern Sicherheit Deutschlands und die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten.

Art. X. Das erste Geschäft der Bundesversammlung nach ihrer Eröffnung wird die Abfassung der Grundgesetze des Bundes und dessen organische Einrichtung in Rücksicht auf seine auswärtigen, militärischen und inneren Verhältnisse seyn.—

Art. XI. Alle Mitglieder des Bundes versprechen sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und garantiren sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen. — Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schliessen.

Art. XIV. Den mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen und Reichsangehörigen wird Befreiung von aller Militärpflichtigkeit für sich und ihre Familien zugesichert *).

Art. XVIII. Die verbündeten Fürsten und freien Städte

1) KLÜBERS Acten des Wiener Congresses, II. 111.

*) Ist nur Auszug des Artikel 14.

kommen überein, den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten folgende Rechte zuzusichern.

b) Die Befugniss:

2) in Civil- und Militärdienste eines andern Bundesstaats zu treten, jedoch nur insofern keine Verbindlichkeit zu Militärdiensten gegen das bisherige Vaterland im Wege stehe; und damit wegen der dermalen vorwaltenden Verschiedenheit der gesetzlichen Vorschriften über Militärpflichtigkeit hierunter nicht ein ungleichartiges für einzelne Bundesstaaten nachtheiliges Verhältniss entstehen möge, so wird bei der Bundesversammlung die Einführung möglichst gleichförmiger Grundsätze über diesen Gegenstand in Berathung genommen werden.

Beilagen zur Bundes-Akte, als den Art. 14. der Bundes-Akte normirend.

1) Königl. Bayerische Declaration vom 19. März 1807.

G. Militär-Gewalt.

1) Alles, was mit der Militär-Gewalt in Verbindung steht, kommt dem Souverain ausschliessend zu, und kann nur durch ihn angeordnet werden etc.

§. 9.

Verhandlungen am Bundestage vom Jahr 1816 bis 1819 und zwar:

I. über die Matrikel (Fortsetzung s. §. 12.)

II. über die Kriegsverfassung (Forts. s. §. 13.)

Da die ganzen Verhandlungen in G. von Meyers Repertorium materienweise vom Jahr 1816 bis Ende 1819 zusammengestellt sind, so will ich, mich hierauf im Allgemei-

nen beziehend, nur einen gedrängten Auszug davon liefern, und erst vom Jahre 1819, gleichsam als Fortsetzung des Repertoriums, genau die Protocolle verfolgen.

Der 10. Artikel der B. A. nennt die militärischen Verhältnisse des Bundes unter die ersten Geschäfte der B. V. — Demzufolge wurden sie zum 3. Berathungs-Gegenstande erwählt, und der nachherige Commissions-Vortrag über die Reihenfolge, lässt in seiner ersten Beilage (Sess. XI, 17. Febr. 1817. §. 32. und Beilage Ziff. 12.) die Militär-Verhältnisse in 3 Hauptpunkte zerfallen, nämlich:

I. die Matrikel,

II. die Kriegsverfassung,

III. die Bundesfestungen²⁾.

I. Die Matrikel.

Die Matrikel bestimmt den Gesamtbetrag der Leistungen an Mannschaft und Geld und die verhältnissmässige Vertheilung derselben unter die einzelnen Bundesstaaten nach allgemeinen Bestimmungen.

In der Sess. XXXI, 29. Mai 1817, §. 203 eröffnete Oestreich die Abstimmung in der Matrikularsache, mit einer in vorhergegangener vertraulicher Besprechung verlesenen dessfallsigen Punktation, deren Inhalt folgender war:

»Die erste Herstellung der Matrikel erfordert die Bearbeitung durch eine Commission, die vor allem sämtliche

2) Sollte diese Abhandlung sich einer günstigen Aufnahme zu erfreuen haben, so behalten wir uns eine ähnliche Entwicklung der Reichs- und Bundesfestungen vor, und übergehen diese hier daher.

Bundesglieder — mit ihren Bundesgebieten — und Hinzusetzung der Anschläge zur Erfüllung der gemeinsamen Verpflichtungen in ein Verzeichniss zu bringen habe. Der Natur der Sache gemäss würde die Bundesverpflichtung theils in Mannschaftsstellung, theils in Geldleistung zerfallen, deshalb der Commissions-Entwurf die Quote für jedes einzelne Bundesglied nach richtigem Verhältnisse, im Allgemeinen nach Procenten anzugeben habe. — Man könne diess nach Flächeninhalt, Bevölkerung und Einkünften berechnen, daher solle die Commission prüfen, welche dieser Hilfsquellen, und ob vereint oder einzeln, den besten Maasstab dazu gewährten, einstweilen jedoch über die drei Verhältnisse eine nach Durchschnittsberechnung der verschiedenen statistischen Hilfsquellen approximative Berechnung aufstellen, diese solle alsdann den Regierungen zur Genehmigung oder Bemerkung vorgelegt und demnach als wirkliche Matrikel, vorläufig etwa auf 3 Jahre angenommen werden, wo man im 4ten Jahr über eine definitiv festzusetzende Matrikel übereinkommen würde, jedoch wäre in dem organischen Gesetzes-Entwurf aufzunehmen: »ob und in wiefern während dieser Frist auf »Ansuchen eine Veränderung des Matrikular-Anschlags zu »bewilligen sei«.

Ungeachtet der Antrag auf Wahl einer Commission zu den vorbereitenden Einleitungen, allgemeinen Beifall fand, waren die Meinungen über die Art der Berechnungen sehr getheilt, v. Meyer, Repert. §. 303. In der Sess. XLIII, 14 Juli 1817, §. 338 (Beil. Ziffer 74) legte Präsidium den Commissions-Bericht vor, der in 14 Tabellen (wobei man jedoch den Flächeninhalt als Anhaltspunkt zur Berücksichtigung nicht geeignet gefunden) die verschiedenen Berechnungen aneinandergesetzt hatte und zwar alle diese Berechnungen zu $\frac{1}{2}$ pro Cent (jeder einzelne Beitrag verhältnissmässig, jedoch in runden Summen um so viel erhöht oder vermindert, als nothwendig war, die Gesamtsumme bis auf 150,000 als einfachen Maasstab zu bringen). Nachdem auf

Veranlassung Präsidiums die officiellen Angaben der Volkszahl der einzelnen Bundesgliedern eingeholt worden waren, hat man die Bevölkerung als Matrikular-Norm angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

»in Sess. XLIII, 20. Aug. 1818 §. 210:

- 1) Die von den Bundesgliedern angegebene Volkszahl ihrer Bundesstaaten wird auf die nächsten fünf Jahre provisorisch als Bundes-Matrikel angenommen, und zwar nach der provisorisch bestehenden Stimmordnung in pleno, mit Vorbehalt weiterer Bestimmung für Hessen-Homburg.

M a t r i k e l.

<i>Bundesstaaten.</i>	<i>Seelenzahl.</i>	<i>Summa</i> der <i>Curiatstimmen.</i>
Oesterreich ³⁾	9,482,227	
Preussen ³⁾	7,923,439	
Sachsen	1,200,000	
Baiern	3,560,000	
Hannover	1,305,351	
Württemberg	1,395,462	
Baden	1,000,000	
Kurhessen	540,000	
Grossherzogthum Hessen	619,500	
Holstein und Lauenburg	360,000	
Luxemburg	214,038	
Transport	27,600,037	

3) Oestreich hatte in der XV. Sitz. 1818. §. 77., Preussen in der XXII., 1818. §. 105 angegeben, was sie zu Bundesländer gerechnet wissen wollten.

<i>Bundesstaaten.</i>	<i>Seelenzahl.</i>	<i>Summa der Curiatstimmen.</i>
Transport	27.600,037	
Braunschweig	209,600	13. Stimme
Mecklenburg-Schwerin	358,000	512,369
Nassau	302,769	
Sachsen-Weimar	201,000	
» Gotha	185,682	
» Coburg	80,012	12. Stimme
» Meiningen	54,400	550,800
» Hildburghausen	29,706	
Mecklenburg-Strelitz	71,769	14. Stimme
Holstein-Oldenburg	217,769	429,769
Anhalt-Dessau	52,947	
» Bernburg	37,046	15. Stimme
» Cöthen	32,454	439,270
Schwarzburg-Sondershausen	45,117	
» Rudolstadt	53,957	
Hohenzollern-Hechingen	14,500	
Liechtenstein	5,546	
Hohenzollern-Sigmaringen	55,560	
Waldeck	51,877	16. Stimme
Reuss ältere Linie	22,255	275,005
» jüngere Linie	52,205	
Schaumburg-Lippe	24,000	
Lippe	69,062	
Hessen-Homburg	20,000	
Lübeck	40,650	
Frankfurt	47,850	17. Stimme
Bremen	48,500	266,800
Hamburg	129,800	
Summa	30,094,050	

- 2) Diese Matrikel gilt als Regel sowohl für Mannschafstellungen als Geldleistungen, mit alleiniger Ausnahme der anders vertheilten Bundes-Canzlei-Kosten.
- 3) Die Grundsätze, wornach die definitive, nach fünf Jahren einzuführende Matrikel bearbeitet werden soll, wird eine demnächst eigends zu wählende Commission begutachten; die B. V. wird solche noch vor Ablauf der fünfjährigen Frist erörtern und durch weitere Beschlussnahme sich über eine definitive Matrikel vereinigen.

In der Sess. III am 4. Febr. 1819 §. 19, berichtigte Luxemburg seine Angabe:

von 214,058 auf 255,628 Seelen,
ebenso Kurhessen » 540,000 » 567,868 »

Die hiernach abgeänderte, auf fünf Jahre festgesetzte Matrikulartabelle betrug an Gesamtzahl der Seelen mithin 30,163,488. Hierauf erfolgte ein die Matrikel ergänzender Beschluss dahin:

»Dass, wenn gleich keine Verminderung der Bundes-Matrikel binnen der fünf Jahre, für welche dieselbe festgesetzt worden, statt haben könne, gleichwohl diese und jede nachfolgende Vermehrung in dieselbe aufzunehmen sey.« —

Dies ist das Hauptsächlichste was bis Ende des Jahres 1819 über die Bundes-Matrikel am Bundestage verhandelt worden ist, und bevor wir ihre weiteren Veränderungen anführen, wollen wir zuvor die Kriegs-Verfassung bis zu diesem Zeitpunkte verfolgen.

II. Die Kriegsverfassung.

Die in dem Vortrage (Sess. XI, den 17. Febr. 1817, §. 52, Beil. 12) über die Reihenfolge diesem Gegenstande

gewidmeten Erörterungen sind als erste Grundlage der Verhandlungen über die Militärverfassung des deutschen Bundes zu betrachten:

In Sess. III am 19. Januar 1818, §. 9, legte der Kaiserl. Oestreichische präsidirende Gesandte eine in vorhergegangener vertraulicher Sitzung vom 15. desselben Monats verlesene Proposition über die Grundzüge des deutschen Militär- und Vertheidigungs-Wesens in 9 Punkten vor, und zwar in Beachtung folgender allgemeiner Gesichtspunkte, als:

- 1) der vollkommensten Würdigung der Souverainetät der Staaten, welche den Bund bilden;
- 2) der ausgedehntesten Rücksicht auf Anwendung eines, seinem in rein militärischer Beziehung vollkommen entsprechenden, in seinen Resultaten gehörig wirksamen Vertheidigungs-Systems der Gesammtheit der Bundesstaaten.

Die Rubriken der einzelnen 9 Punkte der Proposition waren:

- 1) Zweck der Militärverfassung,
- 2) Bildung des Bundesheers,
- 3) Friedensstand,
- 4) Kriegsstand,
- 5) Oberfeldherr,
- 6) Armeezeichen,
- 7) Landsturm,
- 8) Bundesfestungen,
- 9) Vertheilung der Militär-Kosten.

Preussen erklärte sich mit der vorgelegten Proposition ganz einverstanden, worauf Instructionseinholung beschlossen ward.

In der Sess. IX. XI. XIV. und XV. §§. 33. 39. 64. und 76. des Jahres 1818 erfolgten sämtliche Abstimmungen über diese Propositionen, welche die Bundesglieder im All-

gemeinen als Grundlage und Leitfaden der vorzunehmenden Berathschlagungen genehmigten. Nach beendigten Discussionen (siehe G. v. Meyer, Repert. §. 309 — 314, S. 480 — 490) über jeden der einzelnen angeführten 9 Punkte wurde in Sess. XVI, d. 9. April 1818, §. 84, Beschluss über diese Proposition gefasst, und folgende allgemeine Grundsätze als feststehende Directivregeln, sowohl für die politischen, als auch die nunmehr nothwendig werdenden militärisch-technischen Erörterungen aufgestellt:

I. Der Zweck der Militärverfassung.

Dieser wird als in sich begründet, angesehen.

II. Bildung des Bundesheeres.

Diese Gesamtmacht ist aus stehenden Truppen jeder Gattung und aus Landwehr zusammengesetzt.

Die Vertheilung derselben geschieht durch die Matrikel, auf welche sodann ein — bei allen Mannschaftsstellungen anwendbarer — jeden einzelnen Staat für seinen Theil verpflichtender Anschlag gegründet werden muss.

III. Friedens- und Kriegsstand.

a) Bei den einzuleitenden Berathungen soll auch auf den Wehrstand der übrigen europäischen Staaten Rücksicht genommen werden.

b) Der Uebergang vom Friedens- zum Kriegsstande muss hinlänglich vorbereitet sein, um mit möglichster Schnelligkeit statt finden zu können.

c) Unbeschadet der erforderlichen allgemeinen Anordnungen bleibt Alles, was die Anwendung und Ausführung derselben in den einzelnen Staaten befördern und erleichtern kann, diesen überlassen.

d) Der deutsche Bund kennt nur ein Bundesheer, in mehrere Corps vertheilt, deren Zusammensetzung als eine gemeinsame Angelegenheit mit gehöriger Beobachtung geographischer und verwandtschaftlicher Verhältnisse vom Bundestage bestimmt, wobei jedoch als Regel beobachtet wird, dass diejenigen Staaten, welche ein vollkommenes Armee-Corps aufstellen, nicht fremde Truppen-Contingente den ihrigen einverleiben, vielmehr letztern unter einander zu eigenen Corps verbunden werden sollen. (Das Verhältniss der Waffengattungen ⁴⁾ und der sonstigen Militärverwaltungszweige etc. wird weitem Erörterungen vorbehalten).

IV. Der Oberfeldherr.

Der Oberfeldherr wird durch Stimmenmehrheit vom Bundestage ernannt. Sein Wirkungskreis und seine Gewalt, wird nach den abzufassenden Militärgesetzen und nach den jedesmaligen Bedürfnissen des Kriegs näher zu bestimmen sein; er steht in Eid und Pflicht des Bundes, empfängt durch die B. V. die Befehle und berichtet an dieselbe. Die einzelnen Contingente sind unbeschadet des ihren Regierungen geleisteten Eides von seinen Befehlen abhängig.

4) Die erste Oestreichische Proposition §. 9, S. 13 und 29 de 1818 setzt 120,000 Mann in folgendes Verhältniss der Waffengattungen: 96,000 M. Fussvolk, 18,000 M. Reiterei und 6000 M. Artilleristen, Pioniers, Pontoniers, Mineurs und Sappeurs; — auf 1000 Mann des stehenden Heeres werden 5 Geschütze angenommen, die den Liniengeschütz- und Reservepark bilden. — Oestreich nimmt hierbei an, dass die Stellung der Reiterei, Geschütze etc. nur auf die grössern mit dieser Waffengattung versehenen Staaten falle.

V. Armeezeichen.

Die Bundesarmee erhält am Tage ihrer Zusammenziehung ein eigenes Armeezeichen, welches sie neben dem ihres Landesherrn trägt. Sie legt es am Tage ihrer Auflösung wieder ab.

VI. Landsturm.

Obschon bei dem Landsturm alles auf den örtlichen Verhältnissen beruht — so wird doch die Organisation desselben zur allgemeinen Berathung des Bundestags gezogen werden können.

VII. Bundesfestungen.

VIII. Vertheilung der Militär-Kosten.

Auf eben die Weise, wie eine Matrikel die Grundlage zur Mannschaftsstellung geben soll, sollen auch ungesäumt Grundsätze erörtert werden, um eine Matrikel zur Vertheilung aller sonstigen militärischen Gesamtleistungen festzusetzen⁵⁾.

5) Nro. III. war Punkt 3 und 4 der Oestreichischen Proposition.

Nro. IV. war Punkt 5,

Nro. V. Punkt 6,

Nro. VI. Punkt 7,

Nro. VII. Punkt 8,

Nro. VIII. Punkt 9.

§. 10.

Anordnung einer Bundestags-Commission (Bundestags-Ausschuss in Militärangelegenheiten) und einer militärisch-technischen Behörde (Comité, Militär-Commission) — erste Grundzüge einer Militärverfassung — Corpseintheilung — Militär-Commission — 1818. 1819.

In derselben XVI. Sess. von 1818. §. 83, legte Präsidium einen Entwurf vor über die künftige Betreibung der Geschäfte, der einhellig angenommen wurde, er lautete auf die Bestellung zweier Commissionen.

1) Ein Ausschuss von 7 Mitgliedern der Bundesversammlung (Bundestags-Ausschuss) zur Ausarbeitung des Militärverfassungsplans nach den bereits festgestellten Normen und mit Erwähnung der bisherigen Verhandlungen, um ihn der Bundesversammlung vorzulegen.

2) Zur Hülfe für diesen Ausschuss und zur Bearbeitung der einzelnen rein militärischen Entwicklungen und Beratungen sollte gleichzeitig ein Ausschuss von Militärpersonen (Militär-Ausschuss, Militär-Comité) ernannt werden, nach Analogie der während des Wiener Congresses bestanden, militärischen, statistischen Ausschüsse.

In der XVII. Sess. 1818, §. 87, ward der Bundestags-Ausschuss in Militärangelegenheiten erwählt; in den Personen des Grafen Buol-Schauenstein, Grafen Goltz, Frhrn. v. Aretin, v. Martens, Frhrn. v. Wangenheim, Grafen Eyben und Frhrn. v. Plessen.

Das Militär-Comité sollte zusammengesetzt sein aus den Abgeordneten der einzelnen Bundesstaaten, so dass es sämtlichen Bundesstaaten unbenommen bliebe, nach Maassgabe der Stimmenverhältnisse in der engern Versammlung, einen Of-

ficier abzuordnen oder ein bereits ernanntes Mitglied zu beauftragen. Das Comité wäre mit dem Zusammentritt von fünf Mitgliedern als hinlänglich gebildet anzusehen, welche sich zur Legitimation bei der Bundesversammlung und unter sich, mit Vollmachten ihrer Committenten zu versehen hätten.

Das Präsidium soll den Geschäftsgang leiten und mit der Bundesversammlung communiciren.

Zum Präsidium dieses Militär-Comité ward auf Königl. Preussischen Vorschlag der Kaiserlich-Oestreichische Geheimerath Freiherr von Wessenberg-Ampringen ernannt. Abgeordnete dazu theils für sich, theils auch für andere Staaten bevollmächtigt, sandten: Oestreich, Preussen, Bayern, Königreich Sachsen, Hannover, Würtemberg, Baden, Kurhessen, Grossherzogthum Hessen, Holstein und Lauenburg, und Luxemburg ⁶⁾. Dieses Militär-Comité wurde in der Sess. LI., 12. October 1818, §. 254, nach Beendigung seiner technischen Arbeiten zu den aufgestellten Grundzügen der Kriegsverfassung wieder aufgelöst, obgleich man die fernere Nothwendigkeit einer technischen Behörde schon damals anerkannte.

In der letzten Sitzung von 1818 am 12. October wurden die Arbeiten der beiden Commissionen der Bundesversammlung vorgelegt, deren Resultat die Grundzüge der Kriegs-

6) Abgeordnete waren von Oestreich: Generalmajor Frhr. v. Steigentesch; von Preussen: Generalmajor v. Wolzogen; von Bayern: Generalmajor v. Maillot de la Treille; von Königreich, Grossherzogthum und Herzogth. Sachsen: Major v. Minkwitz; von Hannover und Braunschweig: Generallieutenant v. Hinüber; von Würtemberg: Generalmajor Frhr. v. Varnbüler; von Baden: Obrist v. Freydorf; von Kurhessen: Generalmajor v. Ochs; von Grossh. Hessen: Generallieutenant Frhr. v. Weiher; von Holstein und Lauenburg, Mecklenburg, Oldenburg und den Hansestädten: Oberst v. Haffner; von Luxemburg und Nassau: Oberst v. Wildeman.

verfassung des deutschen Bundes — und vorläufige Bestimmungen über die Bundesfestungen — waren.

Die Berathung über die Grundzüge der Kriegsverfassung wurde auf 7. Januar 1819 festgesetzt. Die 10 Abschnitte, woraus diese Grundzüge bestehen, folgen hier einzeln ihrem Hauptinhalte nach:

I. Stärke des Bundesheeres.

Das Bundesheer besteht aus 1 pro Cent der Bevölkerung aller Bundesstaaten zufolge der Bundesmatrikel §. 1. — Die Reserve des Bundesheers besteht aus einem halben pro Cent Bevölkerung aller Bundesstaaten §. 3. — Zwei Drittheile der Reserve werden für ausserordentliche Fälle als Verstärkung zum Ausrücken bereit gehalten; das letzte Drittheil bleibt in jedem Bundesstaate als Stamm zurück und wird nach dem Ausrücken der ersten 2 Drittheile wieder auf die vorige Reserve-Stärke ergänzt, um das Ergänzungs-Dépôt zu bilden §. 5. — Aufstellung des Heers §. 2, — der Reserve §. 4, — Grösseres Aufgebot §. 6. — Ergänzungsweise §. 7 — 11, — Streitbare Mannschaft §. 12.

II. Verhältniss der Waffengattungen.

Das numerische Verhältniss der Reiterei ist $\frac{1}{6}$ der Gesamtzahl der Bundesmacht (wovon höchstens $\frac{1}{3}$ schwere Cavalerie) §. 13. — Von der Artillerie gehen zwei Stück Geschütz auf 1000 Mann §. 14. — Das Verhältniss des Calibers ist: $\frac{1}{4}$ Haubitzen, $\frac{1}{4}$ Zwölfpfünder, $\frac{2}{4}$ Sechspfünder. — $\frac{1}{5}$ der Gesamtzahl ist reitende Artillerie §. 15. — Die Bedienung ist auf ein Stück 31 Mann §. 16. — Für Pioniers und Pontoniers wird das Verhältniss des hundertsten Theils der Armee festgesetzt §. 17. — Das numerische Verhältniss des Fussvolks ergibt sich von selbst, wenn die Reiterei, die Artillerie-Mannschaft, die Pioniers und Pontoniers

von der Gesamtzahl des ganzen Heeres abgezogen werden §. 18. — $\frac{1}{20}$ des Fussvolks besteht aus Scharfschützen. — Auch Landwehr darf zur Bildung des Contingents verwendet werden, doch muss sie gleich den Linientruppen geübt, ausgerüstet und schlagfertig sein §. 20. — Der Landsturm bleibt dem Ermessen der einzelnen Bundesstaaten überlassen §. 21. —

III. Eintheilung des Bundesheeres.

Auf den Hauptzweck des Bundes Rücksicht nehmend — sagt der Bericht — sei man endlich über die Eintheilung in ⁷⁾ 10 Armeecorps enig geworden, jedes im Durchschnitte zu 30,000 Mann. — Demzufolge besteht das Bundesheer aus 7 ungemischten und 3 combinirten Armeecorps, als:

das I., II., III. von Oestreich,
das IV., V., VI. von Preussen,
das VII. von Bayern,
das VIII., IX., X. von allen übrigen, als combinirten Contingenten.

Das Bundesheer ist gesetzlich ein Heer, und wird von einem Feldherrn befehligt, §. 22. — Die innere Eintheilung wird schon im Frieden bestimmt und für den Krieg vorbereitet §. 23. — Kein Bundesstaat, dessen Contingent ein oder mehrere Armeecorps für sich allein bildet, darf Contingente anderer Bundesstaaten mit den seinigen in eine Abtheilung vereinigen, §. 24. — Die Armeecorps (Minimum à 2 Divisionen) zerfallen in Abtheilungen von Divisionen (Minimum à 10,000 Mann), Brigaden (Infanterie-Brigade Minimum 3200

7) Das Decimalsystem war von jeher bei den Deutschen beliebt; wir haben es schon bei der Gau-Eintheilung, bei der Mannschaftsstellung der Städte, bei der Kreiseintheilung gesehen und jetzt wieder bei den 10 Armee-Corps.

Mann), Regimentern (Cavalerie-Regiment Minimum 4 Schwadronen), Bataillons, (Infanterie-Bataillon Minimum 800 Mann), Schwadrons und Compagnien (im Durchschnitt 130 Mann) und Batterien (à 6 oder 8 Stücke). Die die Stärke eines Bataillons, einer Schwadron oder einer Compagnie nicht völlig erreichenden Contingente sollen doch für sich diese Abtheilungen bilden können, §. 25, 26.

Die combinirten Corps und Divisionen haben sich über die gesetzlichen Abtheilungen und verschiedenen Waffengattungen zu vereinigen und bei dessen Fehlschlagen entscheidet die Bundesversammlung, §. 27, 28, 29.

IV. Bereithaltung im Frieden.

Stete Rüstung bei möglichster Schonung der Kräfte.

In jedem Bundesstaate muss das Contingent von einem Procent der Bevölkerung so marsch- und schlagfertig erhalten werden, dass es 4 Wochen nach der vom Bunde erfolgten Aufforderung in allen seinen Theilen zur Verfügung des Oberfeldherrn gestellt werden könne, §. 30.

Ebenso müssen die Reserven spätestens in 6 Wochen nach dem Aufbruche des stehenden Heeres völlig aufgestellt, und $\frac{2}{3}$ derselben marsch- und schlagfertig sein, §. 31. — Bereithaltung der Waffengattungen, des Materials, der Rüstung und der Vorräthe in den Zeughäusern §. 33. — Die Contingente des stehenden Heeres müssen auch im Frieden vollständig erhalten werden, doch kann hier auch zeitliche Beurlaubung nach einem gewissen, §. 35, Maasstabe stattfinden §. 34. Für $\frac{2}{3}$ der Reserve müssen die Cadres auch im Frieden bestehen, §. 32, 36. — Die Gesamtmannschaft der Contingente eines jeden Bundesstaats muss alle Jahre vom

Urlaub einberufen, und wenigstens 4 Wochen hindurch im Dienste und Gebrauch der Waffen geübt werden, §. 36. — Die Bundesstaaten werden jährlich der Bundesversammlung den Stand der Contingente durch ihre Gesandten vorlegen lassen. — Ueber die Art der Musterungen werden sich die Divisionsmitglieder einverstehen, so wie über die jährlichen Waffenübungen der kleineren Contingente, §. 37. 38. — Zwischen sämtlichen Bundesstaaten wird ein allgemeines Cartell über Auslieferung aller dienstthuenden wie dienstpflchtigen Individuen abgeschlossen werden; von den europäischen Mächten, welche Bundesglieder sind, auch für ihre Länder ausser dem Bunde, §. 39. —

V. Mobilmachung des Bundesheeres.

Möglichste Gleichförmigkeit und Kraft der Einheit.

Der Bund beschliesst bei dem Ausbruche eines Kriegs, das Wievielste des Contingents und der Reserve auszurücken und bereit zu halten, oder der Verfügung des Oberfeldherrn zu überlassen ist, §. 40. — Der Oberfeldherr schreibt dem ausrückenden Bundesheere ein allen Contingenten gemeinschaftliches Erkennungszeichen vor, §. 40. — Bei der Vereinigung eines gemischten Armee-Corps wird der Sold wenigstens durch eine Kriegszulage gleichgestellt, §. 42. — Ein bestimmtes Reglement wird zur möglichsten Gleichheit der Natural-Verpflegung der Truppen im Felde vereinbart werden §. 43. Die Art der Bekleidung bleibt dem Ermessen jedes Bundesstaates überlassen, §. 44. — Die Bewaffnung wird bei jedem Armee-Corps möglichst gleichförmig sein, §. 45. — Ueber Munition §. 46, Aerzte und Hospitäler §. 47. 48. — Feldbäckereien §. 49, Transport §. 50. — Waffenübung und Dienstreglement §. 51 und Rang der Stabsofficiere §. 52. —

VI. Oberfeldherr.

Ausgedehnteste Gewalt und grösste Verantwortlichkeit.

Der Oberfeldherr wird jedesmal bei eintretendem Kriege in der engern Bundesversammlung erwählt, seine Stelle hört jedoch im Augenblicke, wo die Verhältnisse des Friedens eintreten, wieder auf §. 53. — Er verhält sich zum Bunde, wie jeder commandirende General zu seinem Souverain und die Bundesversammlung ist daher seine einzige Behörde, §. 54. 55. —

Es ist dem beeidigten Oberfeldherrn überlassen, nach erhaltener Instruction den Operationsplan zu entwerfen und auszuführen, welchen er jedoch bei der Ausführung der Bundesversammlung schriftlich vorzulegen hat, §. 56 u. 57. Für die zwischenzeitige Nachfolge im Obercommando ernennt die Bundesversammlung zugleich mit dem Oberfeldherrn einen General-Lieutenant des Bundes mit ganz gleichen Rechten, wie die des Oberfeldherrn, wozu auch Corps-Commandanten erwählt werden können, §. 58. 59. — Wichtige Umstände gestatten dem Oberfeldherrn, Uebereinkünfte zur Einstellung der Feindseligkeiten abzuschliessen; allgemeine Waffenstillstands-Verträge jedoch nur unter vorbehaltener Genehmigung des Bundes, §. 60. —

Einige minder bedeutende Gegenstände enthalten die §§. 60 bis 63. — Der Oberfeldherr hat das Recht, zu zeitlichen Detachirungen und Bildung von Cavalerie- und Artilleriereserven, so wie den Generalquartiermeister, den dirigirenden Generaladjutanten, den General-Auditeur und den dirigirenden Arzt zu wählen, auch seinen Generalstab selbst zu bestellen; die übrigen Chefs werden von dem Bunde gewählt und in Pflicht genommen, §. 69. — Es wird ein höherer Officier von jedem Armee-Corps in das Hauptquartier abgesendet, um dessen Interesse daselbst zu vertreten, und — in

der Regel — als Organ zwischen dem Feldherrn und den einzelnen Regierungen und Corps. — Zur Vertretung der Divisionen der combinirten Armee-Corps können Officiere niedrigen Ranges beigegeben werden, §. 71—73. Jeder höhere Wirkungskreis schliesst den niederen gleichzeitig aus, §. 74.

VII. Corps-Commandanten.

Mit wenigen Ausnahmen gelten hier dieselben Bestimmungen analog wie unter VI, so viel deren auf den engeren Wirkungskreis anwendbar sind; ebenso im Verhältniss mit den Divisions- und Brigade-Commandanten.

VIII. Bildung des Hauptquartiers, §. 86—91.

Das meiste ist hier dem Feldherrn anheimgestellt, doch besorgt:

- 1) der Generalquartiermeister die Leitung der Operationen und Bewegungen.
- 2) Der dirigirende Generaladjutant die Evidenthaltung und Ergänzung des Standes, den innern Dienst.
- 3) Der Generalintendant mit Zutheilung höherer Beamten von den ungemischten Corps, und jeder Division des gemischten Corps die ökonomische Leitung, Pflege und Wartung des Heeres.

IX. Verpflegung.

In der ersten Sitzung des Jahres 1819 eröffnete Oesterreich Es wird ein Verpflegungs-Comité aus dem Generalintendanten, Armee-Corps-Bevollmächtigten und bei gemischten

Corps von Landes-Commissarien der einzelnen Staaten gebildet, welchem die Verpflegung obliegt, §. 92. Die Vergütung von Durchmarsch-, Cantonirungskosten u. s. w., so wie von andern allgemeinen Leistungen wird durch Uebereinkunft mit den Bundesstaaten bestimmt; zur Ausgleichung der gegenseitigen Forderungen soll das Verpflegungs-Comité zugleich als Liquidationsbehörde bestellt werden, §. 103. Bis zum Abschluss solcher Verabredungen oder einer allgemeinen Uebereinkunft, hat jeder Bundesstaat für die Verpflegung seiner Truppen innerhalb der Bundesstaaten selbst zu sorgen, §. 104.

Mit wenigen Ausnahmen gelten hier dieselben Bestimmungen analog wie unter VI, so viel deren auf den engern Wirkungskreis anwendbar sind; ebenso im Verhältnis mit den Divisions- und Brigade-Commandanten.

X. Gerichtsbarkeit.

Dieselbe soll in der Hauptsache bei den Corps und den Unterabtheilungen verbleiben.

Der Oberfeldherr hat das Recht, das Martialgesetz in Feindesland anzuordnen, §. 109. — Ueber militärische Hauptverbrechen sind allgemeine gleichförmige Kriegs-Artikel zu entwerfen, §. 109—115. — Als Heerespolizei wird eine eigene Gend'armie errichtet, deren Minimum auf 2 von Hundert der Reiterei angenommen und in das Cavalerie-Contingent eingerechnet wird; sie steht unter dem Chef der Heerespolizei, §. 114. Anl. 4. Schliesslich giebt der Commissionsbericht die Gründe an, warum der Bundeskosten nur in Bezug auf Durchmarsch etc. Erwähnung gethan worden, und noch Bestimmungen fehlen über Kriegskasse, Besoldung, Artillerie-Park, Pontons, Trains, so wie über Verhältnisse der feindlich besetzten Bundesstaaten u. s. w.

In der ersten Sitzung des Jahrs 1819 eröffnete Oestreich die Abstimmung über die Grundzüge, und geht dabei von dem Grundsätze aus: dass bei allen Fragen, wo es auf

Festsetzung von Modalitäten organischer Bundes-Einrichtungen ankomme die Mehrheit als entscheidend zu achten sei. Die in dieser und den folgenden Sitzungen abgegebenen Abstimmungen sämtlicher Gesandtschaften gingen dahin: die oben angeführten Grundzüge der Kriegsverfassung des Bundes im Allgemeinen und Wesentlichen als Vorarbeit und Grundlage zur Festsetzung eines gemeinsamen Vertheidigungssystems des deutschen Bundes anzunehmen, mit Vorbehalt besonderer Bemerkungen zu den einzelnen Paragraphen. Hierauf ward in der IV. Sess. §. 22, 1819 beschlossen: dass ein definitiver Beschluss gefasst werden solle, nach vorgängiger Erörterung in vertraulicher Sitzung der einzelnen Bemerkungen und Wünsche zu den einzelnen Punkten, (und wozu namentlich Sess. V, §. 23 die Corps-Eintheilung gehöre,) welches Alles hiernächst an den Bundestags - Ausschuss zur Zusammenstellung und allenfallsigen Ausgleichung abzugeben sei.

Die Eintheilung der combinirten Armee-Corps gab vorzüglich Veranlassung zu Discussionen. Beide Hessen wünschten sehr, mit Württemberg, Baden und einigen kleineren Staaten das VIII. Armee-Corps zu bilden, und gründeten diesen Wunsch auf verwandtschaftliche und geographische Verhältnisse, abgesehen davon, das dem X. Armee-Corps nur 274 Mann entzogen würden, die sich vielleicht durch das Herüberziehen eines der kleinern Contingente ersetzen liessen. Eine zweite Veränderung wurde vom Königreiche Sachsen gewünscht, welches die Herzogl. Sächsischen Häuser, Gothaischer Linie mit dem Königl. Sächsischen Contingente gern in eine Division vereinigt gesehen hätte. Zur Uebersicht des Unterschiedes über die Vorschläge, das 8. und 9. Armee-Corps zu bilden, folgen hier die dessfalls vorgelegten Plane:

VIII. Corps.

<u>Commissionsplan.</u>	<u>Grossherzoglich-Hessischer Plan.</u>	<u>Königlich-Sächsischer Plan.</u>
Königreich Sachsen.	Württemberg.	Württemberg.
Württemberg.	Baden.	Baden.
Baden.	Kurhessen.	Beide Hohenzollern.
Beide Hohenzollern.	Grossherzogth. Hessen.	Liechtenstein.
Liechtenstein.	Hessen-Homburg.	Frankfurt.
	Beide Hohenzollern.	Luxemburg.
	Liechtenstein.	Nassau.
	Frankfurt.	
Summa 36,511.	Summa 36,785.	Summa 29,204.

IX. Corps.

<u>Commissionsplan.</u>	<u>Grossherzoglich-Hessischer Plan.</u>	<u>Königlich-Sächsischer Plan.</u>
Kurhessen.	Königreich Sachsen.	Königreich Sachsen.
Grossherzogth. Hessen.	Grossherzogthum und Herzogth. Sachsen.	Kurhessen.
Luxemburg.	Luxemburg.	Grossherzogth. Hessen.
Nassau.	Nassau.	Hessen-Homburg.
Grossherzogthum und Herzogth. Sachsen.	Anhaltische Häuser.	Grossherzogthum und Herzogth. Sachsen.
Anhaltische Häuser.	Schwarzburg. »	Anhaltische Häuser.
Schwarzburg. »	Reussische »	Schwarzburg. »
Reussische »	Kurhessen wünschte noch das Waldekische, Schaumb.	Reussische »
Hessen-Homburg.	Lippische oder Lippische Contingent mit dem 9. Armee-Corps vereinigt.	
Frankfurt.		
Summa 25,910.	Summa 25,636.	Summa 32,167.

VII Da man sich jedoch hierüber nicht verständigen konnte, traten die Gesandten der Staaten, die das VIII. und IX. Armee-Corps bilden sollten, auf Einladung des Präsidiums, zu möglicher Ausgleichung vertraulich zusammen.

Hier wurde von dem Königl. Sächsischen Gesandten ein neuer conciliatorischer Plan in Beziehung auf das VIII. und IX. Armee-Corps vorgelegt, nämlich das VIII. Armee-Corps sollte bestehen aus den Contingenten von: **Württemberg, Baden, Grossherzogthum Hessen, Hessen-Homburg, Frankfurt, Hohenzollern und Liechtenstein; zusammen 31,385 Mann.**

IX. Armee-Corps aus den Contingenten vom Königreich, Grossherzogthum und Herzogthum Sachsen, von Anhalt, Schwarzburg, Kurhessen, Luxemburg und Nassau und den beiden Reussischen Linien zusammen 31,730 Mann.

Diesem Vorschlage trat die Mehrheit, mit Ausnahme der beiden Hessen, bei.

In der Sess. IX, 11. März 1819, §. 31, S. 105, beschloss die Majorität, ungeachtet des Widerspruchs der beiden Hessen, (die jetzt nur verlangten, eine Division zu bilden, gleichviel bei welchem Armee-Corps,) die Annahme des königl. sächsischen conciliatorischen Plans. Demnach sollte nun bestehen, das VIII. Armee-Corps aus den Contingenten von:

Württemberg, Baden, Grossherzogthum Hessen, den beiden Hohenzollern, Liechtenstein, Hessen-Homburg und Frankfurt.

Das IX. Armee-Corps aus den Contingenten von:

Königreich Sachsen, Kurhessen, Luxemburg, Nassau, Grossherzogthum und Herzogthum Sachsen, sämmtlichen Anhalt, den beiden Schwarzburg und den beiden Reussischen Linien.

In der XX. Sitzung, §. 110, S. 344, und in der XXIV, §. 142, S. 447, erklärten Grossherzogthum Hessen und Kurhessen gleichfalls ihre Zustimmung.

Als Ausnahme, dass kein, ein eigenes Armee-Corps bildender Bundesstaat Contingente anderer Bundesstaaten mit sich vereinigen dürfe, muss hier einer kleinen Abweichung von §. 24. der Grundzüge Erwähnung geschehen, welche in der XXX. Sitzung, §. 190, S. 537, v. J. 1819 von der Bundesversammlung statuirt ward.

Die Fürstinn-Regentin, Vormünderin zur Lippe, hatte die Militär-Aushebung der zwischen Preussen und Lippe gemeinschaftlichen Stadt Lippstadt, unbeschadet ihrer mitlandesherrlichen Hoheitsrechte, auf mehrere Jahre an Se. Majestät den König von Preussen unter der Bedingung überlassen, dass das auf Lippstadt fallende Contingent (13 Mann) Se. Majestät übernehmen. — Die Bundesversammlung bemerkte nur, «dass diese Uebereinkunft in allen übrigen Militärlasten und den matricularmässigen Anlagen von Lippe keinen Unterschied mache.»

Nach Beendigung dieser Discussionen und Berathungen ergab sich nun folgende Eintheilung des Bundesheeres:

(S. v. Meyer, Staatsakten etc., 2. Aufl. Tab. Ziff. 9.)

Divisionen.	Anzahl der Geschütze.	Armee- Corps.	Bundesstaaten.	Contingent zu 1% der Population.	Summa.
1. 2.		I.			
1. 2.	192	II.	Oestreich		94,822
1. 2.		III.			
1. 2.		IV.			
1. 2.	160	V.	Preussen		79,234
1. 2.		VI.			
1. 2.	72	VII.	Bayern		35,600
1.	28		Württemberg	13,955	
2.	21		Baden	10,000	
			Grossherzogthum Hessen	6,195	
	15	VIII.	Hohenzollern-Hechingen	145	31,385
3.			Liechtenstein	55	
			Hohenzollern-Sigmaringen	356	
			Hessen-Homburg	200	
			Frankfurt	479	
			Königreich Sachsen	12,000	
1.	33		Sachsen-Gotha	1,857	
			» Coburg	800	
			» Meiningen	544	
			» Hildburghausen	297	
			Reuss älterer Linie	223	
			» jüngerer Linie	522	
		IX.	Kurhessen	5,679	31,730
			Luxemburg	2,556	
			Nassau	3,028	
2.	31		Sachsen-Weimar	2,010	
			Anhalt-Dessau	529	
			» Bernburg	370	
			» Cöthen	325	
			Schwarzb.-Sondershausen	451	
			» Rudolstadt	539	
			Hannover	13,054	
1.	34		Braunschweig	2,096	
			Waldeck	519	
			Schaumburg-Lippe	240	
			Lippe	691	
		X.	Holstein	3,600	28,866
			Mecklenburg-Schwerin	3,580	
			» Strelitz	718	
2.	26		Oldenburg	2,178	
			Lübeck	407	
			Bremen	485	
			Hamburg	1,298	
				Summa	301,637.

Der zur Aufstellung der Grundzüge aus sieben Mitgliedern der Bundesversammlung im Jahre 1818 ernannte Bundestags-Ausschuss blieb in derselben Art fort constituirt, um diese im Allgemeinen angenommenen Grundzüge nach Zweck und Bedürfniss weiter auszuführen. Der Präsidialgesandte stellte nun in Sess. I, 21. Januar 1819, §. 4, S. 3, den Antrag zur Bildung einer von neuem zu constituirenden Militär-Commission zum ferneren technischen Beistande des Bundestags-Ausschusses. — Diese sollte aus sechs Mitgliedern bestehen, einem Oestreichischen, Preussischen, Bayerischen, so wie aus einem von jedem der drei gemischten Armee-Corps nach eigener Uebereinkunft der Betheiligten zu ernennenden Staabsofficiere.

Nach mehrerer Berathungen über diesen Gegenstand, (S. v. Meyer repert. p. 530 — 533,) wurde in der Sess. X, 15. März d. J., §. 37, S. 118, ein Beschluss gefasst, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist.

I. Zusammensetzung der Militär-Commission.

Es wird eine zeitliche Militär-Commission ernannt, welche unbeschadet der Gleichheit der Rechte, nach den Armee-Corps, aus einem Oestreichischen, Preussischen, Bayerischen, und von jedem der drei gemischten Corps, nach eigener Uebereinkunft der betheiligten Bundesglieder, aus einem Militärbevollmächtigten, im Ganzen also aus sechs Mitgliedern, besteht, welche sämmtlich wenigstens den Rang eines Stabs-Officiers haben.

Jeder Division der combinirten Corps bleibt es unbenommen, ausser den für das ganze Corps Bevollmächtigten, einen, jedoch nicht mitberathenden, Abgeordneten beiwohnen zu lassen. (Hier folgt auch von der Substitution.)

II. Der Wirkungskreis im Allgemeinen ist:

- 1) Die übertragenen technischen Arbeiten zu liefern.
- 2) Evidenthaltung des Standes aller Contingente.
- 3) Rein militärische Aufsicht über die Bundesfestungen und den Militärdienst in denselben.
- 4) Fertigung der bereits angeordneten fortificatorischen Arbeiten, wobei auch
- 5) Entsendungen zum Behufe persönlicher Inspection statt finden.
- 9) Sie ist als eine der Bundesversammlung untergeordnete Behörde zu betrachten, hingegen für die besondern, von ihren resp. Regierungen erhaltenen Aufträge sind die Mitglieder nur allein diesen verantwortlich.

Ueber Gelder zu den betreffenden Arbeiten und die Verantwortlichkeit s. No. 6, 7, 8.

III. Geschäftsgang.

Die Geschäfte werden unter die Mitglieder vertheilt. — Der Beschluss geschieht nach der Stimmenmehrheit. Verschiedene Meinungen bei Stimmengleichheit, so wie die motivirte Ansicht der Minorität, wird jedesmal in das Commissionsprotocoll gelegt. — Vier Mitglieder sind wenigstens nöthig, um einen Beschluss zu fassen. Die bei dem früheren Militär-Comité getroffenen Bestimmungen in Ansehung der collegialischen Geschäftsführung treten hier in analoge Anwendung; es gilt jedoch nur Gleichheit der Rechte und Stimmen unter den Mitgliedern, und der Vorsitz des österreichischen Bevollmächtigten bezieht sich lediglich auf die Geschäftsführung. Die Commission verhandelt unmittelbar nur mit dem Bundestags-Ausschuss, und zwar in der Regel

mittelst schriftlicher Berichte. Die Protocolle werden von sämtlichen Mitgliedern, die Berichte und Ausfertigungen an die untergeordneten Militärbehörden, vom Präsidirenden und Referenten in Auftrag der Militärcommission unterfertigt. (S. v. Meyer, Staatsakten oder *Corp. jur. conf. germ. ed. 2. Thl. 2. S. 103.*)

Zur Stimmführung für die gemischten Armee-Corps wurden in mehreren der folgenden Sitzungen verschiedene Bevollmächtigte legitimirt und zu letzteren beauftragt; — vom

VIII. Corps der württembergische, vom IX. Corps der königl. sächsische und vom X. Corps der hannöversische Abgeordnete ⁸⁾).

8) Die sechs ersten, die Militärcommission bildende Bevollmächtigte waren: — Von Oestreich: der Generalmajor Frhr. von Langenau (seit 1828 Feldmarschall-Lieutenant, seit 1833 Geh. Rath) — Von Preussen: der Generalmajor Frhr. von Wolzogen; (seit 1820 Generallieut.). — Von Bayern: der Generalmajor Maillot de la Treille (später Generallieutenant, Staats- und Kriegs-Minister). — VIII. Armee-Corps: der Würtemb. Generalmajor Frhr. von Varnbüler (später Generallieutenant). — IX. Armee-Corps: der K. Sächsische Generalmajor von Zezschwitz (seit 1830 Conferenzminister). — X. Armee-Corps: der K. Hannöversische Generallieutenant von Hinüber. — Dem Frhrn. von Langenau folgte i. J. 1829, als Präsidirender der Militärcommission, von Oestreichischer Seite der Generalmajor Graf Baillet v. Latour (seit 1831 Feldmarschall-Lieutenant); diesem i. J. 1832 der Generalmajor Frhr. v. Welden. — Frhrn. v. Maillot folgte v. Bayerischer Seite als Abgeordneter i. J. 1822 der Oberst Fürst Aug. v. Thurn u. Taxis (seit 1830 Generalmajor), der 1826 von neuem bestätigt wurde; diesem i. J. 1824 der Oberst Graf von Freyen-Seiboltsdorf; im J. 1829 ad interim der Ingenieurmajor Lessel (seit 1829 Oberstlieutenant), definitiv der Oberstlieutenant Frhr. v. Völderndorff und Waradein (seit 1834 Oberst). — Frhrn. v. Varnbüler folgte v. Württembergischer Seite als Abgeordneter i. J. 1825 der Major Frhr. v. Baumbach (seit 1830 Oberstlieutenant); — von Grossherzogl. Hessischer Seite i. J. 1821 der Generallieutenant Frhr. Weyhers von Ebersberg; — von Badischer Seite 1820 Frhr. von Frey-dorf (seit 1832 Generalmajor, seit 1833 Praesident des Kriegs-

Bis hierher haben wir an der gedrängten und doch klaren Ausarbeitung, welche sich auch über die Kriegsverhältnisse des deutschen Bundes in von Meyer's Repertorium vorfindet, eine feste Stütze gehabt, und müssen daher auf dasselbe wiederholt verweisen. Die fernere Entwicklung der Militärverhältnisse des deutschen Bundes vom Jahre 1819 bis zu jetziger Zeit, wollen wir nun aus den Quellen selbst darzustellen versuchen, und möglichst im Geiste des Repertoriums fortzuarbeiten uns bemühen.

§. 11.

Die Wiener Schluss-Akte.

Findet man auch in der am 15. Mai 1820 abgeschlossenen Schluss-Akte keine Fortsetzung der früher noch nicht ganz oder nur theilweise erörterten Punkte der Militärverfassung, so verlangt doch die Vollständigkeit dieser Abhand-

ministeriums); diesem i. J. 1832 der Oberst Pfnor. — Hrn. v. Zeschwitz von K. Sächsischer Seite, i. J. 1822 der Oberstlieutenant v. Schreibershofen (seit 1829 Generalmajor); diesem i. J. 1825 der Oberstlieutenant von Fabrice (seit 1835 Generalmajor); diesem im Jahr 1835 der Ingenieurmajor Plödterll; — von Kurhessischer Seite wurde i. J. 1820 der Generalmajor v. Ochs bevollmächtigt, in demselben Jahre abberufen, durch den Generalleutenant Frhr. v. Dalwigk remplacirt, dem i. J. 1821 der Major v. Ochs (seit 1834 Oberstlieutenant) folgte. — Niederlande, für Luxemburg, bevollmächtigte i. J. 1820 den Generalmajor v. Ochs; ihm folgte i. J. 1824 der Oberst v. Wildemann (seit 1826 Generalmajor); diesem i. J. 1830 der Generalmajor Frhr. v. Tengnagell. — Nassau bevollmächtigte i. J. 1822 den Generalmajor Frhr. von Kruse. — Dem Hrn. v. Hinüber folgte von Hannöwerischer Seite i. J. 1834 der Oberstlieut. Meinecke. — Dem Hrn. v. Haffner (1820) folgte von Dänischer Seite für Holstein und Lauenburg i. J. 1824 der Major v. Trepka (seit 1834 Oberst).

* Der Datum der Jahreszahlen ist der der Vollmacht der Geschäftsführung. S. Schreib- und Geschäftskalender a. d. J. 1835.

lung, dass wir die auf Militärangelegenheiten Bezug habenden Artikel hier aufführen; es sind folgende:

« Art. XXXVIII bis XLIX incl. ferner Art. LI. »

§. 12.

Verhandlungen über die Matrikel vom Jahr 1819 bis Mai 1835.

(Fortsetzung von §. 9.)

Wir halten es für zweckmässig, von jetzt an die chronologische Ordnung zu verlassen und bei fernerer Behandlung der Matrikular-Verhältnisse das Positum voranzuschicken, dann die verschiedenen Erörterungen und Entwicklungen, so wie die allenfallsigen noch vorkommenden Abänderungen gleichsam als Commentar hinzuzufügen, bei den Kriegsverhältnissen hingegen, der Anschaulichkeit halber, beides zusammen zu verbinden.

M a t r i k e l.

Die letzte allgemeine Matrikelbestimmung bis zu Ende des Mai 1835 ist durch den Beschluss vom 26. September 1834, Sess. XXXV, §. 468, Sess. 399, in das Leben getreten, welcher die Beschlüsse von dem 20. August 1818, Sess. XLIII, 4. Febr. 1819, Sess. III, vom 12. Juli 1827, Sess. XXI, und 30. April 1831, Sess. XVI, in sich begreift.

Die jetzt bestehende Matrikel ist daher folgende:

<i>Bundesstaaten.</i>	<i>Seelenzahl.</i>
Oesterreich	9,482,227
Preussen	7,948,439
Sachsen	1,200,000
Bayern	3,560,000
Hannover	1,305,351
Württemberg	1,395,462
Baden	1,000,000
Rurhessen	567,868
Grossherzogthum Hessen	619,509
Holstein	360,000
Luxemburg	255,628
Braunschweig	209,600
Mecklenburg - Schwerin	358,000
Nassau	302,769
Sachsen - Weimar	201,000
» Coburg - Gotha	111,600
» Meiningen - Hildburghausen	115,000
» Altenburg	98,200
Mecklenburg - Strelitz	71,769
Oldenburg	220,718
Anhalt - Dessau	52,947
» Bernburg	37,046
» Cöthen	32,454
Schwarzburg - Sondershausen	45,117
» Rudolstadt	53,937
Hohenzollern - Hechingen	14,500
Liechtenstein	5,546
Hohenzollern - Sigmaringen	35,560
Waldeck	51,877
Reuss älterer Linie	22,255
» jüngere Linie, Schleiz	26,103
» » Lobenstein - Ebersdorf	26,103
Schaumburg - Lippe	24,000
Lippe	69,062
Hessen - Homburg	20,000
Lübeck	40,650
Frankfurt	47,850
Bremen	48,500
Hamburg	129,800
Summa	30,166,437

Die Mehrangaben von Kurhessen und Luxemburg sind schon früher erwähnt worden, und wird also hier nur die Totalsumme aufgeführt. —

Da im Jahre 1823 die fünf Jahre, auf welche die Matrikel provisorisch angenommen worden, abgelaufen waren, wurde auf den Vortrag des Präsidiums in der XVI. Sess. am 12. Juni, eine neue Commission zur Erstattung ihres Gutachtens über die Grundsätze, wornach die definitiv einzuführende Matrikel bearbeitet werden solle, erwählt ⁹⁾.

Diese Commission erstattete in der XXI. Sess. am 12. Juli §. 139, S. 545, einen Vortrag, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist:

Es wäre wünschenswerth und erforderlich, die vielleicht in fünf Jahren veränderten Ansichten der hohen Bundesregierungen im Betreff der Grundlagen zu einer definitiven Matrikel (namentlich in Hinsicht auf Population und der Frage: ob Fremde dabei einzuzählen) ihren Arbeiten mit zu Grunde legen zu können, und sie ersuche daher um dessfallsige Mittheilungen, §. 2.

Da einem Staatenbunde ohne feststehenden Beitragsmassstab für Mannschaftsstellung und Geldleistung die wesentlichsten Elemente eines ordnungsmässigen Bestandes und einer wirksamen Realität fehlen würden, so wäre in der gegenwärtigen Lage eine Verlängerung des bisherigen Provisoriums wohl das Zweckmässigste, §. 4. Die Commission halte sich daher verpflichtet, auf einen Beschluss dahin anzutragen:

9) Die Commission bestand aus:

Graf von Münch-Bellinghausen,

Graf von der Goltz,

von Pfeffel,

von Hammerstein und

Graf von Eyben.

- 1) Dem in der XLIII. Sess. vom 20. August 1818 gefassten Beschlusse in Bezug auf die Bundesmatrikel ferner provisorische Gültigkeit zu verleihen, bis zur Vereinbarung über eine definitive Matrikel.
- 2) Gleiche provisorische Gültigkeit solle den Bestimmungen der III. Sess. des Jahres 1819, die hierauf Bezug hätten, ertheilt werden.
- 3) Die hohen Bundesregierungen um nochmalige genaue Angabe der Population und ihrer Ansichten zu ersuchen.

Einhellig wurde anerkannt, dass, da der deutsche Bund in keinem Momente ohne Matrikel sein könne, die gegenwärtig bestehende so lange fort dauern müsse, bis eine andere angenommen worden. Die Mehrheit war mit den Commissions-Anträgen einverstanden, nur die 12. und 16. Stimme äusserten noch besonders: dass in einer der ersten Sessionen des künftigen Jahres über die drei Commissions-Vorschläge abgestimmt werden, bis dahin aber die provisorische Matrikel fort dauern möge. Ebenso stimmte auch die 15. Stimme für eine gewisse Zeitbestimmung der Prolongation dieses Provisoriums, was Oldenburg in der XXII. Sess. am 27. November desselben Jahres, §. 157, S. 632, mit sehr wichtigen Gründen unterstützend, wiederholt verlangte.

In der I. Sess. am 15. Januar 1824, §. 11, S. 15, eröffnete Präsidium das Protocoll zur Abstimmung über eine zu errichtende Matrikel; das Resultat war die interimistische Fortdauer der bestehenden auf Volkszahl basirten Matrikel, ohne Zuziehung der Fremden, bis zu einer definitiven Festsetzung derselben. Der wesentliche Inhalt der einzelnen Abstimmungen ist folgender:

Oestreich, sich auf die früher hierüber stattgehabten Erörterungen beziehend, stimmt als Basis, nur die Bevölkerung

anzunehmen; was die Fremden anbelange, so solle nur die eigene Angabe der Bundesstaaten zu Grunde zu legen sein; dem Hauptinhalte nach ebenso Hannover, 13. und 17. Stimme.

Preussen bezieht sich auf die im Jahre 1817 und 1818 gepflogenen Verhandlungen; der Wohlstand sei der einzig richtige, wiewohl unmöglich anzunehmende Masstab einer Bundesmatrikel. — Den Flächenraum als Basis anzunehmen, sei nicht rathsam und wegen der verschiedenen Productivität nicht annehmbar. Die Einkünfte gäben nach der jetzigen finanziellen Lage der Staaten nur das Mass des Bedürfnisses an. Es bleibe daher nur noch die Bevölkerung übrig, denn eine wie früher angenommene Combination hätte sich als untauglich erwiesen.

Bayern, sich auf die früheren Verhandlungen beziehend, stimmt für die Annahme der Bevölkerung und namentlich gegen die Staatseinkünfte. — Man solle den bisherigen Masstab der Population beibehalten und höchstens da rectificiren, wo seit 1818 Volkszählungen vorgenommen worden wären.

Sachsen stimmt gleichfalls für die Bevölkerung; Abänderungen sollten nur nach einer Reihenfolge von Jahren stattfinden, auch trage es auf gleiche Bestimmungen über Berechnungen der Fremden an.

Württemberg stimmt für die Bevölkerung, jedoch müsse

- 1) die Zählung in demselben Jahre geschehen,
- 2) und zwar ohne Unterschied nach Köpfen,
- 3) auch die nur temporäre Abwesenden würden mitgezählt werden.

4) auszunehmen seien die Fremden.

5) wären die im Jahr 1823 vorgenommenen Zählungen nicht hinlänglich zuverlässig, so solle man sich dess-

falls gemeinschaftlich verabreden; und wenn ein Bundesstaat Milderung verlangte, so müssten dafür Gründe beigebracht werden.

Baden war nicht instruiert, und stimmte erst in der VI. Sess. am 19. Febr. d. J., §. 43, S. 79, die Bevölkerung als definitive Basis anzunehmen, von Zeit zu Zeit die früheren Angaben zu revidiren, und etwaige Vermehrungen der Bevölkerung auf die Angaben der betheiligten Regierungen in die Matrikel nachzutragen.

Kurhessen stimmt für die Bevölkerung, sonst tritt es der Ansicht von Oestreich bei.

Grossherzogthum Hessen stimmt für die Beibehaltung der seitherigen Matrikel.

Dänemark, wegen Holstein u. Lauenburg, stimmt: die gegenwärtig provisorisch angenommene Matrikel, schon jetzt definitiv beizubehalten, oder sie als ein in Kraft bleibendes Provisorium anzusehen, bis zur näheren Festsetzung. — Der Bevölkerungsstand, wie ihn jeder Bundesstaat angebe, sei allein anzunehmen, eine Rectification der letzten fünf Jahre halte es für nicht nöthig.

Niederlande, wegen Luxemburg, beruft sich auf seine früheren Abstimmungen.

12. Stimme will bei der Bevölkerung auch die Staatseinkünfte mit zum Masstabe nehmen, und zwar wie sie sich nach dem Umfange des Staatsgebiets, deren Lage, Güte des Bodens, Handel und Gewerbe, Intelligenz und Thätigkeit der Bewohner ermessen lassen; — zeigt ferner an: dass der Ansatz in der provisorischen Matrikel von Sachsen-Meiningen zu 54,000 Seelen irrig sei, indem es nur 51,731 betrage, und empfiehlt eine Erleichterung der mindermächtigen Staaten von den kostbaren Waffengattungen und von den Pontons.

14. Stimme:

- 1) ist für Beibehaltung der durch Beschluss vom 4. Februar 1819 ausgesprochenen nachträglichen Bestimmungen für die ganze Dauer der gegenwärtigen provisorischen Matrikel,
- 2) und will die Population allein als Masstab gelten lassen,
- 3) aber keine Rectification der letzteren fünf Jahre vornehmen,
- 4) vielmehr die provisorische Matrikel zur definitiven erheben, und zwar mit Uebergewungen der untergeordneten Punkte, wie z. B. der Fremden u. s. w.

15. Stimme hält für die sicherste Basis, Umfang, Bevölkerung und Staatskräfte zugleich zu beobachten, — wirft einen Blick auf die früheren Verhandlungen, wobei man bedauert, dass statt Staatseinkünfte nicht die Staatskräfte berücksichtigt worden wären, und trägt zugleich auf Erleichterung der mindermächtigen Staaten an.

16. Stimme ist der Ansicht, die definitive Festsetzung nicht auf das Unbestimmte hinauszuschieben; und stimmt für die dauernde Gültigkeit in Bezug auf Vermehrung, nicht aber auf Verminderung der jetzt provisorisch angenommenen Matrikel. — Obgleich man die Bevölkerung als alleinigen Masstab anzunehmen für belästigend für die kleineren Länder halte, so sei es doch wohl nur das Thunlichste, die jetzt festgesetzte Zahl vorläufig auf bestimmte Jahre anzunehmen. Hinsichtlich der Fremden sei es besser, solche unberücksichtigt zu lassen.

Viele Erörterungen verursachten die in Reuss jüngerer Linie statt gehabten Differenzen dieser in der provisorischen Bundesmatrikel als Gesammthaus betrachteten Fürstenhäuser. (Die zwei, — früher vor dem 7. Mai 1824, — drei Fürstenhäuser jüngerer Linie haben in pleno nur eine Stimme); — Folgendes ist der Fall:

Die in der XXI. Sess. am 12. Juli 1823, §. 139, provisorisch verlängerte Bundesmatrikel von 1818 giebt die Seelenzahl der die fürstlich reussischen jüngerer Linie bildenden Fürstenthümer Schleiz, Lobenstein und Ebersdorf nur kollektiv mit 52,205 Seelen an, und ist eben so in der den Grundzügen der deutschen Bundes-Militärverfassung beiliegenden Tabelle aufgenommen worden.

Die fürstlichen Häuser Reuss-Lobenstein und Ebersdorf hegen die Ansicht, dass die Repartition matrikularmässiger Bundesleistungen, innerhalb der fürstlich reussischen Häuser jüngerer Linie, nach dem Fusse geschehen müsse, wonach zur Zeit des deutschen Reichsverbandes, die Reichs- und Kreislasten, innerhalb des reussischen Gesammthaus, vertheilt worden sind. — Die fürstlich reuss-schleizische Ansicht hielt dies dem Geiste und Buchstaben der Bundesgesetzgebung zuwider und stellte den Antrag: «die Bundesversammlung möge beschliessen, dass bei einer neu anzufertigenden Matrikel die Population eines jeden der drei zur jüngeren Linie gehörenden Fürstenthümer besonders eingetragen werde, damit in Zukunft die bundesmatrikularmässige Verpflichtung eines jeden Einzelnen dieser Bundesfürsten desto deutlicher erhelle.» Dies wurde einer besondern Commission zur Begutachtung übergeben, und nach erfolgtem Berichte in der X. Sess. am 18. März 1824, §. 67, S. 123, abgestimmt und beschlossen:

- 1) Dass der für sämtliche Bundesglieder des deutschen Bundes verbindliche Masstab der Bundes-Matrikel auch den Masstab der Bundesleistungen eines jeden der fürstlich Reussischen Häuser jüngerer Linie sei.

2) Dass mithin jedes dieser fürstlichen Häuser, das nach obigem Masstabe auf selbiges kommende Bundes-Contingent vollständig zu stellen, auszurüsten, zu unterhalten und in dem durch die Kriegsverfassung des deutschen Bundes bestimmten Maasse stets in Bereitschaft zu halten habe.

3) Dass die hohe Bundesversammlung zufolge Art. 31. der Wiener Schlussakte — für die Vollziehung der Bundesgesetze — nach Befinden die erforderlichen Executions - Massregeln in Anwendung zu bringen habe, und von den fürstlichen Häusern Reuss-Lobenstein und Reuss-Ebersdorf binnen sechs Monaten eine Anzeige von der erfolgten völligen Herstellung und Ausrüstung des nach der Bundesmatrikel von ihnen bereit zu haltenden Contingents erwarte.

4) Dass die hohe Bundesversammlung auf den Grund der Bundesakte Anstand nehmen müsse, der Protestation der gedachten Häuser, wider die individuelle Eintragung der zu der fürstlichen jüngeren Linie Reuss gehörigen höchsten Häuser, in die eben unter der Arbeit begriffenen Bundesmatrikel die gewünschte Folge zu geben, und

5) dass den fürstlichen Häusern jüngerer Linie anheim gestellt sei, die übrigen streitigen Punkte der vorliegenden Differenz, welche nur die Rechtsverhältnisse dieser Häuser unter sich beträfen, auf dem durch die Erb- und Geschlechtsvereinigung aller fürstlich Reussischen Häuser vom 10. Nov. 1668, §. 71, vorgezeichneten hausgesetzlichen Wege gütlich oder rechtlich zu beseitigen.

Ungeachtet der späteren Protestationen hatte es bei diesem Beschlusse sein Verbleiben.

Diese Sache erhielt ihre Erledigung durch folgende Anzeige des Gesandten der 16. Stimme. (I. Sess. v. 29. Januar 1829, §. 7, S. 10.)

In Folge eines unterm 13. Mai 1828 abgeschlossenen und unterm 3. Juni desselben Jahrs ratificirten Vertrags seien die dessfalsigen Differenzen vollständig erledigt, und man verbinde hiermit den Antrag: dass der bisherige Collectiv-Eintrag der fürstlich Reussischen Häuser jüngerer Linie in der Bundes-Matrikel nunmehr in einen individuellen verwandelt und — zufolge einer getroffenen Uebereinkunft — dem hochfürstlichen Hause Schleiz die Volkszahl von 26,103 Seelen und dem hochfürstlichen Hause Lobenstein-Ebersdorf gleichfalls die Volkszahl von 26,103 Seelen zugeschrieben werden möge.

Der Beschluss in derselben Sitzung lautete auf Uebergabe dieser erwünschten Anzeige an die betreffende Commission.

Als durch den Tod des Herzogs von Sachsen-Gotha-Altenburg eine Vertheilung und Austausch unter den Herzogen von Sachsen, Ernestinischer Linie, statt fand, machte der Grossherzogl. und Herzogl. Sächsische Gesandte in der XXI. Sess. am 12. Juli 1827, §. 79, S. 505, folgende, hinsichtlich der Matrikular-Verhältnisse hierher gehörige Anzeige: Durch einen Vergleich, d. d. Hildburghausen den 12. November 1826, hat man die ganze Zahl der Contingents-Mannschaft nach dem Verhältnisse der Summe der einem jeden der succedirenden Herzoglichen Häuser von den Gotha-Altenburgischen Landen zugefallenen und seinen eigenen zurückbehaltenen Landestheilen vertheilt und sich dabei folgendes Verhältniss ergeben:

- 1) Sachsen-Altenburg, wegen 98,200 Seelen, 982 Mann Contingent.
- 2) Sachsen-Coburg-Gotha, ohne die 23,000 Seelen des Fürstenthums Lichtenberg, wegen 111,600 Seelen, 1116 Mann Contingent.
- 3) Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, wegen 115,000 Seelen, 1150 Mann Contingent.

Ohne Lichtenberg 324,800 Seelen, 3248 Mann Contingent, mit Lichtenberg 349,800 Seelen, 3498 Mann Contingent. Es wurde beschlossen, in der provisorischen Bundes-Matrikel die angemessene Vormerkung zu machen, im Uebrigen es der betreffenden Commission zuzustellen.

Nur noch zweimal erlitt die provisorische Bundes-Matrikel bis Ende April des Jahrs 1835 eine Veränderung; nämlich der Gesandte der 13. Stimme zeigt in der XVI. Sess. vom 30. April 1834, §. 111, S. 462, an, mit Bezugnahme auf das Protokoll der XXXII. Bundestags-Session am 14. October 1830, §. 247, S. 1048, und Protokoll der XLI. Sess. vom 9. Dezember d. J. S. 1335, Ziff. 4, dass die Bevölkerung der zum deutschen Bunde gehörenden Herrschaft Knipphausen 2949 Seelen betrage, sonach deren Contingent zu 29 Mann ohne Reserve anzunehmen, und das Oldenburgische Contingent um diese Zahl zu vermehren sei; fernerhin 2) erklärte der Gesandte der 12. Stimme für Sachsen-Coburg-Gotha in der XXXV. Sess. am 26. September 1834, §. 463, S. 378, dass Seine Herzogliche Durchlaucht, mit Beziehung auf die Bestimmung der Artikel 49 und 50 der Wiener Congressacte vom 9. Juni 1815, das bisher Herzogl. Sachsen-Coburg-Gothaische Fürstenthum Lichtenberg durch einen am 31. Mai d. J. zu Berlin zu Stande gekommenen und unter dem 12. Juli d. J. ratificirten Staatsvertrag an die Krone Preussen abgetreten habe.

Diese Anzeige wurde in derselben Sitzung von dem Königl. Preussischen Gesandten bestätigt und zugleich bemerkt, dass die Krone Preussen alle auf dem Fürstenthum Lichtenberg haftenden allgemeinen Verpflichtungen gegen den deutschen Bund, sowohl in Ansehung der matrikularmässigen Geldbeiträge, als in Ansehung der Stellung des Militär-Contingents vom Tage der Landesübergabe (22. September) übernehme.

(S. ebendas. Prot. p. 893 — 899.)

Dies wäre in möglichst kurzen Sätzen zusammengedrängt, was bis zu Ende Mai des Jahrs 1835 von der hohen Bundesversammlung über die Bundes-Matrikel verhandelt worden ist; bevor wir jedoch zu einer ähnlichen Bearbeitung der Kriegsverfassung übergehen, wollen wir noch auf die neueste öffentlich bekannt gewordene Bevölkerungs-Angabe der Bundesstaaten, welche in der Allg. Zeitung vom 8. und 9. Januar 1834, Ausserord. Beilage Nro. 11, 12, 13 enthalten, hier aufmerksam machen. Vergleicht man diese Angaben mit der provisorischen Bundes-Matrikel, so ist die Differenz beinahe aller Bundesstaaten so bedeutend, dass an der Richtigkeit dieser Zahlen doch wohl gezweifelt werden darf. Eine andere Vergleichung siehe in der Allg. Militärzeitung vom Jahr 1833, Heft VIII. Nro. 62.)

§. 13.

Verhandlungen über die Kriegsverfassung seit 1819.

(Fortsetzung von §. 9.)

Es lag wohl in der Natur der Sache, dass über die Kriegsverfassung des Bundes zwei Grundgesetze gegeben wurden, nämlich eins

α) in Bezug auf das Allgemeine und Wesentliche, das andere

β) in Bezug auf das Spezielle oder der näheren relativen Bestimmungen und Ausführungen.

In dem Vortrage des Bundestags-Ausschusses über Militär - Angelegenheiten zur vertraul. Sitzung vom 15. Februar 1821, findet sich auch diese Unterscheidung — mit Bezugnahme auf die Schlussacte — vor; zugleich übergibt derselbe der Bundesversammlung in dieser Sitzung den Entwurf einer Kriegsverfassung des deutschen Bundes in ihren allgemeinen Umrissen und wesentlichen Bestimmungen in 24 Artikeln, und stellt den Antrag: dass dieser Entwurf nach vorhergegangener Prüfung im engern Rathe zur Abstimmung ins Plenum zu bringen wäre, und nach dessen Annahme über die Ausführung im Einzelnen auf den Grund der von der Militär-Commission bereits vorbereiteten und noch weiter vorzubereitenden Grundzüge im engern Rathe abzustimmen sei; sodann das organische Gesetz in allen seinen wesentlichen Theilen vervollständigt und zur Reife der Ausführung bundesbeschlussmässig gebracht werde.

In der VII. Sess. am 22. Februar, §. 38, S. 78, eröffnete Präsidium das Protokoll über den Entwurf der allgemeinen und wesentlichen Bestimmungen; die Mehrheit nahm die 24 Artikel unbedingt an, und nur 6 Stimmen hielten sich das Protokoll offen, worauf beschlossen wurde: den Bundestags-Ausschuss zu ersuchen, die etwa noch von einigen Gesandtschaften zu machenden Erinnerungen in besondere Erwägung zu ziehen.

Hierauf erfolgte in der IX. Sess. vom 3. März 1821, §. 55, S. 111, in der engern Versammlung die Abstimmung über die allgemeinen Umrisse und wesentlichen Bestimmungen der Kriegsverfassung folgendermassen:

Oestreich, Preussen, Bayern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, Kurhessen, Grossherzogthum Hessen, Dänemark,

wegen Holstein und Lauenburg, Niederlande, wegen Luxemburg, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, und die freien Städte stimmen zur unbedingten Annahme; Baden stimmt zwar im Allgemeinen bei, wünscht jedoch, dass durch bald nachfolgende Gesetze die Pflichten der Bundesglieder bestimmt angegeben werden möchten, und im Frieden nicht allzugrosse Anstrengungen (Cavalerie) festzusetzen.

Dem Gesandten für die grossherzoglich und herzoglich sächsischen Häuser fehlte noch die Instruction eines Hofes; die übrigen stimmten mit Verweisung auf die dem Bundestags-Militär-Ausschuss übergebenen Bemerkungen zu. In der folgenden Sitzung stimmt die ganze Curie zwar bei, bittet jedoch Rücksicht auf ihre gegebenen Bemerkungen und Wünsche zu nehmen.

Braunschweig stimmt bei wie Hannover und Nassau, jedoch nur unter der Bedingung, dass die engere Versammlung sich nicht gegen die Vertretung von Waffengattungen durch Andere, nach seinem einzelnen bereits auseinandergesetzten Interesse erklären werde.

Holstein-Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: Der Gesandte hofft nach erfolgtem Einverständnisse über die divergirende Punkte zustimmende Instructionen zu erhalten. Anhalt und Schwarzburg treten in der folgenden Sitzung, jedoch mit dem Beding bei, dass bei der Organisation der Kriegsmacht des Bundes ihre Lande nach Recht und Billigkeit berücksichtigt würden.

Hohenzollern, Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck stimmen zwar bei, doch beruft sich der Gesandte hinsichtlich der fürstlichen Häuser Hohenzollern-Hechingen und Reuss beider Linien auf seine dem Bundestags-Ausschusse hierüber mitgetheilten Bemerkungen.

In Folge des früheren Beschlusses zeigt Präsidium in der X. Sess. am 15. März d. J., §. 65, S. 120, an: dass, in Be-

zug der abgegebenen Bemerkungen sowohl, als der eingegangenen Instructionen eine Redaction des Entwurfs vorgenommen worden sei; hierauf verlas der kön. bayerische Gesandte (Herr v. Aretin) eine Zusammenstellung aller Abänderungen und man kam überein (nach ausdrücklicher Bemerkung, dass bei dem Art. XX. durch dessen Fassung demjenigen nicht präjudicirt werden sollte, was über den Artikel der Verpflegung des Kriegsheeres noch beschlossen würde) dem neuen Entwurf der XXIV Artikel zur Abstimmung in die Plenarsitzung zu bringen.

Das Protocoll der Sess. vom 13. März hatte lediglich der Herzogl. Oldenburgische Gesandte noch nicht unterzeichnet, derselbe machte in der Registratur über die vertrauliche Sess. XI, am 23. März 1822, S. 127, ausführlichen Vortrag und trug auf Auskunftsmittel bis zur allgemeinen Vereinigung über die noch obwaltenden Differenzen an, welche jedoch nicht den Ansichten der Mehrheit entsprachen. (Die Holstein-Oldenburgische Erklärung siehe Protok. 1821, S. 132 c.)

In der XV. Sess. 1821, §. 99, S. 213, gab die Gesandtschaft eine neue beifällige Erklärung ab, worauf die Bundes-Versammlung zur Abstimmung in pleno überging, in welchem der Entwurf einer Kriegsverfassung nach allgemeinen Grundrissen und wesentlichen Bestimmungen in folgenden 24 Artikeln am 9. April 1821, Prot. S. 219, angenommen wurde:

Artikel I.

Das Bundesheer ist aus den Contingenten aller Bundesstaaten zusammengesetzt, welche nach der jedesmaligen Bundesmatrikel gestellt werden.

Artikel II.

Das Verhältniss der Waffengattungen wird nach den Grundsätzen der neueren Kriegsführung festgesetzt.

Artikel III.

Zur Bereithaltung für den Fall des Ausrückens wird das Bundesheer schon im Frieden gebildet, und dessen Stärke, so wie die innere Eintheilung, durch besondere Bundesbeschlüsse bestimmt.

Artikel IV.

Das Bundesheer besteht aus vollständig gebildeten, theils ungemischten, theils zusammengesetzten Armeecorps, welche ihre Unterabtheilungen von Divisionen, Brigaden u. s. w. haben.

Artikel V.

Kein Bundesstaat, dessen Contingent ein oder mehrere Armeecorps für sich allein bildet, darf Contingente anderer Bundesstaaten mit dem seinigen in eine Abtheilung vereinigen.

Artikel VI.

Bei den zusammengesetzten Armeecorps und Divisionen werden sich die betreffenden Bundesstaaten über die Bildung der erforderlichen Abtheilungen, und deren vollständige Organisation, unter einander vereinigen.

Wenn dies nicht geschieht, wird die Bundesversammlung entscheiden.

Artikel VII.

Bei der Organisation der Kriegsmacht des Bundes ist auf die aus besondern Verhältnissen der einzelnen Staaten hervorgehenden Interessen derselben in so weit Rücksicht zu nehmen, als es mit den allgemeinen Zwecken vereinbar anerkannt wird.

Artikel VIII.

Nach der grundgesetzlichen Gleichheit der Rechte und Pflichten, soll selbst der Schein von Suprematie eines Bundesstaates über den andern vermieden werden.

Artikel IX.

In jedem Bundesstaate muss das Contingent immer in einem solchen Stande gehalten werden, dass es in kürzester Zeit, nach der vom Bunde erfolgten Aufforderung, marsch- und schlagfertig, und in allen seinen Theilen vollständig gerüstet, ausrücken könne.

Artikel X.

Die Stärke und die Zusammenziehung des aufzustellenden Kriegsheeres werden durch besondere Bundesbeschlüsse bestimmt.

Artikel XI.

Die Anstalten müssen allenthalben so getroffen seyn, dass das Bundesheer vollzählig erhalten und im Falle der Nothwendigkeit verstärkt werden könne.

Zu diesem Ende soll eine besondere Reserve bestehen.

Artikel XII.

Das aufgestellte Kriegsheer des Bundes ist ein Heer, und wird von einem Feldherrn befehligt.

Artikel XIII.

Der Oberfeldherr wird jedesmal, wenn die Aufstellung des Kriegsheeres beschlossen wird, von dem Bunde erwählt.

Seine Stelle hört mit der Auflösung des Heeres wieder auf.

Artikel XIV.

Der Oberfeldherr wird von der Bundesversammlung, welche seine einzige Behörde ist, in Eid und Pflichten des Bundes genommen.

Artikel XV.

Die Bestimmung und Ausführung des Operationsplans wird ganz dem Ermessen des Oberfeldherrn überlassen.

Derselbe ist dem Bunde persönlich verantwortlich und kann einem Kriegsgerichte unterworfen werden.

Artikel XVI.

Der Oberfeldherr ist gehalten, alle Theile des Bundesheeres, so weit es von ihm abhängt, durchaus gleichmässig zu behandeln.

Er darf die festgesetzte Heeres-Eintheilung nicht abändern; doch steht es ihm frei, zeitliche Detachirungen zu verfügen.

Artikel XVII.

Die Befehlshaber der einzelnen Truppen-Abtheilungen werden von dem Staate, dessen Truppen sie befehligen sollen, ernannt.

Für die Abtheilungen, welche aus mehreren Contingenten zusammengesetzt sind, bleibt die Ernennung der Vereinigung der betheiligten Regierungen überlassen.

Artikel XVIII.

Die Pflichten und Rechte dieser Befehlshaber, welche aus ihren Verhältnissen zum Bunde hervorgehen, sind denen des Oberfeldherrn analog. Sie haben unbedingten Gehorsam von allen ihren Untergebenen zu fordern, so wie ihren Vorgesetzten zu leisten.

Artikel XIX.

Die Gerichtsbarkeit steht den Befehlshabern der Heeres-Abtheilungen zu, nach den von den Bundesstaaten denselben vorgeschriebenen Grenzen.

Artikel XX.

Die Verpflegung des Bundesheeres wird unter der obersten Leitung des Oberfeldherrn durch Bevollmächtigte sämtlicher Armee-corps, und, innerhalb der Bundesstaaten, unter Mitwirkung der betreffenden Landes-Commissarien besorgt.

Artikel XXI.

Auf besondern Bundesbeschluss wird aus den matrikularmässigen Beiträgen sämtlicher Bundesglieder eine eigene Kriegscasse errichtet.

Artikel XXII.

Die Vergütung von Durchmarsch- und Cantonirungskosten, so wie von andern allgemeinen Leistungen in den Bundesstaaten, soll nach billig ermässigten Preisen geschehen, und den Landesunterthanen immer so schnell als möglich baare Bezahlung geleistet werden.

Artikel XXIII.

Allenthalben ist der Grundsatz einer gleichen Vertheilung der Lasten und der Vortheile, sowohl rücksichtlich der Heeres-Abtheilungen, als der Bundesstaaten, zur steten Richtschnur zu nehmen.

Artikel XXIV.

Zwischen sämtlichen Bundesstaaten soll ein allgemeines Cartel bestehen.»

Nach beschlussmässiger Annahme dieser allgemeinen und wesentlichen Bestimmungen der Kriegsverfassung, erübrigte jetzt zur weitem Ausführung des Einzelnen zu schreiten (Prot. 1821, S. 220.); und es wurden in der XVII. Sess. 1821, §. 102, S. 228, am 12. April, die fünf ersten, und in der XXIV. Sess. 1822, §. 193, S. 690, am 11. Juli die fünf letzten Abschnitte der näheren Bestimmungen der Kriegsverfassung in der engeren Bundes-Versammlung angenommen.

Die Vorarbeiten hierzu bis Ende des Jahres 1819 haben wir bereits früher betrachtet, und so gehen wir jetzt zum Gange der Verhandlungen in Betreff der zehn Abschnitte der Grundzüge oder nähern Bestimmungen über.

Die zehn Abschnitte selbst, so wie die während deren Bearbeitung erfolgten Abstimmungen und Bemerkungen der Gesandten und der Militär-Commission werden wir später folgen lassen.

In der XXX. Sess. am 12. Oct. 1820, §. 166, S. 460, legt der Bundestags-Ausschuss einen Entwurf zu der Redaction der fünf ersten Abschnitte der Grundzüge einer deutschen Militärverfassung vor (S. Prot. d. J. p. 504 u. 535), worauf Instructions-Einholung beschlossen ward.

Die zu diesem Entwurf (1820, S. 501) eingegangenen Bemerkungen wurden dem Bundestags-Ausschuss, Sess. XII, am 26. März de 1821, §. 71, S. 154, zu einer vergleichenden Zusammenstellung übergeben.

Dieses Auftrags entledigte sich der Ausschuss in der XVII. Sess. am 12. April, §. 102, S. 228 und 267, und legt zugleich eine neue Redaction der ersten fünf Abschnitte vor. S. 279, begleitet von einem Berichte S. 259. Nachdem nun diese fünf ersten Abschnitte ausführlich erörtert, die darüber gemachten Bemerkungen sorgfältig geprüft, die verschiedenen Ansichten nach Möglichkeit ausgeglichen worden waren, so ward diese neue Redaction der ersten fünf Abschnitte noch in der XVII. Sess. de 1820 theils einhellig, theils durch Stimmenmehrheit, §. 102, S. 228, definitiv angenommen. So viel über die fünf ersten Abschnitte.

In derselben Session zeigte, §. 105, S. 235, der Bundestags-Ausschuss an, von der Militär-Commission ein Gutachten über die fünf letzten Abschnitte erhalten zu haben, worauf beschlossen ward, solches dem Bundestags-Ausschusse zum gutachtlichen Vortrage zu übergeben und die Regierungen zu ersuchen, ihre Ansichten besonders über die Punkte, über welche die einzelnen Mitglieder der Militär-Commission divergiren, baldmöglichst mitzutheilen.

Dieser gutachtliche Vortrag des Bundestags-Ausschusses erfolgte in der XXX. Sess. am 30. Juli 1821, §. 224, S. 630 u. 641.

In der XXXII. Sess. am 7. December 1821, §. 237, S. 702 wurden die zu dem Entwurf gemachten Bemerkungen dem Bundestags-Ausschusse zur weitem Bearbeitung übergeben.

Erst in der XXIV. Sess., am 11. Juli 1822, §. 193, S. 690, legte der Bundestags-Ausschuss die Zusammenstellung der von den verschiedenen Bundestags-Gesandtschaften gemachten Bemerkungen (Prot. p. 721), so wie eine neue Redaction der letzten fünf Abschnitte, S. 739, nebst Bericht, S. 721, vor.

Die Abstimmung über diese 5 letzten Abschnitte erfolgte in derselben Session, S. 690. «Oestreich stimmt für die Annahme des vorliegenden Entwurfs der zweiten Abtheilung der Grundzüge, ebenso Preussen, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Grossherzogthum Hessen, Dänemark, wegen Holstein und Lauenburg, Niederlande, wegen des Grossherzogthums Luxemburg, die 12., 13., 14., 16., 17. Stimme.

Kurhessen stimmt zwar in allen Punkten bei, ungeachtet Se. Königl. Hoheit gewünscht hätte, dass der von dem Bundestags-Ausschusse benutzte Zusatz zum §. 56. der früheren Redaction, dann §. 85. stehen geblieben wäre. — Die nachträgliche Bemerkung bezieht sich darauf, dass die Gesandtschaft in Folge einer durch Stimmenmehrheit den combinirten Armee-Corps zu Theil gewordenen Vergünstigung sich gegen die aus diesem Vorgange etwa abzuleitenden Folgerungen des Grundsatzes, dass Ausnahmen von der Regel durch Stimmenmehrheit beschlossen werden könnten, ausdrücklich verwahrt. — 15. Stimme. Der Gesandte war zwar angewiesen, die Zustimmung zu ertheilen, bemerkt jedoch, dass, da Se. Durchlaucht der Herzog von Oldenburg wie bei den allgemeinen Umrissen etc. und der ersten Abtheilung, der Grundzüge sich in Ansehung der zu übernehmenden Leistungen nur für die Dauer der gegenwärtigen Matrikel verpflichtet haben; Höchstsie in gleicher Beziehung und mit Bezugnahme auf dessfällige frühere Erklärungen Ihre Zustimmung bei der jetzigen 2. Abtheilung, nur mit gleicher, damals als begründet anerkannter Voraussetzung, ertheilen könne.

In Folge dieser Abstimmungen wurde diese neue Redaction der letzten fünf Abschnitte der näheren Bestimmungen der Kriegsverfassung (Prot. S. 693) einhellig angenommen.

Ehe wir aber die in Sess. XVII v. J. 1821 und Sess. XXIV v. J. 1822 angenommenen zehn Abschnitte der Grundzüge, so wie die Zusammenstellungen der gesandtschaftlichen Bemerkungen zu den früheren Verhandlungen dessfalls selbst geben, wollen wir zur Verständigung unsers Abdrucks noch Nachstehendes anführen:

1) Im Betreff der Entwürfe zu den Grundzügen selbst und der dazu gehörigen Tabellen.

a) Den ersten Entwurf zu den fünf ersten Abschnitten, so wie den zu den fünf letzten Abschnitten, haben wir, um Raum zu ersparen, hier nicht abdrucken lassen, und verweisen dessfalls auf die Bundesversammlungs-Protokolle de 1820, Sess. XXX. p. 501 und auf Prot. de 1821, Sess. XXX, p. 641.

b) Dasselbe gilt von den 12 Tabellen; in dem Bundesversammlungs-Protokoll de 1821 findet man die Tabellen 2 — 7 ad §. 14, Tab. 8 ad §. 20, Tab. 9 ad §. 23, Tab. 10, a. b. ad §. 34, Tab. 11 ad §. 38, auf den Seiten 289 bis 308, so wie die Tab. 12 ad §. 80 in Prot. de 1822, p. 703 und flgd.; so wie auch in v. Meyer's *Corp. jur. conf. germ.*

2) In Hinsicht der Paragraphen-Eintheilung unseres Abdrucks.

a) Bei den fünf ersten Abschnitten:

α) Die Paragraphen mit römischen Ziffern am Rande, bezeichnen die Paragraphen-Eintheilungen der jetzt geltenden fünf ersten Abschnitte

der Grundzüge in XLIV Paragraphen, wie solche 1821, Protok. pag. 228, angenommen wurden.

β) Die Paragraphen mit arabischen Ziffern über dem Texte beziehen sich auf die Paragraphen des ersten Entwurfs, vorgelegt 1820, Sess. XXX, Prot. p. 501.

b) Bei den fünf letzten Abschnitten:

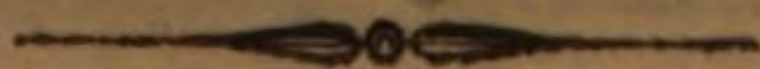
α) Die Paragraphen 45 bis 47 mit arabischen Ziffern sind dieselben des in Sess. XXIV de 1822, p. 693, angenommenen Originals.

β) Die eingeklammerten Paragraphen mit arabischen Zahlen sind diejenigen des ersten Entwurfs Prot. 1821, pag. 641 dieser fünf letzten Abschnitte.

c) Bei der Zusammenstellung der Bemerkungen: Die Paragraphen der Zusammenstellung der Bemerkungen zu den zehn Abschnitten beziehen sich auf die Paragraphen der ersten hier nicht abgedruckten Entwürfe der Grundzüge, Prot. 1820, p. 501 und Prot. 1821, p. 641.

3) Die unter den Paragraphen der Grundzüge angezogenen Artikel mit römischen Zahlen weisen auf die Artikel der allgemeinen und wesentlichen Bestimmungen hin.

4) Unter den einzelnen Abschnitten bei der Zusammenstellung der Bemerkungen haben wir die Protokolle der darauf sich beziehenden Verhandlungen der Militär-Commission angeführt. — Es folgen nun die zehn Abschnitte selbst, dann die Zusammenstellung der gesandtschaftlichen Bemerkungen.



Grundzüge oder nähere Bestimmungen

der

Kriegsverfassung des Deutschen Bundes.

Abgedruckt aus dem Protokoll der XVII. Session
den 12. April 1821, S. 279.

I. Abschnitt.

Stärke des Bundesheeres.

— §. I. —

§. 1.

(Art. I.)

Die Kriegsmacht des Bundes ist aus den Contingenten aller Bundesstaaten zusammengesetzt.

Das gewöhnliche Contingent eines jeden Bundesstaates beträgt den hundertsten Theil seiner Bevölkerung, nach der unter Ziffer 1 beigefügten, durch den Beschluss vom 20. August 1818 vorläufig auf fünf Jahre angenommenen, und am 4. Februar 1819 berichtigten Bundesmatrikel.

— §. II. —

§. 1½.

Unter dieser Zahl ist nur die streitbare Mannschaft aller Waffengattungen begriffen.

Zur streitbaren Mannschaft werden gerechnet, die Officiere, Unterofficiere, Gemeine, Spiel- und Zimmer-Leute, dann die Artillerie-Fuhrwesens-Soldaten, soweit sie nach §. 15 zur Bedienung des Geschützes gerechnet werden können.

Jene Mannschaft, welche für das übrige Armeefuhrwesen, für die Bäckerei und die Sanitätsanstalten dem Heere zugetheilt wird, muss über den hundertsten Theil gestellt werden.

— §. III. —

§. 2.

(Art. IX.)

Das Bundesheer muss, sobald es vom Bunde aufgebotten wird, in allen seinen Theilen vollständig gestellt werden.

§. 3. cessat.

— §. IV. —

§. 4.

(Art. XI.)

Um die Vollständigkeit des Heeres fortwährend zu sichern, muss, sogleich nach dem Ausrücken desselben, der sechshundertste Theil der ganzen Bevölkerung als Ersatzmannschaft aufgestellt und unausgesetzt vollzählig erhalten werden.

Sechs Wochen nach dem Ausrücken des Bundesheeres wird von dieser Ersatzmannschaft die Hälfte, nämlich der zwölfhundertste Theil der ganzen Bevölkerung, als Ergänzung dem Heere nachgesendet, mit den übrigen Nachsendungen aber, an Mannschaft sowohl, als an Pferden und Material, nach Maassgabe des Bedarfs, von zwei zu zwei Monaten fortgeföhren.

— §. V. —

§. 5.

Damit bei grösseren Verlusten einzelner Contingente unverhältnissmässige Leistungen vermieden werden, soll der Ersatz für das Heer in einem Kriegsjahre den zweihundertsten Theil der Bevölkerung nicht übersteigen.

— §. VI. —

§. 6.

Der bei jedem Contingent sich ergebende Abgang wird monatlich durch gleichförmig zu verfassende Abgangsberichte angezeigt.

§. 7. cessat.

— §. VII. —

§. 8.

Unter dem Abgange werden verstanden alle Todten, Gefangenen und Deserteurs gleich nach ihrem Abgange, dann alle Vermissten nach einem Zeitraum von vier Wochen, und alle im Spital befindlichen Verwundeten und Kranken, welche nach drei Monaten als felddienstuntauglich anerkannt werden.

Die übrigen Verwundeten und Kranken werden zwar nicht zu dem Abgange gerechnet; sollten sie jedoch den zehnten Theil des Contingents übersteigen, so müsste dieser Ueberschuss, um die zu grosse Schwächung des Bundesheeres zu vermeiden, nach dem im §. 5 angenommenen Maximum ersetzt werden.

— §. VIII. —

§. 9.

Grössere Anstrengungen müssen durch besondere Bundesbeschlüsse bestimmt werden.

— §. IX. —

§. 9½.

Dieselben können in keinem Falle von einzelnen Bundesstaaten, sondern nur im Allgemeinen nach der Matrikel gefordert werden.

— §. X. —

§. 10.

Für die Reserven, welche bei solchen aussergewöhnlichen Anstrengungen zur Verstärkung des Bundesheeres nachrücken, kommen die nämlichen Bestimmungen in Anwendung, welche für das Heer selbst gegeben sind.

Sie werden mit dem betreffenden Armeecorps, oder, wenn dieses nicht möglich ist, in selbstständige Körper vereinigt, welche mit jenen analog zusammenzusetzen, zu befehligen, zu organisiren und zu behandeln sind.

II. Abschnitt.

Verhältniss der Waffengattungen.

Unter dem Abgange werden verstanden alle Tödtungen, Gefangenheiten und Desertionen. (Art. II.)
 — §. XI. — §. 11.

Das numerische Verhältniss der Reiterei des Bundesheeres wird auf ein Siebentheil der Gesamtzahl eines jeden Contingents angenommen.

— §. XII. — §. 12.

Für die Artillerie wird das Verhältniss dergestalt festgesetzt, dass zwei Stücke Geschütz für jedes Tausend Mann des Contingents gerechnet werden.

Jeder Bundesstaat wird nächst dem noch wenigstens ein Geschütz nebst Ausrüstung auf jedes Tausend Mann des ganzen Contingents in seinen Zeughäusern und Depots vorrätig haben, um jeden Abgang sofort ersetzen zu können.

— §. XIII. —

§. 13.

Die Feldartillerie des Bundes soll in der Regel bestehen aus

einem Viertheil Haubizen,

einem Viertheil Zwölfpfünder,

zwei Viertheilen Sechspfünder.

Ein Fünftheil der Gesamtzahl soll reitende Artillerie oder Cavallerie-Geschütz seyn.

Die Stellung schwererer Feldgeschütze als Zwölfpfünder wird der Convenienz der betreffenden Staaten überlassen, und in diesem Falle von der Zahl der auf dieselben fallenden zwölfpfündigen und sechspfündigen Batterien abgerechnet.

— §. XIV. — §. 14.

Ausser den Feldgeschützen für die Linie wird noch ein Belagerungspark für das gesammte Bundesheer, welcher aus

100 schweren Kanonen,

30 Belagerungs-Haubizen und

70 Mörsern

bestehen soll, nach den unter Ziffer 2 — 7 beiliegenden Ausweisen, corpsweise gestellt, und, im Fall eines Krieges, nach der Bestimmung des Oberfeldherrn auf einem oder mehreren Punkten vereinigt.

Ueber die Stellung dieser Geschütze werden sich die Glieder der gemischten Corps unter sich vereinigen, und das Resultat ihrer Uebereinkunft, drei Monate nach der Annahme der Grundzüge, der Bundesversammlung anzeigen.

— §. XV. —

§. 15.

Für die Bedienung der Feldgeschütze werden im Durchschnitte 36 Mann auf jedes Stück gerechnet, worunter auch die Artillerie-Fuhrwesens-Soldaten mit begriffen sind, in so fern solche die festgesetzte Zahl nicht überschreiten.

Diejenige Artilleriemannschaft, welche zur Bedienung des Belagerungsparks gehört, wird von den Staaten, welche diese Geschütze geben, und zwar nach der dem §. 14. unter Ziffer 7 beiliegenden Tabelle gestellt und vom Stande der Infanterie abgezogen.

— §. XVI. —

§. 16.

Für Pionniers und Pontoniers wird das Verhältniss des hundertsten Theils der Armee festgesetzt.

— §. XVII. —

§. 17.

Ein jedes Contingent, dessen Stärke mehr als ein Armeecorps beträgt, stellt einen Brückentrain für grosse

Flüsse, nach Maassgabe des Bedürfnisses; jedes der übrigen einzelnen Armeecorps aber, ohne Unterschied, ob gemischt oder ungemischt, einen für eine Flussbreite von 400 Schuhen.

— §. XVIII. —

§. 18.

Sappeurs und Mineurs werden, als zum Belagerungspark gehörig, ausser dem für Pionniers und Pontoniers bestimmten Hunderttheil der Armee, von denjenigen Bundesstaaten, bei welchen sich diese Corps bereits im Frieden organisirt befinden, gestellt.

— §. XIX. —

§. 19.

Das numerische Verhältniss des Fussvolks ergibt sich von selbst, wenn die Reiterei, die Bedienung der Feldgeschütze und des Belagerungsparks, die Pionniers und Pontoniers, dann die Sappeurs und Mineurs, von der Gesamtzahl des ganzen Heeres abgezogen werden.

— §. XX. —

§. 20.

Ungefähr der zwanzigste Theil des Fussvolkes soll aus Jägern, Büchsen- oder Scharfschützen bestehen.

Die unter Ziffer 3 (jetzt 8) angefügte Tabelle enthält eine Uebersicht aller Waffengattungen für das Bundesheer, so wie solche nach der Matrikel und zufolge der angenommenen Bestimmungen über das numerische Verhältniss derselben im completen Kriegsstande von sämtlichen Bundesstaaten zu stellen sind.

— §. XXI. —

§. 21.

Es bleibt den Bundestaaten überlassen, zur Bildung ihrer Contingente auch Landwehr zu verwenden; doch muss dieselbe gleich den Linientruppen geübt, ausgerüstet, schlagfertig und mit in der Linie gebildeten Officieren besetzt seyn.

Als Grundsatz wird auch hierbei angenommen, dass kein Contingent zum grösseren Theile aus Landwehr bestehen könne.

— §. XXII. — §. 22.

Der Landsturm gehört nicht in das geregelte System des Krieges, sondern ist zu den Anstalten zu zählen, welche im Augenblicke der Gefahr ihre Bestimmung erhalten, und dem eigenen Ermessen der einzelnen Bundesstaaten überlassen bleiben.

§. 23. cessat.

III. Abschnitt.

Eintheilung des Bundesheeres.

§. 24.

(vid. Art. XII.)

§. 25.

(vid. Art. III, VII und VIII.)

§. 26.

(vid. Art. V.)

— §. XXIII. — §. 27.

(Art. IV.)

Das Bundesheer besteht (nach der Beilage Ziffer 4 (jetzt 9) aus sieben ungemischten und drei combinirten Armee-corps, welche, ohne weitere Benennung, nach Nummern bezeichnet werden, und deren jedes in Abtheilungen von Divisionen, Brigaden, Regimentern, Bataillons, Compagnien, Schwadronen und Batterien zerfällt.

— §. XXIV. — §. 28.

Ein Armee-corps enthält mindestens zwei Divisionen,
 eine Division mindestens zwei Brigaden,
 eine Brigade mindestens zwei Regimente,
 ein Cavallerie-Regiment wenigstens vier Schwadronen,
 ein Infanterie-Regiment wenigstens zwei Bataillons,
 ein Bataillon in der Regel nicht unter 800 Mann,
 eine Schwadron oder eine Compagnie im Durchschnitt
 150 Mann,
 eine Batterie sechs oder acht Stücke Geschütz.

— §. XXV. — §. 28½.

Das Minimum eines zu stellenden Cavallerie-Contingents
 ist 300 Pferde, oder eine Division,

das eines selbstständigen Infanterie-Körpers 400 Mann,
 das der Geschütze eine Batterie von sechs oder acht Stücken.

Die Stellung dieser Einheit wird der Uebereinkunft der
 Bundesstaaten, mit der unerlässlichen Bedingung überlassen,
 dass sie ganz gleich organisirt, bewaffnet und geübt seyn
 müsse.

Als Grundsatz wird jedoch festgesetzt, dass, im Falle
 der Vertretung, solche nur im Corps statt finden kann.

In Ansehung der Geschützeinheit wird angenommen, dass
 dort, wo das zu stellende Contingent nicht die Zahl 6 oder
 8 erreichen sollte, die betreffenden Staaten sich unter ein-
 ander wegen des Mehrstellens von einem oder zwei Stücken
 Geschützes vereinigen werden.

— §. XXVI. — §. 29.

(Art. IV.)

Die Theilhaber an den combinirten Corps und Divisionen
 werden sich unter einander vereinigen, wie sie die gesetz-
 lichen Abtheilungen zu bilden, und die verschiedenen

Waffengattungen nach dem angenommenen Verhältnisse unter sich zu vertheilen für gut finden, und diese Uebereinkunft, drei Monate nach Annahme der Grundzüge, der Bundesversammlung anzeigen.

Da, wo sie sich nicht vereinigen könnten, wird die Bundesversammlung vermittelnd einwirken, und nöthigenfalls entscheiden.

— §. XXVII. —

§. 30.

— §. XXXI. —

In jedem Armeecorps muss auf die Bildung einer starken Cavallerie- und Geschütz-Reserve Rücksicht genommen werden.

IV. Abschnitt.

Bereithaltung im Frieden.

— §. XXVIII. —

§. 31.

(Art. IX.)

In jedem Bundesstaate muss das Contingent von einem Procent der Bevölkerung so marsch- und schlagfertig erhalten werden, dass es, vier Wochen nach der vom Bunde erfolgten Aufforderung, in allen seinen Theilen zur Verfügung des Oberfeldherrn, auf die für jedes Armeecorps zu bestimmten Sammelplätze, gestellt werden könne.

— §. XXIX. —

§. 32.

Um diesen Zweck zu erreichen, werden folgende Grundsätze angenommen:

1) Das Material der Rüstung für alle Waffengattungen muss stets in gehöriger Anzahl und Eigenschaft vorhanden seyn. Auch müssen in den Zeughäusern die nöthigen Vorräthe liegen, um jeden Abgang schnell ersetzen zu können.

— §. XXX. —

§. 33.

2) Die Contingente des Bundesheeres müssen auch im Frieden vollständig erhalten werden. Zur Ersparung des Soldes und der Verpflegung kann zwar im Frieden bei allen Waffengattungen eine zeitliche Beurlaubung statt finden; ein Theil der Mannschaft, so wie der Dienstpferde, muss jedoch stets bei den Fahnen und im Dienste bleiben.

— §. XXXI. —

§. 34.

3) Hierzu wird folgender Maasstab aufgestellt:

a) Bei dem Fussvolke muss der sechste Theil der eingeübten Mannschaft und wenigstens zwei Drittheile der Unterofficiere im Dienste beibehalten werden.

b) Bei der Reiterei wird der dienstthuende Stand in der Regel auf zwei Drittheile der Mannschaft und der Dienstpferde festgesetzt, falls nicht die besondern Landeseinrichtungen eine Beschränkung auf ein Drittel, unbeschadet des Zweckes, zulassen.

Den Bundesstaaten, bei welchen keine Beurlaubung der Dienstpferde statt findet und welche keine Landwehr-Cavallerie stellen, ist eine Vacanthaltung von Dienstpferden in Friedenszeiten gestattet; es darf diese jedoch nicht ein Fünftheil des präsenten Standes übersteigen, und es müssen Vorkehrungen getroffen seyn, dass die Mobilmachung der Cavallerie demungeachtet in der bestimmten Frist geschehen könne.

c) Bei der reitenden Artillerie wird das Minimum des dienstthuenden Standes ebenfalls auf zwei Drittheile unter denselben Modificationen, wie bei der Cavallerie — bei der Fussartillerie aber und bei der Bespannung des Geschützes und den ersten Munitionswagen auf ein Drittel des vollen Standes festgesetzt.

— §. XXXII. — §. 35.

Die gesammte Mannschaft des gewöhnlichen Contingents nämlich der hundertste Theil der Bevölkerung, muss alle Jahre vom Urlaube einberufen, und wenigstens durch vier Wochen im Dienst und Gebrauch der Waffen geübt werden.

Die kleineren Contingente werden sich unter einander vereinigen, die jährlichen Uebungen, in möglichster Verbindung aller Waffengattungen, allenfalls in Brigaden, vorzunehmen.

— §. XXXIII. — §. 36.

(Art. XI.)

Damit für den Fall, wo durch besonderen Bundesbeschluss (§. 9) eine Verstärkung des Bundesheeres nöthig gefunden wird, dieselbe gehörig aufgestellt werden könne, müssen in jedem Bundesstaate, der nicht ohnehin eine bedeutendere Anzahl von felddiensttauglichen Truppen unterhält, schon in Friedenszeiten Cadres von Officieren, Unterofficieren und Spielleuten für den dreihundertsten Theil der Bevölkerung, nebst dem nöthigen Material, vorhanden, auch solche Einrichtungen getroffen seyn, dass, zehn Wochen nach dem gefassten Bundesbeschlusse, vollständig geübte und ausgerüstete Regimenter, Bataillons und Escadrons schlagfertig aufgestellt werden können.

— §. XXXIV. — §. 37.

Der Bundesversammlung wird am 1. Jänner jeden Jahres eine Uebersicht des Standes des Bundesheeres vorgelegt.

Den Bundesstaaten, deren Contingente ein oder mehrere Armeecorps in sich begreifen, bleibt es überlassen, die diesfallsigen Tabellen nach den bei ihnen geltenden Einrichtungen abzufassen.

Die unter Zahl 3 (jetzt 10 a. b.) beigelegte Tabelle zeigt die Form der Standes-Ausweise, über welche sich die Theil-

haber der gemischten Armeecorps vereinigt haben. Sie werden solche corps- oder wenigstens divisionsweise einsenden. Diejenigen Bundesglieder, welche zusammen eine Division bilden, werden sich unter einander über die Art der Musterung einverstehen, und, drei Monate nach Annahme der Grundzüge, ihre Anzeige hierüber an die Bundesversammlung machen.

§. 58.

(vid. Art. XXIV.)

V. Abschnitt.

Mobilmachung des Bundesheeres.

— §. XXXV. — §. 59.

(Art. X.)

Der Bund wird beschliessen, ob von jedem Bundesstaate nur ein Theil des Contingents oder das Ganze zu stellen sey.

— §. XXXVI. — §. 40.

Wenn das Bundesheer ausrückt, wird von dem Oberfeldherrn für alle Contingente ein gemeinschaftliches Erkennungszeichen vorgeschrieben.

§. 41. §. 42. §. 43. cessant.

— §. XXXVII. — §. 44.

In Hinsicht der Bewaffnung, dann des Calibers der Gewehre und des Geschützes, soll in jedem Armeecorps eine solche Uebereinstimmung statt finden, dass die Munition der Artillerie, und vorzüglich jene der Feurgewehre, gegenseitig gebraucht werden könne.

— §. XXXVIII. — §. 45.

Was zur ersten Ausrüstung an Munition für die Feldgeschütze erforderlich ist, zeigt die Beilage 6 (jetzt 11).

Von diesem Munitionsbedarf werden zwei Drittheile dem Heere mit eigener Bespannung nachgeführt, das letzte Drittheil aber in Depots zur Abführung bereit gehalten, jedoch ohne Verbindlichkeit zu eigener Bespannung.

Diese Depots dürfen nicht über 24 Meilen von der ersten Aufstellung des Bundesheeres entfernt seyn.

Der Munitionsbedarf für den Belagerungspark ist aus der Tabelle 2. a. ersichtlich.

— §. XXXIX. — §. 46.

Das ärztliche Personal für die Linie muss bei allen Contingenten unausgesetzt complet erhalten, nächstdem aber, im Falle des Krieges, auf den zehnten bis zwölften Theil der Stärke des Bundesheeres ein hinlängliches ärztliches und Hospital-Personal aufgenommen werden.

— §. XL. — §. 47.

Die Vorräthe an Arzneien, Verband-Requisiten und Spital-Bedürfnissen sind auf den zehnten bis zwölften Theil der Stärke eines jeden Corps zu berechnen, und es muss hierbei die Hälfte für bewegliche Spitäler in Anschlag gebracht werden.

Ein eigenes Sanitäts-Reglement enthält übrigens auch über diese höchst wichtigen Gegenstände besondere und genaue Bestimmungen.

— §. XLI. — §. 48.

Bei jedem Armeecorps sollen so viele Backöfen mitgeführt werden, dass in 24 Stunden für den vierten Theil der Mannschaft Brod gebacken werden kann.

Das Bäckerpersonal, welches militärisch organisirt und

bewaffnet werden soll, um nöthigenfalls für die Vertheidigung der Magazine verwendet werden zu können, muss so berechnet werden, dass auf jedes Tausend Mann vier Bäcker, mit Einschluss der Oberbäcker, kommen.

— §. XLII. —

§. 49.

Die Transportmittel müssen bei jedem Armeecorps dergestalt eingerichtet seyn, dass die Naturalverpflegung für die Mannschaft wenigstens auf vier Tage mitgeführt werden könne.

— §. XLIII. —

§. 50.

In Hinsicht der Waffenübungen und des Dienstreglements sollen, wenigstens in der Hauptsache, bei jedem Armeecorps gleiche Grundsätze beobachtet werden.

— §. XLIV. —

§. 51.

Unter den Officieren der verschiedenen Bundesstaaten bei Zusammenziehung der Contingente und im gemeinschaftlichen Dienste entscheidet über den Rang der Militärgrad und das Dienstalter.

Um jedoch in dieser Beziehung allen Inconvenienzen bei Vereinigung verschiedener Abtheilungen vorzubeugen, wird als Regel festgesetzt: dass nur

für eine Division ein General- oder Feldmarschall-Lieutenant;

für eine Brigade ein Generalmajor oder General-Feldwachtmeister;

für ein Infanterie-Regiment von 2 bis 3 Bataillons,

für ein Cavallerie-Regiment von 4 bis 8 Escadrons, dann

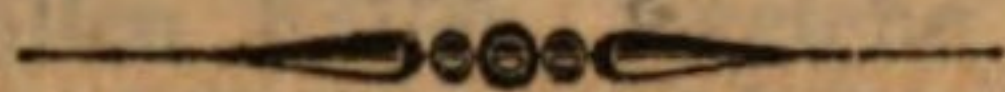
für 6 Batterien, ein Oberst;

für ein Infanterie-Bataillon von 4 bis 6 Compagnien,

für eine Cavallerie-Division von 2 Escadrons, dann
 für 2 Batterien ein Oberstlieutenant oder Major;
 für eine Compagnie oder Schwadron, und
 für eine Batterie von 6 bis 8 Geschützen ein Hauptmann oder Oberlieutenant,
 als Commandant zu ernennen ist.

Uebrigens bleibt es den Staaten unbenommen, ihren Officiern im eigenen Contingent einen beliebigen Dienstgrad zu ertheilen; bei Zusammenstossung verschiedener Abtheilungen wird jedoch nicht auf diesen, sondern nur auf jenen Rücksicht genommen, der ihnen, zufolge obiger Bestimmungen, nach der Abtheilung, welcher sie vorstehen, zukommt.

Frankfurt den 11. April 1821.



Grundzüge oder nähere Bestimmungen
 der
Kriegsverfassung des Deutschen Bundes.
Zweite Abtheilung.

Abgedruckt aus dem Protokoll von 1822, Sess. XXIV., S. 739.

VI. Abschnitt.
O b e r f e l d h e r r.

§. 45.
 (§. 52, Art. XIII.)

Der Oberfeldherr wird jedesmal, wenn die Aufstellung des Kriegsheeres beschlossen wird, von dem Bunde in der engeren Versammlung erwählt.

Diese Stelle hört mit der Auflösung des Bundesheeres wieder auf.

§. 46.

In Fällen, wo man nur einen Theil des Bundesheeres zusammenzuziehen für nöthig erachtet, bleibt es der Beschlussnahme der Bundesversammlung vorbehalten, wegen des Oberbefehls besondere Verfügung zu treffen.

§. 47.

(§. 53, Art. XIV.)

Der Oberfeldherr verhält sich zum Bunde, wie jeder commandirende General zu seinem Souverain; die Bundesversammlung ist daher seine einzige Behörde, welche mit ihm durch einen aus ihr gewählten Ausschuss in Verbindung steht.

§. 48.

(§. 54, Art. XIV.)

Der Oberfeldherr wird von der Bundesversammlung in Eid und Pflicht des Bundes genommen; er erhält von derselben allein Vollmachten und Befehle, auch in besonderen Fällen specielle Instructionen; er erstattet an dieselbe seine Berichte unmittelbar.

§. 49.

(§. 55, Art. XIV.)

Wenn der Oberfeldherr in Eid und Pflicht genommen ist, und seine allgemeine Instruction von der Bundesversammlung erhalten hat; so bleibt es ihm allein überlassen, den Operationsplan nach seiner Ansicht zu entwerfen, auszuführen und abzuändern, wie es die Umstände fordern.

Er ist durchaus nicht verbunden, diesen Plan vor der Ausführung irgend jemand mitzutheilen, und es soll lediglich von seinem besondern Vertrauen abhängen, wenn er die Hauptzüge desselben mit einem oder mehreren Generalen besprechen und berathen will.

§. 50.

(§. 56.)

Erst dann, wenn er nach getroffenen Einleitungen zur wirklichen Ausführung geschritten seyn wird, ist er verpflichtet, der Bundesversammlung die Umrisse seines Operationsplans vorzulegen.

Er muss jedoch denselben auf das umständlichste schriftlich aufsetzen, damit für alle Zufälle, die ihn persönlich treffen können, so vorgesorgt sey, dass sein Nachfolger das Ganze vollständig einsehen und folgerecht verfahren könne.

§. 51.

(§. 57.)

Ausser dem Oberfeldherrn wird von der Bundesversammlung auch ein Generallieutenant des Bundes gewählt. Diesem gebührt in allen Fällen, welche eine Stellvertretung im Obercommando des Heeres fordern, die zeitliche Verweisung der Oberfeldherrn-Stelle, mit ganz gleichen Rechten, wie die des Oberfeldherrn.

Sobald der bisherige Oberfeldherr das Obercommando wieder übernimmt, oder ein neugewählter in dasselbe eintritt, kehrt der Generallieutenant des Bundes in sein früheres Verhältniss zurück.

§. 52.

(§. 58.)

Als Generallieutenant des Bundes soll einer der Corpscommandanten gewählt werden, welcher jedoch, so lange nicht der Fall der Stellvertretung oder der Einberufung von Seiten des Oberfeldherrn statt findet, ohne Vorrecht vor den übrigen Corpscommandanten bei seinem Corps verbleibt.

§. 53.

(§. 59.)

Der Oberfeldherr hat die Befugniss, wegen Einstellung der Feindseligkeiten Uebereinkünfte abzuschlies-

sen, wenn dadurch grosse Vortheile zu erreichen sind, oder Gefahr auf dem Verzuge haftet. Er soll jedoch förmliche allgemeine Waffenstillstands-Verträge nur unter vorbehaltener Genehmigung des Bundes abschliessen können.

§. 54.

(§. 60, Art. XVI.)

Der Oberfeldherr kann über die Aufstellung, Bewegung und Verwendung der ihm anvertrauten Streitkräfte, auch die allenfalls nöthigen zeitlichen Detachirungen, nach seinem Ermessen verfügen, jedoch mit Beobachtung der festgesetzten Heereseintheilung, die er nie abändern darf, und der Beisammenhaltung der von Einem Staate gestellten Corps, in Fällen, wo diese ohne Nachtheil berücksichtigt werden kann.

Alle Detachirungen und solche Maasregeln, welche in die organischen Corpsverhältnisse eingreifen, können nur so lange dauern, als es militärische Rücksichten erfordern, und kein Corps darf hierdurch bis zu dem Grade geschwächt werden, dass es nicht mehr als selbstständiger Körper bestehen könnte.

§. 55.

(§. 61.)

Zu dem als Reserve aufzustellenden Armeecorps stossen besonders zu bildende Cavallerie- und Artillerie-Massen, zu deren Bildung alle Armeecorps des Bundesheeres nach dem Verhältnisse ihrer Cavallerie und Artillerie beitragen.

Der Oberfeldherr kann zu diesem Behufe von jedem der ungemischten Armeecorps bis zu einem Fünftel, und von jedem gemischten Corps bis zu einem Sechstel der Cavallerie, ferner von jedem Armeecorps bis zu einer Batterie von acht Stücken Geschützes beordern.

Wenn durch vom Bunde genehmigte Einrichtungen, die Zahl der Reiterei eines Corps sich gegen den matrikularmä-

sigen Betrag mindert; so wird die Zahl, um welche sie vermindert wird, an dem Quantum abgezogen, welches detachirt werden kann.

§. 56.

(§. 62.)

Obige Bestimmung eines Maximums soll den Oberfeldherrn nicht hindern, für den Tag einer Schlacht die Reserve durch Infanterie, Cavallerie und Artillerie einzelner Corps nach seiner Einsicht in so weit zu verstärken, als es die Schlagfertigkeit der einzelnen Corps gestattet.

§. 57.

(§. 63.)

Der Oberfeldherr hat das Recht, die Befehlshaber der aus den verschiedenen Corps herauszuziehenden Cavallerie- und Artillerie-Massen aus den Generalen des Bundesheeres nach seinem Ermessen zu ernennen.

§. 58.

(§. 64.)

Wenn schon die innere Einrichtung der Contingente, nach ihrem Ausrücken, auch im Kriege den einzelnen Bundesstaaten überlassen bleibt; so ist doch der Oberfeldherr befugt, die Mannschaft sowohl, als das Materielle der verschiedenen Contingente zu mustern, zu Hebung allenfallsiger Mängel, welche auf die Schlagfertigkeit Einfluss nehmen können, sich an die betreffende Regierung zu wenden, und, wenn er es für nöthig hält, auch desswegen Anträge bei der Bundesversammlung zu machen, welche ohne Verzug, mit Anwendung der über die Kriegsverfassung aufgestellten Grundsätze, darüber einen Beschluss fassen und für dessen Ausführung Sorge tragen wird.

§. 59.
(§. 65.)

Die Bestimmung der Militärstrassen, die Anlage von Hospitälern und Magazinen, so wie die Bezeichnung der Verpflegsbezirke der Corps, und überhaupt aller Maasregeln zur Sicherstellung der Armeebedürfnisse und der Wohlfahrt des Heeres, sind dem Oberfeldherrn, mit Beachtung der Eigenthumsrechte, und unter dem nöthigen Benehmen mit den Landescommissarien, lediglich zu überlassen.

§. 60.
(§. 66.)

Der Oberfeldherr kann die Individuen, welche sich auszeichnen, ihren Landesherren zur Belohnung empfehlen.

§. 61.
(§. 67.)

Um in den Felddienst des Bundesheeres die nöthige Uebereinstimmung zu bringen, hat der Oberfeldherr das Recht, darüber Bestimmungen durch Armeebefehle zu erlassen, so weit solche für das Allgemeine nothwendig sind, und nicht in die innere Einrichtung der Corps eingreifen.

(§. 68 s. nach §. 87.)
(§. 69, Art. XVI. cessat.)

§. 62.
(§. 70.)

Damit den Bundesstaaten über die gleichmässige Behandlung aller Theile des Bundesheeres volle Beruhigung verschafft werde; so wird aus dem Generalstabe derselben für jedes Armeecorps ein höherer Officier in das Hauptquartier abgesendet, dem bei dem Oberfeldherrn und allen übrigen

Chefs freier Zutritt gebührt, um mit demselben über die Angelegenheiten des Corps sich zu benehmen und dessen Interesse zu vertreten.

§. 63.

(§. 71.)

Bei den combinirten Corps kann diesem höheren Officiere noch ein anderer von niedrigerem Range von jeder Division beigegeben werden, um die einzelnen Divisionen in demselben Corps zu vertreten.

§. 64.

(§. 72.)

Diese höheren Officiere sind die Organe zwischen dem Oberfeldherrn und den einzelnen Regierungen sowohl, als den betreffenden Corps.

Dem Oberfeldherrn ist es jedoch in besonderen Fällen, wo er es rathlich findet, freigestellt, sich unmittelbar an die Regierungen zu wenden, und, wie es sich von selbst versteht, alle Ausfertigungen, welche auf die Operationen Bezug haben, durch die ihm untergebenen Stellen, eben so an die Corps zu erlassen.

§. 65.

(§. 73.)

Der Bundesfeldherr kann nicht zugleich Befehlshaber irgend einer Heeresabtheilung seyn.

Ueberhaupt kann kein General zugleich das unmittelbare Commando über eine höhere und eine niedere Abtheilung führen.

Mit dem Antritt eines jeden höheren Wirkungskreises wird der niedere an den nächstfolgenden im Range in derselben Heeresabtheilung in der Zwischenzeit abgetreten.

§. 66.
(§. 74.)

So wie der Oberfeldherr mit ausgedehnter Vollmacht, durch nichts beengt, mit Kraft und Nachdruck seine Beschlüsse verfolgen kann, so ist er auch für fehlerhafte Entwürfe oder Irrthümer in grossen Combinationen dem Bunde persönlich verantwortlich.

Der Bund kann ihn einem Kriegsgerichte unterwerfen, welches aus

Einem Feldmarschall, General der Infanterie oder Cavallerie, als Präsidenten, von der Bundesversammlung gewählt;

zwei Feldzeugmeistern oder
Generalen der Infanterie
oder Cavallerie,

zwei Generallieutenants,

zwei Generalmajors,

Einem Generalauditor, von dem Staate des Oberfeldherrn;

Einem Defensor, von dem Oberfeldherrn selbst gewählt, bestehen soll, und, nach Untersuchung des Thatbestandes, ihn nach dem Gesetzbuche desjenigen Staates, zu dem er gehört, zu richten hat.

Von den als Beisitzer zu diesem Kriegsgerichte bestimmten sechs Generalen ist Einer von Oesterreich, Einer von Preussen, Einer von Baiern und Einer von jedem der drei gemischten Armeecorps zu commandiren.

Die Commandirung geschieht auf Einladung der Bundesversammlung an die betreffenden Staaten.

Die Commandirung geschieht auf Einladung der Bundesversammlung an die betreffenden Staaten.

VII. Abschnitt.

Corpscommandanten.

§. 67.

(§. 75.)

Die Befehlshaber der ungemischten Corps erhalten diejenigen Rechte, welche der Souverain, dessen Corps sie befehligen, in Uebereinstimmung mit den angenommenen Grundsätzen der Bundes-Kriegsverfassung, ihnen zu ertheilen für gut findet.

Was aber die Befehlshaber der zusammengesetzten Corps betrifft; so treten dabei folgende Grundsätze in Anwendung (§. 68 bis 75).

§. 68.

(§. 76.)

Die zusammengesetzten Armeecorps werden jedes von einem General befehligt, der aus denjenigen Staaten oder den Truppen derselben, deren Contingente das Armeecorps bilden, genommen werden soll.

(§. 77, Art. XVIII. cessat.)

§. 69.

(§. 78.)

Die Corpscommandanten können zwar die Eintheilung ihrer Armeecorps nicht ändern; allein sie sind befugt, zum Behufe der ihnen übertragenen Operationen alle augenblicklichen Detachirungen vorzunehmen, welche der Dienst erfordert.

Die Bestimmung, welche Truppen sowohl zu diesen, als zu den von dem Oberfeldherrn verfügbaren Entsendungen verwendet werden sollen, bleibt den Corpscommandanten überlassen.

Der Oberfeldherr kann nur ausnahmsweise in besonderen und dringenden Fällen direct darüber verfügen. Er hat jedoch den betreffenden Corpscommandanten gleichzeitig davon in Kenntniss zu setzen, und solche Detachirungen nicht contingentweise, sondern nach den bestehenden Unterabtheilungen der Corps in Divisionen, Brigaden, Regimenten u. s. w. zu verfügen.

§. 70.
(§. 78½.)
Die Corpscommandanten haben im Dienste der einzelnen Contingente eine verhältnissmässige Gleichheit unter diesen zu beobachten.

§. 71.
(§. 79.)

Die Corpscommandanten haben das Recht, die unter ihren Befehlen stehenden Corps sowohl in Beziehung auf die Mannschaft, als auf das Materiell eben so zu mustern, wie der Oberfeldherr.

§. 72.
(§. 80.)

Zur Erhaltung der innern Ordnung können sie die ihnen zu Gebote stehenden polizeilichen Mittel verwenden, und alle ihre Untergebenen wegen militärischer Vergehen in Arrest nehmen und provisorisch suspendiren.

Jede Untersuchung und Aburtheilung muss aber den betreffenden Militärgerichten überlassen und dem Corpscommandanten die Abschrift aller Urtheilssprüche über diejenigen Vergehen mitgetheilt werden, deren Untersuchung er veranlasst hat.

§. 73.
(§. 81.)

Den Corpscommandanten steht das Recht zu, Individuen, welche sich besonders auszeichnen, dem Oberfeldherrn und den betreffenden Regierungen zu empfehlen.

§. 74.

(§. 82.)

Die Corpscommandanten haben das Recht, sich den Chef ihres Generalstabes, ihren Generaladjutanten und eine hinlängliche Anzahl Officiere des Generalstabes unter den Officieren derjenigen verschiedenen Staaten auszuwählen, deren Contingente das Corps bilden, und sich diese von den betreffenden Regierungen zu erbitten.

Die Beamten der Verwaltungszweige und übrigen Anstalten werden von denjenigen Staaten gewählt, deren Contingente zusammen das Armeecorps bilden.

§. 75.

(§. 82 $\frac{1}{2}$.)

Die an den combinirten Corps und Divisionen theilhabenden Staaten werden sich unter einander sowohl über die Art und Weise der Wahl der Corps- und Divisions-Commandanten, als auch über die Einrichtung des Generalstabes und der übrigen Verwaltungszweige vereinigen, und diese Uebereinkunft, drei Monate nach Annahme der zweiten Abtheilung der «näheren Bestimmungen», der Bundesversammlung anzeigen.

Da, wo sie sich nicht vereinigen können, wird die Bundesversammlung vermittelnd einwirken, und nöthigenfalls entscheiden.

§. 76.

(§. 83.)

Wenn der Befehlshaber eines gemischten oder ungemischten Armeecorps sich durch den Oberfeldherrn in Rechten des Corps oder der dasselbe bildenden Contingente, die er zu vertreten hat, verletzt glaubt; so hat er davon die Anzeige an die Regierung des betreffenden Bundesstaates zu machen, welche sodann seine Beschwerde der Bundesversammlung vorlegen kann.

§. 77.

(§. 83½)

Glaubt ein Corpscommandant aber, dass ihm in seinen persönlichen Rechten zu nahe getreten worden; so kann er eine unpartheiische Untersuchung fordern. Ist die Veranlassung von der Art, dass Corpscommandanten durch Eingriffe des Oberfeldherrn in ihre Rechte oder durch sonstige Willkührlichkeiten gegründete Beschwerden zu haben glauben, und desshalb eine Untersuchung gegen den Oberfeldherrn fordern; so sind die Corpscommandanten berechtigt, sich auf dem Dienstwege durch den Oberfeldherrn von der Bundesversammlung ein Kriegsgericht zu erbitten.

Diese wird sodann drei Bundesstaaten wählen, welche zu dem niederzusetzenden Kriegsgerichte — ähnlich jenem für den Oberfeldherrn bestimmten — die nöthigen Officiere nebst dem Auditor zu commandiren haben.

Alle andern Untersuchungen, welche die Corpscommandanten, etwa durch Beschwerde gegen einander oder gegen ihre Untergebenen veranlasst, wünschen sollten, können nur bei dem Oberfeldherrn im gewöhnlichen Dienstwege nachgesucht und von ihm die diessfallsigen Kriegsgerichte angeordnet werden.

§. 78

(§. 84.)

Die Verhältnisse der Befehlshaber der zusammengesetzten Divisionen und Brigaden sind in ihrem Wirkungskreise denen der Corpscommandanten analog.

(§. 85. cessat.)

VIII. Abschnitt.

Bildung des Hauptquartiers.

§. 79.

(§. 86.)

Die Geschäfte des Hauptquartiers zerfallen in zwei Hauptabtheilungen:

- in die Leitung des Heeres im Allgemeinen, und
- in die Leitung besonderer Zweige.

Die erste enthält:

- 1) die Leitung der Operationen und Bewegungen,
- 2) die Evidenthaltung und Ergänzung des Standes, den inneren Dienst,
- 3) die ökonomische Leitung, die Pflege und Wartung des Heeres.

Die zweite:

- 1) die Artilleriedirection,
- 2) die Geniedirection,
- 3) die Heerespolizei.

§. 80.

(§. 87.)

Die Geschäfte der ersten Abtheilung führen der Generalquartiermeister, der dirigirende Generaladjutant, der Generalintendant; die der zweiten, der General-Genie-, der General-Artillerie-Director und der Chef der Heerespolizei — sämmtlich in gleichen Dienstverhältnissen und in Gemässheit der vom Oberfeldherrn erhaltenen Befehle.

Die Tabelle Num. 12 bezeichnet den Wirkungskreis der verschiedenen Chefs, das Detail der Eintheilung und die dazu nöthigen Individuen.

§. 31.
(§. 37^a. — §. 63.)

Der Oberfeldherr hat das Recht, sich den Generalquartiermeister, den dirigirenden Generaladjutanten, den Generalauditor, und den dirigirenden Arzt zu wählen, auch seinen Generalstab selbst zu bestellen.

Der Generallieutenant des Bundes, die Directoren des Artillerie- und Genie-Wesens, der Chef der Heerespolizei, und der Generalintendant, mit den ihm zunächst untergebenen Vorständen der Verwaltungszweige, werden von dem Bunde, welcher auf die Vorschläge des Oberfeldherrn die geeignete Rücksicht nehmen wird, gewählt und in Pflichten genommen.

§. 32.
(§. 37^b. §. — 33^{1/2}.)

Der Oberfeldherr wird, sobald er den Oberbefehl des Heeres übernommen hat, sämtliche im Hauptquartier angestellte Officiere und Beamte, welche nicht bereits von der Bundesversammlung selbst vereidet sind, im Namen und aus Auftrag derselben, in Eid und Pflichten des Bundes nehmen.

§. 33.
(§. 38.)

Der Oberfeldherr unterzeichnet alle Befehle, welche an die verschiedenen Zweige und Abtheilungen ausgefertigt werden. Nur ausnahmsweise und in dringenden Fällen können die betreffenden Referenten, jeder in seinem Fache, im Namen des Oberfeldherrn Weisungen unterzeichnen, welche indessen jedesmal an die Corpscommandanten und nie an die denselben untergeordneten Zweige gerichtet sein müssen.

§. 34.

(§. 39.)

Der Oberfeldherr, welcher für die Dauer des ihm übertragenen Befehls nur im Dienste des Bundes steht, bezieht

auch nur von diesem seinen Gehalt und alle sonstigen Emolumente. Die übrigen im Hauptquartier und bei der Intendanz angestellten Individuen erhalten zwar ihre gewöhnliche Gage, Besoldung, Löhnung und Naturalverpflegung — nach dem Range, welchen sie im Dienste des Bundesstaates einnehmen, zu welchem sie gehören — von diesen Bundesstaaten. Dagegen aber werden alle übrigen Unkosten, die aus der Zusammensetzung des Hauptquartiers und der Intendanz hervorgehen, aus der Kriegscasse bestritten, nämlich

- 1) die Tafelgelder und ausserordentlichen Zulagen an Geld und Naturalien für das gesammte Personale des Hauptquartiers und der Intendanz,
- 2) der Aufwand für die verschiedenen Canzleien jener Zweige und für ihren Transport,
- 3) die geheimen Auslagen für Kundschaften u. s. w.
- 4) die Besoldung und Verpflegung aller im Hauptquartier angestellten Individuen, die nicht zu einem oder dem andern Contingente des Bundesheeres gehören.

§. 85.

(§. 90.)

Die einzelnen, von der Bundesversammlung zu ernennenden Chefs, so wie die übrigen Chargen im Hauptquartier, können aus den verschiedenen Bundesstaaten im Sinne des §. 81 der Grundzüge gewählt werden.

Die diesen Individuen in Folge ihrer bundesgemäsen Anstellung zukommenden Gebühren sind in dem Verpflegsreglement enthalten, gleichwie der Wirkungskreis der letzteren, nämlich der Chargen, im Dienstreglement näher bezeichnet ist.

IX. Abschnitt. V e r p f l e g u n g.

§. 86.
(§. 91 bis §. 115.)

Sobald die Contingente des Bundesheeres unter die Befehle des Oberfeldherrn treten, geschieht die Verpflegung derselben nach den Vorschriften des für das Bundesheer entworfenen Verpflegsreglements, welches zugleich die Instructionen für die verschiedenen Verpflegsbeamten enthält.

X. Abschnitt. G e r i c h t s b a r k e i t.

§. 87.
(§. 116, Art. XIX.)

Die Gerichtsbarkeit steht in der Regel den Befehlshabern der Corps, Divisionen, Brigaden und Regimenter zu.

§. 88.
(§. 117, Art. XIX.)

Die Bundesstaaten werden die Grenzen der Gerichtsbarkeit bestimmen, welche sie den Commandanten ihrer Corps, Divisionen und Contingente übertragen wollen, und hiebei bedacht seyn, die Befugniss in der möglichsten Ausdehnung zu ertheilen.

(§. 118. cessat.)

§. 89.
(§. 119.)

Jeder im Hauptquartier angestellte Officier und Civilbeamte eines Bundesstaates, und jedes von den verschiedenen

Contingenten demselben zugetheilte Individuum, gehört unter die Gerichtsbarkeit des betreffenden Corps oder der Division.

In Fällen, wo ein gerichtliches Verfahren über ein solches Individuum nothwendig werden sollte, kann der Oberfeldherr nach Befinden durch den Auditor des Hauptquartiers solches über die begangenen Vergehen summarisch instruiren lassen. Dann aber müssen die Angeklagten, nebst den Untersuchungsacten, an ihre gerichtliche Behörde zur Aburtheilung abgeliefert werden.

Diese Bestimmungen haben auch für die Individuen, welche in den Hauptquartieren der Armeecorps angestellt sind, ihre analoge Anwendung zu finden.

§. 90.

(§. 120.)

Diejenigen Militär- und Civil-Bevollmächtigte, welche zum Hauptquartier abgeordnet sind, und nicht unter der Gerichtsbarkeit der Corps stehen, können nur bei solchen Verbrechen, wo Gefahr bei dem Verzuge statt fände, jenem summarischen Verhöre unterliegen, und müssen dann zur Aburtheilung an die betreffenden Behörden abgeliefert werden.

Wenn die Verhaftung eines solchen Abgeordneten nothwendig geworden, so wird der Oberfeldherr den entsprechenden Corpscommandanten unverzüglich zur Absendung eines provisorischen Bevollmächtigten auf so lange in das Hauptquartier einladen, bis von dem (den) betreffenden Staate (Staaten) eine neue definitive Ernennung für diesen Platz ergangen ist.

§. 91.

(§. 121.)

Diejenigen Individuen, welche durch freie Uebereinkunft und Annahme dem Hauptquartiere folgen, so wie auch alle Fremde, Kriegsgefangene u. s. w., stehen unter der Gerichts-

barkeit des Hauptquartiers, und werden nach den Gesetzen desjenigen Staates gerichtet, von welchem der Oberfeldherr ist.

§. 92.

(§. 124.)

Der Oberfeldherr hat das Recht, alle Befehlshaber des Heeres zu suspendiren, jeden Untergebenen verhaften zu lassen, und gerichtliche Untersuchung über sie bei ihren Behörden zu veranlassen; auch in Fällen, wo Gefahr mit dem Verzuge verbunden wäre, ein summarisches Verhör derselben anzuordnen.

Bei den gemischten Armeecorps haben sich die betheiligten Staaten über die Bestimmung des Gerichtsstandes des Corpscommandanten, der Divisionärs und Brigadiers zu vereinigen.

§. 93.

(§. 125.)

Gegen das Verbrechen des Meineides, des Verraths, der Feldflüchtigkeit und der Insubordination werden im Bundesheere durch besondere Kriegsartikel Strafbestimmungen getroffen, welche dem gesammten Kriegsheere als gleichförmiges Gesetz gelten sollen.

§. 94.

(§. 126.)

Die in den Kriegsartikeln nicht genannten Verbrechen und Vergehen werden nach den bei den Contingenten der einzelnen Staaten gültigen Gesetzen beurtheilt.

§. 95.

(§. 122.)

Der Oberfeldherr kann das Standrecht, nämlich den summarischen, ausserordentlichen Process, gegen Militärs in allen jenen ausserordentlichen Fällen anordnen, in welchen

schnelle Bestrafung des Beispiels wegen nöthig wird, und in den Gesetzen der verschiedenen Bundesstaaten nicht ohnehin schon das Standrecht festgesetzt ist.

§. 96.

(§. 123.)

Eben so hat der Oberfeldherr das Recht, das Martialgesetz, das heisst, das summarische peinliche Verfahren gegen den Bürger in Feindesland zu verkünden, und in Folge dessen das Standrecht anzuordnen. In den Bundesstaaten soll dies jedoch nur nach gepflogenen Benehmen mit den betreffenden Regierungen und erhaltener Zustimmung derselben geschehen.

§. 97.

(§. 127.)

Zur Handhabung der Heerespolizei wird eine eigene Gendarmerie errichtet, deren Minimum auf Zwei vom Hundert der Reiterei angenommen, und welche Zahl in das Cavallerie-Contingent eingerechnet wird.

Das Reglement enthält die allgemeinen Bestimmungen über ihre Bildung und Dienstleistung.

Zusammenstellung

der von den verschiedenen Bundestagsgesandtschaften
zu den fünf ersten Abschnitten der Grund-
züge etc. gemachten Bemerkungen.

(Beilage zu §. 102 des Protokolls der XVII. Sess.
vom 12. April 1821.)

I. Abschnitt.

Stärke des Bundesheeres.

§. 1.

Württemberg trägt darauf an, in dem zweiten Satze zu sagen:

»Das ordentliche Contingent eines jeden Bundesstaates.«

Baden schlägt vor, zu sagen:

»Das gewöhnliche Contingent« etc.

und den letzten Satz dieses §. zum §. 1½ zu ziehen.

Kurhessen schlägt folgende Redaction vor:

»Das Bundesheer ist aus den Contingenten aller Bundesstaaten zusammen gesetzt.

Das gewöhnliche Contingent eines jeden Bundesstaates ist der hundertste Theil seiner Bevölkerung, wie sie in der, unter Num. 1 beigefügten, vorläufig auf fünf Jahre angenommenen Matrikel verzeichnet ist.«

Grossherzogthum Hessen trägt auf die von *Württemberg* vorgeschlagene Redaction an.

§. 1½.

Württemberg schlägt folgende Redaction des ersten Absatzes vor:

»Zur streitbaren Mannschaft werden gerechnet: die Officiere, Unterofficiere, Gemeine, Spiel- und Zimmerleute, dann Artillerie - Fuhrwesens - Soldaten, soweit sie nach §. 15 zur Bedienung des Geschützes gerechnet werden können.«

Baden will den letzten Absatz des §. 1 zu diesem §. ziehen und die Bestimmung wegen der Fuhrwesens - Soldaten in folgender Art näher bezeichnen:

»Dann diejenigen Artillerie - Fuhrwesens - Soldaten, welche nach den Bestimmungen über das Verhältniss der Waffengattungen zur Bedienung des Geschützes gerechnet werden dürfen.«

Auch schlägt es vor, nach dem Worte: »Armee-fuhrwesen« in dem zweiten Absatze das Wörtchen: »für« zu wiederholen.

Kurhessen will, wie *Baden*, den letzten Satz des §. 1 zu diesem §. ziehen, und schliesst sich übrigens der von *Württemberg* vorgeschlagenen Redaction an.

Grossherzogthum Hessen trägt auf die von *Württemberg* vorgeschlagene Abänderung des ersten Absatzes an.

Grossherzogthum und *Herzogthümer Sachsen* tragen darauf an, dass die Mannschaft für das Armee-fuhrwesen, die Bäckerei und die Sanitätsanstalten in das Contingent-Procent mit eingerechnet werden möchte.

Oldenburg, Anhalt etc. schliessen sich dem Antrage der *Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Höfe* an.

§. 2.

Kurhessen will diesen §. weiter ausdehnen, und den §. 3 mit in denselben ziehen. Es trägt daher auf folgende Redaction an:

»Das Bundesheer muss, sobald es aufgeboden wird, in allen seinen Theilen vollständig gestellt und unterhalten werden.«

»Damit jedoch bei grösseren Verlusten einzelner Contingente keine unverhältnissmässigen Leistungen von einzelnen Staaten gefordert werden können; so soll das Maximum der Ergänzung während eines Kriegsjahres den zweihundertsten Theil der Bevölkerung nicht überschreiten.«

§. 3.

Königreich Sachsen trägt auf die Trennung der Ersatzmannschaft von der Reserve an, und schlägt folgende Fassung des §. 3 vor:

»Der Ersatz für das Heer soll in einem Kriegsjahre bei keinem Contingente den zweihundertsten Theil der Bevölkerung übersteigen.«

Württemberg schlägt ebenfalls vor, die Ersatzmannschaft von der Reserve scharf zu trennen und in Folge dessen den §. 3 ganz auszulassen, und die Bestimmung in Ansehung des Nachrückens der Verstärkungen im §. 36 zu begreifen.

Baden trägt ebenfalls auf diese Trennung an, und will daher den §. 3 weglassen und die Bestimmung über die Stärke der Reserve und über das Nachrücken der Verstärkungen des Heeres theils nach §. 9 eingeschaltet, theils dem §. 36 einverleibt haben.

Kurhessen trägt darauf an, die Ersatzmannschaft von der Reserve zu trennen, diesen §. 3 daher ganz wegzulassen und nach §. 9 einen eigenen §. folgendermassen einzuschalten:

»Um dergleichen Beschlüssen die Ausführbarkeit zu sichern, müssen in allen Bundesstaaten Einrichtungen zur Aufstellung von Reserven getroffen werden.«

Grossherzogthum Hessen wünscht bei Bestimmung der Reserve zu $\frac{1}{2}$ Procent festgesetzt zu sehen, dass die Cadres dazu auch im Frieden zu halten seyen, und hält dafür, diess würde etwa in der Weise ausgeführt werden können, dass

die Reserve ihre Feldorganisation auch im Frieden haben und ihre Mannschaften ausbilden müsse; — dass ferner die Ergänzungsdepots im Frieden in dem organisirten Corps der Reserve und des Contingents aufgenommen und daher die Summe der Compagnien und Schwadronen so viele Gemeine überzählig haben müsse, als die Ergänzungsdepots ($\frac{1}{6}$ Procent) Mann erfordern.

Holstein tritt ebenfalls dem Antrage bei, den Unterschied, der zwischen der Ersatzmannschaft und der zur ausserordentlichen Verstärkung des Heeres dienenden Reserve besteht, schärfer zu bezeichnen; es solle daher im §. 3 nur von Ersatzmannschaft gesprochen, und bestimmt werden, dass das Maximum derselben in einem Kriegsjahre den zweihundertsten Theil der Bevölkerung nicht übersteigen dürfe.

Oldenburg etc. glaubt, es sey als Hauptzweck der Reserve anzusehen, dass eine hinreichende, zur Ergänzung des Heeres dienende, geübte Mannschaft vorhanden sey, indem die Ergänzung Regel, die Verstärkung aber Ausnahme in ausserordentlichen Fällen sey, und es bedenklich scheine, für diese letztere zum Voraus besondere Anstalten treffen zu wollen. Man könne daher die doppelte Bestimmung der Reserve wohl anführen, allein man dürfe nicht weiter gehen, und müsse vorzüglich alles vermeiden, was direct oder indirect dahin führen würde, den Grund zu einer Reserve-Armee zu legen. Auch werde es hier dem allgemeinen Zwecke am meisten entsprechen, wenn, mit Vermeidung von Detailvorschriften, den Bundesgliedern der gehörige Spielraum gelassen werde, nach ihren Localverhältnissen wegen der Reserve solche Einrichtungen zu treffen, welche ihnen am wenigsten lästig seyen, ohne jedoch dem Hauptzwecke zu schaden.

§. 4.

Baiern findet, dass dieser §. nicht ganz im Einklange mit dem §. 39 stehe, indem nach letzterem der Bund be-

schliessen wird, ob die Reserve ganz oder zum Theil mobil gemacht werden solle, während nach ersteren ein Drittel dieser Reserve gleich nach dem Ausrücken des Bundesheeres nur als Ersatzmannschaft aufgestellt, und unausgesetzt vollständig erhalten werden muss.

Königreich Sachsen schlägt vor, in der ersten Zeile, anstatt: »Reserve«, zu setzen: »Ersatzmannschaft« und in der zweiten Zeile die Worte: »als Ersatzmannschaft«, wegzulassen.

Württemberg trägt, in Folge der zu §. 3 gemachten Bemerkung, auf folgende Redaction an:

»Um die Vollständigkeit desselben (des Heeres) fortwährend zu sichern, muss sogleich nach dem Ausrücken des Bundesheeres ein Sechstheil Procent der ganzen Bevölkerung als Ersatzmannschaft aufgestellt und unausgesetzt vollzählig erhalten werden. Sechs Wochen nach dem Ausrücken des Bundesheeres wird von diesem Depot die Hälfte, nämlich $\frac{1}{12}$ tel Procent der ganzen Bevölkerung, als Ergänzung dem Heere nachgesendet, mit den übrigen Nachsendungen aber von zwei zu zwei Monaten, nach Maassgabe des Bedarfs fortgefahren.«

Baden schlägt in Folge seiner zum §. 3 gemachten Bemerkung vor, die Worte: »ein Drittel der Reserve, oder« auszulassen.

Der erste Satz des §. 4 würde demnach lauten:

»Gleich nach dem Ausrücken des Bundesheeres muss ein Sechstheil Procent der ganzen Bevölkerung als Ersatzmannschaft aufgestellt und unausgesetzt vollständig erhalten werden.«

Kurhessen schlägt, in Folge seiner zu den vorhergehenden §. §. gemachten Bemerkungen, folgende Redaction vor:

»Gleich nach dem Ausrücken des Bundesheeres muss ein Sechshunderttheil der Bevölkerung als Ersatzmannschaft aufgestellt und unausgesetzt vollständig erhalten werden.«

»Sechs Wochen nach dem ersten Ausrücken des Bundesheeres wird von diesen Depots die Hälfte, mithin ein Zwölfhunderttheil der Bevölkerung, als Ergänzung dem Heere nachgesendet, mit den übrigen Nachsendungen aber, nach Maassgabe des Bedarfs, fortgeföhren.«

§. 5.

Baiern erachtet eine nähere Bestimmung für nothwendig, dass Ergänzung und Reserve den zweihundertsten Theil der Bevölkerung nicht übersteigen dürfen.

Königreich Sachsen schlägt in Folge der zu §. 3 gemachten Bemerkung vor, diesen §. 5 wegzulassen.

Württemberg schlägt folgende Redaction vor:

»Damit bei grösseren Verlusten einzelner Contingente keine unverhältnissmässigen Leistungen statt finden, soll das Maximum der Ersatzmannschaften während eines Kriegsjahres den zweihundertsten Theil der Bevölkerung in der Regel nicht übersteigen.«

Baden trägt ebenfalls auf diesen Zusatz: »in der Regel«, an.

Kurhessen trägt, wie *Württemberg*, darauf an, anstatt: »während eines Feldzugs« zu sagen: »während eines Kriegsjahres. Uebrigens schlägt es vor, diesen §. mit dem §. 2 zu vereinigen. (Siehe bei §. 2.)

Mecklenburg trägt ebenfalls darauf an, dass Ersatz und Reserve zusammen das halbe Procent der Bevölkerung nicht übersteigen dürfen.

Die freien Städte schliessen sich demselben Antrage an.

§. 8.

Württemberg schlägt vor, im ersten Absatze dieses §. zu sagen:

»alle im Spital befindlichen Verwundeten und Kranken.«

Baden tritt diesem Antrage bei; eben so

Kurhessen und

Grossherzogthum Hessen.

§. 9.

Königreich Sachsen schlägt vor, nach diesem §. folgende weitem zwei §§. einzuschalten:

»§. 9. a. Diese ausserordentlichen Anstrengungen bestehen entweder in Verstärkung des Bundesheeres durch Aufstellung einer besondern Reserve, oder in Erhöhung des als Regel festgesetzten Maximums der Ersatzmannschaft.«

»§. 9. b. Es können solche in keinem Falle von einzelnen Bundesstaaten, sondern nur im Allgemeinen nach der Matrikel verlangt werden.«

Württemberg trägt, um den Unterschied zwischen Ersatzmannschaft und Reserve festzustellen, und das Aufgebot sowohl der ersten (in so fern sie das als Maximum angenommene Maas überschreitet) als auch in jedem Falle der zweiten, von besondern Bundesbeschlüssen abhängig zu machen, auf folgende Fassung dieses §. an:

»Grössere allgemeine Anstrengungen müssen durch besondere Bundesbeschlüsse bestimmt werden.«

»Dieselben können, nach Maassgabe der Umstände, entweder in einer Vermehrung der in dem §. 5 als Regel angenommenen Ersatzmannschaft, oder in der Aufstellung einer verhältnissmässigen Reserve bestehen, in Ansehung welcher die im §. 1 über den Begriff

der streitbaren Mannschaft angenommenen Grundsätze gleichfalls zur Anwendung kommen.«

Baden, schlägt in Folge der zu §. 3 gemachten Bemerkung, folgende Fassung vor:

»§. 9. Grössere Anstrengungen müssen durch besondere Bundesbeschlüsse bestimmt, und können nur allgemein für alle Bundesstaaten angeordnet werden.«

»§. 9 $\frac{1}{2}$. Zum Behufe solcher grösserer Anstrengungen dient die Reserve, welche aus zwei Sechstel Procent der Bevölkerung besteht.«

Kurhessen trägt ebenfalls auf folgende Fassung an:

»Grössere Anstrengungen müssen durch besondere Bundesbeschlüsse angeordnet werden, und können nur allgemein alle Bundesstaaten, nicht einzelne ausschliesslich, treffen.«

und lässt dann auf diesen §. den bereits bei §. 3 angeführten Zusatz-Paragraphen folgen.

§. 10.

Königreich Sachsen schlägt vor, anstatt:

»Diejenigen Abtheilungen der Reserve, welche bei aussergewöhnlichen Anstrengungen zur Verstärkung des Bundesheeres nachrücken, müssen in allen ihren Theilen u. s. w.

bloss zu setzen:

«Die Reserve muss etc. etc.»

Württemberg schlägt in Folge der bei §. 9 angetragenen Abänderung vor, in der ersten Periode des §. 10, statt:

»bei aussergewöhnlichen Anstrengungen«,
zu sagen:

»bei solchen aussergewöhnlichen Anstrengungen«

und am Schlusse dieses §. nachfolgende Bestimmung beizusetzen:

»Diese Reserven werden mit dem betreffenden Armeecorps, oder, wenn dieses nicht möglich ist, in selbstständige Körper vereinigt, welche mit jenen analog zusammenzusetzen, zu befehligen, zu organisiren und zu behandeln sind«,

indem es für die mittleren Staaten von besonderer Wichtigkeit sey, festzusetzen, dass die Reserven entweder mit den betreffenden Armeecorps, oder doch in Divisionen vereinigt werden, um hierdurch die Zutheilung derselben zu grössern Reserve-Contingenten zu verhindern.

Baden schlägt vor, am Anfange der ersten Periode dieses §. die Worte:

»bei aussergewöhnlichen Anstrengungen«

wegzulassen, und am Schlusse derselben zu setzen:

»bei grösseren Staaten in Divisionen und Brigaden, bei mittleren in Brigaden, Regimentern, und Batterien, und bei kleineren endlich in Bataillons, Escadrons und halben Batterien u. s. w.«

Kurhessen schlägt vor, in der ersten Periode dieses §. die Worte:

»und desshalb aus auxercirten Soldaten bestehen« wegzulassen, und die zweite Periode auf folgende Art zu fassen:

»Sollte die Reserve eines Bundesstaates weniger als ein Bataillon oder eine Escadron ausmachen; so kann dieselbe dem Contingente im zuerst ausgerückten Heere einverleibt werden, es sey denn, dass mehrere kleine Staaten eines Armeecorps vorziehen sollten, ihre Reserven in eine geschlossene Abtheilung zusammenstossen zu lassen.«

Grossherzogthum Hessen tritt dem von *Württemberg* vorgeschlagenen Zusatze bei.

Die Verhandlungen in der Militärcommission zu Abschnitt I. Siehe Militärprotokolle Sess. XIV. 61. S. 138; Sess. XXVII. 97. S. 298. 300; Sess. XXIX. 101. S. 312; Sess. XXX. 105. S. 332; Sess. XXXI. 107. S. 340. (Redaction S. 147. 375.)

II. Abschnitt.

Verhältniss der Waffengattungen.

§. 11.

Württemberg trägt auf einen Zusatz an, vermöge dessen die gemischten Corps von der Detachirung zur grossen Cavallerie- und Artillerie-Reserve befreit würden.

Baden stellt den Antrag, das Verhältniss der Reiterei auf $\frac{1}{8}$ tel der Gesamtzahl der Bundesmacht herabzusetzen.

Kurhessen macht denselben Antrag wie *Württemberg*, glaubt jedoch, dass diese Bestimmung in §. 62 vorgetragen werden solle.

Grossherzogthum Hessen tritt ebenfalls diesem Antrage bei.

Grossherzogthum und *Herzogthümer Sachsen* schliessen sich dem Badischen Antrage an, so wie auch

Oldenburg etc. und die Höfe der 16. Curie.

§. 15.

Hannover (vid. die Bemerkung zu §. 44).

Württemberg schlägt vor, zu sagen:

»In Rücksicht des Calibers des Geschützes wird die Artillerie des Bundesheeres in der Regel bestehen, aus u. s. w.«

Dieser Zusatz »in der Regel« sey nöthig, weil eine genaue Befolgung der hier wegen des Calibers gegebenen Vorschrift theils unmöglich, theils für manche Staaten höchst lästig seyn würde, ohne dass dabei ein höherer Zweck zu erreichen wäre.

Kurhessen schlägt folgende Fassung vor:

»Die Feldartillerie des Bundes wird rücksichtlich des Calibers in der Regel bestehen aus u. s. w.«

Grossherzogthum Hessen tritt dem *Württembergischen* Vorschlage bei.

§. 14.

Baiern bemerkt, dass die Anzahl der Belagerungs-Haubitzen und der Mörser (wozu die Munition so beträchtliche Transportmittel erfordere) gegen jene der schweren Kanonen sehr gross erscheine, und ein solches Verhältniss nur auf das in neueren Zeiten angenommene System — die Uebergabe der festen Plätze mehr durch Zerstörung der Städte, als ihrer Festungswerke, herbeizuführen — einigermaßen begründet werden könne.

Baden und

Grossherzogthum Hessen erklären: dass sie die ihnen zufallenden Geschützstücke des Belagerungsparks selbst in natura stellen wollen.

Grossherzogthum und *Herzogthümer Sachsen* stellen den Antrag, dass der Vorschlag des 8. Ausschusses der Wiener Conferenzen angenommen werden möge.

Oldenburg etc. etc. schliesst sich diesem Antrage an.

§. 17.

Baiern bemerkt, dass es allerdings für das Bundesheer sehr vortheilhaft seyn würde, wenn Oesterreich und Preussen für ein jedes ihrer Armeecorps einen Pontonstrain für grosse Flüsse nach Massgabe des Bedürfnisses stellten; in dem Aus-

rüstungs-Entwürfe für das Kaiserlich-Königlich-Oesterreichische Contingent zum deutschen Bundesheere (Beilage 1. zu abg. Schr. 76) sei aber die Ausrüstung von $4\frac{1}{2}$ Divisionen Pontons, d. i. von 90 Pontons angesetzt (also 30 auf jedes Armeecorps) und zu einer Flussbreite von 300 rheinischen Schuhen seyen — ohne Reserven — 25, und mit derselben ungefähr 31 Pontons erforderlich, welche jedes der übrigen (6. bis 10. Armeecorps) zu stellen hätte.

Württemberg findet den aufzustellenden Pontonstrain zu zahlreich, und trägt darauf an, dass jedes Armeecorps nur 20 Pontons mittlerer Grösse mit sich führe.

Diess gebe für das ganze Bundesheer einen Train von 200 Pontons, welche hinreichend seyen, um die grössten Flüsse auf 2 bis 3 Brücken zu passiren und jedes einzelne Armeecorps in den Stand setzten, einen Fluss von 300 bis 400 Fuss Breite zu übersetzen.

Baden tritt diesem Antrage bei, eben so

Grossherzogthum Hessen und Oldenburg etc.

§. 19.

Baiern bemerkt, in diesem Paragraph seyen nicht nur die Sappeurs und Mineurs beizufügen, sondern auch die nach §. 15 zur Bedienung des Belagerungs-Geschützes gehörige Artillerie-Mannschaft; — auch werde es besser seyn, statt

«Artillerie-Mannschaft für die Feldgeschütze»,

zu setzen:

«Bedienung der Feldgeschütze»,

weil auch diejenigen Fuhrwesens-Soldaten, welche die zur Bedienung eines Geschützes auf 36 Mann festgesetzte Anzahl nicht überschritten, mit einbegriffen seyen.

Königreich Sachsen schlägt folgende allgemeine Fassung vor:

«Das numerische Verhältniss der Infanterie ergibt sich von selbst, wenn alle übrige streitbare Mannschaft von der Gesamtzahl des ganzen Heeres abgezogen wird.»

Württemberg tritt den *Baierischen* Bemerkungen bei; eben so

Kurhessen und

Grossherzogthum Hessen.

§. 21.

Grossherzogthum und *Herzogthümer Sachsen* tragen darauf an, dass die Bestimmung:

«kein Contingent dürfe zum grösseren Theile aus Landwehr bestehen»,

weggelassen werde.

Verhandlungen in der Militärcommission zu Abschn. II, s. Militärprotokolle Sess. XV. 64, S. 156; — Sess. XXIII. 83, S. 246; — Sess. XXVI. 94, S. 291; — Sess. XXVII. 97, S. 306; — Sess. XXX. 105, S. 332; — Sess. XXXI. 107, S. 340. — (Redaktion S. 161. 377.)

III. Abschnitt.

Eintheilung des Bundesheeres.

§. 23.

Oldenburg etc. bemerkt, es dürfte bei der Bestimmung der Grösse der Bataillons, Schwadronen und Compagnien darauf Rücksicht genommen werden, dass ein kleiner Unterschied billig nicht zu beachten wäre.

§. 28½.

Grossherzogthum und Herzogthümer Sachsen tragen auf Entfernung der Bestimmung eines Minimums der selbst zu stellen möglichen Cavallerie an.

§. 29.

Oldenburg etc. bemerkt, es bleibe hier eine nähere Bestimmung zu wünschen, wie die der Bundesversammlung vorbehaltenen Entscheidung zu bewirken sey, indem sich Hindernisse einer Vereinigung denken liessen, die durch keine Entscheidung beseitigt werden könnten, und wo also nichts übrig bleiben dürfte, als ein Arrangement zu befördern, wie es nach den Umständen möglich befunden werde.

§. 30.

Oldenburg etc. etc. bemerkt, die in diesem Paragraph enthaltene Bestimmung scheine Sache des Oberfeldherrn; und nicht Gegenstand der jetzt zu beschliessenden Organisation zu seyn.

Verhandlungen in der Militärcommission zu Abschn. III, s. Militärprotokolle Sess. XV. 64, S. 159; Sess. XXIX. 101, S. 316. 320. 321; — Sess. XXX. 105, S. 334; — Sess. XXXI. 107, S. 340. — Sess. XLVII. 156, S. 597. 599—600. (Redaktion S. 163. 379.)

IV. Abschnitt.

Bereithaltung im Frieden.

§. 31.

Oesterreich bemerkt, es dürfte zweckmässiger seyn, sich dahin zu vereinigen, dass die Sammelplätze in dem Augenblicke bestimmt werden sollen, in welchem sich der Bund für die Mobilmachung seines Heeres entscheidet.

Kurhessen tritt dieser Bemerkung mit dem Antrage bei, dass der letzte Satz dieses §. lieber ganz weggelassen und am Schlusse des ersten Satzes, statt: «bestimmten,» gesetzt werde «zu bestimmenden.»

§. 32.

Württemberg schlägt vor, blos zu sagen:

«Um diesen Zweck zu erreichen, werden folgende
«Grundsätze angenommen:»
und mithin den Zwischensatz:

«und diejenigen Bestimmungen erfüllen zu können,
«welche im ersten Abschnitt §. 3, 4 und 5, in Be-
«ziehung auf die Reserve festgesetzt wurden»

ganz wegzulassen.

Grossherzogthum und *Herzogthümer Sachsen* bemerken, es dürfte jedem Bundesfürsten gegen seine Verantwortlichkeit überlassen werden, welche Einrichtungen er als die den örtlichen Verhältnissen angemessensten und zweckmässigsten im Frieden treffen wolle; es dürfte demnach hinreichend seyn, wenn jeder Bundesstaat die Verpflichtung übernehme, das Kriegscontingent vier Wochen nach erfolgter Aufforderung schlagfertig zur Disposition des Oberfeldherrn zu stellen, und alle weiteren beschränkenden Bestimmungen wegen der Beurlaubung könnten wegfallen.

§. 34.

Hannover trägt darauf an, dass das in diesem Paragraph ausgesprochene Verbot der Beurlaubung der Unterofficiers bei der Reiterei, wo nicht weggelassen, doch so modificirt werde, dass es weniger drückend sey. Wenigstens für Hannover müsste in dieser Hinsicht eine Modification in Anspruch genommen werden, indem jenes Verbot mit den dortigen ökonomischen Einrichtungen bei der Cavalerie auf eine auffallende Weise unverträglich sey.

Kurhessen tritt diesem Antrage bei und schlägt demnach vor, bei b) die Worte: »ohne irgend eine Beurlaubung der Unterofficiere« wegzulassen, so wie bei c) am Ende die Worte: »der ganzen Mannschaft.«

Oldenburg etc. hält alle beschränkenden Bestimmungen wegen Beurlaubung für drückend und für überflüssig, wenn nur Sicherheit gegeben werde, dass die Contingente in tüchtigem und vollzähligem Stande wirklich gehalten werden.

§. 35.

Kurhessen schlägt vor, zu sagen:

»die gesamte Mannschaft des gewöhnlichen Contingents« u. s. w.

Liechtenstein bemerkt, es dürfte zu drückend seyn, wenn sein 55 Mann starkes Contingent in Folge des zweiten Satzes dieses §. alle Jahre einmal zum Zusammenrücken von Vaduz nach Darmstadt marschiren müsste.

§. 36.

Königreich Sachsen schlägt folgende Fassung vor:

»Damit die Reserve bei deren Aufgebot durch besondere Bundesbeschlüsse zehn Wochen nach solchem auf den Sammelplätzen der Contingente schlagfertig aufgestellt werden können, müssen auch in Friedenszeiten in jedem Bundesstaate Cadres von Officieren, Unterofficieren und Spielleuten für ein Drittheil Procent der Bevölkerung vorhanden seyn, auch Anstalten getroffen werden, dass sie aus exercirten Soldaten bestehen könne.«

Württemberg schlägt in Folge der zu §. 3 gemachten Bemerkungen folgende Fassung des §. 36 vor:

»Um die Aufstellung der Reserve zu sichern, müssen in jedem Bundesstaate schon in Friedenszeiten Cadres von Officieren, Unterofficieren und Spielleuten für

»ein Drittheil Procent der Bevölkerung vorhanden
 »seyn, damit, zehn Wochen nach dem die Aufstellung
 »der Reserve bestimmenden Bundestagsbeschlusse, voll-
 »kommen geübte und ausgerüstete Regimenter, Ba-
 »taillons und Escadrons schlagfertig aufgestellt wer-
 »den können.«

Die Aufstellung von Sanitäts- und Verpflegsbeamten für die Reserve in Friedenszeiten, hält Württemberg für unnöthig.

Baden schlägt folgende Fassung vor:

»Für die Reserve müssen in jedem Bundesstaate schon
 »in Friedenszeiten Cadres von Officiern, Unteroffi-
 »cieren und Spielleuten, nebst dem nöthigen Material
 »vorhanden seyn, damit, zehn Wochen nach dem
 »eine grössere allgemeine Anstrengung bestimmenden
 »Bundesbeschlusse, vollständig geübte und ausgerüstete
 »Regimenter, Bataillons und Escadrons marschfertig
 »aufgestellt werden können.«

Kurhessen trägt auf nachstehende Fassung an:

»Zum Behuf der Reserve müssen in jedem Bundes-
 »staate, der nicht ohnehin eine grössere Anzahl von
 »felddiensttauglichen Linientruppen oder Landwehr
 »unterhält, als das gewöhnliche Contingent beträgt,
 »schon in Friedenszeiten Cadres von Officiern, Un-
 »terofficiern und Spielleuten für den dreihundertsten
 »Theil der Bevölkerung, nebst dem nöthigen Material
 »vorhanden, auch solche Einrichtungen getroffen seyn,
 »damit, zehn Wochen nach dem gefassten Bundesbe-
 »schlusse, vollständig geübte und ausgerüstete Regi-
 »menter, Bataillons und Escadrons schlagfertig aufge-
 »stellt werden können.«

Grossherzogthum Hessen schlägt vor, nach »Unter-
 officieren« noch »Spielleuten« einzuschalten.

Holstein bemerkt, dass die Cadres für die Ergänzungs-Reserve, wenn dieselbe, zehn Wochen nach gefasstem Bundesbeschlusse, in geschlossenen Truppen-Abtheilungen und aus geübter Mannschaft bestehend, ausrücken soll, nicht allein in einigen wenigen Officieren und Unterofficieren bestehen können, sondern dass auch eine Anzahl vollkommen geübter Gemeine hierzu erforderlich und zu bestimmen sey, z. B. für jede Compagnie oder Escadron 20 Mann. Diese Cadres wären in dem angenommenen zweihundertsten Theile der Bevölkerung zu begreifen, jedoch nicht als eigene Ersatzmannschaft anzusehen und nachzusenden, wohl aber dazu zu verwenden, die Ersatzmannschaft auszubilden, um solche einigermaßen exercirt absenden zu können. Zu Ausfüllung dieser Cadres müsse durch besondere Landeseinrichtungen Vorsicht getroffen, diese aber jedem Bundesstaate vertrauensvoll überlassen werden.

Oldenburg etc. bezieht sich auf die zu §. 3 gemachte Bemerkung, und hält es für bedenklich, für den ausserordentlichen Fall einer Verstärkungs-Reserve schon jetzt Vorsehung zu treffen.

§. 37.

Königreich Sachsen hält eine Redactionsveränderung in der Art für nöthig:

dass die Einsendung dieser Ausweise nicht von den einzelnen Contingenten, sondern corps- oder divisionsweise statt finde.

Württemberg tritt der Meinung der Militärcommission bei, dass bloss die gemischten Armeecorps Listen nach einer bestimmten Vorschrift in Friedenszeiten einsenden würden, wogegen es den ungemischten Armeecorps zu überlassen sey, solche ganz nach den bei ihnen bestehenden Einrichtungen abzufassen. Es schlägt daher folgende Abänderung des §. 37 vor:

« Am 1. Januar jeden Jahres werden diejenigen Bundesstaaten, welche eigene Armeecorps bilden, contingentweise, diejenigen der gemischten Armeecorps aber, corps- oder doch wenigstens divisionsweise der Bundesversammlung ihre Standesaussweise vorlegen lassen. »

« Die unter Zahl 3 beigelegte Tabelle zeigt die Form der Standesaussweise, über welche sich die Theilhaber der gemischten Armeecorps vereinigt haben. »

« Diejenigen Bundesglieder u. s. w. »

Baden schlägt folgende Fassung vor:

« Der Bundesversammlung wird am 1. Januar jeden Jahres eine Uebersicht des Standes des Bundesheeres vorgelegt. »

« Den Bundesstaaten, deren Contingent ein oder mehrere Armeecorps in sich begreift, bleibt es überlassen, die dessfallsigen Tabellen nach den bei ihnen geltenden Einrichtungen abzufassen. »

« Bei den gemischten Armeecorps werden sie nach dem unter Ziffer 3 vorgelegten Schema gefertigt und corps- oder wenigstens divisionsweise eingereicht. »

« Diejenigen Bundesglieder u. s. w. »

Kurhessen schliesst sich dem *Württembergischen* Antrage an, eben so

Grossherzogthum Hessen.

Holstein bemerkt, dass dieser §. eine genauere Fassung zu bedürfen scheine und in demselben auszusprechen seyn möchte:

« Den ungemischten Armeecorps bleibe es überlassen,

« die tabellarischen Ausweise in denjenigen Formen
 « an die Bundesversammlung zu senden, die nach ihren
 « Einrichtungen bestehen; die gemischten Corps aber
 « müssen ihre Ausweise nach der unter Ziffer 3 bei-
 « liegenden Tabelle divisionsweise der Bundes-
 « versammlung einschicken, »

da in militärischer Beziehung die Divisionen ein selbststän-
 diges Ganze bilden, und der Ueberblick des Bestandes des
 Heeres dadurch erleichtert werden würde.

Verhandlungen in der Militärcommission zu Abschn. IV, s. d.
 Militärprotokolle. Sess. XVI. 68, S. 166; Sess. XVII. 70, S. 169;
 — Sess. XXIII. 83, S. 246; — Sess. XXVI. 94, S. 291; — Sess.
 XXVII. 97, S. 300; — Sess. XXX. 105, S. 334; — Sess. XXXI. 107,
 S. 340. (Redaktion S. 181. 380.)

V. Abschnitt.

Mobilmachung des Bundesheeres.

§. 39.

Baiern bemerkt, dass der zweite Satz dieses §. nicht
 ganz im Einklange mit dem §. 4 stehe, wie schon bei die-
 sem §. bemerkt worden.

Kurhessen schlägt in Folge der zu den §§. 5 — 10
 gemachten Bemerkungen vor, den letzten Satz des §. 39
 wegzulassen.

Oldenburg etc. findet ebenfalls eine besondere Bestimmung
 wegen Mobilmachung der Reserve bedenklich, indem es sich
 von selbst verstehe, dass wenn ein Bundesbeschluss ausser-
 ordentliche Anstrengungen fordere, auch in dieser Hinsicht
 Vorsehung getroffen werden müsse.

§. 41.

Württemberg bemerkt, dass eine Gleichstellung des Soldes der Truppen in den gemischten Corps vielen Staaten sehr lästig fallen würde, und trägt desshalb darauf an, diesen §. ganz zu streichen, und den Gegenstand der freien Uebereinkunft der ein Armeecorps bildenden Staaten zu überlassen.

Kurhessen schlägt ebenfalls vor, diesen §. wegzulassen, oder wenigstens statt: «Sold der Truppen», zu setzen: «Sold der Mannschaft vom Feldwebel abwärts.»

Grossherzogthum Hessen tritt dem *Württembergischen* Antrage bei.

§. 42.

Württemberg schlägt vor, auch diesen §. zu streichen, indem den Bestimmungen über die Naturalverpflegung ohnehin ein eigener (der IX.) Abschnitt gewidmet sey.

Grossherzogthum Hessen schliesst sich diesem Antrage an.

§. 44.

Hannover bemerkt, dass es zwar keine Abänderung dieses §. beabsichtige, aber für sein Contingent die Modification in Anspruch nehmen müsse, anstatt 12pfündiger Geschütze 9pfündige zu stellen, welche bei Berücksichtigung des Gutachtens der Militärcommission wohl zugestanden werden könne.

§. 45.

Königreich Sachsen trägt darauf an, dass eine Bestimmung in Hinsicht der den Munitions-Depots beizugebenden Transportmittel beigefügt werde, wodurch das Fuhrwesen dieser Depots so viel als möglich beschränkt werde, und den Bundesstaaten die Unkosten, welche während eines Krieges durch zu grosse Forderungen und willkührliche Ausschreibungen an Bespannung zur Last fallen würden, erspart werden.

Württemberg schlägt vor, anstatt: «von der Aufstellung des Bundesheeres», zu setzen: «von der ersten Aufstellung des Bundesheeres.»

Kurhessen bemerkt, dass der Munitionsbedarf ohnehin etwas hoch angesetzt scheine, und nach der in diesem §. enthaltenen Bestimmung der Transport des letzten Drittheils desselben eine neue bedeutende Last sey; es möchte daher zweckmäßiger seyn, wie *Württemberg* bloss die erste Aufstellung des Heeres anzuführen, und folgende Bestimmung beizusetzen:

«Das Abholen von dort, oder das Vorrücken der
«Depots besorgt der Artillerie-Director, mit den ihm
«zu Gebote stehenden Mitteln.»

Holstein tritt dem *Württembergischen* Antrage bei.

§. 49.

Kurhessen wünscht eine nähere Bezeichnung, ob unter der viertägigen Naturalverpflegung für die Mannschaft auch Fourage — wenigstens Haber oder Gerste — zu viertägiger Verpflegung der Pferde verstanden sey.

§. 51.

Württemberg bemerkt, dass bei Gelegenheit dieses §. vielleicht die Rangirung der Truppen, die Mittheilung der Anciennetäts-Listen und die Wahl und Ernennung der Central-Stellen zur Sprache gebracht werden dürfte. In diesem Falle erkläre es sich für das Gutachten der Militärcommission vom 4. Oct. 1820. (pag. 495 bis 497 der Protocolle der Bundesversammlung).

Verhandlungen in der Militärcommission zu Abschn. V, s. d. Militärprotokolle. Sess. XVIII. 73, S. 187; — Sess. XXIII. 83, S. 246; Sess. XXVI. 94, S. 291; Sess. XXX. 105, S. 334; Sess. XXXI. 107, S. 340. (Redaktion S. 196. 382.)

Zusammenstellung

**der von den verschiedenen Bundestagsgesandtschaften
zur zweiten Abtheilung der Grundzüge gemachten
Bemerkungen.**

(Beilage zu §. 193 des Protokolles der XXIV. Sess. vom 11. Juli 1822.)

VI. Abschnitt.

Oberfeldherr.

§. 52.

Württemberg hält den für die Hinweglassung dieses §. im Ausschussberichte vorgetragenen Grund, dass er wesentlich schon in den Umrissen enthalten sey, nicht für zureichend, denn man müsste wohl von dem Grundsatz ausgehen, dass bei Fassung der fünf letzten Abschnitte der Grundzüge eben so, wie bei der der fünf ersten Abschnitte geschehen, die Bestimmungen der allgemeinen, einstimmig angenommenen Umrisse keineswegs übergangen, sondern mit der Entwicklung, welche sie in den Grundzügen erhalten, verschmolzen werden sollen.

Ueberdiess bestimme der Artikel XIII der Umrisse lediglich:

«Der Oberfeldherr wird jedesmal, wenn die Aufstellung des Kriegsheeres beschlossen wird, vom Bunde
«erwählt».

Er enthalte also keine Bestimmung für den Fall, dass nur ein Theil des Bundesheeres zusammengezogen werde.

Diesen Fall berücksichtige der §. 52 der Grundzüge, und er müsse irgendwo berücksichtigt werden. Wenn daher der §. 52 beibehalten, oder irgendwo ein gleichbedeutender Satz aufgestellt werde, so werde diesem noch eine andere Bestimmung beigelegt werden müssen, etwa die:

«In Fällen, wo für letztgedachte oder ähnliche Zwecke nur ein kleiner Theil des Bundesheeres zusammen zu ziehen für nöthig erachtet wird, bleibt der Beschlussnahme der Bundesversammlung vorbehalten, ob damit sogleich die Ernennung eines Oberfeldherrn des Bundes verbunden oder für die Dauer der genommenen Maasregel eine andere, den Umständen angemessene Anordnung, wegen des oberen Befehles eines solchen Corps, getroffen werden soll».

Denn in solchen Fällen würde die gleichbaldige Ernennung eines Bundesfeldherrn doch gewiss einen unnöthigen Kostenaufwand verursachen.

Grossherzogthum und Herzogthümer Sachsen wünschen die Zusatzbestimmung, dass, vier Wochen nach Unterzeichnung eines Präliminar- oder Definitiv-Friedens, die Befugnisse des Oberfeldherrn und alle für das Hauptquartier und sonstige extraordinäre Anstrengungen bewilligten Zulagen aufhören sollen.

Die Höfe der 15. Stimme halten die Beibehaltung dieses Artikels für rathsam; bemerken jedoch, dass aus dem letzten Satze desselben die Folgerung gezogen werden könne, dass nur der Friede das Verhältniss des Oberfeldherrn zu ändern im Stande sey; diess sey aber wohl nicht die Absicht, da noch mannigfaltige Ereignisse und Ursachen vorkommen könnten, welche eine Veränderung im Commando nothwendig machten, ohne sich desshalb gerade zur Beurtheilung eines Kriegsgerichtes zu eignen.

§. 53. *Königreich Sachsen* schlägt vor, die §§. 53 und 54 in einen zu vereinigen, welcher sodann auf folgende Art zu fassen wäre:

« Der Oberfeldherr verhält sich zum Bunde, wie jeder
« commandirende General zu seinem Souverain, und
« erhält von der Bundesversammlung, die mit ihm
« durch einen aus ihr gewählten Ausschuss in Ver-
« bindung steht, allein Vollmachten und Befehle » etc.

Es schlägt ferner, als nähere Bestimmung in Bezug auf diesen zu wählenden Ausschuss, den Zusatz vor:

« Dass, in Hinsicht der gemischten Corps, ein Ge-
« sandter derjenigen Regierungen, welche ein solches
« Corps stellen, dem Ausschusse, nach der Wahl der
« Bundesversammlung, beigesetzt werde ».

Grossherzogthum und Herzogthümer Sachsen tragen darauf an, den Zusatz:

« welcher mit ihm durch einen aus ihr gewählten Aus-
« schuss in Verbindung steht », wegzulassen.

Die Höfe der 15. Stimme finden diesen Zusatz zweckmässig und tragen auf Beifügung der Bestimmung an,

« dass dieser von der Bundesversammlung zu wählende Ausschuss aus den Gesandten von Oesterreich, Preussen, Baiern, dem Gesandten eines der Staaten des 8. Corps, einem des 9., und einem des 10. bestehe, welche letzteren Drei alle Jahre neu zu wählen wären ».

§. 54. *Preussen* trägt darauf an, die Formulirung des von dem Oberfeldherrn zu leistenden Eides erst dann zu veranlassen, wenn das Dienstverhältniss desselben völlig festgesetzt ist.

Württemberg bemerkt, dieser Antrag von Preussen scheine dadurch beseitigt, dass die Abstimmung über die Formel des Diensteides, den der Oberfeldherr zu leisten habe, von der über die fünf letzten Abschnitte der Grundzüge getrennt worden sey.

Baden glaubt, dass die Redaction der Eides-Formel für den Oberfeldherrn nicht von der Militärcommission, sondern von dem Bundestags-Ausschusse zu entwerfen seyn dürfte, indem dieser Eid nicht aus dem rein-militärischen, sondern mehr aus dem politischen Standpunct betrachtet werden müsse, und sich daher vorzugsweise zur Bearbeitung durch die Bundesversammlung eigne.

§. 36.

Preussen stimmt für unveränderte Beibehaltung dieses §., und hält auch den bei dem zweiten Absatz vom Bundestags-Ausschuss vorgeschlagenen Zusatz für unnöthig.

Königreich Sachsen stimmt diesem Zusatz nur unter der Voraussetzung bei, dass bei diesen Bestimmungen jedenfalls vermieden werde, die Freiheit des Feldherrn in Hinsicht der Operationen zu beeinträchtigen, und das Geheimniss des Plans dem Bekanntwerden vor der Ausführung auszusetzen.

Hannover bemerkt, die Geheimhaltung des Operationsplans sey von der grössten Wichtigkeit; sie werde aber durch eine jede Mittheilung unmöglich, welche vor der Ausführung von solchem gemacht werde. Nur durch den zu diesem §. von der Militärcommission vorgeschlagenen Zusatz: «dass erst dann die Umrisse des Operationsplans mitgetheilt werden sollen, wenn aus dieser Mittheilung für die Operationen kein Nachtheil mehr entstehen kann», werde dieser Gefahr vorgebeugt, und es müsse daher auf dessen Annahme bestanden werden. Auch sey hieraus um so weniger irgend ein Nachtheil zu besorgen, als der Oberfeldherr durch einen

hiezuh gewählten Ausschuss mit der Bundesversammlung in steter Verbindung stehe, und diese daher in vollständiger Kenntniss von seinem Vorhaben nach Maassgabe der Umstände erhalten werde. Ausserdem aber ändere sich ein jeder bei dem Ausbruche eines Kriegs entworfene Plan durch die Bewegungen des Feindes, die Oertlichkeit, oder die Ereignisse des Augenblickes. Dagegen scheine es erforderlich, dass von dem Oberfeldherrn im Voraus Vorsichtsmaassregeln getroffen werden, im Fall eines ihn persönlich treffenden Unfalls, gegen eine jede hieraus möglicher Weise erwachsende Unterbrechung zu sichern. Die Art, wie diess von ihm zu veranstellen sey, dürfte indessen, bei der ihm deshalb aufzuerlegenden Verantwortlichkeit, ihm allein überlassen werden können. Versiegelte Abschriften schienen das gegen sich zu haben, dass die Möglichkeit doch immer vorhanden sey, sie könnten in unrechte Hände gerathen.

Baden erklärt sich für den von drei Mitgliedern der Militärcommission vorgeschlagenen Zusatz:

«Dass der Oberfeldherr nur dann verpflichtet seyn solle, die Umrisse seines Operationsplans der Bundesversammlung vorzulegen, wenn aus der Mittheilung desselben keine Nachtheile mehr für die Operationen entstehen können».

Grossherzogthum und Herzogthümer Sachsen finden es angemessen, dass der Oberfeldherr versiegelte Abschriften seines Operationsplans an die Bundesversammlung einsende.

§. 57.

Preussen bemerkt, dass, wenn es allerdings nöthig scheine, dass der Generallieutenant des Bundes ein unmittelbarer Untergebener sey, es nicht minder wichtig bleibe, dass er entweder in der Nähe des Feldherrn oder im Hauptquartier selbst sich aufhalte, auf eine hinlängliche Weise beschäftigt

werde, und von allen grossen Verhältnissen, zu welchen er berufen werden könne, sich in Kenntniss zu setzen Gelegenheit habe. Schon im Jahre 1818 habe das Militärcomité in seiner 12. Sitzung den Vorschlag gemacht, die Leitung der rein-militärischen Zweige, des Hauptquartiers einem Chef unter dem Oberfeldherrn zu übertragen, und diesem Vorschlage seyen damals die Militärbevollmächtigten von Oesterreich, Preussen, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen und Luxemburg unbedingt und der Bevollmächtigte von Holstein bedingt beigetreten. Es scheine somit in der That niemand mehr als der Generallieutenant des Bundes berufen, zur Stelle des Chefs des Generalstabs vorgeschlagen zu werden; — zum wenigsten liege gewiss in der Bestimmung, dass derselbe vom Bunde gewählt und demselben auch vereidet werden solle, eine hinlängliche Gewähr, um ihn unbedenklich in der Art in dem Hauptquartier des Oberfeldherrn zu beschäftigen, dass, wenn auch nicht beliebt werden wollte,

demselben alle 6 Abtheilungen des Hauptquartiers unterzuordnen, er doch wenigstens zum Vorgesetzten der rein-militärischen Zweige desselben ernannt, und dadurch also über den Generalquartiermeister, den Generaladjutanten, und die Chefs des Genie- und Artillerie-Wesens erhoben würde.

Württemberg ist der Meinung, dass diese von Königlich-Preussischer Seite gemachte Bemerkung die Inconvenienzen, welche von der Abwesenheit des Generallieutenants im Hauptquartier oder in der Nähe des Oberfeldherrn besorgt werden, nicht zu beseitigen scheine, indem derselbe, wenn man ihm nicht eine der wichtigeren Chefsstellen übertragen wollte, im Hauptquartier unmöglich hinlänglich und angemessen beschäftigt werden könnte.

Indessen dringe sich bei diesem §. noch eine andere Bemerkung auf. Nach dem von dem Bundestags-Ausschusse verbesserten §. 57 sollte für alle eintretende Fälle ein Stell-

vertreter des Oberfeldherrn zugleich mit diesem, folglich schon dann, wenn der Bund bedroht oder ein Krieg in der Bundesversammlung beschlossen würde, und zwar aus der Zahl der Corpscommandanten gewählt werden. Da nun hienach der Fall eintreten könnte, dass zur Zeit der Ernennung des Oberfeldherrn die Corpscommandanten, welche auch erst nach beschlossener Aufstellung des Bundesheeres ernannt werden, noch nicht ernannt wären, auch im Laufe des Kriegs der Oberfeldherr in einem Augenblick abgehen könnte, wo der zu seinem Stellvertreter bestimmte Corpscommandant sehr weit entfernt stünde; so würde noch die weitere Vorsehung nöthig seyn, dass im §. 57 die Ernennung des Generallieutenants nicht unbedingt so bestimmt würde, dass sie zugleich mit der des Oberfeldherrn erfolgen müsste, sondern nur dahin: «sobald der Bundesversammlung die Corpscommandanten bekannt sind».

Eben so würde zu bestimmen seyn, dass, im Falle der als Vertreter des Bundesfeldherrn designirte Corpscommandant so weit entfernt stehen sollte, dass eine Unterbrechung im Commando statt finden würde, der älteste der in der Nähe befindlichen Corpscommandanten bis zu seiner Ankunft das Commando übernehme.

Baden schlägt folgende, blos eine grössere Concision bezweckende Fassung vor:

«Zugleich mit dem Oberfeldherrn wird von der Bundesversammlung ein Generallieutenant des Bundes gewählt. Diesem gebührt in Fällen, welche eine Stellvertretung im Obercommando des Heeres fordern, die zeitliche Verwesung der Oberfeldherrnstelle, mit ganz gleichen Rechten, wie die des Oberfeldherrn. Sobald der Oberfeldherr etc.»

Grossherzogthum Hessen trägt darauf an, den zweiten Absatz auf folgende Art zu fassen:

«Sobald der bisherige Oberfeldherr das Obercom-
«mando wieder übernimmt, oder ein neugewählter
«in dasselbe eintritt, kehrt u. s. w.»

Die Höfe der 15. Stimme treten diesem Antrage bei.

§. 60.

Preussen schlägt vor, am Schlusse dieses §. die Worte
beizufügen:

«so wie auch kein Contingent ohne dringende Noth
«getrennt werden darf»,
und bemerkt dabei, dass — wenn

- a) nach Art. VII der Kriegsverfassung in ihren allge-
meinen Umrissen etc. die aus besonderen Verhält-
nissen der einzelnen Staaten hervorgehenden Interes-
sen derselben so weit berücksichtigt werden sollen,
als es mit den allgemeinen Zwecken vereinbar an-
erkannt werde, und
- b) der Art. V den Staaten, deren Contingente ein oder
mehrere Armeecorps für sich allein bilden — ein
Interesse der mindermächtigen Staaten verbiete, Con-
tingente anderer Bundesstaaten mit dem ihrigen zu
vereinigen, eine gleiche Begünstigung auch von den
Staaten, welche allein Contingente von mehreren
Corps stellen, im entgegengesetzten Verhältnisse da-
hin in Anspruch genommen werden könne, dass ihre
Corps nicht aus einander gerissen werden, um mit
anderen Armeecorps vereint zu agiren, wenn nicht
ganz dringende Umstände diess vorübergehend noth-
wendig machen. Diese Begünstigung, die keines-
wegs mit den allgemeinen Zwecken unvereinbar sey,
scheine um so mehr in der Billigkeit begründet, als
sie von den besondern Verhältnissen der Staaten,
die darauf anzutragen berechtigt seyen, dringend er-

heischt werde, indem, um die Bemerkung hier nur ausschliesslich auf Preussen anzuwenden, die drei Corps, aus welchen das Preussische Contingent zusammengesetzt sey, unter einander in einem so genauen Organisations- und Verpflegungs-Zusammenhange stehen, dass ihre Trennung zu den grössten Nachtheilen und Verwickelungen Veranlassung geben würde.

Königreich Sachsen trägt auf den Beisatz an, dass, wenn der Oberfeldherr ausnahmsweise directe Befehle an eine Corps-Abtheilung zu Detachirungen geben sollte, dieses nicht contingentweise, sondern nach den Unterabtheilungen der Corps in Divisionen Brigaden, Regimenten u. s. w. geschehen solle.

§. 61.

Oesterreich erklärt sich, in Ansehung des alternativen Zusatzes, welchen der Bundestags-Ausschuss zu diesem §. in Antrag gebracht hat, für den Grossherzoglich-Hessischen Vorschlag, nach welchem

«die gemischten Armeecorps nur nach Verhältniss ihrer Reiterei und Artillerie zu den grossen Artillerie- und Cavalerie-Reserven beizutragen haben.»

Preussen stimmt ebenfalls für diesen Zusatz: nach dem Verhältnisse ihrer Reiterei und Artillerie.

X *Baiern* glaubt hinsichtlich der vorgeschlagenen Zusatzbestimmung bemerken zu müssen, dass jede den mindermächtigen Staaten bewilligte Erleichterung bei der Stellung zur grossen Cavallerie- und Artillerie-Reserve, eine grössere Bürde denjenigen Staaten auflegen würde, deren Contingente aus ungemischten Corps bestehen; indem bei Bildung der nöthigen Artillerie- und Cavallerie-Massen ihre Beiträge eben um das beträchtlicher seyn müssten, was von den gemischten

Corps weniger geleistet würde. Dieses müsste aber besonders für Baiern sehr beschwerlich werden, welches nicht, wie Oesterreich und Preussen, nur für einen Theil seiner Bevölkerung zur Bundesmatrikel beitrage.

Königreich Sachsen stimmt, wie Oesterreich, für den Zusatz: nach dem Verhältnisse ihrer Reiterei und Artillerie.

Hannover eben so.

Württemberg tritt ebenfalls diesem Antrage bei; wünscht jedoch den weiteren Zusatz:

«dass das Maximum der Cavallerie-Detachirung $\frac{1}{6}$ tel der Reiterei nicht übersteigen dürfe».

Baden glaubt wiederholt den Wunsch aussprechen zu müssen, dass die gemischten Armeecorps von der Detachirung zur grossen Cavallerie- und Artillerie-Reserve befreit werden mögen. Jedenfalls dürfte dieser §. nicht streng auf die gedachten Corps anzuwenden seyn, indem ihre Cavallerie, wenn sie dem Dienste genügen solle, keine bedeutende Verminderung durch Detachirung möchte ertragen können.

Grossherzogthum Hessen tritt diesem Antrage bei.

Holstein stellt ebenfalls den Antrag, dass die gemischten Corps von der Detachirung zu der grossen Cavallerie- und Artillerie-Reserve befreit werden mögen.

Grossherzogthum und Herzogthümer Sachsen treten dem *Württembergischen* Antrage bei.

Mecklenburg bringt ebenfalls die Befreiung der gemischten Armeecorps von der Detachirung zur grossen Cavallerie- und Artillerie-Reserve in Antrag.

Die Höfe der 13. Stimme dessgleichen.

Ein Hof dieser Stimme stellt noch ausserdem den Antrag, den Eingang dieses §. auf folgende Art zu fassen:

« Wenn die Aufstellung eines Armeecorps als Reserve
« von der Bundesversammlung beschlossen wird »,

§. 65.

Preussen glaubt, dass eine einseitige Ansicht des Oberfeldherrn, wenn derselbe ganz freie Macht hätte, allein nach seinem Ermessen die Befehlshaber der aus den verschiedenen Corps herausziehenden Cavallerie- und Artillerie-Massen unter den Generalen des Bundesheeres zu ernennen, leicht die tüchtigsten Generale lähmen oder sie dem Wirkungskreise entziehen könnte, welcher ihnen durch das Vertrauen ihrer Regierungen zu Theil geworden sey. Es trägt daher darauf an, solche Ernennungen von dem Einverständnisse der betreffenden Regierungen abhängig zu machen; denn eineso ausgedehnte Befugniss könnte leicht mit dem Rechte der Regierungen collidiren, Männer ihres Vertrauens an die Spitze der Corps zu stellen, oder nach §. 70 in das Hauptquartier abzusenden, indem es dem Oberfeldherrn möglich würde, dergleichen Männer von ihren Corps oder aus seiner Nähe sofort wieder zu entfernen.

Württemberg erklärt, diesem Antrage nicht beistimmen zu können; derselbe widerspreche dem bei der Bestimmung der Befugnisse des Oberfeldherrn angenommenen Grundsatz, dass seine Verantwortlichkeit durch die ihm zu überlassende freie Wahl derjenigen höheren Officiere, auf deren Unterstützung er bei den Operationen vorzugsweise müsse rechnen können, bedingt seyn müsse, — und er deute überdiess ein Misstrauen an, welches, wenn es begründet wäre, den Feldherrn zum Armeebefehl überall unfähig machen würde.

§. 64.

Preussen hält es für zweckmäsiger, statt der Schlussworte:

«und nöthigenfalls bei dem Bunde darauf zu dringen»
zu setzen:

«und wenn er es für nöthig hält, auch desswegen
«Anträge bei der Bundesversammlung zu machen,
«welche ohne Verzug, mit Anwendung der über die
«Kriegsverfassung vereinbarten Grundsätze, darüber
«einen Beschluss fassen und für dessen Ausführung
«Sorge tragen wird».

Württemberg tritt diesem Antrage bei.

§. 66.

Baiern bemerkt, dass die zweite Abtheilung dieses §. auf einer Voraussetzung beruhe, über welche keine gesetzliche Bestimmung nothwendig sey, und glaubt, es dürfte diese Abtheilung um so mehr wegzulassen seyn, als in mehreren Bundesstaaten die Verleihung militärischer Orden und Ehrenzeichen von der Erfüllung der in den bestehenden Statuten vorgeschriebenen Bedingungen unzertrennlich sey, und überhaupt für jeden Militär die Belohnung, welche ihm unmittelbar von seinem Landesherrn verliehen wird, einen höheren Werth haben müsse. Es schlägt daher vor, den §. 66 auf den Satz zu beschränken:

«Der Oberfeldherr kann die Individuen, welche sich
«auszeichnen, ihren Landesherrn zur Belohnung em-
«pfehlen».

§. 69.

Württemberg bemerkt, der Umstand, dass dieser §. schon in den Umrissen enthalten sey, gebe keinen Grund ab,

denselben in den Grundzügen wegzulassen; es werde also auch im §. 70 keine Abänderung nöthig werden.

§. 71.

Preussen schlägt vor, diesen §. ganz wegzulassen, indem es zweckmässiger scheine, für jedes Armeecorps die Abordnung nur eines höheren Officiers nach der Bestimmung des §. 70 zuzulassen; indem eine zu grosse Masse von beobachtenden, nicht untergeordneten und nicht im Bundesheere beschäftigten Officiern, eine Last des Hauptquartiers sey, und zu mancherlei verdriesslichen Reibungen Veranlassung geben könnte.

Württemberg bemerkt dagegen, es könne diesem Antrage nicht beistimmen, indem den Theilhabern in den gemischten Corps nicht zugemuthet werden könne, ihr Interesse einem ihnen und den Divisionen fremden Officier anzuvertrauen.

§. 73.

Preussen trägt bei der Bestimmung:

« Ueberhaupt kann kein General » etc.

auf den Beisatz an:

« bei den gemischten Armeecorps ».

Württemberg tritt diesem Antrage bei.

§. 74.

Oesterreich stimmt dem vorgeschlagenen Zusatze:

« bis zur Einführung eines allgemeinen Gesetzbuches » nicht bei, indem es diese Einführung eines allgemeinen Gesetzbuches für ganz unthunlich erachtet.

Preussen will ebenfalls diesen Zusatz weggelassen haben.

Baiern eben so.

Königreich Sachsen dessgleichen.

Württemberg bemerkt dagegen, dass es die für die Weglassung des vorgeschlagenen Zusatzes angeführten Gründe nicht für durchgreifend halten könne.

Die gerechten Ansprüche der Soldaten auf die eigene Gerichtspflege des Staates, dem sie dienen, seyen durch die Einführung einer allgemeinen Gesetzgebung keineswegs beeinträchtigt, da das gemeinsame Gesetzbuch, durch die Annahme desselben von Seiten jedes einzelnen Staates, zugleich dessen besonderes Gesetzbuch werde.

Dass die Verhandlungen über ein allgemeines Gesetzbuch sehr weit aussehend, und, zumal wenn dessen Einführung von Seiten der grösseren Staaten entschiedenen Widerspruch finde, mit grossen Schwierigkeiten verbunden seyn würde, sey unverkennbar. Indessen seyen die Verhältnisse eines Bundesfeldherrn so verschieden von denen, die bei dem Befehlshaber der Truppen eines einzelnen Staates einträten, dass besondere Bestimmungen darüber selbst dann nicht zu entbehren seyn würden, wenn auch nicht die Möglichkeit vorhanden wäre, dass ein apanagirter Prinz irgend eines der minder mächtigen Fürstenhäuser zum Bundesfeldherrn gewählt würde, und der Staat, dem er angehöre, keine, für eine solche Stellung berechnete, Gesetzgebung hätte.

Obgleich man daher Württembergischer Seits für den Antrag des Bundestags-Ausschusses stimme, so wolle man doch nicht dagegen seyn, wenn bei diesem Gegenstande das Ausgedehntere aber Unwichtigere aufgegeben werde, um ein beschränkteres, aber vorzugsweise wichtigeres Resultat zu erlangen.

Wenn über die vier im §. 125 angeführten Verbrechen gewissere Bestimmungen getroffen würden, so erscheine ein allgemeines Gesetzbuch für die das Bundesheer bildenden Contingente allerdings entbehrlich.

Dem zufolge müssten über die im §. 125 der Grundzüge bezeichneten Gegenstände besondere Kriegsartikel, nämlich Bestrafung der genannten vier Hauptverbrechen, welche ohnehin bei den meisten Staaten schon ziemlich übereinstimmend festgesetzt seyn dürften; insbesondere aber allgemeine Grundsätze des ausserordentlichen Verfahrens (Standrecht) festgestellt, und damit noch Bestimmungen für den Fall eines Verfahrens gegen den Oberfeldherrn und seine Strafbarkeit verbunden werden, wodurch dann alle übrigen Vergehen nach den Strafgesetzen des besonderen Vaterlandes zu beurtheilen blieben.

Baden glaubt, dass der erste Satz dieses §. zu Missdeutungen Anlass geben könnte.

Es schlägt daher vor, denselben wegzulassen, und den §. auf folgende Art zu fassen:

« Der Oberfeldherr ist für fehlerhafte Entwürfe oder
« Irrthümer in grossen Combinationen dem Bunde persönlich verantwortlich. Der Bund kann ihn einem
« Kriegsgerichte unterwerfen etc. »

Holstein tritt dem Oesterreichischen Antrage bei.

Grossherzogthum und Herzogthümer Sachsen halten die Einführung eines allgemeinen Bundesmilitärgesetzbuches für angemessen.

Die Höfe der 15. Stimme schlagen vor, hier ausdrücklich beizusetzen, dass der Oberfeldherr während der Untersuchung von seinen Functionen suspendirt bleibe. —

Die Verhandlungen der Militärcommission zu Abschnitt VI. s. in d. Militärprotokollen, Sess. XXXII. 111. S. 411; Sess. XLVIII. 159. S. 606. 611. (Redaction S. 619.)

VII. Abschnitt.

Corpscommandanten.

§. 75.

Die Höfe der 15. Stimme halten den zu diesem §. vorgeschlagenen Zusatz für entbehrlich, auf den Fall, dass der §. 83 die in Antrag gebrachte Fassung erhält.

§. 76.

Die Höfe der 15. Stimme bemerken, dass über die Art der Ernennung der Corpscommandanten der drei gemischten Armeecorps sich die Staaten, welche jene bilden, zu vereinigen haben würden.

§. 78.

Preussen hält den Ausdruck in dem letzten

«verhältnissmäßige Gleichheit»

für nicht deutlich genug, und glaubt, dass es angemessen seyn dürfte, diesen Ausdruck deutlicher zu fassen, und dem beabsichtigten Zwecke mehr anzupassen, welcher dahin zu gehen scheine, dass die zu beobachtende verhältnissmäßige Gleichheit sich auf Commandirungen, Detachements, Ehrenposten und dergleichen beziehen solle.

Königreich Sachsen bezieht sich auf seine zu §. 60 gemachte Bemerkung.

Württemberg tritt dieser Bemerkung bei, und glaubt, dass folgende Fassung dem darin gestellten Antrage entsprechen würde:

«Die Commandanten der gemischten Armeecorps haben
im Dienste der einzelnen Contingente eine ver-
hältnissmäßige Gleichheit unter diesen zu beobachten».

Die Höfe der 15. Stimme bemerken, dass der Zusatz zu diesem §., so wie alles, was den Oberfeldherrn betreffe, in den VI. Abschnitt gehöre. Was die Detachirungen betreffe, so scheine es wünschenswerth, dass dieselben nur contingentweise geschähen, und dass die einzelnen Contingente durch Detachirungen nicht zerrissen und vermischt würden.

§. 82.

Württemberg schlägt, um allen Missdeutungen zu begegnen, folgende Fassung des zu diesem §. in Antrag gebrachten Zusatzes vor:

«Die an den combinirten Corps und Divisionen theilhabenden Staaten werden sich unter einander, so wohl über die Art und Weise der Wahl der Corps- und Divisions-Commandanten, als auch über die Einrichtungen etc. vereinigen, und diese Uebereinkunft, drei Monate nach Annahme der 2. Abtheilung der näheren Bestimmungen, der Bundesversammlung anzeigen».

Baden ist mit dem vom Bundestags-Ausschusse vorgeschlagenen Zusatze verstanden, hält es jedoch für besser, im letzten Satze statt:

«vereinigen könnten»

positiver zu sagen:

«vereinigen können».

Die Höfe der 15. Stimme schlagen vor, diesen Zusatz, als zu bindend für die Staaten der gemischten Corps, wegzulassen, und diesen Gegenstand ihrer freien Vereinigung zu überlassen.

§. 83 u. 83½.

Oesterreich ist mit der vom Bundestags-Ausschusse vorgeschlagenen Fassung einverstanden, hält es jedoch für noth-

wendig, im Falle dieselbe angenommen würde, folgende Zusätze in Antrag zu bringen:

Ad §. 85.

» Von einer solchen Beschwerde, und dass dieselbe an die betreffenden Regierungen erfolgen werde, muss der Oberfeldherr vom Corpscommandanten dienstmässig unterrichtet werden ».

Ad §. 85½.

« Während der Dauer einer solchen Untersuchung muss der betreffende Corpscommandant vom Dienste suspendirt bleiben ».

Baiern hält es für angemessener, am Schlusse der neuen Fassung des §. 85, statt

« vorlegen wird », zu setzen:

« vorlegen kann ».

Königreich Sachsen schliesst sich dem Antrage Oesterreichs wegen des zum §. 85 vorgeschlagenen Zusatzes an; kann jedoch der zu §. 85½ von Oesterreich gewünschten Zusatzbestimmung aus mehrfachen Gründen nicht beitreten, indem dieselbe in dienstlicher Hinsicht besonders dadurch nachtheilig werden dürfte, dass ein Corpscommandant, welcher die gegründetste Ursache hätte, Beschwerde gegen den Oberfeldherrn zu führen, und diesen Schritt sowohl den unter seinen Befehlen stehenden Truppen, als dem Besten des Dienstes im Allgemeinen schuldig wäre, durch jene Bestimmung bewogen werden könnte, ihn zu unterlassen, um nicht sogleich für eine vielleicht geraume Zeit seines Commando's und seiner Wirksamkeit verlustig zu seyn.

Hannover bemerkt, es scheine den Verhältnissen nicht angemessen, dass, wenn ein Corpscommandant eine Unter-

suchung gegen den Oberfeldherrn fordere, solche durch diesen zu veranlassen sey. Es sey vielmehr unnatürlich, dass jemand den Process gegen sich selbst einleiten solle; diess sey aber auch nicht erforderlich, indem der Zweck vollkommen erreicht würde, wenn der Corpscommandant seine Beschwerden gegen den Oberfeldherrn durch denjenigen Staat an die Bundesversammlung bringe, welchem er selbst angehört, und auf diese Weise die Untersuchung erbitte. Unstreitig werde so der Gegenstand am passendsten erledigt, und es müsse daher auf eine Veränderung in diesem Sinne angetragen werden.

Württemberg erklärt sich mit den Oesterreichischer Seits vorgeschlagenen Zusätzen nicht einverstanden.

Mit dem ersten nicht, weil die Regierung, welche die Beschwerde des Corpscommandanten unbegründet finde, Anstand nehmen werde, sie an die Bundesversammlung zu bringen, dessen ungeachtet aber, durch die vom Corpscommandanten bereits dem Oberfeldherrn gemachte Anzeige, eine Störung des Verhältnisses zwischen diesem und dem Corpscommandanten zu besorgen bliebe, überhaupt aber ein rechtfertigender Grund für eine solche Anzeige nicht abzusehen, vielmehr anzunehmen sey, dass dieselbe nur geeignet seyn könnte, von der Erhebung aller, auch wohl begründeten, Beschwerden abzuhalten.

Mit dem zweiten nicht, weil hier nicht nur die oben bezeichneten Rücksichten einträten, sondern auch die Suspension nur Folge eines gerichtlichen Erkenntnisses seyn könne.

§. 85.

Preussen hat gegen die Weglassung dieses §. nichts zu erinnern, indem derselbe bloss die gemischten Armeecorps betreffe.

Hannover bemerkt, dass die Ernennung von Contingents-Commandanten in besonderen Fällen zur Beruhigung ein-

zelner Bundesstaaten beitragen könnte und kein Nachtheil hieraus zu besorgen sey, — und wünscht daher, dass die ursprüngliche Fassung und dessfallsige Bestimmung beibehalten werden möge.

Württemberg ist derselben Ansicht.

Baden erklärte sich anfangs gegen die Weglassung dieses §. und für die Beibehaltung der Bestimmung wegen Aufstellung der Contingents-Commandanten; es hat jedoch diese Erklärung zurückgenommen und ist dem Antrage des Bundestags-Ausschusses beigetreten.

Holstein wünscht ebenfalls, dass die Creation überflüssiger Contingents-Commandanten weggelassen werde, — trägt jedoch auf den Fall, dass die Mehrheit dies nicht genehmigte, darauf an, dass diese Creation dahin eingeschränkt werde, dass nicht ein Contingents-Commandant für sämtliche Armee-corps einer Macht ernannt werden könne.

Die Verhandlungen der Militärcommission zu Abschn. VII. s. in d. Militärprotokollen, Sess. XXXIII. 114. S. 424; Sess. XXXIV. 116. S. 429; Sess. XLV. 150. S. 540; Sess. XLVIII. 159. S. 606. 612.

(Redaction S. 620.)

VIII. Abschnitt.

Bildung des Hauptquartiers.

§. 86.

Preussen bemerkt, dass bei der Discussion dieses §. auch die Frage:

«ob und wie dem Generallieutenant des Bundes im
«Hauptquartier eine angemessene Beschäftigung zu
«geben sey?»

zur Berathung kommen müsse.

Württemberg bemerkt, dass hier dieselbe Ansicht wie bei §§. 37 und 38 statt finde, wodurch die Beantwortung der Preussischer Seits gestellten Frage überflüssig werde.

§. 37.

Preussen findet die Bemerkung des Bundestags - Ausschusses, dass in der Tabelle über die Formation des Hauptquartiers die Landescommissäre mit Unrecht als Beamte des Bundesheeres aufgeführt seyen, sehr gegründet, und glaubt, es liesse sich vielleicht in der zweiten untern Hälfte der die Generalintendantur betreffenden Colonne eine angemessene Erwähnung dieser Commissäre thun.

Auch hält es die in der Tabelle gebrauchten Bezeichnungen: Legationsrath und Legationscommis für nicht ganz geeignet.

§. 38½.

Oesterreich erklärt, mit dem Antrage des Ausschusses, hinsichtlich der Vereidung der Officiere und Beamten des Hauptquartiers, nur unter der Voraussetzung einverstanden zu seyn, dass aus einer solchen Vereidung keine für die Rechte des Oberfeldherrn beschränkenden Consequenzen gezogen werden könnten.

Preussen erklärt, dem Antrage des Bundestags - Ausschusses um so mehr beizutreten, als in der Formel des Eides dafür gesorgt werden könne, dass sich die Verantwortlichkeit des Oberfeldherrn nicht theile, und seine Wirksamkeit nicht gelähmt werde.

Hannover bemerkt, in militärischer Hinsicht scheine es allerdings nicht nur unpassend, sondern überhaupt unzweckmässig und sogar gefährlich, wenn von dem Generalquartiermeister und Generaladjutanten ein Eid geleistet werden solle, welcher die Tendenz hätte, sie gegen den Oberfeldherrn, neben dem Subordinationsverhältniss, auch in die Lage von

ihm gewissermassen controlirenden Behörden zu setzen. In diesem Falle könnte er kein Vertrauen zu seiner Lage haben, wenn er besorgen müsste, dass gerade diejenigen, die ihn am lebhaftesten unterstützen sollten, bei seinen Anordnungen ihm entgegen dürften, dass sie seine Ansicht nicht theilen und seine Maasregeln nicht unterstützen würden, weil solche ihrer Beurtheilung entgegen, und sie einer höheren Autorität, nämlich dem Bunde, für ihre Handlungen, unabhängig von ihm, verantwortlich wären. Einer solchen Besorgniss könne aber durch die Fassung der Eidesformel begegnet werden, und wenn durch solche ein jeder Nachtheil beseitiget und deutlich die Bestimmung dabei ausgesprochen sey, dass ein solcher Eid die Verantwortlichkeit des Oberfeldherrn nicht theile, und seine Wirksamkeit hiedurch auf keine Weise gelähmt werden solle, so würde man, in so ferne durch die Annahme des desfallsigen Vorschlags zu der Beruhigung anderer Bundesstaaten beigetragen werden würde, nichts dagegen einwenden, obschon die Sache an und für sich überflüssig scheine.

Württemberg bemerkt, dass, wenn die von Oesterreich zu diesem §. gemachte und als eine zu Protokoll gegebene Erklärung betrachtet werden solle, dabei nichts zu erinnern sey; dass sie jedoch zur Aufnahme in die Grundzüge sich nicht zu eignen scheine, da sie ganz heterogene Dinge zusammenstellen würde, indem der Umstand, dass die im Hauptquartier angestellten Officiere und Beamten dem Bunde verpflichtet werden, die bestimmt ausgesprochene Pflicht des militärischen Gehorsams hier so wenig modificiren könne, als bei den Artillerie- und Genie-Directoren u. s. w.

Luxemburg stimmt gegen den Antrag des Ausschusses, die Vereidung der Officiere und Beamten des Hauptquartiers betreffend.

Die Verhandlungen in der Militärcommission zu Abschn. VIII. s. Militärprot. Sess. XXXVI. 120. S. 438; — Sess. XXXVII. 121.

S. 445; — Sess. XXXVIII. 125. 126. S. 472. 474; Sess. XXXIX. 132.
S. 488; — Sess. XLVIII. 159. S. 606. 613.

(Redaction S. 461. 624.)

IX. Abschnitt.

Verpflegung.

Oesterreich trägt auf folgende Fassung dieses Abschnittes an:

§. 1.

«Sobald das Bundesheer unter die Befehle des Oberfeldherrn tritt, geschieht die Verpflegung desselben unter einer allgemeinen Leitung und auf gemeinschaftliche Kosten des Bundes durch matrikularmäßige Beiträge sämtlicher Bundesstaaten».

§. 2.

«Die Leitung dieser Naturalverpflegung führt unter den directen Befehlen des Oberfeldherrn das Verpflegscomité des Bundesheeres, welches, unter dem Vorsitz des Generalintendanten, aus Bevollmächtigten der Armeecorps besteht. Die Ausführung der, von dem Verpflegscomité ausgehenden, allgemeinen Einleitungen ist den Corpsverpflegs - Behörden unter den Befehlen des Corpscommandanten überlassen».

§. 3.

«Die Beiträge der Bundesstaaten geschehen entweder in Naturalien zur Errichtung von Bundes-Verpflegs-Magazinen, oder in Geld, woraus die Bundeskriegscasse gebildet wird».

§. 4.

«Der Sold der Truppen, die Anschaffung und Ergänzung ihrer Kleidung, ihrer Waffen und ihrer Munition, so

wie ihrer Entschädigung, wird von jedem Contingente auf eigene Rechnung besorgt».

§. 5.

« Das Verpflegsreglement enthält die näheren detaillirten Bestimmungen über die Verpflegung des Bundesheeres, so wie die Instructionen und Vorschriften für die verschiedenen Verpflegsbeamten ».

Preussen ist der Meinung, dass dieser Gegenstand, wegen seines hochwichtigen Interesses für alle Bundesstaaten, die grösste Aufmerksamkeit und die erschöpfendste Entwicklung aller für und gegen die beiden, in den Verhandlungen der Militärcommission aufgestellten, verschiedenen Verpflegungsarten erheische. Es hält daher für sehr angemessen, dass, so wie auch schon durch den Beschluss der 32. Bundestags-sitzung genehmigt scheine, alle darüber bis jetzt bekannt gewordenen und noch zu erwartenden Ansichten, Aeusserungen und Vorschläge dem Bundestags - Ausschusse übergeben werden, um sie sorgfältig zu prüfen, und darauf einen neuen Versuch zur Herbeiführung eines übereinstimmenden Resultats zu gründen. Zu diesem Zwecke würden seiner Zeit dem Ausschusse die Gründe vorgelegt werden, auf welchen sich die Königlich-Preussische Entscheidung für die Corpsverpflegung stütze.

Baiern stimmt für das Princip der Corpsverpflegung; erklärt sich jedoch bereit, dem von dem Ausschusse gemachten vermittelnden Antrage und der von demselben vorgeschlagenen Redaction dieses Abschnittes beizutreten. X

Königreich Sachsen tritt der Oesterreichischen Proposition über die veränderte Fassung der fünf Paragraphen dieses Abschnittes vollkommen bei.

Hannover erklärt sich für die Einrichtung der Corpsverpflegung, welche es als die in allen Beziehungen an-

gemessenste betrachtet. Es ist übrigens der Meinung, dass die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes eine nochmalige Prüfung und Berathung dieses Abschnittes nothwendig mache.

Württemberg trägt darauf an, dass

1) bei der gegenwärtigen Abstimmung über die fünf letzten Abschnitte der Grundzüge, der Verpflegung auf keine, die eine oder die andere Verpflegungsmethode ausschliessende, Weise erwähnt, sondern die Fassung in einer, die Wahl zwischen beiden offen lassenden, Allgemeinheit gehalten werde;

2) dass, um eine klare Uebersicht der Vorzüge beider Verpflegsarten zu erhalten und darauf eine definitive Feststellung gründen zu können,

a) von der Militärcommission, mit Benutzung aller, theils bereits vorhandenen, theils bei der bevorstehenden Abstimmung über die fünf letzten Abschnitte der Grundzüge sich noch darbietenden Materialien, und unter Vernehmung des Gutachtens practisch gebildeter Verpflegsbeamten, zwei vollständige Entwürfe ausgearbeitet werden, deren einer das System der allgemeinen Verpflegung, der andere das der Corpsverpflegung, nach ihren wesentlichen Grundlagen und Bedingungen der Ausführung, darstelle; dass sodann

b) diese beiden Entwürfe durch den Bundestags-Ausschuss zur Abstimmung der Bundesversammlung über die Annahme der einen oder der andern Verpflegungsmethode, mit oder ohne Modificationen, gebracht, und

c) nach Maassgabe des erfolgenden Beschlusses, die Ausarbeitung eines ausführlichen Verpflegsreglements selbst, wobei ebenfalls practisch gebildete Verpflegsbeamte beizuziehen wären, in der Art ein-

geleitet werde, dass über dessen Annahme, mit oder ohne Modificationen, zu seiner Zeit abgestimmt werden könne.

Dieser Antrag finde seine vollkommene Begründung in dem 14. Artikel der Schlussacte, in welchem gesetzlich und ausdrücklich bestimmt sey, dass, auch in dem Falle, wo vorkommende Fragen durch Stimmenmehrheit entschieden werden, die engere Versammlung nach Befinden der Umstände eine Commission anordne, um die verschiedenen Meinungen und Anträge mit möglichster Schonung und Berücksichtigung der Verhältnisse und Wünsche der Einzelnen auszugleichen.

Baden erklärt, den von dem Bundestags-Ausschusse über die Verpflegung in Vorschlag gebrachten fünf Hauptgrundsätzen in so fern beizustimmen, als dieselben der Einführung der allgemeinen Verpflegung, so wie diese von dem K. K. Oesterreichischen Bevollmächtigten und von dem des 8. Armee-corps in der Militärcommission näher entwickelt worden, nicht im Wege stehen.

Kurhessen ist mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden.

Grossherzogthum Hessen stimmt generell für die allgemeine Verpflegung, insbesondere aber dafür, dass dieser neunte Abschnitt zur gründlichen und vollständigen Bearbeitung an die Militärcommission zurückgegeben werde.

Holstein tritt der vom Ausschusse vorgeschlagenen Fassung der fünf Paragraphen dieses Abschnittes bei.

Luxemburg stimmt für die allgemeine Verpflegung.

Grossherzogthum und Herzogthümer Sachsen treten der Königlich-Sächsischen Abstimmung bei.

Mecklenburg ist mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden.

Die Höfe der 15. Stimme sind der Meinung, dass die Sache noch einer näheren Erörterung zu unterwerfen, für jede der beiden Verpflegungsarten ein vollständiges Reglement zu entwerfen, und bis dahin der Beschluss zu suspendiren sey.

Die Höfe der 16. Stimme schliessen sich dem Oesterreichischen Antrage hinsichtlich der veränderten Fassung der fünf Paragraphen an.

Die Verhandlungen der Militärcommission zu Abschnitt IX, s. Militärprot. Sess. XL. 136. S. 479; — Sess. XLI. 135. S. 514; — Sess. XLII. 142. S. 518; — Sess. XLIII. 145. S. 525; — Sess. XLIV. 148. S. 530; — Sess. XLV. 151. S. 543; — Sess. XLVI. 152. S. 583; — Sess. XLVIII. 159. S. 606. — 615; — Sess. XLIX. 162. S. 642; — Sess. L. 167. S. 655; — Vortrag der K. Württembergischen Gesandtschaft zur Prüfung und Begutachtung der Militärcommission, Sess. LII. 172. S. 667. 673. —

(Redaktion S. 579. 625.)

X. Abschnitt.

Gerichtsbarkheit.

Preussen findet die Ueberschrift dieses Abschnittes nicht ganz zweckmässig, und glaubt, dass er füglich überschrieben werden könnte:

Recht und Polizei des Bundesheeres.

Württemberg findet die Bemerkung von *Preussen*, dass die Ueberschrift nicht ganz angemessen sey, sehr richtig, glaubt jedoch, dass die Ueberschrift:

Rechtsverfahren und Heerespolizei, den Inhalt noch besser bezeichnen würde, als die von Preussen vorgeschlagene.

§. 117.

Preussen bemerkt, als Norm würde für alle Fälle, wo die Gerichtsbarkeit in der Art ausgeübt werde, dass es auf Strafen ankomme, die eine förmliche Untersuchung und Erkenntniss fordern, der Grundsatz aufzustellen seyn, dass diess nur mit Zuziehung eines Auditeurs geschehen dürfe. — Eben so werde bei jeder Untersuchung, worin ein Erkenntniss gefällt werden solle, das Gerichtsverfahren dessjenigen Staates anzuwenden seyn, welchem der zuzuziehende Auditor angehöre. Nicht minder könnte man auch die einzelnen Befehlshaber, wo sie ihre Befugniss zur Suspension, Arretirung und vorläufigen Vernehmung ausüben, sowohl zur Beurtheilung der Fälle, wo eine solche Maasregel zu veranlassen sey, als des Verfahrens, welches sie dabei zu beobachten haben, auf die Gesetze ihres Staates so lange verweisen, bis man sich über ein gemeinsames Dienstreglement, so weit gemeinsame Bestimmungen ein Bedürfniss seyen, vereinigt habe.

§. 118.

Hannover bemerkt, es werde hier von dem Gesichtspunct auszugehen seyn, dass ein jedes zur Bundesarmee gehörige Individuum die innigste Ueberzeugung haben müsse, dass es nur nach den Gesetzen seines eigenen Landes, und nach denen es zu den Fahnen geschworen hat, gerichtet werden könne. Da es nun hierzu aber gar nicht erforderlich sey, dass so wenig dem Corpscommandanten, als dem Divisionär eine Gerichtsbarkeit im Corps beigelegt werde, indem alle Untersuchungen stets bei den betreffenden Contingenten, und so lange zu führen seyen, bis ein allgemeines Bundes-Armee-Gesetzbuch vorhanden sey, so müsse auf eine dessfall-

sige Abänderung angetragen werden. Es verstehe sich jedoch von selbst, dass den genannten Vorgesetzten allemal die Befugniß zustehe, die Ueberzeugung sich zu verschaffen, dass gerecht verfahren sey.

§. 119.

Preussen schlägt vor, hier beizufügen, dass diese Bestimmung auch hinsichtlich der Militär- und Civilbeamten, welche im Hauptquartier eines Armeecorps angestellt seyen, ihre analoge Anwendung finden solle. Nur sey bei den gemischten Corps noch genauer zu bestimmen, wer in das Hauptquartier gehöre.

Württemberg bemerkt dagegen, es sey nicht abzusehen, warum vorzugsweise bei den gemischten Corps eine genauere Bestimmung, wer in das Hauptquartier gehöre, nöthig wäre.

Die innere Formation der Armeecorps, welche den gemischten eben so gut, als den ungemischten, mit Berücksichtigung der hierüber in der gesetzlich anerkannten Kriegsverfassung des deutschen Bundes gegebenen allgemeinen Bestimmungen, nur allein und ohne alle fremde Einmischung zustehen könne, ergebe dieses von selbst.

§. 121.

Oesterreich bemerkt hier wiederholt (s. §. 74), dass die Erwähnung des allgemeinen Militärgesetzbuches füglich umgangen werden dürfe.

Preussen wünscht folgende Zusatzbestimmung:

« Untersuchungen wider dergleichen Individuen können
« wohl auch von den Corpscommandanten verfügt
« werden; zur Aburtheilung und Bestrafung sind sie
« aber in das Hauptquartier des Oberfeldherrn zu
« senden ».

Baiern macht dieselbe Bemerkung wie Oesterreich, wegen der Erwähnung des allgemeinen Gesetzbuches.

Württemberg ist mit der Preussischen Bemerkung einverstanden.

§. 122 und §. 125.

Preussen bemerkt, das Martialgesetz, diese ausserordentliche Maasregel, welche unter gewissen Umständen die Einwohner eines feindlichen Staates treffen solle, könne nur bezwecken:

1) einen summarischen Process einzuführen. Diess könne nur derselbe seyn, welcher gegen Militärpersonen bei militärischen Vergehen eintrete — Standrecht oder Kriegsrecht. Hierbei würde der Generalauditeur auf die zu §. 125 bemerkten Grundsätze zu verweisen seyn.

2) die also zu richtenden Vergehen und die Strafen zu bestimmen, mit welchen dafür gebüsst werden solle. Feindseligkeit gegen die Truppen des Bundesheeres und Durchstecherei mit denen des Feindes, seyen wohl die Charaktere, welche allein eine Handlung unter die Verpönung des Martialgesetzes ziehen könnten.

In Freundesland lasse sich der Fall einer Verkündigung des Martialgesetzes nur dann etwa denken, wenn ein Aufruhr drohe. Andere Widersetzlichkeit, oder auch Verrath gehöre vor die gewöhnlichen Gerichte.

Hannover bemerkt, es scheine dem Worte: Standrecht, ein nicht ganz richtiger Sinn untergelegt zu seyn. Jedes militärische Criminalverfahren sey nämlich summarisch, im Vergleich mit dem Civil-Criminalverfahren. Allein es sey desshalb noch nicht Standrecht. Das Standrecht werde auf der Stelle gehalten, schliesse alle schriftlichen Verhandlungen

aus, und die Strafe werde unmittelbar vollzogen, ohne weiterer Bestätigung zu bedürfen. Das Ganze sey ein ausserordentliches Verfahren, im Gegensatze des gewöhnlichen des Kriegsrechtes. Strenge genommen, dürfte allerdings der deutschen Gesetzgebung fremde Ausdruck: Martialgesetz, auch das Standrecht einschliessen. Die vorgeschlagene Fassung der beiden §§. mache es indessen zweifelhaft, ob die Militärcommission dieses gewollt habe. Die gewöhnliche Militärprocedur scheine, auf den Bürger angewendet, auf jeden Fall hinlänglich expeditiv zu seyn. Das Standrecht erinnere zu sehr an die verhassten *Commissions militaires*, welche statt der gewöhnlichen *Conseils de guerre* eingeführt worden. Wenn nun gleich ein solches Verfahren beim Soldaten in Fällen der Meuterei und dergleichen nothwendig sey, so lasse sich doch die Nothwendigkeit eines so raschen Verfahrens beim Bürger kaum denken, und es werde daher erforderlich seyn, die Grenze des Martialgesetzes genau zu bestimmen.

§. 124.

Preussen. Da aus den Bestimmungen dieses Paragraphen nicht hervorgeht, wer bei den gemischten Corps die geeignete Behörde zur gerichtlichen Untersuchung über die Befehlshaber des Heeres sey, so hält es Preussen für nothwendig, eine Bestimmung beizufügen, nach welcher sich bei den gemischten Abtheilungen die betreffenden Staaten über ein gemeinsames höheres Gericht zu verständigen und das Resultat ihrer Vereinigung dem Bunde anzuzeigen hätten.

Württemberg glaubt, dass diese Bemerkung zu beseitigen wäre, wenn statt der Worte:

« bei ihren Behörden »

gesetzt würde:

« bei der Regierung, der sie angehören ».

Die Bestimmung über den Gerichtsstand der Divisionärs und Brigadiers bei den gemischten Corps sey lediglich der Uebereinkunft der betheiligten Staaten zu überlassen.

Wenn ferner in der allgemeinen Bestimmung, nach welcher der Oberfeldherr alle Befehlshaber suspendiren und gerichtliche Untersuchung über sie bei ihren Behörden veranlassen könne, nicht unter diesen Befehlshabern die Divisions- und Brigade-Commandanten (für welche eben so, wie für die im Hauptquartier angestellten Officiere, die Bestimmung in den §§. 118 und 119 gelte), sondern die in den Preussischen Bemerkungen allein genannten Corpscommandanten verstanden würden: so kämen zwar diejenigen höheren Officiere, welchen der Oberfeldherr ein zeitliches Commando über eine grössere Heeresabtheilung anvertraue, z. B. Divisionärs etc., ebenfalls unter die Regel der §§. 118 und 119, wornach der Oberfeldherr nicht weiter als bis zur summarischen Instruction gegen sie verfahren könne, und sie dann ihrer gerichtlichen Behörde (der des betreffenden Corps) abliefern müsse. Es bleibe hingegen ungewiss, ob er auch gegen die Corpscommandanten eine gerichtliche Untersuchung einleiten könne? denn der vom Bundestags-Ausschusse angetragene §. 83^{1/2} gestatte ihm zwar, im Falle einer von dem Corpscommandanten gegen einander gewünschten Untersuchung, sogar die Anordnung eines *Kriegsgerichts*; seyen sie aber hinwiederum auch unter den Befehlshabern des §. 124 begriffen, so dürfe er, ausser jenem besondern Falle, nicht einmal eine Untersuchung gegen sie anordnen. Diess werde nach Analogie des §. 120 wenigstens in so weit einer näheren Bestimmung bedürfen, dass zu der oben angetragenen Abänderung der Worte des §. 124

« bei ihren Behörden »

hinzugefügt werde:

« auch in Fällen, wo Gefahr mit dem Verzuge verbunden wäre, ein summarisches Verhör derselben
« anzuordnen ».

§. 125.

Preussen bemerkt, dass eine Vereinigung hinsichtlich gemeinsamer Strafbestimmungen gegen die Verbrechen des Meineids, des Verraths, der Feldflüchtigkeit und der Insubordination grosse Schwierigkeiten haben würde, und auch in der That kein so grosses Bedürfniss sey. Meineid an sich, in so fern er sich nicht durch Verrath oder Feldflüchtigkeit äussere, sey kein besonderes militärisches Verbrechen; die drei anderen Verbrechen seyen bei allen Staaten als solche anerkannt und überall hart verpönt, und Niemand bleibe straflos, der nach den Gesetzen seines Landes deshalb gerichtet werde. — Wenn ein dem Bunde unmittelbar verpflichtetes Individuum eines jener drei Verbrechen begehe, so würde es dafür eben so zu bestrafen seyn, als wenn es sich desselben unmittelbar gegen seinen eigenen Landesherrn schuldig gemacht hätte. Bei Personen aber, welche nach §. 121 unter die Jurisdiction des Hauptquartiers gehörten, scheine es das zweckmässigste, wenn der Generalauditeur die Gesetze des Landes, wo er eigentlich angestellt sey, in Anwendung bringe.

Preussen ist daher der Meinung, dass die Aufstellung besonderer Kriegsartikel überflüssig sey. Die Eidesformeln für den Oberfeldherrn und das Personal des Hauptquartiers könne man als Beilagen zum VI. Abschnitt, oder beim Dienstreglement, am zweckmässigsten discutiren.

Württemberg bemerkt dagegen, dass die Preussische Ansicht hier noch weiter gehe, als die Oesterreichische, indem, ersterer zufolge, nicht einmal über diese Verbrechen gemeinsame Strafbestimmungen für das ganze Heer zu treffen seyn würden. Da die Schwierigkeit, hierüber allgemeine Bestimmungen aufzustellen, selbst nach dem, was darüber in der Bemerkung gesagt worden, nicht gross seyn könne; so möchte wohl bei dem Gutachten der Militärcommission stehen zu bleiben seyn.

§. 126.

Preussen bemerkt, dass, indem in der Regel bei Bestimmung der Strafen, die nicht zur Disciplin gehören, sondern die nur durch ein förmliches Erkenntniss ausgesprochen werden können, die Gesetze des Staates anzuwenden seyn würden, welchem das zur Untersuchung gezogene Individuum angehöre, — zu dem Ende alle betreffenden Staaten dem Auditeur, welchem sie die Theilnahme an der Ausübung der Gerichtsbarkeit über ihre Contingente gemeinschaftlich anvertrauen, ihre Strafgesetze mitzutheilen hätten. In der Regel seyen die Militär-Strafgesetze sehr übereinstimmend und ihre Anwendung werde daher wenig Schwierigkeiten haben. Fehle es einem Staate noch ganz an dergleichen, so könnte er die Kriegsartikel eines andern, welcher zu demselben Corps gehöre, so lange wählen, bis er eigene publicirt habe, oder bis gemeinsame zu Stande gekommen seyen. Fänden sich in einem oder andern Kriegsartikel Strafarten, die aus alter Zeit herrührten, und, weil sie für die jetzigen Verhältnisse nicht mehr passten, von vielen Staaten abgeschafft worden seyen, z. B. Spiessruthenlaufen, so könnten die zu einem Corps eingetheilten Staaten über eine angemessene Veränderung sich vereinigen.

Württemberg findet diese Bemerkung überflüssig, weil sie nur die Anwendung eines bereits angenommenen Grundsatzes betreffe; es auch bei den gemischten Armeecorps den betheiligten Staaten überlassen bleiben müsse, ob sie einige, vielleicht noch bestehende, Strafarten aus älteren Zeiten abändern wollen oder nicht.

§. 127.

Preussen glaubt, dass die Redaction der Beilage 4 zu dem ersten Entwurfe der Grundzüge, die Bildung und Dienstleistung der Gendarmerie betreffend, (Prot. der B. V. v. 1818, S. 596) noch einer Ergänzung bedürfe. Auch sey die Stelle jener Beilage, Num. III:

« In den dienstlichen Verrichtungen wird der Gendarmen-
 « rie die Unverletzbarkeit ihrer Personen gesichert »
 nicht deutlich, und es frage sich, ob damit etwas mehr gesagt werden solle, als was von jedem Beamten im Dienste, und besonders von jedem commandirten Militär gelte, dass man sich ihm, ohne die in allen Gesetzen dafür bestimmte Strafe, bei Ausrichtung seines Dienstes weder wörtlich noch thätlich widersetzen dürfe.

Württemberg bemerkt dagegen, es wäre die angetragene Ergänzung näher anzugeben. Auch wolle wohl im Grunde die den Gendarmen in den dienstlichen Verrichtungen zugesicherte Unverletzbarkeit nichts weiteres sagen, als was darunter in der Preussischen Bemerkung verstanden werde. Inzwischen scheine es doch nicht überflüssig zu seyn, bei einer Waffe, der die Aufrechthaltung der Heerespolizei und zwar in der Regel vereinzelt obliege, und die diese Obliegenheit jederzeit, ohne besonderes Commando, im Namen des Gesetzes zu erfüllen habe, auch den Schutz des Gesetzes ausdrücklich zuzusichern.

Die Verhandlungen der Militärcommission zu Abschnitt X, siehe Militärprot. Sess. XLIV. 148. S. 530; — Sess. XLVIII. 159. S. 606. — 616. (Redaktion S. 629.)

§. 14.

Erleichterung der minder mächtigen Staaten im Allgemeinen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die jetzigen Bestimmungen über eine Militärverfassung bei weitem mehr überdacht und zweckentsprechender sind, als die Einrichtung während der deutschen Reichsverfassung, und dass sich die Bundesversammlung bei Regulirung der Militärverhältnisse niemals von dem wahren Grundsatz entfernt hat: ein tüchtiges Heer müsse nicht bloss ein grosses und zureichendes, son-

dern auch ein gutes Heer, d. h. ein zweckmässig organisirtes und ausgerüstetes, ein kriegskundiges, besonders aber ein vaterländisch gesinntes Heer sein.

Nachdem wir nun die Grundzüge mit den sich hierauf beziehenden Aktenstücken gegeben, kommen wir zu den Erleichterungen der einzelnen Bundesstaaten, und den hierdurch hervorgerufenen Veränderungen der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes.

Schon vor und bei der ersten Aufstellung der Grundzüge der Militärverfassung war bereits von mehreren der kleineren Bundesstaaten im Betreff der künftigen Militärleistungen, sowohl wegen der Contingentstellung als der Geldbeiträge (insonderheit zu den Bundesfestungen) auf Erleichterung angetragen worden. (Eine eigne Deduktion vom Gemmmthause Reuss ward 1819 dessfalls vom Gesandten Frhrn. von Leonhardi vertheilt.) Die mächtigsten Bundesglieder, namentlich Oestreich, Preussen und Bayern waren im Allgemeinen diesen Wünschen nicht entgegen. — Sie nahmen an, dass die Stellung der Pioniers, des Geschützes, der Pontons nur auf die grösseren, mit diesen Waffengattungen versehenen Staaten fallen sollten. — Grossherzogthum und Herzogthümer Sachsen, so wie die 15. Stimme, machten bei der Abstimmung über die erneuerte Matrikel hierauf aufmerksam, indem sie den Maasstab der Population (den die 16. Stimme festhielt) als einseitig darstellten. — In Folge des speciellen Antrags von Oldenburg in Bezug auf Verminderung der Militärlasten, wurde derselbe der Militärcommission überwiesen. (Sess. I. vom 15. Januar 1824, §. 11. S. 23 — 28.). Diesen Ansichten schloss sich eine nachträglich motivirende Erklärung von Anhalt-Cöthen an, indem es auf Befreiung von Cavalerie und Artillerie und verhältnissmässiger Mehrstellung an Infanterie, wie Nassau, antrug. (Sess. XVIII. Sep. Prot. vom 24. Juni 1824, S. 293.). Aehnliche Anträge waren vorher von der 12. und 16. Stimme gemacht worden. (Ebendas.).

Die am 9. April 1818 aufgestellten Direktivnormen behielten es vor, bei dem Verhältnisse der verschiedenen Waf-

fengattungen in Anwendung auf die matrikularmässige Vertheilung, die möglichste Erleichterung aller Staaten zu berücksichtigen. (v. Meyer, Repert. S. 336—37.).

Die allgemein angenommenen Grundzüge der Militärverfassung geben zwar den combinirten Corps und Divisionen die Vertheilung der verschiedenen gesetzlichen Waffengattungen anheim; aber gleichzeitig äusserten sich schon verschiedene Stimmen über die Nothwendigkeit, dass der Bund sich der erforderlichen Erleichterungen für die kleineren Staaten annehmen möge. — Solche Vergünstigungen nahmen die Regierungen der 12., 13. und 16. Stimme in Anspruch. In deren Abstimmungen wurden folgende Vorschläge gemacht:

- 1) gänzliche Befreiung der kleineren Bundesstaaten von Cavalerie und Artillerie-Stellung, ohne Mehrstellung von Fussvolk.
- 2) Mehrstellung von Fussvolk wegen dieser Befreiung.
- 3) Herabsetzung des numerischen Verhältnisses der Contingentstellung der kleineren Staaten von 4 Procent der Population auf $\frac{2}{3}$ Procent.

Indessen äusserten sich bereits damals die Ansichten der Mehrheit dahin, dass solche Erleichterungen höchstens Sache der einzelnen Corps werden könnten. Auf ein solchen Erleichterungen nicht besonders günstiges Gutachten der Militärcommission, erfolgte in der letzten Sitzung dieses Jahres ein Beschluss auf Instructions-Einholung: über die angeblich zu grosse Anstrengungen im Frieden, welche die matrikularmässigen Contingentstellungen verursachten (Sess. XXXV. 20. Sept. 1849, §. 219, S. 653, Beschl. Nr. 3.) und worüber demnächst Berathungen gepflogen werden sollten.

Bei den Wiener Ministerial-Conferenzen kam diese Sache ausführlich zur Sprache, wurde von einem eigenen Ausschusse bearbeitet, und von verschiedenen Seiten motivirte ausführliche Erklärungen zu Protokoll gegeben. — Man konnte sich aber dort nicht darüber einigen, und fasste in der 28. Conferenz den Beschluss:

« Durch das Präsidium der Bundesversammlung das
 « Protokoll in der Sache eröffnen zu lassen, die be-
 « treffenden Anträge des Ausschusses aber und die ge-
 « sammtten Vota darüber an die resp. Höfe und Re-
 « gierungen einzusenden, mit der Bitte, solche in Be-
 « gleitung bestimmter Instructionen, ihren Gesandten
 « am Bundestage zur unverweilten Abstimmung mit-
 « zutheilen. »

Die Anträge des Wiener Ausschusses, welche abermals neue Discussionen am Bundestage veranlassten, bestanden in folgenden Vergünstigungen:

- 1) Stellung von Infanterie allein, durch Staaten, die nur eine Brigade oder weniger ausmachen, mit Vergütung der Kosten der Mehrstellung von Cavalerie an die grösseren Mitglieder der Division; auch Erlaubniss, dass im Entstehungsfalle der Vereinbarung durch andere Bundesstaaten dieser Ersatz an Cavalerie zur Division zugetheilt werde;
- 2) Stellung grösserer Abtheilungen, als Brigaden, Regimenter, oder Bataillons, blos an Infanterie, so dass statt einer Ablösung (Reluition) drei Infanteristen für einen Cavaleristen gegeben werden, wo dann entweder ein anderes Divisionsmitglied diese Cavalerie in gleichem Verhältnisse mit Abzug der Infanterie stelle, oder überhaupt bei dieser Division um so viel mehr Infanterie als weniger Cavalerie gestellt wird. — (Begehren von Nassau). ¹⁵⁾
- 3) Stellung von Infanterie für Geschütz bei Staaten, die noch keine ganze Batterie zu stellen haben; Ersatz der Mehrkosten und Stellung durch grössere Staaten, auch von einem andern Corps mittelst Zutheilung.

15) In Müllers Abhandl. siehe das Verhältniss und die Entwicklung von Nassau.

Alle einzelne weitere Ausnahmen wiess der Ausschuss ans Plenum der Bundesversammlung.

Nach mancherlei Debatten und in das Detail gehenden Vorschlägen von dem Bundestags-Ausschusse (s. sämtliche Verhandlungen S. 349, Prot. 1820) enthält die Kriegsverfassung des Bundes in ihren allgemeinen Umrissen und wesentlichen Bestimmungen (9. April 1821) folgende Anordnungen:

«(Art. VI.) Bei den zusammengesetzten Armee-
«Corps und Divisionen werden sich die betreffenden Bundes-
«staaten über die Bildung der erforderlichen Abtheilungen,
«und deren vollständige Organisation, unter einander vereinigen, wenn dies nicht geschieht, wird die Bundesversammlung entscheiden.

«(Art. VII.) Bei der Organisation der Kriegsmacht des
«Bundes ist auf die aus besonderen Verhältnissen der einzelnen Staaten hervorgehenden Interessen derselben insoweit Rücksicht zu nehmen, als es mit den allgemeinen Zwecken vereinbar anerkannt wird.

Ferner enthalten die näheren Bestimmungen der Kriegsverfassung (1821 — 22) im 3ten Abschn. Nachstehendes:

«(§. 25.) als Grundsatz wird jedoch festgesetzt, dass, im
«Fall der Vertretung solche nur in Corps statt finden kann.

«(§. 26.) Die Theilhaber an den combinirten Corps und
«Divisionen werden sich unter einander vereinigen, wie sie die
«gesetzlichen Abtheilungen zu bilden, und die verschiedenen Waffengattungen nach dem angenommenen Verhältnisse unter sich zu vertheilen für gut finden, und diese Uebereinkunft, drei Monate nach Annahme der näheren Bestimmungen der Bundesversammlung anzeigen. — Da, wo sie sich nicht vereinigen könnten, wird die Bundesversammlung vermittelnd einwirken, und nöthigenfalls entscheiden.»

In der XVII. Sess. 1821, §. 101, S. 227, wurden mit aus Veranlassung einer bereits vorliegenden Relutions-Convention §. 100, S. 225, zwischen Königreich Sachsen und Sachsen-

Gotha in einem Commissionsvortrage vorläufig folgende Vorschläge zu Erleichterungen als annehmbar anerkannt:

- 1) Herabsetzung des Verhältnisses von Cavalerie und Artillerie (Militär-Commissionsbericht, Prot. 1820, S. 476, sub 2. b. Cavalerie von $\frac{1}{7}$ auf $\frac{1}{10}$ und bei der Artillerie bis auf $\frac{2}{3}$) bei Staaten, die keine 300 Mann Cavalerie und keine halbe Batterie zu stellen hätten, mittelst Uebereinkunft (wie die Sachsen-Gothaische) zum eignen Vortheile des Bundes und nach den Forderungen hoher Billigkeit, oder
- 2) Mehrstellung geschlossener Infanterie-Abtheilungen, über welchen Austausch sich in denselben Corps zu verständigen wäre.
- 3) Für die von den übrigen Theilhabern der gemischten Corps zu bringenden Opfer, dürfte von Seiten der Bundesglieder der ungemischten Corps auf verhältnissmässige Entschädigung Rücksicht zu nehmen sein. (Prot. v. 1821, S. 255, Ziff. 12.).

Diese Anträge gehen aus der Prüfung eines im Jahre zuvor 1820 zur Sess. XXX, am 12. Oct. S. 472, Ziff. 14. abgegebenen Gutachtens der Militärcommission hervor, welches die Erleichterungen politisch und militärisch einzeln durchgeht, empfiehlt und Vorschläge zur Ausgleichung macht; bei dem Schlusse ist jedoch bemerkt: dass bei der ohnehin sehr herabgesetzten Stärke des Bundesheeres die Bundesversammlung von diesen Erleichterungen nur in seltenen Fällen Gebrauch machen möge.

Mit obigen Vorschlägen des Bundestags-Ausschusses werden vorläufig die allgemeinen Verhandlungen über diese Materie geschlossen, deren Fortsetzung §. 16. zu sehen; und wir wollen nun die Verhandlungen der einzelnen drei gemischten Armeecorps vortragen, nachdem wir noch die unterdessen abgeschlossenen Relutions-Verträge hier angeführt haben werden:

- 1) Sachsen-Gotha und Altenburg mit dem Königreiche Sachsen (Prot. der Bundesversammlung von 1821, §. 39, S. 88; §. 100, S. 223, und der Vertrag vom 17. Januar 1821, *loco dictat.* ebendas. S. 91 der Original-Ausgabe.
- 2) Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt mit Sachsen-Weimar-Eisenach, Vertrag v. 21. Febr. 1822, (*loco dictat.* in den Protokollen der Bundesversammlung v. 1822, S. 228 der Orig.-Ausgabe, Sep. Prot. der Bundesversammlung vom 14. Febr. 1822, 3, und von dem 27. Juni 1822, 3, nebst Anl. 3, *loco dictat.* gedruckt S. 177. 610 u. 617).
- 3) Mecklenburg-Strelitz mit Mecklenburg-Schwerin (Sep. Prot. der Bundesversammlung vom 14. Febr. 1822, 4, S. 178 der Orig.-Ausgabe).
- 4) Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck mit Holstein und Lauenburg (Prot. der Bundesversammlung von 1822, §. 51, S. 169).
- 5) Vertrag zwischen den, die erste Division des 9. Armeecorps bildenden Staaten (Königreich Sachsen, Sachsen-Gotha-Altenburg, Sachsen-Coburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Hildburghausen und Reuss älterer und jüngerer Linie); über die Einrichtung dieser Divisionen, geschlossen am 14. August 1821, s. das Sachsen-Hildburghausensche Regierungsblatt vom 5. Januar 1822, Nr. 1.
- 6) In Unterhandlung standen (August 1822) Hohenzollern, Liechtenstein, Homburg, und Frankfurt mit Grossherzogthum Hessen.

§. 13.

Verhandlungen in den drei gemischten, nämlich dem
VIII., IX. und X. Corps.

VIII. Armeecorps.

In diesem Armeecorps, welches aus drei Divisionen besteht, sind hierüber folgende Verhandlungen vorgekommen, und zwar in Bezug auf die dritte Division.

Zwei Erklärungen von dem Grossherzogthum Hessen und den mit ihm wegen Anschliessung verhandelnden Staaten (Sess. XXIX, 1821, §. 222, S. 627 und Sess. I, 1822, §. 12, S. 10) veranlassten zwei allgemeine Aufforderungen. Die erste, dass die Organisation sämmtlicher Armeecorps in ihren verschiedenen Abtheilungen bis zum 1. Oct. 1821 zu vollenden, was aber bis dahin nicht berichtet sei, in einer der ersten Sitzungen der Bundesversammlung nach der Vertagung ohne Weiteres definitiv zu entscheiden wäre; — die zweite, dass der Termin auf den 14. Febr. 1822 erstreckt und in der Sess. vom 28. März 1822 definitive Entscheidung über die erforderlichen Gegenstände erfolgen würde. — Es wurde in der VI. Sess. am 14. Febr. d. J. §. 51, S. 168, der 14. März, und später (Sess. X. am 14. März §. 34, S. 215,) der 15. Mai 1822 als letzter Termin angesetzt.

In Folge obiger Erklärungen war mit beiden Hohenzollern und Liechtenstein eine Uebereinkunft unter Ratifications-Vorbehalt, jedoch ohne Erfolg, verabredet worden; nach einer schriftlichen Registratur (v. 12. Juli 1821 zur XXVII. Sess.) hatten diese mehr Nachlass (namentlich in der Reiterei die Herabsetzung von $\frac{1}{7}$ auf $\frac{1}{10}$) verlangt, als Gotha Königreich Sachsen gegenüber erhielt, und waren von der Bundesversammlung auf letztere Bedingungen zurückgewiesen worden.

Weiter ersieht man aus einem Commissionsvortrage über stattgefundene Anträge (Separ. - Prot. v. 7. Febr. Sess. V. S. 165, 1822,) dass, nach dem Vorbringen des Gesandten der 16. Stimme gedachten drei Fürsten, Forderungen über das Dreifache des Gothaischen Vertrags gemacht worden sein sollen, und es wird eventuell auf Ersatzleistung von Infanterie für Cavalerie angetragen; dann erhellt noch aus beiderseitigen Erklärungen (Sess. VI. §. 51, S. 167 und Separ.-Prot. vom 14. März, Sess. X, sub 2, S. 219) dass diese drei Fürstenthümer mit Grossherzogthum Hessen neue Schwierigkeiten fanden; sich die Vertretung der Cavalerie durch Infanterie (wie Nassau) ferner vorbehalten, und um eine dritte Fristerstreckung zum Abschlusse nöthigenfalls mit Andern im Corps antragen. — Diese Staaten wurden jedoch in letzterer Hinsicht von der Bundesversammlung auf die §§. 25 u. 26 der Grundzüge verwiesen.

Hessen-Homburg wünschte gleich anfänglich (S. 1821, schriftliche Registratur über die vertrauliche Sitzung v. 26. Juli, sub 2.) eine Verminderung der Contingentstellung, und die Bundesversammlung beschloss, dass ihm die Gothaische Erleichterung zu gewähren sei. (Schriftliche Registratur vom 12. Juli 1821, Sess. XXVII.). Nach einem Commissionsbericht im folgenden Jahre (Separ. - Protok. v. 7. Febr. 1822 zur Sess. V. sub 1 und Beilage 1, S. 157 u. 159) schloss Hessen-Homburg mit Hessen-Darmstadt am 21. Sept. 1821 einen Relutionsvertrag bis zur Ratification ab; statt deren erfolgte jedoch die Erklärung Hessen-Homburgischer Seite, man wolle vorerst sehen, ob die Bundesversammlung eine Natural-Selbststellung an Cavalerie und Artillerie von Hessen-Homburg leicht genehmige, indem man sich für prägravirt halte, und lieber dem Inlande den Gewinn geben wolle.

Eine dessfallsige Vorstellung an die Bundesversammlung wird von derselben widerlegt, insonderheit aus dem Gesichtspunkte der zu kleinen numerischen Verhältnisse (§. 25 der näheren Bestimmungen), und durch die Mehrheit erfolgte der

Beschluss 7. Febr. 1822, Prot. S. 157: dass die Gothaische Erleichterung auch Hessen-Homburg zugestanden werde.

Die in einem ferneren Schreiben des Herrn Landgrafen vom 24. Febr. 1822, für die Selbststellung der Cavalerie und Artillerie angegebenen Gründe fanden gleichfalls keine Billigung (1. Sept. Prot. vom 14. März 1822 zur Sess. X, sub 1, S. 219 — 223) und die Ansicht der Bundesversammlung ging dahin: dass es bei dem Beschlusse vom 7. Februar 1822 sein Verbleiben habe.

Am 27. Juni 1822 (z. Sep. Prot. der XXII. Sess., sub 4, S. 611 und 621, Nr. 5) kam eine fehlgeschlagene Vereinbarung von Frankfurt mit Grossherzogthum Hessen zur Prüfung der Bundesversammlung. — Frankfurt fand sich prägravirt in den Zahlungsansätzen der Aufstellungskosten um 2534 Gulden $26\frac{9}{12}$ Kreuzer, der jährlichen Unterhaltungskosten um circa 2343 Gulden $21\frac{13}{30}$ Kreuzer; zugleich wünschte es, statt diesen Ersatzleistungen die Gothaische Erleichterung ansprechen zu können.

Dies wurde jedoch nach Commissions-Antrag und Beschluss als reichem Staate nicht zugestanden, und eine Vermittelungs-Commission zur Ausgleichung der Kostendifferenz ernannt.

Als Würtemberg und Baden am 16. Febr. 1826 (Sess. IV, 1. Sep. Prot. S. 123) die Organisation des VIII. Armeecorps anzeigten, bemerkte Grossherzogthum Hessen, dass die Vollendung der Organisation der dritten Division durch die notorisch vorwaltenden Umstände seither aufgehalten worden, wobei beide Hohenzollern, Liechtenstein und Frankfurt die von der Bundesversammlung zu beschliessenden Erleichterungen abermals in Aussicht stellten.

Die stets fortdauernden Wünsche kleinerer Bundesstaaten, sich in Hinsicht der Militärleistungen erleichtert zu sehen, haben dieselben endlich den drei gemischten Armeecorps entzogen, worüber §. 16. dieser Abhandlung nähern Ausweis giebt.

Die innere Organisation des VIII. Corps ist durch die Unterzeichnung der am 14. Sept. im Jahr 1831 erfolgten Schlussakte — worauf wir hier verweisen — als vorläufig vollendet anzusehen.

IX. Armeecorps.

In diesem Armeecorps, welches wie alle übrige, mit Ausnahme des VIII., zwei Divisionen enthält, sind hierüber folgende Verhandlungen vorgekommen, und zwar in Bezug auf die:

I. Division.

In der Sess. XVII, §. 100. S. 226, 1821 genehmigte die Bundesversammlung, unter Vorbehalt der nach veränderten Bestimmungen in der Militärverfassung etwa nothwendig werdenden Modificationen, einen vom Königreich Sachsen und Sachsen-Gotha in der VII. Sess. am 22. Febr. 1821, §. 39, S. 88. vorgelegten Relutionsvertrag, welcher jedoch nur unter der Voraussetzung abgeschlossen werden konnte: «dass
«die betreffenden mindermächtigen Staaten an Cavalerie, mit
«Einschluss der Reserve, nur den siebenten Theil von 1 Procent
«der Bevölkerung stellen, und dieses $\frac{1}{7}$ dergestalt leisten,
«dass davon $\frac{2}{3}$ zu dem effectiven Heere und $\frac{1}{3}$ zur Reserve gerechnet werde, und dass hiernächst bei der Artillerie die Reserve ganz in Wegfall komme!»

Das mit diesem Antrag verbundene Gesuch einer Uebernahme der Garantie des ganzen Vertrages konnte wegen noch fehlenden Instructionen nicht so gleich erfolgen.

Im März 1823 erklärte Königreich Sachsen in Bezug auf die inmittelst an den Bundestag gelangten übereinstimmenden Gesuche der mindermächtigen Bundesstaaten um gänzliche Befreiung der kostspieligen Waffengattungen: dass die, mit den von ihm vertretenen Staaten abgeschlosse-

nen Relutionsverträge, vom 1. Januar 1823 vorläufig sistirt sein sollten, und sonach die Verbindlichkeit des Königreichs Sachsen, hinsichtlich des Bundesheeres sich auf die Instandstellung des eigenen Contingents vorerst beschränke, auch die nachgesuchte Garantie des Vertrags mit Sachsen-Gotha auf Weiteres ausgesetzt bleiben möge. (1. Sep. Prot. vom 10. März 1823 zur Sess. VI, S. 49). Sachsen-Coburg machte für das Fürstenthum Lichtenberg laut eines in der vertraulichen Sitzung Sess. XXIX, v. 26. Juli 1821, sub 1, (Schriftl. Registratur zur Sess. XXIX,) gehaltenen Vortrages, anfänglich den Antrag der Befreiung von aller Militärleistung wegen jener Besetzung, dann aber der Befreiung von Cavalerie- und Artillerie-Stellung und zwar sowohl aus Gründen der geographischen Entfernung dieses kleinen, in der Verwaltung schon so kostbaren Ländchens, als auch in Hinsicht einer von den Monarchen versprochenen Entschädigung oder Austauschung.

Die Bundesversammlung fasste den Beschluss: dass die gänzliche Befreiung von Cavalerie- und Artillerie-Stellung, wie auch der Selbststellung der Cavalerie von jedem Landesgebiete, als den Grundzügen entgegen, nicht gestattet werden könne, dass aber wegen der sämtlichen coburgischen Lande, im Falle einer Vertretung durch die Krone Sachsen die Sachsen-Gothaische Erleichterung statt finden solle ¹⁶⁾.

II. Division.

Die Contingentstellung, welche Nassau durch eine geschlossene Infanterie-Halbbrigade von 3721 Mann nebst 30 Pioniers und Pontoniers und einer Batterie von 8 Piecen mit 288 Mann bewirken wollte, war schon bei den Wiener Ministerial-Conferenzen, und seitdem Gegenstand lebhafter

16) Seit der am 22. Sept. 1834 erfolgten Abtretung des Fürstenthums Lichtenberg an die Krone Preussen, ging auch die Stellung des aus 250 Mann bestehenden Contingents auf dieselbe über.

Debatten; verwickelte auch die Bundesversammlung in vielfache Discussionen, vorzüglich durch den gleich anfangs erhobenen Widerspruch von Kurhessen, und sodann auch von Luxemburg, gegen die begünstigenden Anträge des Wiener Ausschusses, der Militär-Commission, des Präsidii und der Mehrheit der Bundesversammlung; indem Beide dadurch ihre eigene Contingentstellung für verletzt ansahen. — Oestreich macht nämlich folgenden Vorschlag (s. Commissionsbericht, Ziffer 1 zum Separat-Protokoll vom 23. April 1822, S. 287 — 379).

Obgleich die in der vertraulichen Sitzung (XXX, schriftl. Registratur) vom 30. Juli 1821 bereits in Antrag gekommene gänzliche Befreiung des IX. Corps von der Detachirung zur grossen Cavalerie-Reserve an sich schon sehr wesentlich das Verhältniss mildert, welches der kurhessische Hof als seinen Interessen nachtheilig betrachtet, so dürfte dieses doch noch in einem weit höheren Grade erzielt, ja selbst jede Unzukömmlichkeit vollständig beseitigt werden, wenn schon dermalen die geeignete Fürsorge getroffen würde, dass beim Eintreten des Kriegszustandes die zweite Division des IX. Armee-Corps von irgend einer Seite eine Aushülfe von Cavalerie erhalte, und wenn es daher dem Oberfeldherrn zur Pflicht gemacht würde, dass er die ihm zufolge der Grundzüge der Kriegsverfassung des Bundes, zustehende Befugniss, Detachirungen nach seinem Ermessen zu verfügen, hinsichtlich der mehr erwähnten Division in der Art ausübe, dass letztere von der disponibeln Cavalerie des Bundesheeres diejenige Aushülfe erhalte, wodurch der Abgang des Nassauischen Cavalerie-Contingents ersetzt werde. Zugleich drückt Oestreich den angelegentlichen Wunsch aus (Protocoll 1822, Seite 296), dass diese Modalität die bundesgesetzliche Sanktion erhalte, und sodann in den Grundzügen der Kriegsverfassung des Bundes gehörigen Orts eingeschaltet werden möge.

Württemberg machte einen vermittelnden Antrag, (Seite 179) dahin: dass Luxemburg bloss Reiterei in die mit Nassau

zu bildende Brigade stellen möge, welches aber die Niederländische Regierung Seite 247 ablehnte, und neue Vorschläge machte.

Eine andere Discussion erhob sich S. 335 u. flgd. über die Abstimmungsart bei Genehmigung oder Verwerfung des Antrags. Die Commission erklärte sich im Allgemeinen in einer ausführlichen Begutachtung für die Stimmenmehrheit in engerer Versammlung; aber nur die Mehrheit der Commission war für diese Genehmigung, weil das geschlossene Corps dem Bunde Vortheil bringe. (Die sehr ausführlichen Gegenbemerkungen der Minorität und die Discussionen über Stimmenmehrheit stehen abgedruckt S. 449, 481 etc. etc. S. 507 etc. etc. S. 562 etc. etc. im Protocoll von 1822.) — Bevor jedoch die Bundesversammlung über den Gegenstand selbst Instruction einzuholen beschloss, gab Königreich Sachsen noch folgenden Vorschlag zu Protocoll: (Separat-Protocoll zur XIII. Sitzung 1822 S. 238) «dass der Abgang der nassauischen Cavalerie nur zwischen den beiden Divisionen des IX. Corps ausgeglichen werden möge, damit es nicht erst einer, von mehreren Seiten her für bedenklich erachteten Entsendung von der grossen Cavalerie-Reserve oder der übrigen Corps bedürfe, dagegen allen gemischten Corps überhaupt verstattet werde, von der zu grossen Cavalerie-Reserve zu entsendenden Mannschaft so viel abzuziehen, als ihnen durch Vertretungs-Verträge oder sonstige vom Bunde genehmigte, veränderte Contingentstellung in dieser Cavalerie abgehe;» ein Vorschlag, bei dem die Commission, Seitens Königreich Sachsens, die Zurücksetzung des eigenen Interesses auf's Ehrenvollste anerkannte, und die Idee als sehr tauglich anempfahl. — Die Bundesversammlung beschloss nach einer Bemerkung Luxemburgs «dass es zu dem Nassauischen Voten» «langen einstimme, wenn man das Luxemburgische Contingent gleichfalls als einen ungemischten selbstständigen Körper annehmen wolle,» (was von Einigen *interloquendo* für ganz unbedenklich gehalten wurde), «über diesen oestreich-sächsischen Antrag Instructionen binnen 4 Wochen einzuholen,»

« die Betheiligten des IX. Corps sich aber noch vorher näher darüber verständigen und äussern möchten.» Ueber die bei dieser Gelegenheit angeregten allgemeinen Fragen aber sollte erst in 8 Wochen das Protocoll zur Abstimmung eröffnet werden.

Die noch in der 18., 19. und 25. Sess. 1822 erfolgten Abstimmungen gehen dahin: Baden und Gr. Hessen stimmten dem k. sächsischen Vorschlage mit der Bedingung zu, dass bei den Detachirungen der combinirten Corps zur grossen Reserve das Maximum von $\frac{2}{3}$ auf $\frac{1}{6}$ herabgesetzt werde; und Gr. Hessen noch mit dem Zusatz, «dass (namentlich im VIII. Corps) von diesem $\frac{1}{6}$ der von Sachsen vorgeschlagene Abzug, wegen Vertretungsverträgen oder sonstiger veränderter Cavalerie-Contingentstellung in den Corps und Divisionen, weiter gestattet werde.» — Württemberg, die Niederlande, Gr. und H. Sachsen stimmten bei. — Die Luxemburgische Bedingung genehmigten Württemberg, Kurhessen, Gr. Hessen, G. und H. Sachsen; auch Baden wollte, jedoch ohne Consequenz den Nassauischen Fall, Prot. S. 305, genehmigt wissen. — Kurhessen stimmte gegen den k. sächsischen Vorschlag, insofern es die Frage der praktischen Ausführbarkeit näher berührte; nicht verkennend, dass der Vorschlag mit weniger Schwierigkeit verbunden sei, als der oestreichische, habe man sich doch bisher nicht über das Ausgleichen der Cavalerie zwischen beiden Divisionen verständigen können, denn K. Sächsischer Seits gehe man von der Ansicht aus, dass die Cavalerie beider Divisionen ein Ganzes bilde, während man Kurhessischer Seits dieser Ansicht um so weniger Raum geben könne, als in den Corpsverhandlungen seither von der Vereinigung der Cavalerie beider Divisionen in einem Körper, unter einem gemeinschaftlichen Commandanten durchaus nicht die Rede gewesen sei; daher könne Kurhessen nur unter der Bedingung den K. Sächsischen Vorschlag annehmen, dass während eines Kriegs durch eine Cavalerie-Entsendung von der ersten Division der Abgang an Cavalerie in der zweiten Division auf eine bleibende Art ersetzt und darüber schon

jetzt von Sachsen Zusicherung oder andere Vorschläge gemacht würden. — Der k. sächsische Gesandte sprach hierbei die Hoffnung der Beseitigung der Kurhessischen Anstände aus. — Rücksichtlich Sachsen-Weimar, welches ebenfalls mit Erleichterungs-Anträgen auftrat, fasste die Bundesversammlung, auf Bericht des Bundestags-Ausschusses am 14. Februar 1822 (Sep. Prot. VI. Sess. sub. 3, S. 177) den Beschluss:

« S. Weimar möge die Gründe für sich und die Bundesstaaten, mit denen es sich hinsichtlich der Cavaleriestellung vereinigen wolle, nachweisen, und wenn dieselben für zureichend befunden würden, liege kein Anstand vor, die Gothaiche Erleichterung zu bewilligen; vorausgesetzt, dass die Cavalerie-Abtheilung nicht unter 300 Pferde von einem Staate vertretungsweise gestellt, und von den zunächst Betheiligten kein gegründeter Widerspruch dagegen eingelegt werde; »

In der X. Sess. vom 14. März 1822 (1. Separat-Protocoll, sub 3, S. 220) legte der grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Gesandte für Weimar, mit Bestätigung des schwarzburgischen Gesandten einen, unter den drei letztgenannten Staaten abgeschlossenen Relutionsvertrag über Stellung von Reiterei abseiten Weimars unter der Bedingung der Gothaischen Erleichterung der Bundesversammlung zur Genehmigung und Uebernahme der Garantie vor. — Der erstere Gesandte deutete bei dieser Gelegenheit an, dass Sachsen-Weimar anfänglich selbst in der Cavalerie von einem andern Staate habe vertreten sein wollen, und dass ihm die Aufstellung der ganz neuen Waffengattung begreiflicherweise schwer falle, demohngeachtet habe es sein alleiniges Cavalerie-Contingent mittelst Vertretung auf die gesetzliche Zahl von 300 Pferden heraufgebracht. — Die Bundestags-Commission berichtete am 27. Juni 1822 Separat-Protocoll XXII. Sess. sub 3. S. 610 an die Bundesversammlung, sie würde auf

die gewünschte Genehmigung und Garantie angetragen haben, wenn sich nicht von Kurhessischer Seite in der Ausschusssitzung Widerspruch erhoben hätte. Diese Angelegenheit wurde in Uebereinstimmung mit dem Commissionsantrag an die Theilhaber des IX. Armeecorps zurückgegeben, um sich darüber baldigst zu vereinigen. Ueber eine früher schon beabsichtigte Organisation des IX. Armeecorps giebt der kurhessische Gesandte (Protocoll, S. 248, 1822) folgende Notiz: Im Monat April 1819 hätte bereits eine Vereinbarung statt gefunden, wonach man über die Eintheilung des IX. Corps in 2 Divisionen und der zweiten Division in 3 Infanterie- und 2 Cavalerie-Brigaden, in deren einer Luxemburgische und Nassauische Cavalerie zusammen eine militärische Einheit bilden sollten, einig geworden war. — Diese Verabredung hatte die Genehmigung sämmtlicher Betheiligten erhalten, aber diejenige wegen der Formation der Cavalerie erfolgte nicht. Erst im December 1830 wurde der Nassauische Contingentstreit erledigt, und ist das Nassauische Contingent in dem IX. Armeecorps angesetzt mit 4039 Mann, worunter 3721 Mann Infanterie und 318 Mann Artilleristen und Pioniers.

Anhalt-Cöthen stellte in einer dringenden Erklärung am Bundestage (Separat-Protocoll zur XVIII. Sess. 1824. S. 293) in Verfolg der allgemeinen, bei Gelegenheit der erneuerten Matrikel wieder aufgeregten Wünsche den Antrag, Cavalerie und Artillerie durch Mehrstellung von Infanterie ersetzen zu dürfen. — Die Gründe gehen ins Detail der Staatskräfte der kleineren Bundesglieder ein und stützen sich wiederum auf den Satz, dass durch grosse Anstrengung im Frieden die Kräfte zum Kriege allzusehr geschwächt würden.

Präsidium äusserte bei dieser Gelegenheit, dass von den Gesandten der 12. und 16. Stimmen dem Bundestags-Ausschusse ähnliche Anträge übergeben worden seien.

Diese dringenden und wiederholten Erleichterungs-Gesuche veranlassten Königreich Sachsen (XXVI. Sess. 1824. 1. Separat-Protocoll S. 409) zu der Erklärung: «dass, da das IX. Armeecorps beinahe zur Hälfte (nämlich mit Ausschluss von Königreich Sachsen und Kurhessen), aus Staaten gebildet sei, die der Stellung von Cavalerie meist auch von Artillerie gänzlich enthoben und auch darin nicht vertreten zu sein wünschten, so bliebe, wenn dies von der Bundesversammlung genehmigt werde, nur der Ausweg übrig, die beiden Contingente von Königreich Sachsen und Kurhessen andern Corps einzuverleiben, und die kleineren Staaten einen besondern, nur aus Infanterie bestehenden Körper bilden zu lassen, der als Infanterie-Reserve-Division gebraucht werden könnte, und über dessen innere Organisation die betreffenden Staaten sich unter einander zu vereinigen hätten. Königreich Sachsen wünschte dann, mit dem bisherigen Xten Armeecorps vereinigt zu werden. — Ob nun Kurhessen hier mit ihm eine Division bilden, oder sich den VIIIten Corps anschliessen wolle, sei Königreich Sachsen gleich, nur wünsche es, dass bald eine Entscheidung der Bundesversammlung erfolge, da die bestehenden Relutions-Verträge Rücksichten und Kosten in Anspruch nähmen. Hierauf erklärte sich Kurhessen (I. Sess. 1825, 1. Separat-Protocoll, S. 7.) im Allgemeinen beistimmend, brachte aber eine andere Zusammensetzung des IX. Corps durch Veränderung auch der übrigen gemischten Corps in Vorschlag, wobei jedes der drei Corps sich auf 24, bis 25,000 Mann belaufen würde, nämlich:

VIII. Corps:

Württemberg und Baden,

IX. Corps:

Königreich Sachsen, Kurhessen, Grossherzogthum Hessen, Grossherzogthum Luxemburg.

X. Corps:

Hannover, Holstein, Braunschweig, beide Mecklenburg, und die drei Hansestädte.

Wenn diese veränderte Eintheilung jedoch nicht stattfinden könne, wolle Kurhessen sich dem bisherigen Xten Armeecorps in Verbindung mit Königreich Sachsen anschliessen, wobei es aber um baldige Entscheidung dringend bitte; auch diese Erklärung wurde an den Bundestags-Ausschuss abgegeben.

Indem wir uns hier auf dasjenige beziehen müssen, was am Ende des Berichts über das VIII. Corps in Hinsicht mindermächtiger Staaten, welche Erleichterungen nachsuchen, erwähnt ist, bemerken wir schliesslich: dass die Schluss-Acte dieses IX. Armeecorps den 30. December 1834 abgeschlossen worden ist.

X. Armeecorps.

Die wenigen Verhandlungen, welche über die Abschlüssungen und Erleichterungen in dem Xten Armeecorps am Bundestage statt hatten, beschränken sich, da die erste Division über ihre Eintheilung die Standestabelle ohne weitere Bemerkungen vorlegte, auf die zweite Division. Hier geschah zuerst (I. Sess. 1822, §. 13, S. 12) die Anzeige, dass sich die beiden Lippeschen und das Waldeckische Contingent mit der zweiten Division vereinigen würden, und zwar, wie sodann erklärt wurde (VI. Sess. 1822, §. 31, S. 169), dass Lippe sich der Oldenburgischen Halbbrigade anschliesse, während Schaumburg-Lippe und Waldeck sich mit Holstein und Lauenburg vereinigten; später aber (XVII. Sess., 1822, Separat-Protocoll, S. 448) erklärte der Gesandte unter Bestätigung von Holstein und Oldenburg, dass Lippe es wegen verschiedenen Vortheilen vorziehe, sich wie in früherer Zeit mit Schaumburg-Lippe und Waldeck zu einem Regiment zu vereinigen und so an Holstein anzuschliessen.

Mecklenburg-Strelitz wandte sich wegen Erleichterungen, die durch eine Uebereinkunft mit Mecklenburg-Schwerin über Vertretung von Cavalerie und Artillerie erreicht werden

sollten, in eben demselben Jahre an die Bundesversammlung (Sess. VI, 14. Febr. 1822, Separat-Protocoll S. 178, Ziff. 4). Der Bundestags-Ausschuss, an den die Anträge unmittelbar ergingen, erklärte, dass dem Antrage nichts im Wege stehe, und die Gothaische Erleichterung auch hier statt finden könne, doch würde der numerische Ansatz nach dem angenommenen Verhältnisse noch zu berichtigen sein; das Weitere sei an die Verhandlungen unter die Corpsbetheiligten zu verweisen. — Mit diesem Gutachten vereinigte sich die Mehrheit.

Die Gesandten der 15., 16. und 17. Stimme behielten sich für ihre betreffenden Committenten gleiche Erleichterungen vor.

Der Beschluss wurde bis zum Eintreffen der noch vorbehaltenen Abstimmungen ausgesetzt.

Die Theilhaber der zweiten Division versprachen in der VI. Session von 1822 (§. 51, S. 168) von der zu Altona abgeschlossenen Divisions-Akte nach Auswechslung der Ratificationen, geeignete Kenntniss zu geben.

Folgende Militärverträge der Staaten des Xten Bundes-Armeecorps *) sind bis heute abgeschlossen worden, als

- 1) die Corps-Schlussacte,
- 2) die Schlussacte der zweiten Division vom 14. Oct. 1833, welche an die Stelle der vorhin erwähnten Altonaer Divisions-Akte getreten ist;
- 3) die Convention wegen Verbindung des Oldenburgischen und der Hanseatischen Contingente zur dritten Brigade, vom 6. Jan. 1834, nebst Zusatz-Akte vom gleichen Datum. — Die Anzeige von dieser Convention in der Bundesversammlung siehe Bundesversammlungs-Prot. 1834, Sess. XIV, §. 133,
- 4) die Militär-Convention zwischen den drei freien Hansestädten, vom 17. Febr. 1834.

*) Zusammen gedruckt bei Meissner in Hamburg 1834.

§. 16.

Fernere Verhandlungen über die Erleichterungen.**— Errichtung einer Reserve-Infanterie-Division. — Inspection.**

Da vom Jahre 1826 an die Verhandlungen der drei Corps, über Contingent-Erleichterungen und einiger Veränderungen in der Kriegsverfassung zu sehr in einander verwebt sind, um dieselben einzeln verfolgen zu können, so werden wir solche hier gleichzeitig behandeln müssen, und halten für das Zweckmässigste, auf den in der XXVII. Sess. v. 16. Sept. 1830, Beilage 6, S. 955, gehaltenen, zur Instructions-Einholung §. 213 ausgestellten Vortrag des Bundestags-Ausschusses zu verweisen, der, wenn er auch schon früher Berührtes wiederholt, ein zusammenhängendes Bild der ganzen Verhandlungen über die Erleichterungen und den ersten Vorschlag zu einer Reserve-Infanterie-Division abgibt.

In der XXXII. Sess., §. 247, S. 1046, am 14. Oct. d. J. (1830) eröffnete Präsidium dessfalls das Protocoll zu den Abstimmungen, welche auch in der XXXII. Sess., XXXIV. Sess., §. 262, S. 1130, in der XXXV. Sess., §. 264, S. 1135, und XXXVI. Sess., §. 274, S. 1166, nach und nach wie folgt, eingingen:

Oestreich stimmt für die Annahme der Vorschläge des Bundestags-Ausschusses, ebenso Braunschweig und Nassau. Preussen stimmt gleichfalls bei. Baden tritt bei, wünscht jedoch die Realisirung seines Wunsches hinsichtlich der Kriegsbesatzung von Landau. Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz wollen sich der Majorität anschliessen; Mecklenburg-Schwerin behält sich jedoch vor, eine gleichmässige Erleichterung nach Vorkommenheit; für jetzt knüpfe es aber seine Zustimmung an die ausdrückliche Bedingung, dass dadurch dem diesseitigen, in den verschiedenen Gattungen zu stellenden, Contingente keine grössere Last zufalle, und deshalb die erforderliche Ausgleichung, so wie eine nähere Verabredung in der Division, vorbehalten bleibe.

Mecklenburg - Strelitz habe schon 1822 Erleichterung in Anspruch genommen; durch Vertretung statt $\frac{1}{7}$ des ganzen Contingents, $\frac{1}{10}$ desselben an Cavalerie zu stellen und ebenso statt $1\frac{5}{12}$ Geschütz mit 82 Mann nur $\frac{3}{5}$ davon, Alles jedoch so, dass die nach der Matrikel zu stellende Mannschaft der Zahl nach keinen Abbruch leidet. Der Gesandte ist befehligt worden, hiernach darauf anzutragen:

« Hohe Bundesversammlung wolle um die von Mecklenburg-Strelitz angesprochene Erleichterung in der Contingentstellung, nachdem die Mehrheit der Stimmen sich schon in der vertraulichen Session vom 14. Febr. 1822 mit den Anträgen einverstanden erklärt, durch förmlichen Beschluss genehmigen, wiewohl mit dem Zusatze, dass der numerische Ansatz nach dem angenommenen Verhältnisse im Armeecorps zu berichtigen wäre. »

Oldenburg und *Schwarzburg* stimmten bei; die Gesandtschaft bemerkt für Oldenburg, dass die für die Herrschaft Knipphausen zu stellende Mannschaft hinzugehe; für das Gesammthaus Anhalt behält sie sich die näheren Aeusserungen bevor.

Die freien Städte: Der Gesandte erklärt für Frankfurt, dass diese Stadt bereit sei, jeden Cavaleristen und Artilleristen ihres matrikularmässigen Contingents zum Bundesheere mit drei Mann Infanterie zu ersetzen, auch ihr Contingent, gleich andern Staaten, zur Disposition des Oberfeldherrn zu stellen.

Fernere Abstimmungen in Sess. XXXIV. *Hannover* stimmt unter der Voraussetzung bei, dass die Verpflichtung der Infanterie-Contingente der erleichterten Bundesstaaten zur Ergänzung der Kriegsbesatzungen in den Bundesfestungen, ausdrücklich ausgesprochen werde.

Dänemark, wegen Holstein und Lauenburg, stimmt unter der Voraussetzung bei, dass die Erfüllung des Wunsches Sr. Majestät, dass das diesseitige Contingent eine mit andern Bundestruppen unvermischte Brigade ausmache, in Folge

des Beschlusses, wegen der Erleichterungen kein Hinderniss oder keine Einschränkung erleide; ferner nehmen Se. Majestät die Verpflichtung der Infanterie-Contingente der erleichterten Bundesstaaten zur Ergänzung der Kriegsbesatzungen in den Bundesfestungen in ausdrücklichen Anspruch; dann behalte sich der König auch die Zahlungsansprüche wegen der im Jahre 1822 mit Lippe, Schaumburg-Lippe und Waldeck abgeschlossenen Relutionsverträgen, theils nicht geleisteten, theils sistirten Gelder bis zum Tage des Bundesbeschlusses über die Erleichterungen vollständig vor:

Niederlande, wegen Luxemburg:

Der Gesandte glaubt sich ohne Instruction zur Beistimmung ermächtigt.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: Zufolge erhaltener Instruction stimmt der Gesandte auch für das Gesammthaus Anhalt bei. *Bayern* stimmt unbedingt bei. *Sachsen* tritt bei, jedoch unter der Voraussetzung:

- a) dass die Verwendung des königl. sächsischen Contingents zum Festungsdienst nicht mehr in Frage komme;
- b) dass ausser der in dem Vortrage des Militär-Ausschusses bereits bevorworteten Verminderung zur Cavalerie- und Artillerie-Reserve, die nach Abschnitt VI, §. 35 der nähern Bestimmungen der Kriegsverfassung des deutschen Bundes (S. 694 des Bundestagsprot. v. J. 1832) nachgelassene Detachirung von Artillerie keine Anwendung finde, und
- c) dass in demselben Verhältnisse, als die Erleichterung bei Stellung von Artillerie zugestanden und dem IX. Armeecorps entzogen wird, auch die Verpflichtung zu Beschaffung des Brückentrains modificirt werde, oder desshalb eine Ausgleichung bei Stellung des Belagerungsparks statt finde.

Kurhessen stimmt zwar im Allgemeinen bei, macht jedoch auf das Missverhältniss der Waffengattungen in der zweiten Division des IX. Corps aufmerksam, und trägt darauf an: dass die Berücksichtigung, welche bei Aufstellung der Reserve hinsichtlich dieser Waffengattungen eintreten solle, in dem zu fassenden Beschlusse bestimmt ausgedrückt und künftig der Oberfeldherr dazu angewiesen werde.

Grossherzogthum Hessen stimmt im Allgemeinen bei, nimmt jedoch die alleinige Ausnahme davon in Anspruch, dass die gemäss Bundesbeschluss zur dritten Division des VIII. Armeecorps gehörigen Contingente von Hohenzollern-Hechingen, Liechtenstein, Hohenzollern-Sigmaringen, Hessen-Homburg und der freien Stadt Frankfurt, so weit selbige in Infanterie zu stellen sind, fernerhin Bestandtheile der gedachten Division bleiben, da auch nach militärischen Grundsätzen wohl die dritte Division des VIII. Armeecorps (allein aus dem Contingente des Grossherzogthums bestehend) zu klein sein möchte.

Grossherzoglich und herzoglich sächsische Häuser stimmen im Allgemeinen bei, unter der Voraussetzung, dass den Anträgen und Wünschen für die grossherzogl. und herzogl. sächsischen Höfe im Allgemeinen statt gegeben werde.

Die Gesandtschaft spricht noch folgende Wünsche aus:

Wenn von dem Grossherzogthum Weimar zwei für einen gefordert wird, so wünscht es mit seinem Contingente dem IX. Armeecorps beigezählt zu werden, wodurch zugleich die abgehende Kriegsbesatzung von Luxemburg ersetzt werden würde. —

Für die Curie hat die Gesandtschaft den Wunsch auszudrücken, dass die Bestimmung dieser, keinem der selbstständigen Corps angereihten Contingente allgemein dahin ausgesprochen werden möchte, dass der Oberfeldherr sie zu allen militärischen Zwecken gebrauchen dürfe; leisteten sie Festungsdienst, so solle ihre Verpflegung einen Gegenstand der matrikularmässigen Vertheilung abgeben. Sachsen-Alten-

burg behält sich vor, von dem Antrage §. S. 970 des Bundestags-Protocolls wegen der Cavalerie-Stellung Gebrauch zu machen.

Die 16. Stimme stimmte bei. Der Gesandte behält sich jedoch für Ihre Durchlauchten von Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck eine Erwiderung in Betreff der herzoglich-holstein-lauenburgischen Abstimmung vor.

In der XXXVI. Sess. vom 4. Nov. 1830, §. 274, S. 1166:

Württemberg stimmt bei, unter folgenden Bedingungen:

1) dass das VIII. Armeecorps nicht unter seinen Bestand von 30,150 Mann in allen Waffengattungen geschwächt und falls etwa die dritte Division verstärkt werden solle, das ohnehin schon geringe Verhältniss von $\frac{1}{7}$ der Cavalerie durch verhältnissmässige Befreiung von der Detachirung zur grossen Cavalerie-Reserve erhalten werde.

2) dass das VIII. Armeecorps ebenso wie es an Cavalerie und Artillerie vermindert wird, des Beitrags zur grossen Cavalerie-Reserve und zum Belagerungspark, so wie des Beitrags zur eigentlichen Artillerie-Reserve enthoben werde.

3) dass die Verpflichtung des Festungsdienstes von den übrigen Betheiligten des VIII. Corps rein auf die Erleichterten falle, und sie gleichfalls den erwachsenden Mehr-Aufwand in der Verpflegung übernehmen müssten, ohne an den Bund eine Ersatzforderung zu machen.

Die freien Städte stimmen bei.

Nach diesen Abstimmungen wurde §. 274, S. 1167, einhellig beschlossen, solche dem Bundestags-Ausschusse zuzustellen, um nach den darin genehmigten Grundsätzen, und mit möglichster Berücksichtigung der Wünsche der betheiligten Regierungen, mit Zuziehung der Militärcommission, den Abschluss der

Bildung der gemischten Corps des Bundesheeres mit Rücksicht auf die Kriegsbesatzungen der Bundesfestungen zu entwerfen und mit möglichster Beschleunigung der hohen Bundesversammlung vorzulegen.

Der Bundestags-Ausschuss erstattete nun hierüber in der XII. Sess. am 9. December 1830, das ihm in §. 274 übertragene Referat hinsichtlich der Militär-Erleichterungen.

Es dürfte wohl zweckdienlich sein, diesen ganzen Vortrag und Beschluss, welcher Prot. von 1830, §. 314, S. 1316 bis 1336, 1346 und 1347 zu lesen ist, hier wörtlich abdrucken zu lassen:

«Der Königlich-Preussische Bundestagsgesandte, Herr von Nagler, trägt Namens Bundestags-Ausschusses vor:

«Durch den Beschluss vom 19. August d. J., die Uebernahme der Bundesfestungen betreffend, ward dem Bundestags-Ausschusse in Militärangelegenheiten die Erstattung des Gutachtens sowohl über die Bildung der Kriegsgarnisonen in den Bundesfestungen, als über die von mehreren Staaten gewünschte Erleichterung in ihrer Contingentstellung aufgetragen, um zugleich auf diesem Wege die hinsichtlich der definitiven Bildung des 9. und 10. Armee-corps, so wie der in der 3. Division des 8. Armee-corps noch obwaltenden Anstände zu beseitigen.

Die Contingenterleichterung war hierbei der Gegenstand, der die Vorfrage ausmachte.

Der Vortrag hierüber erfolgte in der 27. Sitzung.

Es ward darauf Instructionseinholung beschlossen.

Die sämtlichen Abstimmungen sind hierauf in der 32. *), 34., 35. und 36. Sitzung abgegeben worden.

*) §. 247, S. 1046; — §. 262, S. 1130; — §. 264, S. 1135 und §. 274, S. 1166.

Der Beschluss in der letztgedachten Sitzung erfolgte dahin: «sämmliche Abstimmungen auf die in der 27. diess-jährigen Sitzung von dem Bundestags-Ausschusse in Militär-angelegenheiten gemachten Anträge, wegen Erleichterung in der Contingentstellung, seyen demselben Ausschusse zuzustellen, um, nach den darin genehmigten Grundsätzen und mit möglichster Berücksichtigung der Wünsche der betheiligten Regierungen, unter Zuziehung der Militärcommission, den Abschluss der Bildung der gemischten Corps des Bundesheeres mit Rücksicht auf die Kriegsbesatzungen der Bundesfestungen zu entwerfen und mit möglichster Beschleunigung der hohen Bundesversammlung vorzulegen.»

Der Ausschuss sieht sich, nach gepflogener Berathung mit der Militärcommission, im Stande, dem gedachten Beschlusse in nachstehender Art zu entsprechen.

Was die zunächst vorliegende Frage über die Erleichterung in der Contingentstellung betrifft, so gereicht es dem Ausschusse zum lebhaften Vergnügen, in den Abstimmungen sämmtlicher Bundesstaaten, sowohl derer, welche Anträge auf Erleichterung gemacht haben, als derer, welche bei Berücksichtigung dieser Anträge mehr oder minder in ihrem besondern Interesse betroffen werden, eine vollkommene Uebereinstimmung in Beziehung auf die Gewährung der Erleichterungsanträge und die Art der Gewährung nach den vom Ausschusse aufgestellten Normen zu finden.

Die in den einzelnen Abstimmungen vorkommenden Vorbehalte, Wünsche, Voraussetzungen und Bedingungen beziehen sich lediglich auf die in Folge der zugestandenen Erleichterung nothwendig werdende Abänderung in der Aufstellung und Zusammensetzung gewisser Truppentheile, und auf die damit in Verbindung gebrachten Verbindlichkeiten, wie sich aus Folgendem näher ergeben wird.

Zuvörderst ist es den beifälligen Abstimmungen von Oesterreich, Preussen und Bayern, welche Staaten die ungemischten Armeecorps stellen, zuzurechnen, dass — wie im frühern Vortrage unter 6 beantragt worden ist — die

Divisionen und Brigaden der drei gemischten Armeecorps, in denen die Cavaleriequoten der zu erleichternden minder-mächtigen Staaten ausfallen, auf Höhe dieses Ausfalls von der Stellung zur grossen Cavaleriereserve, ferner auf Höhe des Ausfalls an Artillerie von dem Beitrage zu der Artilleriereserve entbunden werden (§. 55 der Kriegsverfassung).

Sodann sind die in dem frühern Vortrage über die Contingenterleichterung bevorworteten, unter der ersten Classe bezeichneten Veränderungsanträge

- 1) in Beziehung auf das Herzogthum Nassau,
 - 2) in Beziehung auf das Grossherzogthum Oldenburg,
- ferner die Vorschläge des Ausschusses in Absicht auf die Contingente
- 3) der freien Stadt Frankfurt, und
 - 4) des Grossherzogthums Luxemburg

eben sowohl durch die acceptirende Erklärung dieser Staaten als durch die Zustimmung aller übrigen Staaten, als genehmigt zu betrachten.

Endlich sind die in Vorschlag gekommenen allgemeinen Normen zur Gewährung der Erleichterungsanträge der zweiten Classe für angenommen anzusehen, so dass alle in dieser Classe begriffenen Staaten, was die Frage wegen Erleichterung betrifft, ihre Wünsche in Gemässheit der dem Ausschusse zugestellten Abstimmungen vollständig berücksichtigt finden.

Nach dieser Vorausschickung geht der Ausschuss — da bei den Contingenten von Oesterreich, Preussen und Bayern oder den ersten sieben Armeecorps keinerlei Anstand obwaltet — zu den drei gemischten Armeecorps und ihren Bestandtheilen über, um die in Beziehung auf die Aufstellung und Zusammensetzung derselben in den einzelnen Abstimmungen gemachten Aeusserungen zu prüfen und zu begutachten.

Das achte Armeecorps.

Dasselbe sollte nach dem bestehenden Beschlusse aus folgenden Contingenten zusammengesetzt und in nachstehender Art eingetheilt seyn.

Erste Division.

Württemberg.

Zweite Division.

Baden.

Dritte Division.

Grossherzogthum Hessen,

Hohenzollern-Hechingen,

Liechtenstein,

Hohenzollern-Sigmaringen,

Hessen-Homburg,

freie Stadt Frankfurt.

Die gemachten Erleichterungs- und Veränderungs-Anträge haben auf das achte Armeecorps in seiner Gesamtheit keinen andern Einfluss, als dass dasselbe, gleich dem neunten und zehnten Armeecorps — jedoch in viel geringerem Umfange — einen Ausfall an Cavalerie und Artillerie leidet, dafür aber auf Höhe desselben von Stellung dieser Waffengattungen zur grossen Cavalerie- und Artillerie-Reserve entbunden wird.

Was dagegen die einzelnen Divisionen anlangt, so trifft der Ausfall sowohl an numerischer Stärke überhaupt, als insbesondere an Cavalerie und Artillerie zunächst allein die dritte Division, da sämtliche zu erleichternde kleinere Staaten ihr Contingent bisher zu dieser Division zu stellen hatten.

Die Abstimmungen der zu diesem Armeecorps stellenden Staaten gewähren folgendes Resultat:

Württemberg hat in Absicht auf die Frage wegen Erleichterung der kleinern Staaten beigestimmt; aber theils

an selbige, theils in Beziehung auf die Frage wegen Aufstellung und Zusammensetzung der Truppentheile, mehrere Bedingungen geknüpft.

Erstens hat Württemberg bedingt:

«dass, in Folge der ohnehin im Antrage p. 698 liegenden Erhaltung der gegenwärtigen Corpseintheilung, das achte Armeecorps nicht unter seinen in der Tabelle p. 975 auf 30,130 Mann in allen Waffengattungen berechneten Bestand geschwächt, und, falls etwa zur Ergänzung der dritten Division auf die nach der Kriegsverfassung §. 24 erforderliche Stärke, eine Zutheilung von Infanterie erfolgen sollte, das ohnehin schon geringe Verhältniss von $\frac{1}{7}$ der Cavalerie durch verhältnissmässige Befreiung von der Detachirung zur grossen Cavaleriereserve erhalten werde».

Der Ausschuss wird der bessern Uebersicht wegen hier sogleich das Gutachten der Militärcommission und das seinige anschliessen und eine ähnliche Beleuchtung und Begutachtung punctweise auch bei den übrigen Abstimmungen eintreten lassen.

Gutachten.

Die Militärcommission hält dafür, dass das achte Armeecorps nicht auf Höhe des Ausfalls der erleichterten Contingente, sondern überhaupt von Detachirung zur grossen Cavaleriereserve zu befreien seyn möchte, indem hierdurch eine zu grosse Verschiedenheit in den Abtheilungen der Cavaleriereserve vermieden wird und die hieraus entstehende Verminderung der letzteren nicht bedeutend ist.

Der Bundestags-Ausschuss kann sich seiner Seits dem Urtheile der technischen Behörde nur dahin anschliessen:

dass dem Königlich - Württembergischer Seits geäusser-
ten Wunsche durch eine gänzliche Befreiung von

Detachirung zur Cavaleriereserve, in dem zu fassenden Bundesbeschlusse entsprochen werde.

Zweitens stellt Württemberg die Bedingung auf:

«dass das achte Armeecorps nicht nur, wie der Antrag Num. 5, p. 970, ohnehin besagt, in demselben Verhältnisse, in welchem durch die Absonderung der erleichterten Staaten die Cavalerie und Artillerie des Armeecorps vermindert wird, eines Beitrags zur grossen Cavalerie- und Artillerie-Reserve (Kriegsverfassung, §. 55), sondern auch zum Belagerungspark (§. 14 der Kriegsverfassung) enthoben werde.»

Gutachten.

Aus demselben Grunde, der bei dem Gutachten über die erste Königlich - Württembergischer Seits geäusserte Bedingung angegeben worden ist, stimmt die Militärcommission für Befreiung des 8. Armeecorps, nicht bloss auf Höhe des Ausfalls, sondern überhaupt von Detachirung zur grossen Artilleriereserve. Dagegen ist die Militärcommission der Meinung, dass der (nach Beilage 5 zu den näheren Bestimmungen und zwar zu §. 14) ausfallende Antheil an dem Belagerungspark von dem 8. Armeecorps unvermindert möchte beigetragen werden, besonders da die Verminderung im Verhältnisse der abgehenden Contingente nicht einmal ein Geschütz betragen würde.

Der Bundestags - Ausschuss kann hiernach nicht anders, als sich gegen den zweiten Punct der Königlich - Württembergischen Bedingung erklären, und muss darauf antragen:

dass der zu den näheren Bestimmungen der Kriegsverfassung §. 14 ausfallende Antheil an dem Belagerungspark von dem 8. Armeecorps unvermindert beizutragen sey;

wogegen dem ersten Puncte jener Bedingung ohnehin bereits entsprechende Berücksichtigung zu Theil geworden ist.

Drittens hat Württemberg bedingt:

a) «dass, gegen die mehreren zum achten Armeecorps gehörenden Staaten eingeräumten Erleichterungen, die Befreiung der übrigen dasselbe bildenden Staaten von jeder Theilnahme an den Festungsbesatzungen, im Kriege wie im Frieden, ausdrücklich anerkannt,

und

b) «sofern Theile des Bundesheeres dazu bestimmt werden sollten, die ausschliessliche Verpflichtung hierzu von den erleichterten Staaten, welche die zu bildende Infanteriedivision stellen, übernommen werde, die übrigens in den erhaltenen Erleichterungen selbst einen Billigkeitsgrund finden würden, den ihnen durch diese Verpflichtung etwa erwachsenden Mehraufwand in der Verpflegung zu übernehmen, ohne an den Bund eine Ersatzforderung zu machen».

Gutachten.

Der Bundestags - Ausschuss und die Militärcommission sind in Absicht auf den Punct a) darüber einverstanden, dass, da die gemischten Armeecorps den Ausfall, welchen sie durch die Erleichterung der kleineren Staaten an Cavalerie und Artillerie erleiden, zum Theile dadurch entschädigt werden, dass sie auf Höhe dieses Ausfalls von Stellung zu den vom ganzen Bundesheere aufzubringenden grössern Reserve-massen jeder Waffengattung entbunden werden, mithin der gedachte Ausfall das gesammte Bundesheer trifft, eine ausdrückliche Entbindung der Staaten des achten Armeecorps von jeder Theilnahme an den Festungsbesatzungen nicht statt haben könne, indem solche voraussetzen würde, dass unter allen Umständen auf die volle Zahl der jetzt zur Theilnahme an der Festungsgarnisons - Verstärkung berufenen Contingente unbedingt zu rechnen sey, auch keine

Nothwendigkeit eintreten könne, im Falle des eiligen Bedürfnisses wegen einer provisorischen Garnisonsverstärkung auf die zunächst belegenen Staaten zurückzukommen. Die Reserve-Infanteriedivision ist in der Regel für die Ergänzung der Kriegsbesatzungen der Bundesfestungen bestimmt. Eine Zuziehung der Armeecorps zu solcher muss daher durch die Umstände als Ausnahme besonders gerechtfertigt seyn.

Was den Punct b) betrifft, so ist der Ausschuss in Uebereinstimmung mit der Militärcommission der Meinung, dass von den in der Contingentstellung erleichterten Staaten eine Verzichtleistung auf die Mehrkosten der Verpflegung ihrer Truppen in den Festungen nicht begehrt werden könne, weil sich die mehr aufzuwendenden Kosten im Voraus gar nicht übersehen lassen, der Festungsdienst an sich wegen Entbehrung der mancherlei Vortheile, welche die Truppen im freien Felde voraus haben, als eine nicht gewöhnliche Verpflichtung zu betrachten ist, welche, von den erleichterten Staaten übernommen, lediglich den gemischten Armeecorps zu Gute kommt, während die Staaten, welche die sieben ungemischten Armeecorps stellen, Oesterreich, Preussen und Bayern, eine solche Last bei Mainz, Luxemburg und Landau forthin im Frieden wie im Kriege zu tragen haben.

Hiernach trägt der Bundestags-Ausschuss darauf an:

dass auf die dritte Königlich-Württembergischer Seits geäußerte Bedingung, in Absicht auf ausdrückliche Befreiung der übrigen Bundesstaaten von der Verpflichtung, zur Verstärkung der Bundesfestungs-Besatzungen im Kriege und im Frieden beizutragen, nur in der oben erwähnten Weise eingegangen werden könne.

Baden hat in der 32. Sitzung seine Zustimmung zu den aufgestellten Erleichterungs- und Veränderungsanträgen und Vorschlägen erklärt, und dabei den Wunsch geäußert:

dass, nachdem von der Krone Bayern das Einverständniss an den Tag gelegt worden ist, wegen der Kriegsbesatzung von Landau Baden entbunden zu sehen, baldmöglichst ein dem Badischen Antrage entsprechender Beschluss gefasst werden möge.

Gutachten.

Die Erledigung dieses Wunsches wird durch den Bundesbeschluss in Betreff der Uebernahme der Bundesfestung Landau erfolgen. Es ist jedoch hier die Vorfrage dieser Erledigung zu erörtern, nämlich: ob die Contingente der zu erleichternden Staaten zusammen eine solche Truppenzahl bilden, dass dadurch das Bedürfniss der Kriegsgarnisonen in den Bundesfestungen gedeckt werden kann?

Nach dem p. 973 enthaltenen Verzeichnisse wird die zu bildende Reserve-Infanteriedivision auf . . . **11,818 Mann** zu stehen kommen.

Wird hiervon in Abzug gebracht:

1) die Kriegsverstärkung aus den gemischten Armeecorps für Mainz mit . . . **6,900 Mann**
(Präsidialproposition v. 21. April 1825, S. 79)

so bleiben noch **4,918 Mann.**

2) die Luxemburger Kriegsgarnison soll bestehen:
nach der eben erwähnten Kaiserlich-Oesterreichischen, durch die Mehrheit der Abstimmungen bereits im J. 1825 angenommenen Präsidialproposition a. a. O., worüber der förmliche Beschluss nachzutragen seyn wird,

aus **3,000 Mann Preussen,**
1,600 Mann Niederländern,
2,400 Mann vom 8., 9. und 10. Armeecorps.

Nach den im Bundesbeschlusse vom 4. November d. J. genehmigten Grundsätzen, wurde das ganze Contingent des Grossherzogthums Luxemburg von **2,556 Mann** der verschie-

denen Waffengattungen zur Garnison der Bundesfestung Luxemburg reservirt, mithin soll die Kriegsbesatzung dieser Festung bestehen: aus 3,000 Preussen,
2,556 Luxemburgern.

Es sind also noch 1,444 Mann erforderlich, um die Stärke der Garnison auf 7,000 Mann zu bringen.

Wenn die letztere Zahl von 1444 Mann von dem Ueberreste der Reserve-Infanteriedivision von 4,918 Mann in Abzug gebracht wird, so verbleiben der letztern noch 3,474 Mann, mit welcher Zahl die Kriegsverstärkung von Landau, welche auf 2000 Mann veranschlagt ist, hinreichend gedeckt seyn würde.

Die Militärcommission, welche mit dieser Ansicht des Gegenstandes einverstanden ist, hält es zugleich für zweckmässig, dass, wenn auch das Grossherzogthum Baden durch die Bildung einer Reserve-Infanteriedivision von der Stellung eines Contingents zur Kriegsbesatzung von Landau befreit werden sollte, dasselbe dennoch in der Weise, wie die nächstgelegenen Staaten für die Bundesfestungen Mainz und Luxemburg, eine Bereitschaft von 2000 Mann für augenblickliche Verstärkung der Besatzung von Landau halte.

Indem daher der Bundestags-Ausschuss in Absicht auf definitive Entbindung des Grossherzogthums Baden von Stellung der Kriegsverstärkung für Landau das Weitere dem Beschlusse der hohen Bundesversammlung in Betreff der Uebernahme der Bundesfestung Landau vorbehalten muss, glaubt derselbe, nach dem Gutachten der Militärcommission, in Berücksichtigung der Verhältnisse, darauf antragen zu dürfen:

dass mit jenem Beschlusse zugleich die weitere Vorkehrung in Verbindung gesetzt werde, dass die Grossherzoglich - Badische Regierung, in dem Falle eines augenblicklich eintretenden Bedürfnisses, bis zum

Eintreffen der zur Ergänzung der Kriegsbesatzung von Landau designirten Contingente der Reserve-Infanteriedivision, eine Ergänzung der Kriegsbesatzung mit 2000 Mann zu stellen habe.

Grossherzogthum Hessen. Dasselbe hat in der 35. Sitzung in Absicht auf die Erleichterungsfrage beigestimmt.

In Beziehung auf die Aufstellung und Zusammensetzung der Contingente vermag es dagegen nicht, mit der vorgeschlagenen Trennung der Contingente von

Hohenzollern-Hechingen,
Liechtenstein,
Hohenzollern-Sigmaringen,
Hessen-Homburg,
der freien Stadt Frankfurt,

von der dritten Division des 8. Armeecorps sich zu vereinigen, aus einem Grunde, dessen entscheidendes Gewicht von keiner der übrigen Bundesregierungen verkannt werden würde.

Die Abstimmung sagt hierüber Folgendes (Seite 1136):

« Nach dem über die Formirung der gemischten Armeecorps erfolgten Bundesbeschlusse, besteht nämlich die bemerkte dritte Division überhaupt aus 7,430 Mann — eine Anzahl, die an sich für einen Divisionsstand gering, jedenfalls weit niedriger, als bei einer der übrigen Divisionen der drei gemischten Armeecorps erscheint. Würden nun noch die sämmtlichen kleinern Contingente davon getrennt, würde mithin die Division lediglich auf das Grossherzoglich-Hessische Contingent von 6,195 Mann reducirt, so wäre der Bestand derselben wohl kaum noch zureichend, um nach militärischen Grundsätzen der Bestimmung und Aufgabe einer Division zu entsprechen,

«So sehr dieses Verhältniss Berücksichtigung verdient, so vereinbarlich zeigt sich hierin das Grossherzogliche Interesse mit den Ansichten und Anträgen des Bundestags-Ausschusses, welches daraus hervorgeht, dass, auch nach Abzug der fraglichen, mit Einrechnung der für die freie Stadt Frankfurt in Antrag gekommenen Erhöhung zusammen 1449 Mann, betragenden Contingente, immer noch 10,569 Mann Infanterie zur Disposition des Oberfeldherrn bleiben und diese zum Besatzungsdienste in den Bundesfestungen, wozu sie bestimmt sind, vollkommen zureichen würden.

«Denn da bereits für den Antheil des Grossherzogthums Luxemburg an der Kriegsbesatzung der Festung dieses Namens das hierzu mehr als genügende Contingent desselben reservirt bleiben soll, so kann nur noch von dem Erforderniss zu der Kriegsbesatzung in Mainz und eventuell zu jener in Landau die Frage seyn. Die erstere ist nun aber auf 19,910 Mann, die letztere auf 6,000 Mann berechnet, beide zusammen würden also 25,910 Mann, und das hierzu aus der zur Disposition des Oberfeldherrn vorbehaltene Infanterie zu stellende Drittel würde hiernach 8,637 Mann, folglich noch 1752 Mann weniger, als die disponibel bleibende Infanterie betragen.

Grossherzoglich - Hessischer Seits wird hiernach beantragt, dass die zur dritten Division des 8. Armeecorps bisher gerechneten Contingente von Hohenzollern-Hechingen, Liechtenstein, Hohenzollern - Sigmaringen, Hessen-Homburg und der freien Stadt Frankfurt, so weit selbige in Infanterie zu stellen sind, fernerhin Bestandtheile der gedachten Division bleiben.»

G u t a c h t e n.

In dem vorstehenden Grossherzoglich-Hessischen Antrage ist angenommen worden, dass die Besatzung von Mainz und Landau 25,910 Mann betragen, und dass hierzu ein Drittheil mit

8,637 Mann Bundestruppen zu stellen sey. Wenn nun

1,449 Mann kleinere Contingente von Hessen-Homburg, Hohenzollern, Liechtenstein und Frankfurt zu der dritten Division des 8. Armeecorps geschlagen würden, so blieben immer noch

1,732 Mann zur Disposition des Oberfeldherrn von der auf

11,818 Mann anzunehmenden Reserve-Infanteriedivision übrig.

Diese Berechnung dürfte sich im Wesentlichen nur wenig dahin ändern, dass

6,900 Mann nach der gedachten Präsidialproposition für Mainz erforderlich sind und

1,444 Mann für Luxemburg, statt der in der Kaiserlich-Oesterreichischen Proposition angenommenen 2,400 Mann, die nach dem Bundesbeschlusse vom 4. Nov. 1830, wonach das ganze Grossherzoglich-Luxemburgische Contingent zur Garnison der Bundesfestung Luxemburg verwendet wird, sich auf gedachte 1,444 Mann vermindern.

2,000 Mann werden für Landau in Anspruch genommen;

10,344 Mann für die drei Bundesfestungen.

Es bleiben mithin

1,474 Mann von der auf

11,818 Mann angenommenen Reserve-Infanteriedivision übrig.

Diese 1,474 Mann könnten allerdings ein geeignetes Mittel zu seyn scheinen, um dem Grossherzoglich-Hessischen Antrage zu entsprechen, dass

1,449 Mann der oben gedachten kleineren Contingente der dritten Division des 8. Armeecorps einverleibt werden, indem sonach noch

25 Mann von den obigen

1,474 Mann übrig bleiben werden.

Allein es kommt dagegen in Betrachtung:

1) dass es noch ungewiss ist, ob von jenem disponiblen Betrage zu 1,474 Mann der Reserve-Infanteriedivision nicht ein Ausfall entsteht, wenn dem Grossherzoglich-Sächsischen Antrage auf einfache, statt doppelter Infanteriestellung für das Cavalerie- und Artillerie-Contingent, worüber die Bundesversammlung noch Beschluss zu fassen hat, entsprochen werden sollte.

2) Die kleineren zu den Bundesfestungs-Garnisonen bestimmten Contingente können nicht getheilt, sondern müssen ganz der einen oder andern Festungsgarnison überwiesen werden. Hierdurch werden voraussichtlich noch einige hundert Mann von den erwähnten 1,474 Mann abgehen.

3) Die verbleibende disponible Mannschaft dürfte hiernach die Zahl von 1,449 Mann, worauf der Grossherzoglich-Hessische Anspruch gerichtet ist, nicht erreichen, und es würde für die nöthigen Detachirungen, für das Hauptquartier des Oberfeldherrn beinahe keine Mannschaft übrig bleiben.

4) Jedes gemischte Armeecorps wird nach der Kaiserlich-Oesterreichischen Präsidial-Proposition ein Drittheil zur Ergänzung der Besatzungen der Bundesfestungen zu stellen haben. Diese Ergänzung be-

trägt für die drei Bundesfestungen 10,344 Mann, wovon ein Drittheil für jedes der gemischten Armeecorps 3,448 Mann betragen würde. Das 8. Armeecorps verliert aber durch Entbehrung der erwähnten kleineren Contingente nur 1,449 Mann, und erspart oder gewinnt sonach 1,999 Mann, die gedachtes Drittel zu 3,448 Mann mehr ausmachen würde. An diesem Vortheile hat auch die dritte Division des 8. Armeecorps *pro rata* Theil.

5) Würde das 8. Armeecorps jene kleineren Contingente zu 1,449 Mann erhalten, so könnte demselben nicht gleichzeitig die Befreiung von Stellung der Cavalerie- und Artillerie-Reserve zu statten kommen.

6) Es dürfte auch den Bundesregierungen der in Anspruch genommenen kleineren Contingente nicht füglich die Verpflichtung aufzulegen seyn, ihre Contingente gedachtem Armeecorps einzuverleiben, wodurch sie von der Theilnahme an den Erleichterungsgrundsätzen ausgeschlossen werden würden.

7) Die Militärcommission hat noch besonders darauf aufmerksam gemacht, dass die Grossherzoglich-Hessische Division an Infanterie und Cavalerie, nach dem Verhältnisse, wie es in den Grundzügen der Kriegsverfassung des Bundes angenommen ist, noch immer eine angemessene Stärke habe. Ueberdiess verdient auch nach der Ansicht der Militärcommission die Festsetzung der Kriegsbesatzungen der Bundesfestungen ganz besondere Berücksichtigung, so dass diese Sorge dem Wunsche, die dritte Division des 8. Armeecorps in grösserer Stärke zu belassen, nicht nachgesetzt werden dürfe, da die Militärcommission für die Besatzungen, ohne die Contingente der grossen Bundesstaaten zu trennen, eine andere zweckmässige Maasregel nicht vorzuschlagen vermag.

Der Bundestags-Ausschuss glaubt daher, dass die Grossherzogliche Regierung aus diesen Gründen die Ueberzeugung entnehmen wolle, dass der Erfüllung des von derselben geäusserten Wunsches überwiegende Schwierigkeiten entgegenstehen.

Der Ausschuss sieht sich hiernach bei dem 8. Armee-corps in der Lage, auf die Erledigung der geäusserten Wünsche und Bedingungen in der eben begutachteten Art und darauf anzutragen, dass die Bestimmungen hierüber der Militärcommission mitgetheilt werden, um für die Organisation des 8. Armeecorps in allen übrigen militärischen Beziehungen baldigst sorgen zu können.

Das neunte Armeecorps.

Dasselbe besteht aus zwei Divisionen.

Zu der ersten Division wurden gerechnet:

Königreich Sachsen,	
Sachsen - Gotha,	} jetzt Sachsen - Altenburg, Coburg - Gotha, Meiningen- Hildburghausen.
» Coburg,	
» Meiningen,	
» Hildburghausen,	
Reuss ältere Linie,	
Reuss jüngere Linie.	

Zur zweiten Division:

Kürhessen,
Luxemburg,
Nassau,
Sachsen-Weimar,
Anhalt-Dessau,
» Bernburg,
» Cöthen,
Schwarzburg-Sondershausen,
» Rudolstadt.

Was die erste Division betrifft, so werden derselben alle übrigen Contingente entzogen, so dass sie künftighin allein aus dem 12,000 Mann starken Königlich-Sächsischen Contingent bestehen wird.

Das *Königreich Sachsen* hat in seiner in der 35. Sitzung abgegebenen Abstimmung zu Gunsten der Erleichterung der kleineren Staaten gestimmt. Was die Frage wegen der Zusammensetzung anlangt, so sind dabei mehrere Voraussetzungen gemacht worden.

Erstens die,

«dass die Verwendung des Königlich-Sächsischen Contingents und überhaupt des Armeecorps, dem solches zugetheilt werden solle, zum Festungsdienste nicht mehr in Frage kommen könne, indem dazu die Infanteriedivision vorzugsweise zu bestimmen seyn werde.»

G u t a c h t e n.

Der Ausschuss bezieht sich in Absicht auf diesen Punct, im Einverständnisse mit der Militärcommission, auf die oben bei der dritten Königlich-Württembergischen Bedingung abgegebene Aeusserung.

Zweitens wird Königlich-Sächsischer Seits vorausgesetzt:

«dass, ausser der im Vortrage des Militärausschusses (§. 6) bereits bevorworteten Verminderung zur Cavalerie- und Artillerie-Reserve bei der zwar verhältnissmässigen, aber doch geringen Anzahl Artillerie des 9. Armeecorps, die nach Abschnitt IV, §. 55, der näheren Bestimmungen der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes (Seite 694 der Bundestags-Protokolle v. J. 1822) nachgelassene Detachirung von Artillerie keine Anwendung finde.»

G u t a c h t e n.

In Rücksicht auf die ansehnliche Verminderung, welche das 9. Armeecorps durch die Errichtung der gemischten Reserve-Infanteriedivision erleidet, findet es die Militärcommission zweckmässig, dass dasselbe von Detachirung zur grossen Cavalerie- und Artillerie-Reserve, auch von dem Beitrage zum Belagerungspark gänzlich befreit werde, jedoch unter der Bedingung, dass der Brückentrain für das 9. Armeecorps in dem bestimmten Verhältnisse unvermindert gestellt werde.

Der Bundestags-Ausschuss kann diese von der technischen Behörde geäusserte Ansicht nur bevorworten, und trägt daher auf deren Genehmigung an.

Sachsen-Altenburg (dessen Contingent aus 982 Köpfen besteht) hat sich vorbehalten, von dem 5. Antrage des Ausschusses (Seite 970), wegen der Cavaleriestellung, Gebrauch zu machen.

G u t a c h t e n.

Der Herzogliche Gesandte hat neuerlich den obigen Vorbehalt durch die anliegende Erklärung zurückgenommen, wodurch dieser Punct sich von selbst erledigt.

Die zweite Division anlangend, so wird solche in Zukunft bestehen aus den Contingenten

- 1) von Kurhessen und
- 2) von Nassau.
- 3) Das für die Besatzung der Festung Luxemburg vorbehaltene Luxemburgische, aus einer unvermischten Halbbrigade bestehende Contingent wird sonach zu dieser Division nicht weiter zu rechnen seyn.

Alle übrigen bisherigen Theilhaber dieser Division scheiden aus und gehen zur Reserve-Infanteriedivision über.

Kurhessen hat in der 35. Sitzung den Vorschlägen in Absicht auf die Erleichterung der kleinern Staaten an Cavalerie und Artillerie beigestimmt; in Absicht auf die Aufstellung aber den Wunsch ausgedrückt: dass die Berücksichtigung, welche bei der Aufstellung der Reserve hinsichtlich der gedachten Waffengattungen eintreten solle, in dem zu fassenden Bundesbeschlusse bestimmt ausgedrückt und künftig der Oberfeldherr dazu angewiesen werde.

G u t a c h t e n.

Es steht, nach der Ansicht der Militärcommission, diesem Kurhessischer Seits geäusserten Wunsche um so weniger im Wege, als der Oberfeldherr die gegenwärtig zu beschliessenden allgemeinen Anordnungen in der Eintheilung des Bundesheeres ohnehin nicht willkührlich abzuändern gemeint seyn dürfte. Der Bundestags-Ausschuss trägt daher darauf an:

dass eine ausdrückliche Vorschrift wegen der Reserven in der gedachten Art getroffen und ausgesprochen werde.

Die *Niederlande* wegen des *Grossherzogthums Luxemburg* haben in der 35. Sitzung ihre volle Zustimmung zu den gemachten Vorschlägen und Anträgen des Ausschusses erklärt.

Nassau und *Braunschweig* gleichfalls, in der 32. Sitzung.

Sachsen-Weimar hat in der 35. Sitzung erklärt:

« auf den Ersatz mit zwei Infanteristen für jeden Mann Cavalerie und Artillerie eingehen zu wollen; es wünschte aber, als eine gerechte Compensation dafür, mit seinem Contingente bei dem 9. Armee-corps zu verbleiben. »

G u t a c h t e n.

Die Militärcommission hat bevwortet, dass das Grossherzoglich-Sachsen-Weimarische Contingent der Reserve-In-

fanterie nicht entzogen werde, da es auf irgend eine andere Art nicht zu ersetzen sey. Der Bundestags-Ausschuss theilt diese Ansicht, und betrachtet das gedachte Contingent als mit 2,462 Mann zur Reserve-Infanteriedivision gehörig.

Die übrigen Staaten: *Anhalt-Dessau, Bernburg und Cöthen* haben in der 34. Sitzung, die *Fürstlich-Schwarzburgischen Häuser* in der 32. Sitzung ihre Zustimmung erklärt.

Der Ausschuss, welcher hiernach in Beziehung auf die definitive Organisation des 9. Armeecorps keinen Anstand weiter findet, trägt darauf an:

seine geäußerten Ansichten zu genehmigen und davon der Militärcommission zu gleichem Behufe, wie bei dem 8. Armeecorps beantragt ist, Mittheilung zu machen.

Das zehnte Armeecorps.

Dasselbe besteht aus zwei Divisionen.

Zur ersten Division wurden bisher gerechnet die Contingente von

Hannover,
Braunschweig,
Waldeck,
Schaumburg-Lippe und
Lippe.

Zur zweiten Division:

Holstein-Lauenburg,
Mecklenburg-Schwerin,
Mecklenburg-Strelitz,
Oldenburg,
freie Stadt Lübeck,
freie Stadt Bremen und
freie Stadt Hamburg.

Die gemachten Veränderungs- und Erleichterungs-Vorschläge haben auf dieses Armeecorps nur den Einfluss, dass die Contingente von Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe, welchen die Erleichterung zugestanden wird, für ihre Cavalerie- und Artillerie-Quoten eine gleiche Anzahl Infanterie zu stellen, von der ersten Division getrennt und nunmehr zur Reserve-Infanteriedivision gezogen werden; ferner dass das zur zweiten Division gehörige Contingent von Grossherzogthum Oldenburg künftighin nur aus Infanterie und Artillerie bestehen wird, indem demselben nach den genehmigten Vorschlägen für jeden Mann Cavalerie ein Ersatz von drei Mann Infanterie zuwächst.

Hannover ist mit den gemachten Vorschlägen und Anträgen einverstanden (34. Sitzung) und hat nur die Voraussetzung geäußert:

«dass die Verpflichtung der Infanteriecontingente der erleichterten Bundesstaaten zur Ergänzung der Kriegsbesatzungen in den Bundesfestungen ausdrücklich ausgesprochen werde.»

G u t a c h t e n.

Da diese Verpflichtung schon in dem früheren Vortrage ausdrückliche Erwähnung gefunden hat und als Bedingung aufgestellt worden ist, auch als eine billige Compensation für die gewährte Erleichterung erscheint; so dürfte es keinem Bedenken unterliegen, durch eine besondere gesetzliche Bestimmung die Anerkennung derselben festzustellen, und der Ausschuss richtet demnach, bei gleicher Ansicht der Militärcommission, seinen Antrag mit Beziehung auf seine Aeusserung über die dritte Königlich-Württembergische Bedingung dahin, zu bestimmen:

dass die aus den Contingenten der erleichterten Staaten gebildete Infanterie-Reservedivision zunächst die Bestimmung zur Kriegsverstärkung der Garnisonen in den Bundesfestungen habe.

Braunschweig hat sich in der 32. Sitzung mit den gemachten Vorschlägen und Anträgen einverstanden erklärt.

Waldeck, Schaumburg-Lippe und *Lippe* haben in der 33. Sitzung das Gleiche gethan.

Hiernach waltet kein Anstand in Beziehung auf die definitive Bildung der ersten Division ob.

Was die zweite Division anlangt, so hat *Dänemark* wegen *Holstein* und *Lauenburg* in der 34. Sitzung unter Zustimmung zu den allgemeinen Vorschlägen,

Erstens die Voraussetzung ausgesprochen, dass das Holstein - Lauenburgische Contingent eine mit andern Contingenttruppen unvermischte Brigade ausmache. Da dieses Contingent mit der Reserve eine Stärke von 5,400 Mann aller Waffengattungen im gehörigen Verhältnisse darbiete, so werde dieser Wunsch gewiss schon an und für sich vollkommen begründet befunden werden.

G u t a c h t e n.

Dass das Contingent von Holstein und Lauenburg eine unvermischte Brigade bilde, ist, nach der Meinung der Militärcommission, den Grundzügen der Kriegsverfassung ganz gemäss, und der Bundestags-Ausschuss trägt daher auf Genehmigung des dieserhalb geäußerten Wunsches an.

Zweitens nimmt man Königlich - Dänischer Seits die Verpflichtung der Infanteriecontingente der erleichterten Bundesstaaten zur Ergänzung der Kriegsbesatzung in den Bundesfestungen in ausdrücklichen Anspruch.

G u t a c h t e n.

Dieser Punct hat bereits geeignete Rücksicht auf Veranlassung der Königlich - Württembergischen Abstimmung gefunden.

Drittens behält man sich Königlich - Dänischer Seits wegen der mit den Fürstlichen Regierungen von Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck im Jahre 1822 abgeschlossenen Relutionsverträge und der darin stipulirten Zahlungen ausdrücklich das Weitere vor.

G u t a c h t e n.

Dieser Vorbehalt, welcher das Verhältniss der contrahirenden Regierungen unter sich angeht, giebt in vorliegender Angelegenheit zu einer weitem Erörterung keine Veranlassung.

Oldenburg wird, nach den genehmigten Veränderungs- und Erleichterungs-Vorschlägen, seine Cavaleriequote für jeden Mann mit drei Mann Infanterie ersetzen. In seiner in der 32. Sitzung abgegebenen Abstimmung hat Oldenburg noch bemerkt:

« dass dem Grossherzoglichen Contingente noch die für die Herrschaft Kniphausen zu stellende Mannschaft zugehe, wodurch sich die Gesamtzahl desselben, welche in der zum Commissionsvortrage gehörigen Tabelle zu 2,800 Mann Infanterie angegeben ist, etwas höher stellen werde. »

G u t a c h t e n.

Da dieser Punct bei Vorlage der Standestabellen seine Erledigung erhalten kann, so wird die Militärcommission von selbigem in Kenntniss zu setzen seyn.

Die *freien Städte* haben in der 36. Sitzung ihre Zustimmung erklärt.

Hiernach kommt es bei dieser Division nur noch auf das Verhältniss von *Mecklenburg* an. Die in der 32. Sitzung abgegebene Abstimmung geht dahin, dass man von Seiten *Mecklenburg-Schwerin*, wie von Seiten *Mecklenburg-Strelitz*,

« wenn die Mehrheit der Regierungen für Annahme der gemachten Vorschläge des Bundestags-Ausschusses sich ausspricht, solcher Majorität sich anschliessen wolle. »

Der Ausschuss bemerkt, dass, da eine eminente Majorität, ja fast allseitige Uebereinstimmung für die Annahme der gedachten Vorschläge vorhanden ist, hiernach auch der Beitritt von Mecklenburg als erfolgt zu betrachten sey.

Mecklenburg-Schwerin hat ferner erklärt:

« dass man in Rücksicht auf die gegenwärtigen Umstände und Verhältnisse keine Anträge auf eine gleichmässige Erleichterung für das zu stellende Bundescontingent machen, solche jedoch nach Vorkommenheit für jede andere passende Zeit sich vorbehalten wolle; ferner dass für jetzt, in Rücksicht auf das specielle Interesse der Division und Brigade, die Zustimmung an die ausdrückliche Bedingung geknüpft werde, dass dadurch dem Grossherzoglichen in den verschiedenen Waffengattungen zu stellenden Contingente keine grössere Last zufalle, und deshalb die erforderliche Ausgleichung, so wie eine nähere Verabredung in der Division, vorbehalten bleibe. »

Gutachten.

Die Militärcommission hat die Bemerkung gemacht, dass ein Vorbehalt für die gegenwärtig beabsichtigten definitiven Bestimmungen über die Bildung der gemischten Armee-corps nur eine fernere Unbestimmtheit übrig lassen würde, und dass daher zu wünschen sey, dass auch in Hinsicht des Grossherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Contingents eine bleibende Anordnung getroffen werde.

Der Bundestags-Ausschuss tritt dieser Ansicht bei, und bevorwortet daher, dass dem gemachten Vorbehalte für jetzt keine Folge zu geben sey.

Mecklenburg - Strelitz hat einen Erleichterungsantrag gemacht.

Schon im Jahre 1822 ward von ihm der Antrag gestellt:

« durch Vertretung statt $\frac{1}{7}$ des ganzen Contingents nur $\frac{1}{10}$ an Cavalerie, mithin anstatt 103 nur 71 Cavaleristen stellen zu dürfen,

und

durch Vertretung statt $1\frac{5}{12}$ Geschütz mit 52 Mann nur $\frac{2}{3}$ davon zu stellen, nämlich eine sechspfündige Kanone mit 36 Mann zur Bedienung, alles jedoch in der Art, dass die nach der Matrikel zu stellende Mannschaft der Zahl nach keinen Abbruch leidet. »

Auf diesen Antrag ist Mecklenburg-Strelitz jetzt zurückgekommen. (32. Sitzung, S. 1047.)

Gutachten.

Ueber diesen Antrag hat der Bundestags-Ausschuss schon in der Sitzung vom 14 Februar 1822 ein beifälliges Gutachten abgegeben, und erklärt:

dass dem Grossherzogthume Mecklenburg - Strelitz dieselben Erleichterungen zugestanden werden könnten, welche in dem Vertrage zwischen Königreich Sachsen und Sachsen - Gotha vorausgesetzt worden seyen.

In der hohen Bundesversammlung vereinigte sich die Mehrheit der Stimmen mit diesem Gutachten. In dem in der 27. Sitzung d. J. abgegebenen Gutachten konnte daher der Bundestags - Ausschuss — vornehmlich in Berücksichtigung, dass einer Seits die dem Herzogthum Gotha zugedachte Erleichterungsart nicht zur Ausführung gekommen war, anderer Seits von Mecklenburg-Strelitz eine andere Erleichterungsweise nicht beantragt worden ist — sich nur darauf beschrän-

ken, zu bemerken, dass, wenn die eben gedachte Erleichterung als bewilligt zu betrachten wäre, das Grossherzogthum Mecklenburg-Strelitz bei den Corpsbetheiligten die Berichtigung des numerischen Ansatzes zu veranlassen haben würde.

Da Mecklenburg-Strelitz ein Cavaleriecontingent von nur 103 und ein Artilleriecontingent von nur 59 Mann zu stellen hat, es mithin allerdings unter die Staaten, welchen, unter Anerkennung der dafür sprechenden Gründe, Erleichterungen zugestanden worden sind, gehört, und ferner, nach den bereits früher angenommenen Grundsätzen (17. Sitzung, 1821), eine Herabsetzung des Verhältnisses, in welchem Cavalerie und Artillerie zur Infanterie zu stellen sind, bei denjenigen Staaten, welche sich von andern zu demselben Armeecorps gehörigen Staaten in der Stellung dieser Waffengattungen vertreten lassen, als Erleichterung nachgegeben worden ist, endlich auch schon früher die Stimmenmehrheit zu Gunsten von Mecklenburg-Strelitz sich bereits ausgesprochen hat, und es wünschenswerth bleibt, dass man es von Seiten Mecklenburg-Strelitz, statt die Infanteriestellung zu wählen, bei Stellung seiner Cavalerie und Artillerie es belasse, so nimmt der Bundstags-Ausschuss nicht Anstand, darauf anzutragen:

dass dem gegenwärtig erneuerten Antrage von Mecklenburg-Strelitz entsprochen werde.

In Absicht auf das 10. Armeecorps dürften hiernach die Anstände, was seine Aufstellung und Zusammensetzung betrifft, gehoben seyn, und es würde nur noch darauf ankommen, dass die Militärcommission das Weitere wegen der rein militärischen Beziehungen einleite. Der Ausschuss trägt daher auch bei diesem Armeecorps darauf an:

seine geäusserten Ansichten zu genehmigen, und davon der Militärcommission zu gleichem Behufe, wie bei dem 8. Armeecorps beantragt ist, Mittheilung zu machen.

Der Bundestags-Ausschuss bringt hiernach folgende Beschlussnahme in

A n t r a g:

Die Bundesversammlung hat über die Anträge derjeni-Bundesregierungen, welche in Absicht auf ihre Contingentstellung, und besonders in Absicht auf Stellung von Cavalerie und Artillerie, entweder Veränderung oder Erleichterung gewünscht haben, die Abstimmungen der Gesandtschaften sämtlicher Bundesregierungen vernommen, und, nach Feststellung allgemeiner Grundsätze über diesen Gegenstand, unter möglichster Berücksichtigung der gedachten Wünsche, die Bildung einer zunächst zur Ergänzung der Kriegsgarnisonen der Bundesfestungen bestimmten Reserve-Infanteriedivision und die damit verbundene definitive Organisation der drei gemischten Armeecorps für nöthig erachtet. In der beiliegenden Tabelle sind die Contingente aufgeführt, aus welchen die gedachte Reserve-Infanteriedivision bestehen soll, so wie auch die Veränderungen bemerkt, die die Errichtung derselben, in Absicht auf die drei gemischten Armeecorps, deren Stärke und Waffengattungen, zur Folge hat. Zur Erreichung obiger Zwecke beschliesst daher die Bundesversammlung Folgendes:

I. In Absicht des achten Armeecorps.

1) Die Contingente von

Hohenzollern-Hechingen,

Liechtenstein,

Hohenzollern-Sigmaringen,

Hessen-Homburg und

der freien Stadt Frankfurt

scheiden von der dritten Division dieses Armeecorps aus, und gehen zu der Reserve-Infanteriedivision über.

2) Die Regierungen von

Hohenzollern-Hechingen,

Liechtenstein,
Hohenzollern-Sigmaringen und
Hessen-Homburg

leisten für ihre Cavalerie- und Artillerie-Quoten Ersatz durch eine gleiche Zahl von Infanterie.

3) Die freie Stadt Frankfurt leistet, gegen Erlass der Cavalerie und Artillerie, eine Mehrstellung für jeden Cavaleristen und Artilleristen mit drei Mann Infanterie.

4) Das 8. Armeecorps wird von Stellung zur grossen Cavalerie- und Artillerie-Reserve befreit.

5) Das 8. Armeecorps wird seinen Beitrag zum Belagerungspark unvermindert stellen.

II. In Absicht des neunten Armeecorps.

1) Die Contingente von

Sachsen-Weimar,
» Altenburg,
» Coburg-Gotha,
» Meiningen-Hildburghausen,
Reuss ältere Linie,
» jüngere Linie

scheiden von der ersten Division dieses Armeecorps aus.

2) Ein Gleiches tritt bei der zweiten Division mit den Contingenten von

Anhalt-Dessau,
» Bernburg,
» Cöthen,
Schwarzburg-Sondershausen und
» Rudolstadt

ein. Diese unter 1 und 2 erwähnten Contingente gehen zur Reserve-Infanteriedivision über.

3) Die Regierung von Sachsen-Weimar leistet für die ausfallende Cavalerie- und Artillerie-Quote Ersatz durch die doppelte Zahl von Infanteriemannschaft.

4) Die übrigen Regierungen dieser Contingente leisten für den Ausfall an Cavalerie und Artillerie Ersatz durch eine gleiche Anzahl von Infanteriemannschaft.

5) Das *Herzoglich-Nassauische Contingent* wird bloss in Infanterie und Artillerie, und zwar in einer completen Infanteriebrigade von 3,721 Mann nebst 30 Pionniers, und in einer completen Batterie von 8 Piecen mit 233 Mann Artillerie bestehen.

6) Das 9. Armeecorps wird von Stellung zur grossen Cavalerie- und Artillerie-Reserve befreit.

7) Das 9. Armeecorps wird von dem Beitrage zum Belagerungspark unter der Bedingung befreit, dass der Brückentrain in dem bestimmten Verhältnisse unvermindert gestellt werde.

III. In Absicht des zehnten Armeecorps.

1) Die Contingente von

Waldeck,

Schaumburg-Lippe und

Lippe

scheiden aus der ersten Division aus, und gehen zur Reserve-Infanteriedivision über.

2) Die Regierungen dieser Contingente leisten für die ausfallende Cavalerie und Artillerie einen Ersatz durch eine gleiche Zahl von Infanteriemannschaft.

3) Das Contingent von Holstein-Lauenburg wird eine unvermischte Brigade bilden.

4) Das Grossherzogthum Oldenburg leistet für seine ausfallende Cavaleriequote einen Ersatz von drei Infante-

risten für jeden Cavaleristen, und wird ersucht, für die Herrschaft Kniphausen die zu stellende Mannschaft möglichst bald der Bundesversammlung zur Berichtigung der Matrikel und der Uebersicht der Contingentstellung anzuzeigen.

IV. In Absicht der Reserve-Infanteriedivision.

1) Die Reserve-Infanteriedivision besteht aus den Contingenten der nachfolgenden Staaten:

Sachsen-Weimar,
 » Altenburg,
 » Coburg-Gotha,
 » Meiningen-Hildburghausen,
 Anhalt-Dessau,
 » Bernburg,
 » Cöthen,
 Schwarzburg-Sondershausen,
 » Rudolstadt,
 Hohenzollern-Hechingen,
 Liechtenstein,
 Hohenzollern-Sigmaringen,
 Waldeck,
 Reuss, ältere Linie,
 Reuss, jüngere Linie,
 Schaumburg-Lippe,
 Detmold,
 Hessen-Homburg und
 freie Stadt Frankfurt.

2) Diese Division ist in der Regel zur Verstärkung der Kriegsbesatzungen in den Bundesfestungen bestimmt, und der Oberfeldherr wird hiervon besonders in Kenntniss zu setzen seyn.

3) Die Militärcommission wird zweckmässige Vorschläge sowohl in Beziehung auf die Verwendung und Eintheilung

der Reservedivision für die einzelnen Bundesfestungen, als über die rein militärischen Verhältnisse dieser Division, wozu die Stellung eines Antheils von Jägern oder Scharfschützen (Num. 2 des Vortrags in der 27. Sitzung) und die Anordnung von Inspectionen u. s. w. gehört, zu machen haben, wesshalb derselben, unter Mittheilung des gegenwärtigen Beschlusses und des Vortrags des Ausschusses in Militärangelegenheiten, das Weitere zur möglichst schleunigen Begutachtung anheim gegeben wird.

Oesterreich: tritt den Anträgen des Bundestags-Ausschusses bei.

Preussen: dessgleichen.

Bayern: ebenfalls.

Königreich Sachsen. Die Gesandtschaft stimmt sämmtlichen Anträgen des Militär-Ausschusses bei, und hat mit Dank anzunehmen, dass das 9. Armeecorps, in Rücksicht auf dessen numerischen Umfang, von der Cavalerie- und Artillerie-Reserve und von einem Beitrage zum Belagerungspark frei bleiben soll.

Hannover: stimmt den Anträgen des Ausschusses bei.

Württemberg: nach den Anträgen des Ausschusses.

Baden. Die Grossherzogliche Regierung kann es nur dankbar erkennen, wenn von dem verehrlichen Bundestags-Ausschusse Mittel und Wege vorbereitet werden, um dem diesseitigen Wunsche wegen Befreiung von der Kriegsgarnison von Landau zu entsprechen. — Diese Befreiung wurde indessen in einem andern Vortrage des Bundestags-Ausschusses über die Bundesfestung Landau (37. Bundestagssitzung) im Allgemeinen und ohne jede Restriction bevorwortet. Auch hätte es vielleicht an dem damals gestellten Antrage genügt, wonach der Eintritt einer provisorischen Fürsorge wegen Ergänzung der Besatzung von Landau durch die nächsten Contingentstruppen, nach Gestalt und Dringlichkeit der Umstände,

den Beschlüssen der Bundesversammlung vorbehalten bleiben sollte. Wenn nunmehr aber diese der Bundesversammlung unzweifelhaft obliegende Fürsorge schon jetzt in der Art getroffen werden will, dass das Grossherzogthum Baden derjenige nächstgelegene Bundesstaat seyn soll, der in solchen dringenden Fällen, wo die Ankunft der zur Ergänzung der Kriegsgarnison von Landau bestimmten Reservemannschaft nicht abgewartet werden kann, diese Garnison provisorisch zu verstärken habe, und wenn die Stärke dieses von der eigentlichen Kriegsgarnison sofort wieder abzulösenden diesseitigen Contingents auf 2000 Mann festgesetzt wird, so hält sich der Gesandte der bundesgemässen Gesinnungen seines höchsten Hofes so sehr versichert, dass er an der Bereitwilligkeit desselben nicht zweifeln kann, eine solche eventuelle und bloss vorübergehende Verpflichtung zu übernehmen. Der Gesandte nimmt daher keinen Anstand, den hierauf gerichteten Anträgen sowohl, als den übrigen Anträgen des Bundestags-Ausschusses beizustimmen.

Kurhessen: ist mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden.

Grossherzogthum Hessen. Die Gesandtschaft konnte aus dem so eben verlesenen Vortrage nur mit lebhaftem Bedauern die Ansicht vernehmen, dass es an der Möglichkeit fehle, den in ihrer Abstimmung vom 28. v. M., wegen Beibehaltung der kleineren Contingente bei der dritten Division des achten Armeecorps, gemachten Vorbehalt zu berücksichtigen, indem derselbe durch mehrfache wichtige Interessen ihrer allerhöchsten Regierung motivirt war.

Sollte indessen für die gedachte Ansicht die Mehrheit der Stimmen sich aussprechen, so kann es nicht in der Absicht der Grossherzoglichen Regierung liegen, den Beschluss hierüber aufzuhalten, da und in so fern nach demselben das Grossherzogliche Contingent fortwährend im achten Armeecorps die Stellung und Rechte einer Division fortbehält.

Dänemark, wegen Holstein und Lauenburg: tritt den Anträgen des Ausschusses bei.

Niederlande, wegen des Grossherzogthums Luxemburg: ebenfalls.

Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsische Häuser. Die Gesandtschaft stimmt im Allgemeinen den Vorschlägen des Bundestags-Ausschusses in Militärsachen, mit Beziehung auf ihre früheren Erklärungen, bei, muss sich aber für den Fall, dass dem für Weimar ausgesprochenen Wunsche wegen Stellung dessen Contingents in einfacher Infanterie nicht entsprochen werden wollte, weitere Anträge vorbehalten.

Braunschweig und Nassau: mit den Anträgen des Ausschusses.

Mecklenburg - Schwerin und Mecklenburg - Strelitz: ebenfalls, und enthält der Gesandte sich wegen dessen, was über den wegen Mecklenburg-Schwerin gemachten Vorbehalt gesagt ist, der Abstimmung.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: dessgleichen.

Hohenzollern, Liechtenstein, Reuss, Schaumburg - Lippe, Lippe und Waldeck. Die Gesandtschaft tritt dem Beschlusse bei, und drückt zugleich ihren Dank aus für die gefällige Berücksichtigung der diesseitigen Wünsche und Ansprüche.

Die freien Städte: mit den Anträgen des Ausschusses.

B e s c h l u s s.

Die Bundesversammlung — von der Ansicht ausgehend, dass die von mehreren Bundesstaaten vorgebrachten Wünsche und Anträge wegen Veränderung oder Erleichterung in der ihnen nach den Bestimmungen der Kriegsverfassung obliegenden Contingentstellung möglichst zu berücksichtigen, mit dieser Berücksichtigung jedoch auch zugleich geeignete Anordnungen wegen definitiver Organisation der drei gemischten

Armee-corps und wegen Verstärkung der Kriegsgarnisonen in den Bundesfestungen zu verbinden seyen — beschliesst, wie folgt:

I. Die in den nachfolgenden Bestimmungen genannten Bundesstaaten sollen von der Cavalerie- und resp. Artillerie-Stellung gegen eine in der Kopfszahl theils gleiche, theils grössere Infanteriestellung befreit, und es sollen die hiernach nur aus Infanterie bestehenden Contingente derselben von den gemischten Armee-corps ausgeschieden und in eine zunächst zur Verstärkung der Kriegsgarnisonen in den Bundesfestungen bestimmte Reserve-Infanteriedivision vereinigt, die hierdurch in ihrer Stärke verminderten gemischten drei Armee-corps aber von der Stellung zur Cavalerie- und Artillerie-Reserve befreit werden.

II. Zur nähern Ausführung dieser allgemeinen Vorschriften werden hiermit in Absicht auf die drei gemischten Armee-corps und auf die zu bildende Reserve-Infanteriedivision folgende besondere Bestimmungen festgesetzt:

A) In Absicht auf das achte Armee-corps.

1) Die Contingente von
Hohenzollern-Hechingen,
Liechtenstein,
Hohenzollern-Sigmaringen,
Hessen-Homburg und
der freien Stadt Frankfurt
scheiden von der dritten Division dieses Armee-corps aus, und
gehen zu der Reserve-Infanteriedivision über.

2) Die Regierungen von
Hohenzollern-Hechingen,
Liechtenstein,
Hohenzollern-Sigmaringen und
Hessen-Homburg
leisten für ihre Cavalerie- und Artillerie-Quoten Ersatz durch
eine gleiche Zahl von Infanterie.

3) Die freie Stadt Frankfurt leistet, gegen Erlass der Cavalerie und Artillerie, eine Mehrstellung für jeden Cavalieristen und Artilleristen mit drei Mann Infanterie.

4) Das achte Armeecorps wird seinen Beitrag zum Belagerungspark unvermindert stellen.

B) In Absicht auf das neunte Armeecorps.

1) Die Contingente von
 Sachsen-Weimar,
 » Altenburg,
 » Coburg-Gotha,
 » Meiningen-Hildburghausen,
 Reuss, ältere Linie,
 » jüngere Linie,
 scheiden von der ersten Division dieses Armeecorps aus.

2) Ein Gleiches tritt bei der zweiten Division mit den Contingenten von
 Anhalt-Dessau,
 » Bernburg,
 » Cöthen,
 Schwarzburg-Sondershausen,
 » Rudolstadt,
 ein. Diese unter 1 und 2 erwähnten Contingente gehen zur Reserve-Infanteriedivision über.

3) Die Regierung von Sachsen-Weimar leistet für die ausfallende Cavalerie- und Artillerie-Quote Ersatz durch die doppelte Zahl von Infanteriemannschaft.

4) Die übrigen Regierungen dieser Contingente leisten für den Ausfall an Cavalerie und Artillerie Ersatz durch eine gleiche Anzahl von Infanteriemannschaft.

5) Das Herzoglich-Nassauische Contingent wird bloss in Infanterie und Artillerie, und zwar in einer complete Infanteriebrigade von 3,724 Mann nebst 30 Pionniers, und in einer complete Batterie von 8 Piecen mit 288 Mann Artillerie bestehen.

6) Das neunte Armeecorps wird von dem Beitrage zum Belagerungspark unter der Bedingung befreit, dass der Brückentrain in dem bestimmten Verhältnisse unvermindert gestellt werde.

C) In Absicht auf das zehnte Armeecorps.

1) Die Contingente von

Waldeck,

Schaumburg-Lippe und

Lippe

scheiden aus der ersten Division aus und gehen zur Reserve-Infanteriedivision über.

2) Die Regierungen dieser Contingente leisten für die ausfallende Cavalerie und Artillerie einen Ersatz durch eine gleiche Zahl von Infanteriemannschaft.

3) Das Contingent von Holstein-Lauenburg wird eine unvermischte Brigade bilden.

4) Das Grossherzogthum Oldenburg leistet für seine ausfallende Cavaleriequote einen Ersatz von drei Infanteristen für jeden Cavaleristen, und wird ersucht, für die Herrschaft Kniphausen die zu stellende Mannschaft möglichst bald der Bundesversammlung zur Berichtigung der Matrikel und der Uebersicht der Contingentstellung anzuzeigen.

D) In Absicht auf die Reserve-Infanterie-Division.

1) Die Reserve-Infanteriedivision besteht aus den Contingenten der nachfolgenden Staaten:

Sachsen-Weimar,

» Altenburg,

» Coburg-Gotha,

» Meiningen-Hildburghausen,

Anhalt-Dessau,

» Bernburg,

Anhalt - Cöthen,
 Schwarzburg - Sondershausen,
 » Rudolstadt,
 Hohenzollern - Hechingen,
 Liechtenstein,
 Hohenzollern - Sigmaringen,
 Waldeck,
 Reuss, ältere Linie,
 » jüngere Linie,
 Schaumburg - Lippe,
 Lippe,
 Hessen - Homburg,
 freie Stadt Frankfurt.

2) Diese Division ist in der Regel zur Verstärkung der Kriegsbesatzungen in den Bundesfestungen bestimmt, und der Oberfeldherr wird hievon besonders in Kenntniss zu setzen seyn.

3) Die Militärcommission wird zweckmässige Vorschläge sowohl in Beziehung auf die Verwendung und Eintheilung der Reservedivision für die einzelnen Bundesfestungen, als über die rein militärischen Verhältnisse dieser Division, wozu die Stellung eines Antheils von Jägern oder Scharfschützen (Num. 2 des Vortrags in der 27. Sitzung) und die Anordnung von Inspectionen u. s. w. gehört, zu machen haben, wesshalb derselben, unter Mittheilung des gegenwärtigen Beschlusses und des Vortrags des Ausschusses in Militärangelegenheiten, das Weitere zur möglichst schleunigen Begutachtung anheim gegeben wird.

Dem gegenwärtigen Beschlusse wird die unter Ziffer 3 anliegende Tabelle beigefügt, woraus die Zusammensetzung und Stärke, in welcher die drei gemischten Armeecorps und der Reserve-Infanteriedivision in Folge der vorstehenden Bestimmungen von nun an bestehen werden, näher zu ersehen ist.

Beila-
(Zu §.

U e b e r -

der streitbaren Mannschaft der drei gemischten

Armecorps.	S t a a t e n .	Infan- terie.	Cava- lerie.	Artilleristen u. Pionniers.	Stärke des Contingents.
VIII.	Württemberg	10,816	1,994	1,145	13,955
	Baden	7,751	1,429	820	10,000
	Grossherzogthum Hessen	4,802	885	508	6,195
		23,369	4,308	2,473	30,150
IX.	Königreich Sachsen	9,502	1,714	984	12,000
	Kurhessen	4,402	811	466	5,679
	Nassau	3,721	..	518	4,039
		17,425	2,525	1,768	21,718
	<i>Zur Besatzung der Bundesfestung Luxemburg:</i>				
	Grossherz. Luxemburg	1,981	565	210	2,556
X.	Hannover	10,118	1,865	1,071	13,054
	Holstein-Lauenburg	2,791	514	295	3,600
	Braunschweig	1,625	299	172	2,096
	Mecklenburg-Schwerin	2,775	511	294	3,580
	« Strelitz	556	103	59	718
	Oldenburg	2,621	..	179	2,800
	Die freien Städte Lübeck, Bremen und Hamburg	1,699	312	179	2,190
		22,185	3,604	2,249	28,038

ge 5.

314.)

s i e h t

Armee-corps und der Reserve-Infanterie-Division.

<i>Reserve-Infanterie-Division</i>		
zur Ergänzung der Besatzungen der Bundesfestungen und zur Disposition des Oberfeldherrn.		
Bundesstaaten.	Contingent nach der Matrikel.	Contingent in Infanterie-stellung.
Sachsen-Weimar	2,010	2,462
» Altenburg	982	982
» Coburg-Gotha	1,366	1,366
» Meiningen-Hildburghausen	1,150	1,150
Anhalt-Dessau	529	529
» Bernburg	370	370
» Cöthen	325	325
Schwarzburg-Sondershausen	451	451
» Rudolstadt	539	539
Hohenzollern-Hechingen	145	145
Liechtenstein	55	55
Hohenzollern-Sigmaringen	356	356
Waldeck	519	519
Reuss ältere Linie	223	223
» jüngere Linie	522	522
Schaumburg-Lippe	240	240
Lippe	691	691
Hessen-Homburg	200	200
Freie Stadt Frankfurt	479	693
	11,152	11,818

Bei diesen Bestimmungen in Betreff der Stellung einzelner Contingente blieb es jedoch noch nicht; und die Bundesversammlung hat sich in der XLII. Sess., §. 324, S. 1381, i. J. 1830, über die Erfüllung der Wünsche ausgesprochen, welche von Grossherzoglich-Weimarischer Seite in der XXXVII. Sess., §. 282, S. 1184, zur Instruction ausgesetzt, und für das Grossherzogthum Meklenburg - Strelitz vom Ausschusse in seinem Gutachten früher bevorwortet worden waren.

Weimar hatte nämlich §. 282, S. 1184, auf die Einverleibung zum neunten Corps verzichtet, und gebeten, die übrigen Waffengattungen mit einem Mann Infanterie reluiren zu dürfen.

Mecklenburg - Strelitz hatte Sess. XXXII. §. 247, S. 1047, i. J. 1830, die Erleichterungen angesprochen, welche für Sachsen-Gotha in dem Vertrage mit Königreich Sachsen festgesetzt worden waren. (Siehe auch Session vom 14. Febr. 1822.) Nach erfolgter dessfallsiger Abstimmung ward folgender Beschluss gezogen (Prot. v. J. 1830, §. 324, S. 1381):

1) « Dass der Grossherzoglich-Sachsen-Weimar-Eisenachischen Regierung bewilligt werde, für jeden Mann ihrer in Folge Bundesbeschlusses vom 12. April 1821 (§. 102. der 17. Sitzung) zu stellenden Cavalerie und Artillerie, einen Mann Infanterie zu stellen; dessgleichen

2) dass der Grossherzoglich-Mecklenburg-Strelitzischen Regierung die angetragene Erleichterung in der Art gewährt werde, dass ihre durch Vertretung von Mecklenburg-Schwerin zu stellende Cavalerie nur auf ein Zehnthel, statt zu einem Siebentheil, ihres ganzen Contingents zu berechnen, daher nur mit 71 Mann zu stellen sey;

3) dass die Bundesversammlung den Stand der gemischten Armeecorps und der Infanteriereserve nunmehr für geschlossen annehme, und auf weitere Anträge zu dessen Abänderung nicht mehr eingehen könne;

4) dass die dem Bundesbeschlusse vom 9. d. M. (§. 314 der 41. Sitzung) beigefügte Tabelle hiernach abzuändern und diesem Protokolle anzufügen; und dass endlich

5) der Militaircommission von diesen Bewilligungen die Eröffnung zu machen sey.»

Wir lassen nun hier die oben sub 4. erwähnte abgeänderte Tabelle selbst folgen:

VII.	Grossherzogthum Hessen	22,569	4,508	2,472	50,180
		9,502	1,714	984	12,000
IX.	Königreich Sachsen	4,402	811	466	5,679
	Kurhessen	2,721	518	1,039	4,039
	Nassau	17,422	2,822	1,362	21,718
X.	Grossherz. Luxemburg	1,931	562	210	2,456
	Hannover	10,113	1,862	1,071	12,984
X.	Holstein-Lauenburg	2,701	514	292	3,600
	Braunschweig	1,628	299	172	2,098
	Mecklenburg-Schwerin	2,778	511	297	3,580
	Stettin	288	71	29	388
X.	Oldenburg	2,621	179	179	2,800
	Die freien Städte Lübeck, Bremen und Hamburg	1,699	312	179	2,190
		92,217	2,872	2,249	98,028

U e b e r -
der streitbaren Mannschaft der drei gemischten
 (Beilage zu §. 324 des Protokolls der 42. Sitzung)

Armecorps.	Staaten.	Infan- terie.	Cava- lerie.	Artilleristen u. Pionniers.	Stärke des Contingents.
VIII.	Württemberg	10,816	1,994	1,145	13,955
	Baden	7,751	1,429	820	10,000
	Grossherzogthum Hessen	4,802	885	508	6,195
		23,369	4,308	2,473	30,150
IX.	Königreich Sachsen . .	9,302	1,714	984	12,000
	Kurhessen	4,402	811	466	5,679
	Nassau	3,721	. .	318	4,039
		17,425	2,525	1,768	21,718
	<i>Zur Besatzung der Bundesfestung Luxemburg:</i>				
	Grossherz. Luxemburg .	1,981	365	210	2,556
X.	Hannover	10,118	1,865	1,071	13,054
	Holstein-Lauenburg . .	2,791	514	295	3,600
	Braunschweig	1,625	299	172	2,096
	Mecklenburg-Schwerin .	2,775	511	294	3,580
	» Strelitz	588	71	59	718
	Oldenburg	2,621	. .	179	2,800
	Die freien Städte Lübeck, Bremen und Hamburg	1,699	312	179	2,190
		22,217	3,572	2,249	28,038

s i c h t

Armee-corps und der Reserve-Infanterie-Division.

der Bundesversammlung vom 14. Dec. 1830.)

Reserve-Infanterie-Division		
zur Ergänzung der Besatzungen der Bundesfestungen und zur Disposition des Oberfeldherrn.		
Bundesstaaten.	Contingent nach der Matrikel.	Contingent in Infanterie- stellung.
Sachsen-Weimar	2,010	2,010
» Altenburg	982	982
» Coburg-Gotha *)	1,366	1,366
» Meiningen-Hildburghausen . .	1,150	1,150
Anhalt-Dessau	529	529
» Bernburg	370	370
» Cöthen	325	325
Schwarzburg-Sondershausen . . .	451	451
» Rudolstadt	539	539
Hohenzollern-Hechingen	145	145
Liechtenstein	55	55
Hohenzollern-Sigmaringen	356	356
Waldeck	519	519
Reuss, ältere Linie	223	223
» jüngere Linie	522	522
Schaumburg-Lippe	240	240
Lippe	691	691
Hessen-Homburg	200	200
Freie Stadt Frankfurt	479	693
	11,152	11,366

*) Durch die am 22. September 1834 erfolgte Uebergabe des Fürstenthums Lichtenberg an die Krone Preussen, bestehet das herzogl. sachsen-coburg-gothaische Contingent noch aus 1116 Mann.

Zur Beseitigung alles Missverständnisses ward noch in Sess. V., §. 39, S. 120, vom 7. Febr. 1831 erläuternd ausgesprochen: dass das Luxemburger Contingent auch ferner einen Theil des neunten Armee-Corps ausmache.

Das Nächste, womit sich nun die Bundesversammlung in Beziehung auf die Kriegsverfassung beschäftigte, war die Eintheilung und Verwendung der Reserve-Infanterie-Division, und dieses wurde in der VII. Session am 3. März 1831 §. 53. nach vorausgegangenem Vortrage des Bundestags-Ausschusses und Gutachten der Militaircommission, durch folgenden Beschluss S. 164 des Prot. festgesetzt:

B e s c h l u s s :

1) Die Kriegsbesatzung der Bundesfestung Mainz hat zu bestehen, aus

7,000	Mann	Oesterreichischen	} Bundesstruppen
7,000	»	Preussischen	
2,010	»	Sachsen-Weimar-Eisenachischen	
982	»	» Altenburgischen	
1,366	»	» Coburg-Gothaischen *)	
1,150	»	» Meiningen-Hildburg-hausischen	
529	»	Anhalt-Dessauischen	
370	»	» Bernburgischen	
325	»	» Cöthischen	
200	»	Hessen-Homburgischen	

zusammen aus 20,932 Mann.

Die zu dieser Kriegsbesatzung gehörigen Genie- und Artillerie-Officiere, Artilleristen, Sappeurs, Mineurs, Pionniers,

*) Später nur 1116 Mann, s. d. vorhergehende Tabelle.

Pontoniers und Cavaleristen sind in dem Oesterreichischen und Preussischen Contingente begriffen, und werden von beiden Staaten zu gleichen Theilen gegeben.

2) Die Kriegsbesatzung der Bundesfestung Luxemburg hat zu bestehen, aus

3,000	Mann	Preussischen	} Bundes-
2,556	»	Luxemburgischen	
519	»	Waldeckischen	
240	»	Schaumburg-Lippeschen	
691	»	Lippeschen	

zusammen aus 7,006 Mann.

Die erforderlichen Genie- und Artillerie-Officiere, die Artilleristen, Sappeurs, Mineurs, Pionniers und Cavaleristen werden von Preussen und Luxemburg, nach Verhältniss und Antheil an dem Kriegsbesatzungs-Contingente, gemeinschaftlich gegeben.

3) Die Kriegsbesatzung der Bundesfestung Landau wird bestehen, aus

4,000	Mann	Bayerischen	} Bundes-
451	»	Schwarzburg-Sonders-	
		hausischen	
539	»	Schwarzburg-Rudolstädt-	
		schen	
145	»	Hohenzollern-Hechin-	
		gischen	
55	»	Liechtensteinschen	
356	»	Hohenzollern-Sigmarin-	} gischen
223	»	Reussischen (ältere Linie)	
523	»	Reussischen (jüngere	
		Linie)	

zusammen also aus 6,291 Mann.

Die erforderlichen Genie- und Artillerie-Officiere, Artilleristen, Sappeurs, Mineurs, Pionniers, so wie die Cavaleristen werden von Bayern gegeben.

4) Das Contingent der freien Stadt Frankfurt bleibt der Disposition des Oberfeldherrn vorbehalten; es wird jedoch dasselbe der Widmung zum Bundesfestungsdienste, nach dem Ermessen des Oberfeldherrn, keineswegs entzogen.

5) Die zur Ergänzung der Kriegsbesatzungen der Bundesfestungen bestimmten Contingente haben die nach der Militairverfassung des Bundes zur ersten Ausrüstung erforderlichen 200 Patronen per Mann bei ihrem Einmarsch in die Festung durch Vorspann mitzuführen.

6) Die Bundesversammlung wird, wo möglich, binnen drei Wochen, hinsichtlich der übrigen im Vortrage des Ausschusses gemachten Anträge, worüber sich die Gesandtschaften Instructionen erbitten, definitiven Beschluss fassen.

Diese Anträge betrafen:

- 1) Die Jäger oder Scharfschützen-Stellung S. 161.
- 2) Die Inspection der Contingente der Reservedivision ebendasselbst.
- 3) Die Vertretung der die Reserve-Infanteriedivision bildenden Contingente in der Militaircommission S. 162.
- 4) Die einstweilige Verpflegungsweise gedachter Contingente auf dem Marsch und in den Festungen, bis zur Annahme des zu erwartenden Verpflegungs-Reglements.

Hierauf äusserten sich (sowohl über den Beschluss in der VII. Session von 1831. §. 53. S. 164. als auch über die in dem dessfallsigen Ausschuss-Gutachten enthaltenen Anträge, welche binnen drei Wochen zur Instructions-Einholung ausgestellt worden waren, die Gesandtschaften der 15. Stimme in XI. Sess. vom 30. März 1831. §. 80. S. 387; der 12. und 17. Stimme in XII. Sess. v. 7. April 1831. §. 89. S. 400; der 16. Stimme in XIII. Sess. vom 14. April 1831. §. 93. S. 418. In der XIII. Sess. 1831. §. 93. S. 419. eröffnet Präsidium das Protokoll zur Abstimmung über die §. 53. ge-

machten Anträge des Ausschusses, wofür sich sogleich die Stimmenmehrheit aussprach, und Bayern, Hannover und 17. Stimme in der XIV. und XVI. Session §. 100, S. 424, und §. 109, S. 461, sich äussern.

Der Ausschuss erstattet nun in Sess. XXV. §. 165, S. 594, am 11. August 1831 darüber Vortrag, und es ward in Gemässheit der Anträge desselben S. 599., *per majora* folgender Beschluss gefasst S. 600:

I. Die Regierungen von Oesterreich, Preussen und Bayern, welche durch Beschluss der hohen Bundesversammlung vom 25. April d. J. ersucht worden sind, die Musterung der zur Reserve-Infanteriedivision gehörenden Contingente, im Namen und aus Auftrag, dann auf Kosten des Bundes vornehmen zu lassen, werden eingeladen, die hierzu bestimmten Generale auf nachstehende Instruction zu verweisen:

I n s t r u c t i o n .

1) Die Musterung der Contingente der Reserve-Infanteriedivision des Deutschen Bundesheeres, wird im Namen und aus Auftrag des Durchlauchtigsten Bundes vollzogen.

2) Der mit der Musterung eines dieser Contingente zu beauftragende General hat sich mit der Regierung dieses Contingents über den Tag und Ort der Musterung einzuvernehmen.

3) Zur Musterung wird das ganze Contingent an einem Orte versammelt, sofern nicht etwa in besonderen Fällen die Landesbehörde veranlasst ist, an mehr als einem Orte die Abtheilungen ihres Contingents mustern zu lassen. Die Regierung setzt hiervon den Inspicirenden zu rechter Zeit in Kenntniss.

4) Dieser hat, nach der Ankunft an dem Orte seiner Bestimmung, über alles, was auf die Vollziehung seines Auf-

trags Bezug hat, insbesondere über die Zeit des Ausrückens der zur Musterung bestimmten Truppen und über die vorzunehmenden Truppenübungen, mit dem Befehlshaber des Contingents Rücksprache zu nehmen.

5) Gegenstände der Musterung sind:

- a) Vergleichung der vorhandenen Mannschaft, der Kranken etc. mit dem Standesausweis des Contingents;
- b) Kenntnissnahme von den wegen der Bildung der Stämme zur Ergänzungsmannschaft bestehenden Einrichtungen;
- c) Untersuchung der Waffen;
- d) Revision der für den Marsch bestimmten Taschenmunition, welche für jedes Feueergewehr aus 30 bis 60 Patronen und 3 Gewehrsteinen bestehen soll.

Ausserdem sind für jedes Feueergewehr 140 bis 180 Patronen zum Verpacken in Bereitschaft zu halten, oder an dem Orte der Bestimmung des Contingents in Bestellung zu geben.

- e) Besichtigung des oder der Munitionswagen, welche zur Fortschaffung von wenigstens 20 bis 24 Patronen und 3 Gewehrsteinen für jedes Feueergewehr bestimmt sind. Diese Wagen werden durch Vorspann in Marsch gesetzt.

Anmerkung. Der Theil der Munition, welcher nicht in der Tasche und in dem Bataillons-Patronenwagen fortgeschafft wird, muss auf Vorspannwagen transportirt werden.

6) Die vorzunehmenden Truppenübungen haben sich auf die Fertigkeit im Felddienste im Allgemeinen und auf den Gebrauch des Feueergewehrs insbesondere zu beziehen.

In letzterer Beziehung wird das Excerciren im Feuer wo wenigstens 10 Patronen für jeden Mann, theils in gan-

zen Massen, theils in Abtheilungen, nach dem für das Contingent gültigen Reglement abzufeuern sind) und das Schiessen nach dem Ziele vorgenommen. In Absicht des letztern geschehen von jedem Büchschenschützen 2 Schuss nach der Scheibe; der eine auf einen nahen, der andere auf einen weitem Zielabstand. Das Ergebniss dieser Uebung ist in eine Tabelle, wie beifolgendes Schema zeigt, einzutragen. Unter der übrigen Mannschaft werden von jeder Compagnie 10 Mann von dem Inspicirenden ausgewählt, welche, ebenfalls in der bemerkten Art, 2 scharfe Schuss nach der Scheibe zu thun haben.

7) Der mit der Musterung beauftragte General hat über das Ergebniss derselben umfassenden Bericht zu erstatten und kann bei dieser Gelegenheit Vorschläge über Abänderungen, die ihm bei einem oder dem andern Gegenstande der Besichtigung nützlich oder nothwendig schienen, machen.

Dieser Bericht wird der hohen Bundesversammlung durch den Bundestagsgesandten dessjenigen Staates überreicht werden, von welchem der inspicirende Officier gegeben wurde.

8) Nach vollzogener Musterung hat der damit beauftragte General das Resultat derselben zur Kenntniss des Contingentsherrn zu bringen.

II. Als Termin für die in diesem Jahre, und zwar nach Maassgabe des Beschlusses vom 25. April d. J., vorzunehmende Musterung wird der Zeitraum von der Hälfte Septembers bis zur Hälfte Octobers bestimmt.

III. Die betreffenden Regierungen der Ergänzungscontingente werden durch ihre Bundestagsgesandtschaften ersucht, die geeigneten Einleitungen wegen einer solchen Gleichstellung des Calibers der Feuergewehre, sowohl der zur Besatzung einer und derselben Bundesfestung bestimmten Ergänzungscontingente unter sich, als derer die ordentliche Besatzung bildenden Truppen, zu treffen, damit die Munition

gegenseitig gebraucht werden könne, wobei eine völlige Gleichstellung des Calibers mehrerer ein Ergänzungsbataillon bildenden Contingente als eine unabweisbare Forderung angesehen wird.

Die hohe Bundesversammlung sieht innerhalb vier Monaten einer Anzeige über die deshalb getroffene Vereinbarung entgegen.

IV. Auch überlässt sie sich der Erwartung, die Regierungen der Ergänzungscontingente werden im Interesse des Dienstes und ihrer eigenen Truppen hinreichende Bewegungsgründe finden, um für die Zeit des gemeinsamen Dienstes in den Bundesfestungen eine übereinstimmende Verpflegungsweise der Mannschaft der betreffenden Contingente, nicht nur unter sich, sondern auch mit der der stehenden Besatzungstruppen, anzunehmen.

V. Nicht weniger findet sie sich veranlasst, an die Regierungen der Ergänzungscontingente die Aufforderung gelangen zu lassen, dass da, wo solches noch nicht der Fall seyn sollte, die erforderlichen Bestimmungen wegen der auf die betreffenden Truppen anzuwendenden kriegsgesetzlichen Vorschriften und wegen des mit ihrer Anwendung beauftragten Gerichtspersonals getroffen, und darüber, dass solches geschehen, binnen vier Monaten hohe Bundesversammlung in Gewissheit gesetzt werde.

VI. Dieser Beschluss wird der Militärcommission zur Wissenschaft mitgetheilt.

Das in Nr. 6 dieses Beschlusses erwähnte Schema ist im Prot. von 1831, S. 605 zu ersehen.

Ueber die erste im Jahre 1831 statt gefundene Inspection, die Berichte darüber und die hierauf verlangten und erstatteten Gutachten und weiteren Anträge der Militärcommission, siehe Militärcommissionsprotokolle v. 1832. S. 3251 u. flgd., S. 3391 u. flgd.

§. 17.

**Verhandlungen über den Grossherzoglich-Badischen
Antrag auf Verminderung der Cavalerie, zugleich
Interpretation der §§. 31 und 33 der
Kriegsverfassung.**

Die nächste Veranlassung zu einem ferneren Bundesbeschlusse in Betreff der militärischen Angelegenheiten, gaben die Badenschen Landstände, welche die Zahl und die Art der Aufstellung der Cavalerie des Grossherzogthums zu hoch fanden.

In Folge dieser Bedenken der zweiten Kammer der Landstände hat die grossherzoglich badische Regierung 1832 in der Sess. IX, vom 2. März §. 66, S. 307, einen Antrag gestellt, den wir im Wesentlichen hier mittheilen.

Die grossherzogliche Regierung ist der Meinung, dass die Friedensorganisation des Armeecorps dergestalt formirt und von derjenigen Stärke sein müsse, dass im Falle eines Kriegs, die Bundespflichten nach §. 28 der Kriegsverfassung erfüllt seien.

Hiernach wurde davon ausgegangen, dass ein Recrut vor dem ersten Jahre nicht für einen eingeübten Soldaten gehalten werden, und dass, da Baden weder Pferde beurlaube, noch Landwehr-Cavalerie halte, nur buchstäblich $\frac{2}{3}$ der Mannschaft und Pferde in Friedenszeiten als dienstthuender Stand maasgebend sein könne. — Ebenso glaube man darauf bestehen zu sollen, dass die in §. 33 der Kriegsverfassung vorgeschriebene Cadres, abgesehen von dem gewöhnlichen Contingente, vorhanden sein müssen.

«Die Budgetcommission und mit ihr die zweite Kammer, war jedoch der Ansicht, dass sechs Wochen für die Ausbildung eines Conscripten hinlänglich seyen. — Ebenso bestritt sie die Auslegung der Regierung in Betreff der Cavalerie und Artillerie, und nahm nicht an, dass man, nachdem man, mit Ausnahme der Officiere, den Dienststand auf

zwei Drittel an Unterofficiere, Mannschaft und Pferden festgestellt und davon ein Fünftel vacant annimmt, dadurch dem Sinne der Bundesbestimmung genüge; sondern sie setzte die Stärke der Reiterei im Frieden auf 643 Pferde, wogegen die Formation der Techniker sie mit 771 Mann und Pferden bestimmte. — Ebenso bestritt sie, dass das Vorhandensein von besonderen Cadres durch die Kriegsverfassung des Bundes als nothwendig vorgeschrieben sey. »

Die grossherzogliche Regierung kann nicht in Abrede stellen, dass zu diesen abweichenden Ansichten durch die wenig bestimmte Fassung der §§. 31 und 33 der Kriegsverfassung des Bundes Anlass gegeben worden ist.

Dieser Antrag wurde dem Bundestags-Ausschusse übergeben, der nach eingezogenem Gutachten der Militärcommission in der Sess. XVIII, am 24. Mai 1832 §. 179, S. 696 (Beilage S. 734 und 735) einen ausführlichen Vortrag dessfalls erstattete, worauf über die Anträge des Ausschusses S. 713 Instructions-Einholung beschlossen ward.

Schon in der Session XX, am 7. Juni 1832, §. 194, S. 783, erklärt sich Baden, und in den Sessionen

XXIII,	2. Juli	1832,	§. 217,	S. 893,
XXV,	12. »	»	§. 237,	» 957,
XXVI,	19. »	»	§. 251,	» 978,
XXVIII,	31. »	»	§. 283,	» 1059,
XXIX,	9. Aug.	»	§. 293,	» 1070,
XXX,	16. »	»	§. 313,	» 1092,
XXXI,	23. »	»	§. 324,	» 1122,
XXXIV,	13. Sept.	»	§. 378,	» 1207,

erfolgten die übrigen Abstimmungen.

In der Session XXXIV, §. 378, S. 1208 wurde diese Sache durch folgenden interpretirenden Beschluss erledigt:

« 1) Durch den in §. 31 der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes aufgestellten Maasstab für denjenigen Theil der Mannschaft, so wie der Dienstpferde des

ordentlichen Contingents, von einem Procent der Bevölkerung, welcher stets bei den Fahnen und im Dienste verbleiben muss, ist das *Minimum* dieses stets gegenwärtig zu haltenden Standes festgesetzt.

« 2) Der im §. 31 a) der Deutschen Kriegsverfassung gebrauchte Ausdruck: « eingeübte Mannschaft » schliesst die Einrechnung von Recruten gänzlich aus; dagegen ist die Aufstellung einer allgemeinen Regel für die zur Ausbildung eines Recruten zu einem eingeübten Soldaten erforderliche Zeit nicht beabsichtigt worden, indem hierbei so Vieles von den Localitäten und von den in den einzelnen Bundesstaaten stattfindenden militärischen Einrichtungen abhängig bleiben muss. Wenn daher auch aus diesem Grunde die in dieser Beziehung geeigneten Anordnungen, jedoch mit stetem Ausschlusse der Recruten von der eingeübten Mannschaft, den Bundesregierungen zur Beurtheilung und pflichtmässigen Erwägung dessen, was die Erfüllung der gegen den Bund eingegangenen Verbindlichkeiten aus dem militärischen Gesichtspunkte erfordert, auch ferner überlassen bleiben; so ist nichts destoweniger, nach technischen Gründen, als Basis für die militärischen Einrichtungen der einzelnen Bundesstaaten, ein Zeitraum von sechs Monaten als das *Minimum* anzusehen, welches zur Ausbildung eines Infanterierecruten zu einem eingeübten Soldaten, im Sinne der Vorschrift des §. 31 a) der Kriegsverfassung, angenommen werden muss.

« 3) Die im §. 31 b) der Deutschen Kriegsverfassung im ersten Absatz enthaltene Bestimmung, wonach der dienstthuende Stand bei der Reiterei in der Regel auf zwei Drittel der Mannschaft und der Dienstpferde festgesetzt wird, findet nur auf diejenigen Bundesstaaten eine Anwendung, bei denen die im

§. 30 nachgelassene Beurlaubung der Mannschaft und der Dienstpferde eingeführt ist.

«Wenn hiernach diejenigen Bundesstaaten, bei welchen keine Beurlaubung stattfindet und welche keine Landwehrcavalerie stellen, gehalten sein würden, in Gemässheit der Vorschrift des §. 30, wonach auch im Frieden das ordentliche Contingent von einem Procent der Bevölkerung vollständig erhalten werden muss, den nach §. 11 ein Siebentel desselben betragenden Pferdestand im Frieden vollständig präsent oder complet zu halten; so ist die den Staaten dieser Cathégorie im §. 31 b), im zweiten Absatz, als eine verhältnissmässige Erleichterung nachgelassene Vacanthaltung von einem Fünftel des präsenten Pferdestandes allein von dem, gemäss des hier eintretenden Sachverhältnisses, mit dem präsenten gleich bedeutenden completen Stand, nämlich von einem Siebentel des vollen Contingents, zu verstehen und darnach zu berechnen.

«Dasselbe gilt von der im §. 31 c) hinsichtlich der reitenden Artillerie getroffenen Bestimmung.

«4) Diejenigen Bundesstaaten, welche nicht ohnehin eine das ordentliche Contingent von einem Procent der Bevölkerung übersteigende Anzahl von felddiensttauglichen Truppen unterhalten, sind nach §. 33 der Kriegsverfassung verpflichtet, die Aufstellung der Verstärkung, welche nach §. 8 der Kriegsverfassung durch besondern Bundesbeschluss gefodert werden kann, schon in Friedenszeiten in der Art vorzubereiten, dass während derselben die Cadres von Officieren, Unterofficieren und Spielleuten für den dreihundertsten Theil der Bevölkerung, nebst dem nöthigen Material, und, wie sich von selbst versteht, bei der Cavalerie mit den erforderlichen Dienstpfer-

den, vorhanden, auch solche Einrichtungen getroffen sind, dass, zehn Wochen nach dem gefassten Bundesbeschlusse, vollständig geübte und ausgerüstete Regimenter, Bataillons und Escadrons schlagfertig aufgestellt werden können.»

§. 18.

Antrag und Beschluss hinsichtlich des Fürstlich-Liechtensteinischen Contingents, Scharfschützen-Stellung betreffend.

Obgleich durch die definitive Organisation der Reserve-Infanterie-Division die Eintheilungen des Bundesheeres festgestellt waren, so blieb es doch den einzelnen Bundesstaaten unverwehrt, unter sich selbst mögliche Erleichterungen zu treffen; demzufolge machte der Gesandte der 16. Stimme in Auftrag Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Liechtenstein in der Sess. I, am 3. Januar 1833 §. 6, S. 7, den Antrag: «anstatt 55 Mann, worunter 7 Scharfschützen sein müssten, zu dem fürstlich hohenzollernschen Bataillon zu stellen, eine halbe Scharfschützen-Compagnie von 35 Mann, mit den dazu erforderlichen Officieren und Unterofficieren zu errichten, solche als Jäger zu kleiden, zu bewaffnen, und im Lande selbst, nach Erforderniss dieser Waffengattung praktisch ausbilden zu lassen, unter dem Namen: «Liechtensteinische Scharfschützen.»

Der Gesandte fügte zu: von fürstlich-hohenzollern-sigmaringenscher Seite wäre nichts Erhebliches dagegen zu erinnern, wofern man sich über den Kostenpunkt verständigte.

Der Bundestags-Ausschuss, dem es zum Bericht übergeben worden, äusserte sich nach eingeholtem Gutachten der Militärcommission in der Session V, am 31. Januar 1833

§. 45, S. 119, günstig für den Antrag, indem dies bei der ganz vorzüglichen Brauchbarkeit der Scharfschützen, namentlich in Festungen, nur als ein Gewinn für das Bundesheer anzusehen sei.

Demzufolge wurde in derselben Sitzung beschlossen:

«Dass nach der Deutschen Kriegsverfassung und aus sonstigen militärischen Rücksichten einer zu treffenden Uebereinkunft über die bloss in Scharfschützen zu bewirkende Stellung des aus 55 Mann bestehenden Liechtensteinischen Contingents zu dem Fürstlich Hohenzollernschen ganzen Bataillon, kein Bedenken entgegenstehe.»

§. 19

Verhandlungen über das Cartell.

Ein Gegenstand, der gleichfalls sämtliche Bundesstaaten in militärischer Hinsicht gemeinschaftlich berührt, ist das Cartell. —

Die Schwierigkeit eines alle Glieder befriedigenden liegt am Tage, und es waren daher häufige Berathungen nöthig, so wie mehrere Entwürfe, ehe man sich verständigen konnte.

Bei dem ersten von der Militärcommission vorgelegten und von dem Präsidenten in der Sess. XXX, am 12. Oct. 1820, §. 166, S. 460 (17, S. 331), verlesenen Entwurf, zeigte sich eine grosse Ungleichheit in den Abstimmungen und es wurde daher der Beschluss zur Instructions-Einholung binnen acht Wochen festgesetzt.

Den zweiten Entwurf legte der Bundestags-Ausschuss in dem Jahre 1830 in der Sess. XX, am 29. Juli, §. 159, S. 600 vor, nachdem er in einem genau eingehenden Vortrage, §. 159, S. 391, die Gründe dieser Aufstellung und möglichster Berücksichtigung aller Bemerkungen entwickelt

hatte. — Die Abstimmung wurde auf die Sess. I, des Jahres 1831 festgesetzt und über einige bezeichnete Punkte nochmaliges Gutachten der Militärcommission verlangt, welches in der Sess. XXXIX, 1830, §. 299, S. 1261, der Bundesversammlung vorgelegt wurde.

Nach eingeholter Instruction ward in den ersten drei Sitzungen des Jahres 1831 darüber abgestimmt.

Präsidium legte in Folge dieser Abstimmungen in der Sess. IV, am 10. Febr. 1831, §. 25, S. 60, nachstehenden neuen definitiven Entwurf eines Cartells vor, der zum Bundesbeschlusse erhoben wurde.

Allgemeines Cartell für den Deutschen Bund.

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands haben in Folge des Artikels XXIV der in der Plenarversammlung vom 9. April 1821 festgestellten Grundzüge der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes eine allgemeine Cartellconvention abgeschlossen, deren Bestimmungen in folgenden Artikeln enthalten sind:

Artikel 1.

Alle von den Truppen eines Bundesstaates, ohne Unterschied, ob selbige zu Provinzen gehören, welche im Bundesgebiete liegen oder nicht, unmittelbar oder mittelbar in die sämtlichen Lande eines Bundesgliedes, oder zu dessen Truppen, wenn diese auch ausserhalb ihres Vaterlandes sich befinden, desertirende Militärpersonen werden sofort und ohne besondere Reclamation an den Staat ausgeliefert, dem selbige entwichen sind. Gleichmässig werden auch alle Deserteure, welche in nicht zum Bundesgebiet gehörige Provinzen der Bundesstaaten entweichen, an den Staat ausgeliefert, dem selbige entwichen sind.

Artikel 2.

Als Deserteur wird derjenige ohne Unterschied der Waffe angesehen, welcher, indem er zu irgend einer Abtheilung des stehenden Heeres oder der bewaffneten mit demselben in gleichem Verhältnisse stehenden Landesmacht, nach den gesetzlichen Bestimmungen jedes Bundesstaates, gehört, und durch seinen Eid zur Fahne verpflichtet ist, ohne Pass, Ordre oder sonstige Legitimation sich in das Gebiet eines andern Staates oder zu dessen Truppen begiebt.

Officiere niedern oder höhern Grades, wenn sich bei solchen ein Desertionsfall ereignen sollte, sind nur auf ergangene Requisition auszuliefern.

Artikel 3.

Sollte ein Deserteur schon von einem andern Bundesstaate entwichen seyn, so wird er an denjenigen Bundesstaat ausgeliefert, in dessen Dienste er zuletzt gestanden.

Wenn ein Deserteur von einem Bundesstaate zu einem fremden Staate, und von diesem zu den Truppen eines andern Bundesstaates entweicht, so wird er an den ersten Bundesstaat ausgeliefert, falls zwischen dem letztern und dem fremden Staate kein Cartell besteht.

Artikel 4.

Nur folgende Fälle können die Verweigerung oder Verzögerung der Auslieferung eines Deserteurs begründen:

- a) wenn der Deserteur zu dem Staate, wohin er entweicht, durch Geburt oder rechtliche Erwerbung — abgesehen von dem anderswo übernommenen Militärdienste — im Unterthansverbande steht, also mittelst der Desertion in seine Heimath zurückkehrt;
- b) wenn der Deserteur in dem Staate, in welchen er entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, in wel-

chem Falle die Auslieferung erst nach erfolgter Bestrafung, so weit es thunlich ist, unter Mittheilung des Strafurtheils, jedoch ohne Anspruch auf Erstattung der Untersuchungs- und Arrest-Kosten, stattfinden soll. Schulden oder andere eingegangene Verbindlichkeiten geben aber dem Staate, in welchem er sich aufhält, kein Recht, die Auslieferung zu verweigern.

Artikel 3.

Die Verbindlichkeit der Auslieferung erstreckt sich auch auf die Pferde, Sättel, Reitzeug, Armatur und Montirungsstücke, welche der Deserteur mitgenommen hat, selbst in dem Falle, wo der Deserteur nach Artikel 4 nicht, oder nicht sofort ausgeliefert wird.

Artikel 6.

Die Auslieferung geschieht an den nächsten Grenzort, wo sich entweder eine Militärbehörde oder ein Gensd'armee-Commando befindet.

Wird ein Deserteur von einem Bundesstaate ausgeliefert, der nicht unmittelbar an den Bundesstaat grenzt, welchem der Deserteur angehört, so wird derselbe an die Militärbehörde des dazwischen liegenden Bundesstaates, unter Ersatz der nothwendigen Auslagen, übergeben, von derselben übernommen, die Unterhaltungskosten desselben während des Transports bestritten, und, mit Beobachtung der sonstigen Bestimmungen, dem Staate, dem er gehört, abgeliefert.

Artikel 7.

Sollte ein Deserteur der Aufmerksamkeit der Behörden entgangen seyn, so erfolgt die Auslieferung auf die erste dessfällige Requisition, auch wenn er in die Militärdienste des Staats, in den er entwichen, getreten ist, oder sich daselbst ansässig gemacht hat.

Die Requisitionen ergehen an die oberste Civil- oder Militär-Behörde der Provinz, wohin der Deserteur sich begeben hat.

Artikel 8.

Die Unterhaltungskosten der Deserteure und der mitgenommenen Pferde werden dem ausliefernden Staate, von dem Tage der Verhaftung an bis einschliesslich den der Ablieferung, in dem Augenblicke erstattet, wo der Deserteur abgeliefert wird.

Deserteure und mitgenommene Pferde, welche dem Bundesstaate, dem sie angehören, zugeführt werden, werden auf dem Wege dahin in jedem Bundesstaate wie einheimische, auf dem Marsche begriffene Mannschaften und Pferde verpflegt, und es wird für diese Verpflegung jedem Staate die nämliche Vergütung geleistet, welche dort für die Verpflegung der eigenen, auf dem Marsche begriffenen Mannschaften und Pferde vorgeschrieben ist. Der Betrag dieser zu vergütenden Auslagen ist überall durch eine amtliche Bescheinigung auszuweisen.

In den Fällen, worin der Deserteur durch verschiedene Gebiete fortzuschaffen ist, muss von der ausliefernden Behörde jederzeit ein Transportzettel mitgegeben werden. Diejenigen Staaten, durch welche der Deserteur durchgeführt wird, haben die erwachsenen Unterhaltungskosten vorschussweise zu bezahlen, welche auf dem Transportzettel quittirt und so dem nächstvorliegenden Staate in Zurechnung gebracht werden, welcher hierauf bei der Auslieferung den vollen Ersatz erhält.

Artikel 9.

Unterthanen, welche Deserteure und mitgenommene Pferde einliefern, erhalten folgende Prämie:

für einen Deserteur ohne Pferd 8 Gulden C. M.

für einen Deserteur mit Pferd 16 Gulden C. M.

für jedes Pferd ohne Mann 8 Gulden C. M.

Obrigkeiten, welche einen Deserteur einliefern, erhalten keine Prämie.

Artikel 10.

Ausser den Unterhaltungskosten und der Prämie darf nichts weiter, unter keinerlei Vorwand, er betreffe Löhnung, Handgeld, Bewachungs- oder Fortschaffungs-Kosten, gefordert werden.

Artikel 11.

Allen Behörden wird es zur strengen Pflicht gemacht, auf Deserteure zu wachen.

Artikel 12.

Alle nach der Verfassung der Bundesstaaten reserve-, landwehr- und überhaupt militärpflichtigen Unterthanen, sie mögen vereidet seyn oder nicht, einberufen seyn oder nicht, welche ohne obrigkeitliche Erlaubniss in die Länder oder zu den Truppen eines andern Bundesgliedes, sie mögen zum Bundesgebiete gehören oder nicht, übertreten, sind der Auslieferung unterworfen, jedoch nur auf besondere Requisition der competenten Behörde.

Mit den Unterhaltungskosten ist es, wie bei den Deserteuren von den Truppen selbst zu halten. Eine Prämie wird aber nicht gezahlt.

Artikel 13.

Allen Behörden und Unterthanen der Bundesglieder ist streng zu untersagen, Deserteure oder Militärpflichtige, welche ihre Militärbefreiung nicht hinlänglich nachweisen können, zu Kriegsdiensten aufzunehmen, deren Aufenthalt zu verheimlichen, oder dieselben, um sie etwaigen Reclamationen zu entziehen, in entferntere Gegenden zu befördern.

Auch ist nicht zu gestatten, dass eine fremde Macht dergleichen Individuen innerhalb der Staaten des Deutschen Bundes anwerben lasse.

Artikel 14.

Wer sich der wissentlichen Verhehlung eines Deserteurs oder Militärpflichtigen eines andern Bundesstaates, oder der Beförderung der Flucht desselben schuldig macht, wird nach Landesgesetzen des Hehlers so bestraft, als wenn die desertirenden oder austretenden Individuen dem Staate selbst angehörten, in welchem der Hehler wohnt.

Artikel 15.

Wer Pferde, Sättel, Reitzeug, Armatur- und Montirungsstücke, welche ein Deserteur aus einem andern Bundesstaate bei seiner Entweichung mitgenommen hat, an sich bringt, hat selbige ohne Ersatz zurückzugeben, und wird, wenn er wusste, dass sie von einem Deserteur herrührten, eben so bestraft, als wenn jene Gegenstände dem eignen Staat entwandt wären.

Artikel 16.

Eigenmächtige Verfolgung eines Deserteurs oder austretenden Militärpflichtigen über die Grenze ist zu untersagen. Wer sich solche erlaubt, wird verhaftet und zur gesetzlichen Bestrafung an seine Regierung abgeliefert. Als eigenmächtige Verfolgung ist aber nicht anzusehen, wenn ein Commandirter in das jenseitige Gebiet abgesandt wird, um der Ortsobrigkeit die Desertion zu melden. Der Commandirte darf sich aber an dem Deserteur nicht vergreifen, widrigenfalls er, wie vorerwähnt, zu bestrafen ist.

Artikel 17.

Jede gewaltsame oder heimliche Anwerbung in anderem Territorium, Verführung zur Desertion oder zum Austreten

von Militärpflichtigen, ist in dem Staate, wo solche geschieht, nach den Gesetzen desselben zu bestrafen. Wer sich der Bestrafung durch die Flucht entzieht, oder von seiner Heimath aus auf obige Art auf jenseitige Unterthanen zu wirken sucht, wird, auf dessfällige Requisition, in seinem Lande zur Untersuchung und gesetzlichen Strafe gezogen.

Artikel 18.

Allen vor Abschluss dieser allgemeinen Cartellconvention desertirten oder ausgetretenen, in den Artikeln 1, 2, 3 und 12 bezeichneten Individuen, wird eine Amnestie dahin zugestanden, dass sie für ihre Person, entweder unter nicht zu versagender Entlassung aus fremden Militärdiensten, oder unter der Freiheit, darin zu verbleiben, wenn sie ihren Wunsch desshalb binnen der Frist eines Jahres erklären, frei und unangefochten, jetzt oder künftig, ihre Heimath wieder besuchen dürfen. Wenn sie in ihre Heimath zurückkehren, treten sie jedoch in diejenige Verbindlichkeit zum Militärdienste wieder ein, welche daselbst noch gesetzlich für sie fortbesteht. Auch gelangen sie wieder zur freien und unbeschränkten Verfügung über ihr dort befindliches, jetziges oder künftiges Vermögen, in so fern dasselbe nicht durch Gesetz und Ausspruch der competenten Behörde bereits der Confiscation anheim gefallen ist.

Artikel 19.

Die Bundesglieder machen sich verbindlich, keine besonderen Cartelle unter sich bestehen zu lassen, oder von nun an einzugehen, deren Bestimmungen mit den Grundsätzen dieses allgemeinen Cartells in Widerspruch stehen.

Artikel 20.

Vorstehende Cartellconvention tritt vom heutigen Tage an in volle Wirksamkeit.

Frankfurt am Main den 10. Februar 1851.

Dieser Cartell-Convention wurden noch einige erläuternde Bestimmungen in den Jahren 1831 und 1832 durch Anfragen mehrerer Bundesstaaten, über Auslegung einzelner Artikel, hinzugefügt.

Die erste Anfrage fand von Seiten des Grossherzogthums Hessen in der Sess. XVII, am 3. Mai 1831, §. 118, S. 476, statt und bezog sich auf den 9. Artikel.

Man wünschte nämlich, dass nicht nur den Unterthanen, welche Deserteure und mitgenommene Pferde einliefern, sondern auch den Gend'armen, Polizeidienern, militärischen oder Sicherheits-Wachen, im betreffenden Falle, die versprochene Belohnung zu Theil werde.

Eine andere Anfrage geschah von Würtemberg in der Sess. XX, am 7. Juli desselben Jahres über den 18. Artikel hinsichtlich der Amnestie, §. 138, S. 333, weil man nicht gewiss über ihre Ausdehnung und Anwendung war.

Ueber denselben Punkt wurde auch in der Sess. XXIV, am 13. Octbr. 1831, §. 221, S. 788, vom Grossherzogthum Hessen um Interpretation nachgesucht; — eben so vom Königreich Sachsen in der Sess. XXXVIII, am 10. Nov. 1831, §. 233, S. 848, unter Aufführung eines speciellen Falles.

Der Bundestags-Ausschuss, welchem sämmtliche Anfragen zur Begutachtung übergeben worden, erstattete einen Vortrag in der Sess. XLII, am 7. Dec. 1831, §. 306, S. 969, demzufolge in derselben Session auf Instructions-Einholung binnen sechs Wochen angetragen wurde.

Die Abstimmungen erfolgten im folgenden Jahre 1832 und zwar: von dem Grossherzogthum und Herzogthümern Sachsen in der Sess. II, am 12. Januar, §. 10, S. 47; vom Königreich Sachsen, der 13. und 16. Stimme in der Sess. V, am 3. Februar, §. 28, S. 134; von Preussen, welches zugleich den Antrag stellte, den einjährigen Erklärungstermin um sechs Monate zu verlängern; und von Hannover, in der Sess. VII, am

20. Febr. 1832, §. 46, S. 216; von Dänemark, wegen Holstein und Lauenburg, in der Sess. VIII, am 27. Februar, §. 60, S. 285; von Bayern, Braunschweig und Nassau in der Sess. IX, am 2. März 1832, §. 64, S. 305; ferner über den Preussischen Antrag von Baden, Braunschweig und Nassau, in der Sess. X, vom 8. März 1832, §. 76, S. 403; von Oestreich, Hannover, Königreich Sachsen, Würtemberg, Kurhessen, Grossherzogthum Hessen, Dänemark wegen Holstein und Lauenburg, Niederlande wegen dem Grossherzogthum Luxemburg, Grossherzogliche und Herzogliche Sächsische Häuser, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, der 15., 16., 17. Stimme und Bayern in der Sess. XI, am 5. April 1832, §. 86, S. 437. Hierauf wurde beschlossen:

1) Die am 10. Februar 1832 abgelaufene Frist — vom 5. April d. J. angerechnet, — auf weitere sechs Monate zu verlängern.

2) Sämmtliche Erklärungen an den Bundestags-Ausschuss zu geben zur Fassung eines für die öffentliche Bekanntmachung bestimmten *nachträglichen* Beschlusses.

Eine weitere Erklärung erfolgte noch von Kurhessen in der Sess. XII, am 12. April, §. 108, S. 483.

Demzufolge wurde endlich in der Sess. XVII, am 17. Mai 1832, §. 167, S. 676, folgender Beschluss zu dem allgemeinen Cartell vom 10. Febr. 1831 gefasst:

1) Nach den Bestimmungen des Artikels 9 der Cartell-convention vom 10. Febr. 1831 können Gensd'armen, Polizeidiener, Militär- oder Sicherheits-Wachen, und überhaupt alle obrigkeitlichen Personen und Diener, sofern in ihrer Dienstobliegenheit die Wachsamkeit auf alle verdächtigen Individuen liegt, keine Prämie ansprechen, wenn sie Deserteure oder von diesen mitgenommene Pferde einliefern.

2) Allen vor Abschluss der allgemeinen Cartellconvention desertirten oder ausgetretenen, in den Artikeln 1, 2, 3 und 12 bezeichneten Individuen, sie mögen zu den Truppen

oder in die Lande eines Bundesgliedes übergetreten, oder selbst der ihnen obliegenden militärischen Dienstverbindlichkeit ausgewichen seyn, kommt die im 18. Artikel zugesicherte Amnestie zu.

3) Die am 10. Februar d. J. abgelaufene einjährige Frist, binnen welcher sich diejenigen, denen die Amnestie zugestanden wird, in Gemässheit des Art. 18 der Cartellconvention zu erklären haben, ist durch den in der 11. diesjährigen Sitzung gefassten Beschluss, vom 5. April l. J. an gerechnet, auf weitere sechs Monate — sonach bis zum 5. Octbr. 1852 — verlängert worden. — In Absicht auf Deserteure, die sich in den überseeischen Besitzungen einer Europäischen Macht befinden, welche zugleich Bundesregierung ist, wird die angemessene Verlängerung des Amnestie-Termins dem billigen Ermessen der Regierungen überlassen.

4) Den in die Militärdienste eines andern Bundesgliedes übergetretenen Individuen steht frei, in denselben zur Ausdienung ihrer eingegangenen Capitulation zu verbleiben, oder aus denselben zu treten, in welchem letztern Falle ihnen die Entlassung nicht verweigert werden darf.

Die Regierungen werden den Militärbehörden auftragen, ihre Untergebenen mit dem Art. 18 der Cartellconvention und dessen Erweiterung bekannt zu machen, und diejenigen Personen, welche die Wohlthat der Amnestie ansprechen wollen, haben, binnen der noch bis zum 5. October 1852 verlängerten Frist, ihrer vorgesetzten Militärbehörde ihre Erklärung zu Protokoll abzugeben, widrigenfalls ihnen vor Ablauf der freiwillig übernommenen Dienstzeit die Entlassung versagt werden kann. Von dieser frei zu Protokoll abgegebenen Erklärung ist die Mittheilung an die Heimathsbehörde zu machen.

5) Bei den Individuen, die in das Gebiet einer nicht zum Bunde gehörigen Macht desertirt sind, und sich von da in ein Bundesgebiet begeben haben, von welchem sie zurückkeh-

ren wollen, wird es der Beurtheilung der betreffenden Regierung überlassen, in wie fern sie nach den hierbei obwaltenden Verhältnissen die Wohlthat der Amnestie nach Art. 18 auf dieselben anwendbar erachtet.

6) Die in dem Art. 18 zugesicherte Amnestie, deren Frist durch Bundesbeschluss vom 3. April d. J. bis zum 5. October 1832 verlängert worden ist, steht den betreffenden Individuen auch in dem Falle zu, wenn sie in solche Staaten der Bundesglieder entwichen sind, mit welchen schon früher besondere Cartelle bestanden haben.

7) Gegenwärtiger Beschluss soll öffentlich bekannt gemacht, auch in den Bundesstaaten in die Amtsblätter und Gesetzsammlungen aufgenommen werden.

§. 20.

Aufstellung von Truppencorps auf Veranlassung der Bundesversammlung.

Seit Errichtung des Bundes bis zu Ende des Jahres 1834 ereigneten sich vier Fälle, in Folge deren die hohe Bundesversammlung es für nöthig erachtete, Truppencorpsmobil zu machen und aufzustellen. — Keinesmals war es eine Aufstellung des gesammten Bundesheeres, sondern nur einzelner Abtheilungen, hervorgerufen durch nothwendig gewordene Executionen, durch an mehreren Orten bedenklich ausgebrochene Aufstände, und durch den gefährlichen Gährungszustand in angrenzenden Staaten. —

I.

Was den ersten dieser Fälle anbelangt, so hat er sein Entstehen in den Differenzen, welche zwischen Sr. Grossbritannienisch-Hannöverschen Majestät und Sr. Herzoglichen Durchlaucht von Braunschweig hinsichtlich der von Ersterem ge-

führten Vormundschaft statt fanden; durch den Bundesbeschluss vom 20. Aug. 1829, Sess. XXIV, §. 146, S. 623 nämlich, wurde Se. Herzogliche Durchlaucht von der hohen Bundesversammlung aufgefordert, auf die in dem Bundesbeschlusse angegebene Weise Sr. Majestät vollkommene Genugthuung binnen vier Wochen zu gewähren. — Da diese jedoch ungeachtet des verlängerten Termins nicht erfolgte, so wurde in der Session v. 4. März 1830 (Separatprotokoll) das Executionsverfahren gegen Se. Herzogliche Durchlaucht beschlossen.

In demselben Separatprotokoll sub 2 erstattete der Bundestags-Ausschuss mit Berücksichtigung auf das Gutachten der Militärcommission einen Vortrag hinsichtlich der Zusammensetzung, Stärke u. s. w. des Corps, und zwar mit vorzüglicher Berücksichtigung des Königreichs Sachsens, mit welchem beinahe sämtliche Gesandtschaften übereinstimmten.

In dem Separatprotokoll der VIII. Sess. S. 199 d. J. vom 26. März erfolgte, — nachdem sämtliche Abstimmungen abgegeben, die Vollziehungs-Commission einen Vortrag über die Instruction des Civilcommissärs gehalten, und auf Präsidialantrag der 13. Mai zur Abstimmung über den Entwurf desselben festgesetzt worden war, — der definitive Executionsbeschluss hinsichtlich welchem sich auch Königreich Sachsen bereitwillig erklärte. —

Die Stärke des Executionscorps war schon in der Session vom 4. März in dem Gutachten der Militärcommission zu circa 6000 Mann angegeben worden und zwar

4800 Mann Infanterie,

800 bis 900 Mann Cavalerie,

1 Fussbatterie von 8 Stück,

1 reitende von 6 Stück. —

Die Executionstruppen kamen jedoch nicht zum Ausmarsch, da von Seiten Braunschweigs unter dem 22. April

d. J. die Folgeleistung des Bundes-Beschlusses vom 20. Aug. 1829 angezeigt wurde, und in dem Separatprotokoll der XV. Sess., S. 499, die Abstimmung erfolgte, worauf durch Beschluss, Separatprotokoll S. 508, das Executionsverfahren nun für unnöthig erkannt wurde. —

II.

Die zweite Veranlassung zu einer Truppen-Aufstellung von Seiten des Bundes waren die um die Mitte des Jahres 1830 rasch auf einander folgende Aufstände im Grossherzogthum Hessen, Kurhessen und anderen Bundesstaaten, mittelbar hervorgerufen durch die französische Julirevolution. — In der XXIX. Session am 30. Sept. des schon genannten Jahres, Protokoll §. 227, S. 991, wurde auf Präsidialantrag ein Beschluss gefasst zur Ergreifung militärischer Maassregeln gegen Weiterverbreitung der ausgebrochenen Aufstände und Wiederherstellung der Ordnung. — Der Beschluss enthält nämlich ein Ersuchen an die Regierungen von Preussen, Bayern, Grossherzogthum Hessen, Sachsen-Weimar und Nassau zur unverzüglichen Aufstellung eines hinreichenden Truppencorps an den Grenzen ihrer Staaten. — Demzufolge machte der Bundestags-Ausschuss vereint mit der Militärcommission in der XXX. Session vom 1. Oct. §. 233, S. 1013, Vorschläge zur Aufstellung einer mobilen Colonne, zusammengesetzt aus den Corps von Nassau, Bayern, Baden und Grossherzogthum Hessen, so wie aus dem Reservecorps von Württemberg, Bayern und Preussen, dem sämtliche Gesandtschaften beistimmten; die Anträge waren:

- 1) »Es wird ein Truppencorps aufgestellt, dessen Bestimmung ist, *bewegliche Colonnen* zu bilden, die nach Lage der Umstände zur Verfügung des deutschen Bundes gestellt werden, vorzüglich um dort, wo die eigene Macht der Regierung nicht hinreicht, die Ruhe herzustellen, derselben die verfassungsmässige Assistenz zu leisten. —

« Dieses Truppendeichs besteht aus 7000 Mann, nämlich 5500 Mann Infanterie, 1500 M. Cavalerie und 16 Stück Geschütz, worunter die Hälfte Haubitzen. Zu diesem Corps giebt:

Nassau. 2000 M. Inf., — Reiter, 4 St. Geschütz.

Bayern. 1200 M. Inf., 500 Reiter, 4 St. Geschütz.

Baden. 1000 M. Inf., 300 Reiter, 4 St. Geschütz.

Grossherzogthum Hessen. 1300 M. Inf., 200 Reiter, 4 St. Geschütz.

« Die Aufstellung dürfte nach dem heutigen Bedürfnisse für die Herzogl. Nassauischen Truppen in Höchst und Oberursel, für die Königlich Bayerischen Truppen in Dettingen, für die Grossherzogl. Badischen Truppen in der Richtung gegen Offenbach, und für die Grossherzogl. Hessischen Truppen in Offenbach und Steinheim zu bestimmen, jedoch dem Commando des Truppendeichs das Geeignete zu überlassen seyn.

- 2) « Der Corps-Commandant wird von demjenigen Bundesfürsten ernannt, welcher zu dem Corps das stärkste Contingent stellt, in diesem Falle also von Nassau.

« Der Corpscommandant wird mit ausgedehnter Vollmacht versehen, und soll an die Befehle der hohen Bundesversammlung angewiesen werden.

- 3) « Da die von Nassau und Grossherzogthum Hessen zu diesen mobilen Colonnen abzugebenden Truppen aus der für die Bundesfestung Mainz in Folge Beschlusses vom 16. Sept. d. J. in Bereitschaft gesetzten Mannschaft entnommen werden dürften, so werden beide Regierungen ersucht, diese sogleich durch eine gleiche Anzahl Truppen, aus ihren Bundescontingenten zu ersetzen. Dessgleichen wird die Königlich Bayerische Regierung, welche zu den mobilen Colonnen

das in Aschaffenburg garnisonirende Regiment verwendet, auf baldigen Ersatz durch ein anderes, nach Aschaffenburg abzusendendes Regiment Bedacht zu nehmen ersucht.

4) « Es werden *drei* Reservecorps aufgestellt; —

« Das *erste* stellt *Württemberg* bei *Heilbronn* auf, und wird 4 bis 6000 Mann von allen Waffen enthalten.

« Das *zweite* *Bayern*, aus 4000 Mann aller Waffengattungen bestehend, bei *Brückenau*, um auf die Communication zwischen Hanau und Fulda, so wie auf dieses letztere und andere bedrohten Gegenden wirken zu können.

« Das *dritte* *Preussen*: von 6000 Mann, bei *Wetzlar* und Umgegend.

5) « Wegen Verpflegung der Truppen wird vor der Hand der zu Wien den 24. April 1815 festgesetzte Tarif, mit den durch die gegenwärtigen Preise der Lebensbedürfnisse erforderlichen Modificationen, angenommen. Diese Modificationen, so wie alle übrigen Bestimmungen werden einer spätern Ausgleichung zwischen den Regierungen, welche die Contingente stellen, und den Landesbehörden, welche die Verpflegung der Truppen leisten vorbehalten. »

In der XXXI. Session v. 7. October, §. 238, S. 1022, erfolgte von Nassau (mit Ernennung des Generalmajors v. Kruse zum Commandanten des ganzen Corps), Baden, Kurhessen und Grossherzogthum Hessen die Anzeige von der Absendung der Truppen, so wie auch in der XXXII. Sess. am 14. October, §. 249, S. 1067, Preussen, Bayern, Württemberg und Hannover die Bereitwilligkeit zur Hülfeleistung bezeugten; allein schon in dieser Session erfolgte das auf Präsidialantrag in der vorigen Session verlangte, durch Um-

stände modificirte Gutachten des Bundes-Ausschusses wegen Verminderung der Truppenaufstellung, welche durch einen Beschluss gebilligt, und demzufolge erklärt wurde, dass:

1) die mobile Colonne auf 5500 Mann herabgesetzt werde, und die Zuziehung des Bayerischen Contingents nicht weiter erforderlich sey;

2) und ebenso die Aufstellung der Reservecorps dermalen wegfalle.

In der XXXIV. Sess. am 21. October, §. 239. S. 1126 wurde durch einen neuen Beschluss die Zurückziehung der Truppen auf eigenes Gebiet bestimmt und somit die mobile Colonne aufgehoben. Obgleich die Aufstellung dieser mobilen Colonne nur von kurzer Dauer war, so giebt sie uns doch einen redenden Beweis, wie wenig Zeit nöthig sei, um eine bedeutende Anzahl von Bundestruppen in das Feld zu stellen, ein Bürgen für die Güte und praktische Einrichtung der Kriegsverfassung unseres deutschen Bundesheeres.

III.

Noch in demselben Jahre, beinahe um dieselbe Zeit, hatte der revolutionaire Geist dermassen im Grossherzogthum Luxemburg überhand genommen, dass seine politische Existenz dadurch bedrohet wurde, und es ergingen sowohl von Seiten der königlich-niederländischen Regierung, als auch des Festungsgouvernements von Luxemburg Aufforderungen an den deutschen Bund, um Abwehr der drohenden Gefahr und Wiederherstellung der Ordnung. — Demzufolge stellte Präsidium in der XLI. Sess. am 9. December 1850, §. 310, S. 1312 einen Antrag worauf ein Beschluss gefasst wurde, dass ein Mitglied der Militaircommission sich an Ort und Stelle begeben solle, um die Stärke des nöthigen Executionscorps, sowie die Instruction des Befehlshabers auszumitteln. — In einem ferneren Beschlusse XLII. Sess. am 14. Dec. §. 322, S. 1367 wurde auf Präsidialantrag das X. Armee-corps

zur Execution bestimmt. — In der IX. Sess. d. J. 1851 (Separat-Protocoll vom 17. und 18. März, S. VIII) trug der Bundstags-Ausschuss den Bericht der Militaircommission vor, worin der von ihr Abgeordnete anzeigt, dass zur Wiederherstellung der Ordnung 24,000 Mann, in Rücksicht auf die dermaligen Verhältnisse, erforderlich seien. — In demselben Berichte macht die Militaircommission Vorschläge zur Aufstellung des X. Armeecorps (S. IX.) sowie einen Theil des IXten. — In Folge der gehaltenen Umfrage über diese Vorschläge wurde beschlossen (S. XIX.):

- 1) « Dass ein Corps von *vier und zwanzig tausend* Mann schlagfertig aufzustellen sey, um die Ruhe und die Autorität Sr. Majestät des Königs der Niederlande im Grossherzogthum Luxemburg wiederherzustellen.

« Hierzu wird das zehnte Armeecorps und die zweite Division des neunten Armeecorps bestimmt; es werden sonach die Regierungen, deren Contingente dieses Corps bilden, ersucht, diese Contingente dermassen in marsch- und schlagfertigen Stand aufzustellen, damit solche, sobald ihnen der Marschplan zugefertigt werden wird, sich unverzüglich in Bewegung setzen können.

- 2) « Dass die Aufstellung eines *Reservecorps* von wenigstens *zwölf bis fünfzehn tausend* Mann, an der Königlich-Preussischen Grenze gegen Luxemburg, durch die Verhältnisse dringend geboten, und sonach die Königlich - Preussische Regierung ersucht werde, ein Corps von dieser Stärke an der erwähnten Grenze zusammenzuziehen, um zu dem angegebenen Zwecke nach Erforderniss mitwirken zu lassen.

3)

4)

- 5) « Die Königlich-Hannöverische Regierung wird ersucht, den *commandirenden General* des zehnten Armeecorps

anzuweisen, sich schleunigst nach Frankfurt zu verfügen, um dahier mit der nöthigen Instruction versehen zu werden und die erforderliche Rücksprache pflegen zu können.

6) « Die Königlich-Hannöverische Regierung wird ferner ersucht, einen *Civilcommissair* zu ernennen, welcher nach der von der hohen Bundesversammlung zu ertheilenden Instruction bei der Occupation des Grossherzogthums Luxemburg vorzugehen haben wird. »

7)

8)

9)

Ein definitiver Beschluss über die Mobilmachung dieses Executionscorps erfolgt erst in der XV. Sess. vom 25. April (Separat-Protocoll S. IV.) er heisst:

1) « Das Executionscorps gegen das Grossherzogthum Luxemburg wird aus drei Divisionen bestehen, welche aus folgenden Contingenten zusammengesetzt werden:

Erste Division.

Königlich-Hannöversches Contingent:

8 Bataillone Infanterie	8,300 Mann
2 Regimenter Cavalerie	904 »
2 Batterien zu 6 Geschützen . .	432 »
	6,636 Mann,

Herzoglich-Braunschweigisches Contingent:

3 Bataillone Infanterie	992 Mann
2 Schwadronen Cavalerie	150 »
1/2 Batterie von 4 Geschützen . .	144 »
	1,286 Mann.
	7,922 Mann.

Zweite Division.**Herzoglich - Holsteinisch - und Lauenburgisches****Contingent:**

4 Infanterie-Bataillone	2,913 Mann
1 Regiment Cavalerie	514 »
1 Batterie von 8 Geschützen	209 »
Pionniere und übrige Combattans	42 »
	3,678 Mann,

Grossherzoglich - Mecklenburg - Schwerinisches**Contingent:**

3 Infanterie-Bataillone	1,750 Mann
1 Schwadron Cavalerie	150 »
1/2 Batterie von 4 Geschützen	96 »
	1,996 Mann,

Grossherzoglich - Mecklenburg - Strelitzisches**Contingent:**

2 Compagnien Infanterie	350 Mann
	2,346 Mann,

Grossherzoglich - Oldenburgisches Contingent:

1 Feldbataillon Infanterie	1,300 Mann
1/2 Batterie von 4 Geschützen	144 »
	1,444 Mann,

Contingente der freien Städte Lübeck, Bremen**und Hamburg:**

2 Bataillone Linien-Infanterie	1,300 Mann
1 Schwadron Cavalerie	150 »
2 Geschütze	72 »
	1,522 Mann,
	3,990 Mann.

Dritte Division.*Kurhessisches Contingent:*

2 Compagnien Jäger	1	3,040 Mann
4 Bataillone Infanterie	{	
1 Regiment Cavalerie		500 »
2 Batterien, jede zu 6 Geschützen		482 »
		3,972 Mann,

Herzoglich-Nassauisches Contingent:

6 Bataillone Infanterie		5,700 Mann
1 Batterie von 3 Geschützen		288 »
		3,988 Mann,
		7,960 Mann.

Summa des ganzen Occupationscorps . . 24,872 Mann,

worunter Cavalerie 2,368 »

und Artillerie 42 Geschütze mit . 1,817 »

2) « Die Gesandtschaften der Regierungen, deren Contingente das Executionscorps bilden, werden ersucht, in die Tabellen des marschierenden Standes eines jeden Contingents, nebst der Anzahl der Combattans, auch jene der Noncombattans und die nach dem in jedem dieser Staaten bestehenden Reglement denselben gebührende, somit erforderliche Zahl Mundportionen, dann der leichten und schweren Pferderationen, aufzunehmen und diese Tabellen schleunigst einzureichen, damit solche dem zum Commando des Executionscorps bestimmten Königlich-Hannöverschen Generallieutenant, Herrn von Hinüber, zugemittelt werden können.

3) « Der Königlich-Hannöversche Ansatz für Ausmaas der Mundportionen und Pferderationen wird als derjenige angenommen, welcher bei Verpflegung des ganzen Corps in Anwendung zu bringen ist.

4) Als *Sammelplätze* für die Contingente werden bestimmt:

für das Königlich-Hannöversche — *Göttingen*,
 für das Herzoglich-Braunschweigische — *Seesen*,
 für das Kurhessische — *Marburg*,
 für das Herzoglich-Nassauische — *Weilburg und Rü-*
desheim;
 für das Lübeckische — *Lübeck*,
 für das Hamburgische — *Hamburg*;

welche beide letzteren sich in *Tostädt* — und dann mit dem
 Contingente der freien Stadt Bremen in *Bassum* zu vereini-
 gen haben; diese sämtlichen Contingente der freien Han-
 seestädte vereinigen sich sodann mit dem Grossherzoglich-
 Oldenburgischen Contingente in *Osnabrück*;

für das Grossherzoglich-Mecklenburg-Schwerin- und
 Mecklenburg-Strelitzische Contingent — *Boitzenburg*,
 für das Königlich-Dänische, Herzoglich-Holsteinisch-
 und Lauenburgische Contingent — *Altona*.

5) « Vierzehn Tage nach Eintreffen des Marschbefehls
 werden sämtliche Contingente auf ihren respectiven Sam-
 melplätzen vereinigt seyn. Von dieser Bestimmung ist je-
 doch das Königlich-Dänische, Herzoglich-Holsteinisch- und
 Lauenburgische Contingent, wegen bedeutender Entfernung
 desselben, ausgenommen. Der Bund erwartet jedoch mit ge-
 rechtem Vertrauen, dass auch diese Truppen mit möglichster
 Beschleunigung auf dem Sammelplatz eintreffen werden.

6) « Die Gesandtschaften, welche es angeht, werden die
 Commandirenden der Contingente anher nahmhaft machen,
 und die Regierungen veranlassen, diesen zu bedeuten, dass,
 sobald die Bundesversammlung beschlossen haben wird, dass
 das Executionscorps sich in Bewegung setze, die Marschordre
 durch den commandirenden General unmittelbar an die Com-
 mandanten der Contingente wird erlassen werden.

« Das Detail des Marschplanes wird dem commandirenden
 General nach geeigneter Rücksprache mit der Militärcom-
 mission anheimgestellt.

7) «In Bezug auf die *Verpflegung* der Truppen auf dem Marsche und im Grossherzogthume Luxemburg wird der Eröffnung der Königlich-Niederländischen Regierung entgegengesehen, welche Verfügungen von ihrer Seite bereits vorbereitet worden sind, oder inwiefern dieselbe die Absicht habe, die Verständigung hierüber dem Einvernehmen der Regierungen, deren Contingente das Executionscorps ausmachen, mit denjenigen, durch deren Staaten diese Truppen zu marschieren haben, zu überlassen?

8) «Auf jeden Fall wird von Seiten des Bundes die Bereitwilligkeit derjenigen höchsten und hohen Regierungen, deren Staaten von den Executionstruppen durchzogen werden, zur geneigten Mitwirkung in dieser allgemeinen Bundesangelegenheit in Anspruch genommen.»

Ungeachtet schon früher bemerkt ist, dass wir Alles, die Bundesfestungen Betreffende in dieser Abhandlung übergehen würden, so müssen wir doch hier insoferne eine Ausnahme machen, als wir die im Jahre 1831 erfolgten Besatzungs-Verstärkungen nur von dem Standpunkte der Aufstellung der Truppencorps von Seiten des Bundes betrachten, und ohne Lücke dies hier nicht übergehen könnten.

Die schon oben bemerkte höchst bedenklich politische Krisis, in welcher sich die im Westen angrenzenden Nachbarländer des deutschen Bundes befanden, veranlasste die hohe Bundesversammlung Vorkehrungen zur Sicherstellung unserer Grenzen durch Verstärkungen der Bundesfestungen zu treffen. Was nun Landau anbelangt, so trug Bayern in der VI. Sess. 1831, §. 42, S. 151, darauf an, dass zur provisorischen Aushülfe Baden 2000 Mann auf Requisition des Commandanten von Landau bis zur Ankunft der regelmässigen Ergänzungstruppen im schleunigen Falle senden solle; ungeachtet Baden in derselben Session nicht mitein-

verstanden war, so wurde doch in der IX. Sess., §. 68, S. 249, auf Vortrag des Ausschusses beschlossen, dass der Commandant zugleich mit dem Berichte nach Frankfurt, eine Aufforderung an die Grossherzoglich Badische Regierung ergehen lassen sollte, damit *in eventum* einem Beschlusse ohne Zeitverlust Folge geleistet werden könne. Obgleich nun in dem Separat-Protocoll der XIV. Sess. vom 21. Apr. S. V, die Militärcommission auf Beschleunigung der in Marsch zu setzenden Contingente zur Ergänzung der Kriegsbesatzung der drei Bundesfestungen und vorzüglich der von Landau wegen des langen Marsches dahin antrug, so wurde doch in Folge des Vortrags des Bundestags-Ausschusses und Anzeige des Königl. Bayerischen Gesandten, dass bereits die Garnison von Landau um 500 Mann durch den Wechsel des 9ten mit dem darin gelegenen 10ten Linienregiment verstärkt sei, und im Falle des Bedarfs die Garnison durch das naheliegende 2te Jägerbataillon auf 5000 Mann gebracht werden könne, der Beschluss gefasst, es vorläufig bei den am 18. März d. J. (S. XIX, 4.) getroffenen allgemeinen Bestimmungen über marschfertigen Stand der Ergänzungscontingente zu belassen, und die Einberufung der Ergänzungsstruppen ausgesetzt. —

Von grösserer Bedeutung sind die Verstärkungen der beiden andern Bundesfestungen, von denen wir zuerst Luxemburg in das Auge fassen wollen. —

In dem schon früher (Siehe Luxemburger Executionscorps) angezogenen Berichte der Militärcommission vom 12. März d. J. 1831 an den Bundestags-Ausschuss war die Nothwendigkeit der Ergänzung der Kriegsgarnison durch die dazu bestimmten Contingente dargethan worden; dieses wurde durch den Bundestags-Ausschuss in der IX. Sess. (Siehe Protocoll v. 17. März, S. III.) unterstützt und hier auf Präsidialantrag beschlossen:

- 1) « Die Regierungen von Waldeck-Schaumburg-Lippe und Lippe werden aufgefordert, ihre Contingente ohne

allen Verzug nach Luxemburg abzusenden und wie sie diesen Beschluss vollziehen werden, in der kürzesten Zeitfrist anzuzeigen. —

2) »Als Sammelplatz dieser Contingente wird *Arolsen* bestimmt, und wegen des Tages des Einmarsches in die Bundesfestung Luxemburg haben sich die Commandanten der Contingente mit dem Königl. Preussischen Gouvernement der Bundesfestung in das Einvernehmen zu setzen; auch werden die Regierungen, deren Contingente nach Luxemburg abgehen, an die Regierungen jener Staaten, durch welche diese Contingente marschiren, die angemessene Requisition wegen des Durchmarsches erlassen. —

3) »Die Königl. Preussische Regierung wird hiervon mit der Aufforderung in Kenntniss gesetzt, die geeigneten Maassregeln zu treffen, um erforderlichen Falls zur Sicherheit und Erhaltung der Bundesfestung Luxemburg kräftigst mitwirken zu können.«

In der XIV. Sess., Sep. Protocoll v. 21. April, §. 2, S. V, wurde auf Bericht der Militärcommission und Antrag des Bundestags-Ausschusses beschlossen:

1) »Dass die zur Ergänzung der Bundesfestung Luxemburg aufgerufenen Contingente sich dergestalt in Marsch zu setzen haben, dass dieselben am 1. Juni in Giesen, als dem hierzu ersehenen Sammelplatze, eintreffen u. s. w.«

Von dem in die Bundesfestung Luxemburg am 16. Juni erfolgten Einmarsch der Ergänzungsmannschaft gibt uns eine Anzeige der Militärcommission, Sess. XXII. am 21. Juli (Sep. Protocoll), S. 360^a) Kunde. —

In der XXXVI. Sess. (II. Separ.-Protocoll 27. Oct.) S. 829^a), wurde auf Präsidialantrag, da die nächste Veranlassung

nicht mehr vorhanden, der Rückmarsch der Contingente beschlossen und zugleich die Königlich Preussische Regierung ersucht, die allenfalls wieder nöthig werdende Verstärkung bis zum Eintreffen der Contingente zu leisten. —

Den am 12. Nov. erfolgten Ausmarsch der Contingente von Schaumburg-Lippe und Waldeck, so wie den am 14. d. M. von Lippe, berichtet die Militärcommission in der XI. Sess. II. Separ.-Protokoll 24. Nov. S. 944^c, sowie auch Preussen eben daselbst (siehe Protokoll v. 29. Nov., S. 960^a) anzeigt, dass die durch den Beschluss vom 27. Oct. gewünschte Verstärkung der Bundesfestung Luxemburg bis zum Eintreffen der bestimmten Contingente aus den zunächst stehenden Truppen des 8. Preuss. Armeecorps gewährt werde.

Wegen einer in Folge allgemein, in den k. preussischen westlichen Provinzen, angeordneten Reduktionsmassregel, verursachten momentanen Verminderung der Garnison in der Bundesfestung Luxemburg, siehe Protokoll v. 1835, Sess. V, §. 55, S. 96; Sess. VI, §. 75, S. 120; Sess. XI, §. 132, S. 261; Sess. XIV, §. 184, S. 349.

Nachdem wir was hinsichtlich der Verstärkung von Landau und Luxemburg beschlossen worden ist, aufgeführt haben, gehen wir nun zuletzt zu der Bundesfestung Mainz über.

In der XI. Sess. am 30. März 1834, siehe Protokoll §. 1, S. I, trug der Bundestags-Ausschuss einen Bericht der Militärcommission vor, in welchem diese anzeigt, dass das Festungsgouvernement von Mainz unter dem 8. dieses die Nothwendigkeit einer bald möglichen Verstärkung, Approvisionnement und Armirung vorgestellt habe, worauf die Bundesversammlung nach dem Gutachten des Ausschusses folgenden Beschluss fasste: (Sep. Prot. S. V.)

4) Nachdem durch den Beschluss vom 18. d. M., (9. Sitzung, Sep. Prot.) die Contingente von Rurhessen

und Nassau, welche in dem in der 27. Sitzung vom 16. Sept. 1830 (§. 211.) bezeichneten Falle, zur Verstärkung der Garnison von Mainz bestimmt waren, dermalen dem Executionscorps von Luxemburg zugetheilt worden sind; so werden die Höfe von Oesterreich und Preussen ersucht, ihre Contingente bis auf die Höhe zu vermehren, durch welche die Garnison von Mainz auf 12,000 Mann Infanterie und 300 Mann Cavalerie gebracht wird. In der XIV. Sess. Sep. Prot. vom 21. April, S. V, wurde von Seiten Oesterreichs und Preussens erklärt, dass bereits Befehle zur bestimmten Verstärkung der Bundesfestung Mainz gegeben seien. Die erfolgte Ankunft von 1,600 Mann Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischer und von 1,600 Mann Königlich-Preussischer Truppen, so wie die am 12. Juli erwartete Verstärkung von 1380 Mann Kaiserlich-Königlicher Truppen ersehen wir aus dem Sep. Prot. der XX. Sess. vom 7. Juli, S. XI., wo der Bundestags-Ausschuss einen Vortrag wegen der Einquartirung machte. — Doch schon in der XLI. Sess. Sep. Prot. vom 29. November S. 960^b, wurde auf Präsidialantrag beschlossen, das Festungsgouvernement solle binnen sechs Wochen durch die Militärcommission anzeigen, ob bei den dermaligen Verhältnissen eine Verminderung bis zum Frühjahr thunlich sei.

Eng verbunden mit der Aufstellung dieses Executionscorps und den Verstärkungen der Bundes-Festungen, ist die in der XLII. Session des Jahres 1832, Sep. Prot. §. 1., S. 1531 beschlossene Aufstellung Königlich-Preussischer Truppen von Luxemburg bis Trier zur Unterhaltung der Communication, worüber in der XLV. Sess. Sep. Prot., §. 1, S. 1599, Preussen sich bereitwillig bezeugte. In der XLVI. Sess. §. 543. S. 1673 erklärte der königlich-preussische Ge-

sandte, dass Se. Königliche Majestät dem bisher in der Provinz Westphalen stationirt gewesenen siebenten Armeecorps den Befehl ertheilt habe, über den Rhein zu rücken und zwischen Achen und Geldern, zur Deckung der auf dem rechten Maasufer gegen Belgien und Holland gelegenen Grenze, eine Stellung einzunehmen, und dass das am Rheine stehende achte Armeecorps befehligt worden sei, erstgedachten Truppen zur Unterstützung zu dienen, wofür die Bundesversammlung sich dankend im Beschlusse erklärte.

IV.

Das vierte und bis auf die jetzige Zeit das letzte-Mal, wo von Seiten des Bundes Truppen aufgestellt wurden, erfolgte, verursacht durch das hochverrätherische Attentat vom 3. April 1833 zu Frankfurt am Main, dem Bundessitze, durch den Beschluss der XVI. Sess. am 12. April §. 148. S. 421. Er enthält — mit Berücksichtigung des Gutachtens der Militaircommission — die Bestimmung, dass eine Abtheilung der Garnison von Mainz, bestehend aus:

2 Bataillons Infanterie, 1 Schwadron Reiterei und
4 Stücke Geschütz,

welche zu gleichen Theilen aus Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischen und Königlich-Preussischen Truppen zu bilden sei, so lange als die Umstände es erfordern und nicht anderweitige Anordnungen von den höchsten und hohen Bundesregierungen verfügt werden, in das Gebiet der freien Stadt Frankfurt und Umgegend verlegt werde.

Die Anzeige von der Ankunft der 2,500 Mann starken Truppenabtheilung am 15. April, unter dem Commando des Kaiserlich-Königlichen General-Major Freiherrn von Piret*) wurde von dem Bundestags-Ausschusse in der XVII. Sess. S. 425 berichtet.

*) Diesem folgte im Commando durch die Uebergabe der Truppen am 1. Sept. 1834 der K. K. Generalmajor von Wissiak. XXXIII. Sess. (v. J. 1834), §. 427, S. 839.

In der XL. Session vom 19. September, §. 413, S. 827 wurde in Folge eines Vortrages des Bundestags-Ausschusses beschlossen, die Truppen von 2,500 auf 1931 zu vermindern und zwar:

Kaiserlich-Königliche Infanterie	1,030	Mann
Königlich-Preussische Infanterie	815	»
Kaiserlich-Königliche Cavalerie	30	»
Königlich-Preussische Cavalerie	30	»
Kaiserlich-Königliche Artillerie	28	»
Königlich-Preussische Artillerie	30	»

Summa 1,931 Mann.

In der Session XIII. am 3. April 1834 §. 163, S. 354 wurde auf den Antrag mehrerer Gesandtschaften beschlossen, den Bundestags-Ausschuss zu ersuchen:

«unabhängig von der Berathung über die definitiven Bestimmungen, welche nach Endschaft der gegenwärtigen Dislocation und Bequartirung der aus Mainz herbeigezogenen Truppenabtheilung einzutreten hätten, die Frage: ob und unter welchen Modalitäten eine alsbaldige Verminderung dieser Truppen mit den gegenwärtigen Verhältnissen vereinbar sey? in Erwägung zu ziehen, und darüber, nach vorheriger Vernehmung der Militärcommission, baldmöglichst sein Gutachten zu erstatten.»

Der Bundestags-Ausschuss machte in der XIII. Sess. am 9. April des Jahres 1835 §. 161 S. 304, nachdem die Militärcommission einen Bericht unter dem 18. November 1834 erstattet hatte, folgende Anträge die zum Bundes-Beschlusse erhoben wurden.

1) Die Zahl der zum Sicherheitscorps beordneten Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischen und Königlich-Preussischen Truppen soll zusammen auf 1,206 Mann vermindert werden und zwar bestehen aus:

4 Oesterreichischen Compagnien . . .	640 Mann
2 Preussischen Compagnien . . .	500 »
Oesterreichischer Cavalerie . . .	35 »
Preussischer Artillerie (mit 2 Kanonen) . . .	31 »

2) Unter Benehmen mit den Territorialregierungen baldmöglichst in Sachsenhausen concentrirt, sonach die bisherige Besetzung von Bockenheim und Bornheim aufgehoben werden, wobei

3) der Kurhessischen Regierung die Zuversicht geäussert wird, sie werde am erstern Orte diejenigen Einrichtungen treffen, welche nach Entfernung der Truppen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung nothwendig sind.

4) Der Militärcommission wird aufgetragen, unter Benehmen mit dem Oberbefehlshaber des Sicherheitscorps, unverzüglich, und zwar längstens binnen drei Wochen, über die zur Ausführung gegenwärtigen Beschlusses noch weiter nöthigen Anordnungen in baulicher und disciplinärer Hinsicht, so wie in Betreff der Verpflegungsweise, und zwar auf einmal, und mit Beifügung genauer und erschöpfender Kostenvoranschläge mit Rücksicht auf beschleunigten Vollzug, dann auf das gute Bestehen und die fortdauernde ungestörte Eintracht der Truppen, nähern Bericht zu erstatten, wobei man zu deren bewährtem Eifer auch vertraue, dass sie auf möglichste Schonung des Bundesärars angelegenen Bedacht nehme.

5) Bei der freien Stadt Frankfurt wird das durch Beschluss vom 12. Juni 1834, §. 297, an dieselbe gelangte Ansinnen:

«in kürzester Frist nachzuweisen, dass und welche genügende Einrichtungen und Anordnungen dahier getroffen seyen, um die vollständige Erreichung der polizeilichen Zwecke zu verbürgen,»

in Erinnerung gebracht und derselben zu erkennen gegeben, wie die Bundesversammlung — durchdrungen von dem Wunsche, die sämtlichen Truppen der Mainzer Garnison ihrer dortigen Bestimmung wieder gegeben zu sehen — sich von den föderativen Gesinnungen der freien Stadt eine bereitwillige und befriedigende Lösung dieser Aufgabe für die Stadt und deren Gebiet um so gewisser verspreche, als die Bundesversammlung sich bei der Fortdauer des bisherigen unbefriedigenden Zustandes nicht länger beruhigen, noch die Verbindlichkeit zur Bestreitung der dadurch veranlassten bedeutenden Kosten für den Bund anerkennen könnte.

Eine Erwiderung Frankfurts erfolgte in der XIV. Sess., §. 180, S. 343, in welcher es sich gegen die vorgeschlagene Dislocation der Truppen erklärt.

Ueber dienstliche Bestimmung dieser Truppenabtheilung, Verpflegung, Unterkunft, Platzkommando etc. siehe in dem alphabetischen Register der Protokolle von 1833 und 1834 unter Frankfurt am Main.

§. 21.

Unerledigte Gegenstände.

Als noch unerledigte Gegenstände sind hier anzuführen:

- 1) Das im §. 35 der Grundzüge angeführte Dienstreglement.
- 2) Das in §. 36 erwähnte Verpflegungsreglement, so wie die Instructionen für die Verpflegungsbeamten, vid. Militärcommissions-Protokoll von 1831, §. 1536, S. 2981, von 1832, §. 1585, §. 3068, §. 1620, S. 3101.

3) Das §. 97 angezogene Gendarmerie - Reglement.

Siehe über diese Punkte auch Militärcommissions - Protokolle von 1821 §. 154, S. 283, 584.

A n h a n g.

Militär - Conferenzen in Berlin.

Zum Schlusse dieser Abhandlung wollen wir noch der Militär-Conferenzen erwähnen, welche in Berlin im Winter 1831/32 statt gehabt haben. Officielles ist bis jetzt nichts darüber bekannt geworden, indess lesen wir in der allgemeinen Militärzeitung v. J. 1832 im 7. Hefte Nr. 55 und 60 Einiges hierüber, und namentlich im 12. Hefte Nr. 104 Nachstehendes: «Oeffentliche Blätter sagen, in Folge dieser Conferenzen würde der Generalstab des Bundesheeres, so wie auch die verschiedenen Corpsstäbe, unverzüglich gebildet werden. — Alsdann wird sich die ganze Bundesmacht auf den ersten Wink in Bewegung setzen und überall dahin begeben können, wo man ihrer etwa bedürfen möchte. — Was den Oberfeldherrn anbetrifft, so sollen Preussen und Oestreich sich dahin vereinigt haben, dass ein Bundesfürst mit dieser hohen Würde bekleidet werde; als solchen aber bezeichnet man einen Souverain, der bereits in den Feldzügen von 1814 und 1815 seine Sporen verdiente und der um so mehr zu dieser Stelle passen würde, da er mit andern dazu erforderlichen Eigenschaften auch noch das Prästigium des königlichen Mantels verknüpfte. Weiteres darüber s. d. Allgem. Militärzeitung v. J. 1833, Heft 3, Nr. 18; Heft 4, Nr. 27; Heft 10, Nr. 80.

Zusammenstellung der jetzigen

(Abgedruckt aus dem Schreib- und Geschäftskalender für die Deutsche Bundes-

Namen der Bundesstaaten.	Ar- mee- Corps.	Di- vi- sion.	Waffe.	Zahl der Mannschaft.	
Oesterreich	I. II. III.	jede von 2 Divisionen.	Geschütz 192 Infant. 73,301 Caval. 13,346 Artil. etc. 7,773	94,322	
Preussen	IV. V. VI.	jede von 2 Divisionen.	Geschütz 160 Infant. 61,668 (418) Caval. 11,319 Artil. 6,497	78,484 (234)	Die Mehrzahl von 230 M. Inf. fand durch die Abtre- tung d. Fürstenth. Lichtenberg statt.
Sachsen	IX.	1.	Infant. 9,302 Caval. 1,714 Artil. 984	12,000	
Baiern	VII.	in 2 Divi- sionen.	Geschütz 72 Infant. 27,593 Caval. 3,086 Artil. 2,919	35,600	
Hannover	X.	1.	Infant. 10,118 Caval. 1,863 Artil. 1,071	13,054	
Württemberg	VIII.	1.	Infant. 10,816 Caval. 1,994 Artil. 1,143	15,955	
Baden	VIII.	2.	Infant. 7,731 Caval. 1,429 Artil. 820	10,000	
Hessen	IX.	2.	Infant. 4,402 Caval. 811 Artil. 466	5,679	
Hessen- Darmstadt	VIII.	3.	Infant. 4,802 Caval. 833 Artil. 508	6,195	
Holstein u. Lauenburg	X.	2.	Infant. 2,791 Caval. 314 Artil. 293	3,600	
Luxemburg	IX.	2.	Infant. 1,981 Caval. 363 Artil. 210	2,556	
Braunschweig	X.	1.	Infant. 1,623 Caval. 299 Artil. 172	2,096	
Mecklenburg- Schwerin	X.	2.	Infant. 2,773 Caval. 311 Artil. 294	3,580	
Nassau	IX.	2.	Infant. 3,721 Artil. 318	4,039	

Eintheilung des Bundesheeres.

kanzlei auf d. J. 1833, mit Rücksicht auf die später abgeschlossenen Verträge.)

Namen der Bundesstaaten.	Ar- mee- Corps	Di- vi- sion.	Waffe.	Zahl der Mannschaft.	
S. Weimar-Eisenach	X.	2.	Reserve - Infanterie - Division. (Die Stärke der ganzen, aus den Contingenten von 19 Bundes- staaten gebildeten Division beträgt 11,116 Mann.)	2,010	NB. Durch die Ab- tretung des Für- stenth. Lichten- berg gingen 230 M. Contingent an Preussen über.
S. Coburg-Gotha				1,116 (1,366)	
S. Meining.-Hildburgh.				1,150	
S. Altenburg				982	
Mecklenburg-Strelitz	X.	2.	Infant. 388 Caval. 71 Artil. 59	718	
Oldenburg	X.	2.	Infant. 2,672 (wor. 22 M. Pion.) Artil. 314	2,986	incl. 29 M. für Kniphausen (1 Bat. à 8 St. Gsch.)
Anhalt-Dessau	.	.	.	529	
Anhalt-Bernburg	.	.	.	370	
Anhalt-Cöthen	.	.	.	325	
Schwarzb.-Sondersh.	.	.	.	451	
Schwarzb.-Rudolstadt	.	.	.	539	
Hohenz.-Hechingen	.	.	.	145	
Liechtenstein	.	.	Reserve -	55	
Hohenz.-Sigmaringen	.	.	Infanterie - Division.	356	
Waldeck	.	.	.	519	
Reuss ältere Linie	.	.	.	223	
Reuss j. L. { Schleiz	.	.	.	261	522
{ Lob. Ebersd.	.	.	.	261	
Schaumburg-Lippe	.	.	.	240	
Lippe	.	.	.	691	
Hessen-Homburg	.	.	.	200	
Lübeck	X.	2.	Infant. 320 (wor. 4 M. Pion.) Caval. 58	378	Durch Vertrag mit Oldenburg v. 6. Jan. u. im Febr. 1834 stellt Lü- beck ebenso wie Hamburg u. Bre- men statt Artil. die 312 M. starke Cavalerie der Bri- gade, wogegen Ol- denburg die ganze 314 M. st. Artil. derselben über- nommen.
Frankfurt			Reserve - Infanterie - Division.	693	
Bremen	X.	2.	Infant. 381 (wor. 5 M. Pion.) Caval. 69	450	
Hamburg	X.	2.	Infant. 1,020 (wor. 13 M. Pion.) Caval. 185	1,205	
Zusammen .				303,484	

V e r b e s s e r u n g e n .

S.	4 Zeile	4 v. U.	lies statt geführt — geführt haben.
» 13	»	4 v. U.	» Hartleder — Hortleder.
» 20	»	15 v. O.	» ans — aus.
» »	»	10 v. U.	» mit — im.
» 23	»	11 v. U.	» denen — der.
» 25	»	14 v. O.	» heilosen — heillosen.
» 37	»	7 v. U.	» anderem — Anderem.
» 39	»	2 v. U.	» der erste — der Erste.
» 40	»	12 v. O.	» ganzem — Ganzem.
» 48	»	18 v. O.	» durfte — dürfte.
» 49	»	8 v. O.	» Beispielweise — beispielweise.
» 54	»	10 v. U.	» v. Curiosum — e. Curiosum.
» 63	»	2 v. O.	» Bundesgliedern — Bundesglieder.
» 68	»	9 v. O.	» letztern — letztere.
» 87 letzte Zeile		v. U.	» a. d. J. — v. d. J.
» 88 Zeile	5 v. U.	»	» Sess. 899 — S. 899.
» 102	»	9 v. O.	» dem — den
» 164	»	5 v. O.	» der — den.
» 208	»	17 v. O.	» S. 1821 — Siehe 1821.
» 217	»	18 v. O.	» den VIIIten — dem VIIIten.
» 220	»	9 v. O.	» Zweckmäsige — Zweckmässigste.
» 291	»	12 v. O.	» Amtsblättern — Amtsblätter.
» 391	»	11 v. O.	» sieh — sich.

Veränderungen

87	Zeile 1	v. U. hier statt geführt — geführt haben.
86	„ 12	„ v. U. „ Harleber — Harleber.
85	„ 20	„ v. O. „ aus — aus.
84	„ 21	„ v. U. „ mit — im.
83	„ 22	„ v. U. „ denen — den.
82	„ 23	„ v. O. „ heilosen — heilosen.
81	„ 37	„ v. U. „ andern — Andern.
80	„ 39	„ v. U. „ der erste — der Erste.
79	„ 40	„ v. O. „ ganzem — Ganzem.
78	„ 48	„ v. O. „ durfte — durfte.
77	„ 49	„ v. O. „ Beispielweise — Beispielweise.
76	„ 54	„ v. U. „ v. Curionum — v. Curionum.
75	„ 55	„ v. O. „ Bundesglieder — Bundesglieder.
74	„ 58	„ v. O. „ letzten — letzten.
73	„ 87	„ v. U. „ v. d. A. — v. d. A.
72	„ 88	„ v. U. „ S. 89 — S. 89.
71	„ 100	„ v. O. „ dem — dem.
70	„ 104	„ v. O. „ der — der.
69	„ 108	„ v. O. „ S. 181 — S. 181.
68	„ 117	„ v. O. „ den Villen — den Villen.
67	„ 120	„ v. O. „ Zweckmäßigkeit — Zweckmäßigkeit.
66	„ 121	„ v. O. „ Amplituden — Amplituden.
65	„ 122	„ v. O. „ sich — sich.

Leonhardi, Wilhelm von

Versuch einer Entwicklung der Kriegs-Verfassung des Deutschen Bundes als
Manuscript für die Hohen Deutschen Regierungen

Frankfurt am Main 1835

J.publ.g. 428 fc

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10560074-1